

Christian Russau

# Abstauben in Brasilien



Deutsche Konzerne  
im Zwielficht

VSA:

In Kooperation mit



medico international

Christian Russau  
Abstauben in Brasilien

*Christian Russau* ist Journalist und Autor sowie Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Redakteur der *Lateinamerika Nachrichten* und aktiv beim Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), bei der Initiative GegenStrömung sowie beim Netzwerk KoBra – Kooperation Brasilien.

Christian Russau

# **Abstauben in Brasilien**

Deutsche Konzerne im Zwielficht

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
in Kooperation mit medico international

VSA: Verlag Hamburg



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)).

Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Lektorat: Text-Arbeit, Berlin

Umschlagfoto: Thyssenkrupp-Stahlwerk in Rio de Janeiro (Moritz Krawinkel, medico international)

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-721-0

# Inhalt

medico international/die Rosa-Luxemburg-Stiftung	
<b>Wir mischen uns ein</b> .....	7
<b>Einleitung</b> .....	11
<b>Kapitel 1: Partnerschaften ohne Moral</b> .....	17
Am Anfang war die Waffe .....	17
Kein »Luxus der Sentimentalität« .....	22
Deeskalierende Schießübungen und ein »Hamburger Kessel« in São Paulo .....	29
<b>Kapitel 2: Deutsch-brasilianische Bombengeschäfte</b> .....	35
Beschlagnahmte Zentrifugen .....	35
Atom-Deals .....	38
Anti-Atom-Protteste in Brasilien .....	43
<b>Kapitel 3: Kollaboration und Kalkül</b> .....	51
Die schwierige Aufarbeitung der »zivil-militärischen Diktatur« .....	52
Zerstörte, verschwundene und geheime Archive .....	57
Die Finanzierung von Folterzentren über Firmenspenden .....	60
Die Portierbücher des Folterzentrums DOPS .....	69
VW do Brasil auf der Anklagebank .....	73
Anzeige wegen Kollaboration mit der Diktatur .....	76
Der Fortgang der Anhörungen in der Causa VW do Brasil 2015/16 .....	83
Die unterschiedlichen Reaktionen von VW, Daimler und Siemens .....	88
<b>Kapitel 4: Die Spur der Steine</b> .....	95
Der Fluch der Steine .....	97
Carajás: Das Loch im Urwald .....	100
Staub auf Piquiá de Baixo .....	105
Die deutsche Carajás-Connection .....	111
Die (Mit-)Verantwortung entlang von Lieferketten .....	117
<b>Kapitel 5: Schmutzige Profite</b> .....	123
Die Vorwarnzeit betrug elf Minuten .....	124
Schlamm überall .....	126
Hickhack um die Wasserdaten .....	128

An der roten Brandung .....	131
Am bittersüßen Fluss .....	133
Proteste auf der Hauptversammlung des Bergbaukonzerns Vale .....	136
Der Vertrag, der alles klären soll .....	138
Das beredte Schweigen der deutschen Rückversicherer .....	140
<b>Kapitel 6: Abstauben in Rio de Janeiro</b> .....	149
Das Stahlwerk und die FischerInnen .....	150
Der Staub und die AnwohnerInnen .....	156
Bis heute keine endgültige Betriebsgenehmigung .....	160
Die »bleischwere« Last des Stahlwerks .....	164
<b>Kapitel 7: Die verdammten Flüsse Amazoniens</b> .....	169
Die rote Wand am Xingu .....	170
Besuch der UN-Sonderberichterstatterin .....	175
Die permanente Missachtung der lokalen Bevölkerung .....	178
Belo Monte und die Frage nach der Mitverantwortung .....	181
Die oft unterschätzte Rolle der Versicherer .....	184
Grüne Staudämme? .....	190
<b>Kapitel 8: In der Giftfalle</b> .....	195
Pestizidproduktion bei BASF in Brasilien .....	198
Die Doppelmoral von BASF und Bayer .....	201
»Se é Bayer é bom« – Wenn es von Bayer ist, dann ist es gut ... .....	205
<b>Kapitel 9: Ackern für den Weltmarkt</b> .....	211
Das Desaster der industriellen Landwirtschaft .....	213
Die Folgen des Sojabooms .....	215
Erosion und Verdunstung im Cerrado .....	218
Die bedrohten fliegenden Flüsse Amazoniens .....	221
Landkonzentration und Landkonflikte: Gewalt und Markt .....	223
Legal der Diebstahl: Landgrabbing .....	225
Amazonische Landnahmen .....	231
Die Volkswagen-Fazenda am Rio Cristalino .....	233
Sklavenarbeit – in Brasilien noch immer präsent .....	237
<b>Kapitel 10: Wir können auch anders!</b> .....	241
Das Soft Law ist am Ende .....	241
Unternehmen müssen haften! .....	244
Straffähige Rechtssubjekte: Das Beispiel Siemens .....	245
Konzernkritik ist immer Herrschaftskritik .....	248

# Wir mischen uns ein

Warum medico international und die Rosa-Luxemburg-Stiftung dieses Buch unterstützen

Brasilien sei der wichtigste Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika, betonte das Auswärtige Amt anlässlich der 2008 ins Leben gerufenen »strategischen Partnerschaft« beider Länder. Um welche Art von Partnerschaft zwischen den Schwergewichten Südamerikas und Europas handelt es sich dabei: um eine auf Augenhöhe?

Schon ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie asymmetrisch die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind: Mit nahezu 900 deutsch-brasilianischen Firmen ist São Paulo einer der größten deutschen Wirtschaftsstandorte überhaupt. Auf 3,5 Milliarden US-Dollar beliefen sich 2015 die deutschen Direktinvestitionen in Brasilien – in der anderen Richtung waren es lediglich 44 Millionen.

Auch deutliche Handelsbilanzüberschüsse zugunsten von Deutschland sind die Regel. Im vergangenen Jahr betrug der Überschuss 5,2 Milliarden US-Dollar und entsprach damit fast genau dem Wert der brasilianischen Exporte. Unterschiede zeigen sich auch in der Art der Exporte: Während Brasilien vorwiegend unverarbeitete oder kaum weiterverarbeitete Rohstoffe ausführt, etwa Eisenerz, Stahlplatten oder Soja, exportiert Deutschland zumeist verarbeitete Erzeugnisse wie Maschinen oder chemische und pharmazeutische Produkte.

Die Asymmetrie der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen hat System. Sie geht zurück auf ein zutiefst ungerechtes Weltwirtschaftssystem, dessen historische Wurzeln in der kolonialen Ausplünderung Südamerikas liegen. Infolge der antikolonialen Kämpfe gelang es zwar, die unmittelbare Ausbeutung durch die Kolonialmächte zu beenden. Sie wurde jedoch abgelöst von einer neokolonialen Abhängigkeit der rohstoffreichen Länder des globalen Südens von den industriellen Zentren.

»Ist die Vergangenheit stumm? Oder sind wir weiterhin taub?«, fragte Eduardo Galeano im Vorwort zur Neuausgabe seines programmatischen Werks »Die offenen Adern Lateinamerikas«.

## Wir sind Teil dieses Systems

Ohne die Rohstoffe aus Ländern wie Brasilien läuft es nicht in den reichen Staaten des Nordens. Seit 400 Jahren braucht die kapitalistische Ökonomie menschliche Arbeitskraft und Rohstoffe, die natürlichen Ressourcen der Erde, zur Produktion der Güter, die wir konsumieren. »Wenn Sie Kleidung tragen, Nahrung zu sich nehmen, ein Auto fahren oder ein Smartphone haben, arbeiten derzeit ungefähr 60 Sklaven für Sie und mich. Ob wir wollen oder nicht«, schreibt die Wirtschaftswissenschaftlerin Evi Hartmann. Ob wir wollen oder nicht, als MitteleuropäerInnen profitieren wir von der Ungerechtigkeit dieses Wirtschaftssystems.

Das hat nicht nur soziale Folgen. So sind der Abbau und die Verbrennung fossiler Brennstoffe – Voraussetzung für die Art der Wirtschaft und des Konsums im globalen Norden – die wichtigste Ursache für den weltweiten Klimawandel. Auch der Versuch, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren, führt zu neuen Problemen – etwa dem sogenannten *Green Grabbing*. Angesichts des Hypes um »Bio«-Treibstoffe ist die weltweite Nachfrage nach Palmöl explodiert. Um den Bedarf zu decken, werden in Asien, Afrika, und Lateinamerika riesige Flächen abgeholzt, um Plantagen anzulegen. Hierbei werden auch Landflächen in Beschlag genommen, die für den Nahrungsmittelanbau gebraucht würden.

In Brasilien hatten die linken PräsidentInnen Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff ihren Anteil an dieser Entwicklung. Zwar konnten sie mit Sozialprogrammen über 30 Millionen Menschen aus der schlimmsten Armut herausholen. Doch zur Finanzierung der Sozialmaßnahmen setzten die von der Arbeiterpartei PT angeführten Regierungen stärker als je zuvor auf Großprojekte wie Staudämme, Häfen und Flughäfen, extensiven Sojaanbau und den Raubbau von Rohstoffen.

An den strukturellen Gründen für die Ungleichheit in Brasilien hat die Umverteilung der Überschüsse nichts geändert, die traditionellen Machtverhältnisse sind intakt geblieben. Infolge der illegitimen Absetzung von Rousseff durch die breite rechte Mehrheit im Senat am 31. August 2016 werden sie weiter vertieft.

## Wir tragen Verantwortung

Der Begriff der imperialen Lebensweise bezeichnet unsere privilegierte Position in diesem globalen Abhängigkeitsverhältnis. Diese Wirtschaftsordnung produziert zwangsläufig GewinnerInnen und VerliererInnen. Trotzdem: Stumm ist die Vergangenheit nicht, und die Gegenwart schreit vor

Ungerechtigkeit. Deshalb sehen es die Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international als ihre Aufgabe an, diesem Abhängigkeitsverhältnis nach Kräften entgegenzuwirken.

### **Zusammen mit unseren Partnern handeln wir**

In Brasilien arbeiten medico und das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Teil mit denselben Partnern zusammen, die immer wieder auch mit deutschen Unternehmen aneinandergeraten. Ohne ihre beharrliche Basisarbeit hätte das vorliegende Buch so nicht geschrieben werden können.

Da ist das maßgeblich von jungen AktivistInnen getragene Netzwerk *Justiça nos Trilhos* (Gerechtigkeit auf den Schienen), das den Opfern des brasilianischen Bergbauriesen Vale in der östlichen Amazonasregion zur Seite steht. Eisenerz, Bauxit und Aluminium aus Amazonien stehen am Beginn der Produktionskette für Bauteile von Millionen deutscher Personen- und Lastwagen. Da ist PACS (Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul/Institut für politische Alternativen für das südliche Südamerika), eine Nicht-regierungsorganisation aus Rio de Janeiro, die unter anderem seit zehn Jahren den Dauerskandal des Thyssenkrupp-Stahlwerks TKCSA im Westen der Stadt und dabei insbesondere die direkt betroffenen Fischerfamilien und AnwohnerInnen begleitet. Sämtliche Stahlbrammen aus Rio werden exportiert – nach Europa, Nordamerika oder China.

Und da ist die Landlosenbewegung *MST* (Movimento de Trabalhadores Rurais Sem-Terra), die dem von Agrar- und Chemiekonzernen geprägten Modell einer toxischen, monokulturell geprägten Landwirtschaft eine konkrete Alternative entgegensetzt: Biolandbau in kleinen überschaubaren Einheiten, verbunden mit politischer Aufklärung und dem Bemühen um eine echte Landreform.

### **Wir wollen aufklären**

Deutsche Unternehmen sind dafür mitverantwortlich, dass in Brasilien grundlegende Menschenrechte wie jenes auf Gesundheit verletzt werden. Als politische Stiftung und Hilfs- und Menschenrechtsorganisation unterstützen wir nicht nur unsere Partner vor Ort. Vielmehr sehen wir unsere Aufgabe auch darin, solche Verstrickungen in Deutschland aufzuzeigen und zu kritisieren. In Zeiten von Nachhaltigkeit und Corporate Social Responsibility ist den Konzernen ihr Ruf durchaus wichtig. Deshalb kann diese Strategie erfolgreich sein. Ziel dabei ist es, verantwortliche Unternehmen so stark unter Druck zu setzen, dass sie ihr Verhalten ändern.

So agiert auch Christian Russau, Journalist, Aktivist und Autor dieses Buches. Als Vorstandsmitglied der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre ergreift er das Wort auf den Jahreshauptversammlungen der deutschen Konzerne, die die ungleichen Handelsbeziehungen mit Brasilien für sich ausnutzen wollen. Er legt den Finger in die Wunde, wenn die Bilanz einmal wieder Fragen nach Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen offen lässt. Als Mitglied des Solidaritäts-Netzwerks KoBra schließlich gehört er zu jenen, die in Deutschland seit vielen Jahren über die brasilianischen Verhältnisse jenseits der gängigen Klischees berichten.

In diesem Buch geht es uns darum, insbesondere die dramatischen Folgen deutscher Wirtschaftsinteressen für die brasilianische Bevölkerung aufzuzeigen. Es erscheint deshalb auch in Brasilien – damit die AktivistInnen vor Ort ein Mittel mehr an die Hand bekommen, um sich gegen deutsche Unternehmen zu wehren, die Profite auf Kosten von Umwelt und Menschen machen.

*Gerhard Dilger*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, São Paulo

*Moritz Krawinkel*, medico international, Frankfurt am Main

# Einleitung

Brasilien und Deutschland sind in wirtschaftlicher Hinsicht trotz der Entfernung eng miteinander verbunden. São Paulo ist die Stadt mit der weltweit größten Konzentration von deutschen Industrieunternehmen, nur im Ruhrgebiet findet sich eine noch größere. Tochtergesellschaften deutscher Automobilhersteller haben sich in Brasilien bereits in den 1950er Jahren angesiedelt, Chemie- und Pharmaunternehmen, Automobilzulieferer sowie die metallverarbeitende Industrie zogen nach – alle wollten am brasilianischen Binnenmarkt partizipieren. Danach erweiterten die Banken ihr Engagement im Land, ebenso die Versicherer und in den letzten Jahren auch die Rückversicherer. Die Global Player der deutschen Wirtschaft sind inzwischen alle in Brasilien aktiv. Heute beschäftigen über 1.300 deutsch-brasilianische Unternehmen allein im Industriesektor rund 250.000 MitarbeiterInnen in Brasilien und erwirtschaften ungefähr zehn bis zwölf Prozent des industriellen Bruttoinlandsprodukts.<sup>1</sup>

Gleichzeitig gibt es seit Jahrzehnten eine ausgeprägte Zusammenarbeit von brasilianischen und deutschen Gewerkschafts-, Solidaritäts-, Kirchen-, Menschenrechts- und Umweltgruppen, die sich gegenseitig bei Öffentlichkeits- und Informationskampagnen unterstützen. Im internationalen Vergleich sind dieser äußerst lebendige zivilgesellschaftliche Austausch und die damit einhergehende Verbundenheit außergewöhnlich. Auch deshalb stehen in Brasilien tätige deutsche Konzerne wesentlich stärker unter kritischer Beobachtung als Unternehmen aus anderen Ländern, die dort präsent sind. Dies hat spätestens seit den 1980er Jahren dazu geführt, dass deutsche Firmen penibler als andernorts darauf bedacht sind, in der Öffentlichkeit als die »besseren Partner« dazustehen. Kaum ein deutscher Konzern, der in Bezug auf seine Aktivitäten in Brasilien nicht mit der besonderen »sozialen Verantwortung« sowie der großen Bedeutung von »Nachhaltigkeit«, »Umweltschutz« und »Entwicklungsförderung« prahlt.

Doch hält das einem Realitäts-Check stand? Durch zivilgesellschaftliches Monitoring wurden und werden immer wieder Skandale aufgedeckt: Wenn

---

<sup>1</sup> Siehe Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Länderbericht Brasilien, Stand: April 2013, unter [www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Veranstaltungen/04-06-AUWITAG-LaenderberichtBrasilien.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Veranstaltungen/04-06-AUWITAG-LaenderberichtBrasilien.pdf?__blob=publicationFile)

Investitionen, Beteiligungen oder Zulieferertätigkeiten deutscher Konzerne (unmittelbar oder mittelbar) in Konflikt mit Menschen- und Umweltrechten geraten, tragen Informationskampagnen dazu bei, diese Sachverhalte in die Medien zu bringen. Häufig äußern Betroffene und AktivistInnen ihren Protest auch in den jährlich stattfindenden Hauptversammlungen der Unternehmen, wo die Konzernchefs sich der öffentlich vorgetragenen Kritik stellen müssen.

Dabei wäre es angesichts der Machtverhältnisse illusorisch zu meinen, das Agieren der Konzerne von heute auf morgen völlig ändern zu können oder sie auch nur für ihr Tun rechtlich haftbar zu machen. Denn für Letzteres fehlt (noch) das Instrumentarium, etwa ein nationales Unternehmensstrafrecht oder verbindliche internationale Bestimmungen, mit denen Konzerne für ihr Handeln im Ausland zur Verantwortung gezogen werden können. Dennoch ist Unternehmensleitungen kaum etwas so unangenehm, wie wenn sie sich in der Öffentlichkeit – vor allem vor der für sie wichtigsten: ihren eignen AktionärInnen – für ihr Fehlverhalten rechtfertigen müssen. Wenn auch viel zu selten: Es kommt vor, dass sie ihre Vorhaben überdenken und ihre Pläne für künftiges Handeln schrittweise revidieren.

Die deutschen Konzerne können sich bei ihren Aktivitäten in aller Welt auf den deutschen Staat verlassen. Der war in Sachen Wirtschafts- und Exportförderung sowie Auslandsinvestitionen schon immer aktiver als die meisten anderen Staaten. Schon früh in den deutsch-brasilianischen Beziehungen gingen ökonomische und politische Interessen Hand in Hand. Dabei diente sich die Politik – wie heute – allzu oft der Wirtschaft an.

In diesem Buch liegt der Fokus auf dem Agieren deutscher Konzerne in Brasilien, aber auch auf dem der deutschen Politik. Dabei geht es zunächst um amoralische Partnerschaften zwischen Deutschland und Brasilien, die sich oft im Handel mit Waffen von Krupp, Heckler & Koch und anderen, aber auch in Polizei- und Sicherheitskooperationen niederschlug (Kapitel 1). Herausragend waren in diesem Zusammenhang das bilaterale Atomabkommen von 1975 und der Verkauf deutscher Atomtechnik von Siemens/KWU. Dieser Deal, aber auch die Ursprünge und Resultate dieses »deutsch-brasilianischen Bombengeschäfts« werden in Kapitel 2 beleuchtet. Fragen von Umwelt und Menschenrechte schienen deutscher Politik und Konzernen oft zweitrangig zu sein. Man wollte sich keinen »Luxus der Sentimentalität« leisten, als das Geschäft im »milagro brasileiro«, dem sogenannten brasilianischen Wirtschaftswunder, so richtig zu brummen anfang, wie das ab Ende der 1960er Jahre der Fall war, der Hochzeit

der brasilianischen Militärdiktatur. Der damals größte Konzern in Lateinamerika war Volkswagen do Brasil. In Kapitel 3 geht es im historischen Rückblick um die Fragen, inwieweit VW do Brasil mit den Repressionsorganen der Militärdiktatur kollaborierte. Bereits bekannte, aber auch bisher unbeachtete Informationen sind dort zusammengestellt und Betroffene von Folter und Repression kommen zu Wort, um dem deutschsprachigen Publikum verständlich zu machen, worum es in den derzeit in São Paulo laufenden Ermittlungen der Bundesstaatsanwaltschaften gegen Volkswagen do Brasil wegen mutmaßlicher Kollaboration mit der Militärdiktatur geht.

In den folgenden Kapiteln sind die gegenwärtigen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen das Thema und insbesondere die Frage der unternehmerischen Verantwortungslosigkeit in den Lieferketten. Da Deutschland (neben Japan) nach China und den USA der drittgrößte Pkw-Hersteller der Welt ist, werden für die Automobilbranche zahlreiche Rohstoffe importiert, darunter gewaltige Mengen an Erz aus Brasilien. In drei Reportagen geht es um die Erfahrungen der von den Folgen von Rohstoffabbau und -verarbeitung betroffenen Menschen. Im Bundesstaat Maranhão leiden die AnwohnerInnen des Bahnkorridors der weltgrößten Erzmine von Carajás unter den Folgen der Rohstoffausbeute und die Betroffenen fragen, warum Stahlunternehmen wie Thyssenkrupp das Erz von dort so offenkundig gedankenlos importieren (Kapitel 4). Die vom größten Bergwerksunglück aller Zeiten, dem Dambruch der Bergwerksdeponie der Firma Samarco bei Mariana, betroffenen Menschen in den Bundesstaaten Minas Gerais und Espírito Santo warten noch immer auf Entschädigung und fragen nach der Verantwortung der Eigentümerfirmen.

Auch Versicherungen aus Deutschland wie Allianz, Münchener Rück und Hannover Rück hatten den Damm mitversichert, doch die Versicherungspolicen decken nur 8% des Gesamtschadens ab, und von dem gezahlten Geld gehen rund 90% für den Betriebsausfall an die für die Katastrophe verantwortliche Firma. Weder die vom Dambruch betroffenen 3,5 Millionen Menschen haben davon etwas, noch sind damit die Umweltschäden abgedeckt (Kapitel 5). Anschließend wird die Geschichte von Lateinamerikas größtem Stahlwerk, TKCSA von Thyssenkrupp in Rio de Janeiro, erzählt und die des Widerstands der lokalen KleinfischerInnen und AnwohnerInnen, die seit Jahren gegen das Stahlwerk und dessen Umweltfolgen kämpfen (Kapitel 6).

In dem Buch geht es um die Missachtung der Menschenrechte und die mit Großprojekten wie Staudambauten einhergehenden großflächigen

Umweltzerstörungen, für die auch die Projektzulieferer und -versicherer eine Mitverantwortung tragen. Das betrifft anscheinend nur mittelbar beteiligte Firmen, die beispielsweise wie VoithHydro (an der Siemens zu 35% beteiligt ist) Turbinen liefern ebenso wie Allianz und die Münchener Rück für Staudammprojekte in Amazonien Versicherungen anbieten und in der Vergangenheit oft in ihrer sozialen und Umweltfolgeneinschätzung die Auswirkungen solcher Projekte für die vor Ort lebenden Menschen nicht hinreichend beachtet haben (Kapitel 7).

Um Lebens- und Futtermittel im ganz großen Maßstab anbauen zu können, müssen Unmengen an sogenannten Pflanzenschutzmitteln hergestellt und eingesetzt werden, mit verheerenden ökologischen und gesundheitlichen Folgen. Seit Jahrzehnten ganz vorne mit dabei: BASF und Bayer (Kapitel 8). Anschließend werden die Folgen einer auf Monokulturen basierenden, industriellen Landwirtschaft beleuchtet sowie die Situation derjenigen, denen in Brasilien durch Landgrabbing der Zugang zu Land verwehrt wird, sei es durch GroßfarmerInnen, InvestorInnen und Fonds oder eben durch das »freie Spiel der Marktkräfte«. Angesichts der sozialen und Umweltfolgen solcher Art von Landwirtschaft ist ein Nachdenken über ausdifferenzierte, transnationale Produktionsketten dringend geboten. Denn nicht nur die europäischen Firmen, die diese Produkte beziehen, sondern auch die KonsumentInnen dieser Produkte stehen in der Verantwortung, wenn deren Herstellung hohe Kosten für Mensch und Umwelt verursacht oder gar auf sklavenarbeitsähnlichen Bedingungen basiert (Kapitel 9).

Konzernchefs und -chefinnen auf Aktionärsversammlungen mit konkreten Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen, an denen ihre Unternehmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt sind, zu konfrontieren, ist eine Möglichkeit, bestehende Missstände öffentlich zu machen und ihre Beseitigung zu fordern. Sich auf die Selbstbeschränkung der Unternehmen zu verlassen – Stichwort Corporate Social Responsibility und Soft Law – hat sich als unzulänglich erwiesen. Dazu werden am Schluss des Buches (Kapitel 10) neueste Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene diskutiert, mittels derer die Konzerne in Zukunft haftbar gemacht werden sollen. Es geht aber auch um die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, ihren Widerstand, ihre Vernetzung, Solidarität und Selbstorganisation, mit denen sie vor Ort wie international Konzernkritik als Herrschaftskritik betreiben und den globalen Aktivitäten und Paradigmen der multinationalen Konzerne ein utopisch-hoffnungsvolles »Wir können auch anders« entgegensetzen.

In der Vergangenheit wie in der Gegenwart ging und geht es den Konzernen immer ums Geld. Hauptsache, der Rubel rollte, sei es als Milreis, Cruzeiro, Cruzeiro Novo, Cruzado, Cruzado Novo, Cruzeiro Real oder Real – die deutsche Politik gab immer eifrig Schützenhilfe.

Und wie so oft galt: Am Anfang war die Waffe.



# Kapitel 1

## Partnerschaften ohne Moral

### Am Anfang war die Waffe

Essen. August 1871. Staatsbesuch. Brasiliens Kaiser Dom Pedro II. besucht die Krupp-Werke in Deutschland und erhält vom Firmenpatriarchen als Gastgeschenk eines jener preußischen Artilleriegeschütze, die kurz zuvor im Deutsch-Französischen Krieg ihre verheerende Wirkung entfaltet hatten. So reich – und aus des Imperators Sicht: praktisch – beschenkt, stand für den brasilianischen Monarchen außer Frage – er würde wiederkommen. Und nicht nur wegen der prunkvollen Gastfreundschaft der Krupps in der Villa Hügel.<sup>1</sup>

Die Effizienz der Krupp'schen Kanonen hatte sich schon lange unter Südamerikas Militärs und Despoten herumgesprochen. Vor dem Triple-Allianz-Krieg (1865–1870) zwischen Paraguay auf der einen und Argentinien, Brasilien und Uruguay auf der anderen Seite hatte Paraguays Präsident Solano López seinen in Europa tätigen Unterhändlern aufgetragen, Waffensysteme von Krupp für sein Land zu erstehen. Sie bestellten daraufhin 36 Feldgeschütze der 24-Pfünder-Baureihe und dazu 3.600 Granaten. Die 24-Pfünder gehörten zur Baureihe C/61, die wenige Jahre später im Krieg gegen Frankreich eingesetzt wurde und deren Reichweite die der französischen Feldkanonen um das Doppelte übertraf. Paraguay leistete zwar die geforderte Anzahlung in Höhe von 72.000 Gulden,<sup>2</sup> doch dann machte Preußen einen Rückzieher. Da sich inzwischen Paraguay im Krieg befände, könne die Lieferung nicht mehr vonstattengehen. Was sich liest wie eine moderne Moral, keine Waffen in Krisen- oder Kriegsgebiete zu liefern, hatte ganz profane Gründe. Nachdem Brasiliens Kronprinzessin Isabella 1865 die Krupp-Werke in Essen besucht hatte, ging eine erste Lieferung von Kanonen an den Kriegsgegner Brasilien, und auch die argentinische Regierung wurde beliefert, die ebenfalls bei Krupp geordert hatte.<sup>3</sup> Der Dank der

---

<sup>1</sup> James, Harold: Krupp: Deutsche Legende und globales Unternehmen, München 2011, S. 88.

<sup>2</sup> Meister, Jürg: Francisco Solano López, Nationalheld oder Kriegsverbrecher? Der Krieg Paraguays gegen die Triple-Allianz 1864–1870, Bissendorf 1987, S. 61.

<sup>3</sup> Von Rauch, George: Conflict in the Southern Cone: The Argentine Military and the Boundary Dispute with Chile, 1870–1902, Westport 1999, S. 124. Esposito, Gabri-

brasilianischen Seite war Alfred Krupp gewiss. Isabella sorgte dafür, dass er im Gegenzug das brasilianische Offizierskreuz als Auszeichnung erhielt.

In der Menschen- und Materialschlacht des Triple-Allianz-Kriegs waren die Krupp-Kanonen von besonderem Wert. Fielen einer Partei die Feldgeschütze der anderen in die Hände, wurde dies in Eilmeldungen der Heeresleitung mitgeteilt.<sup>4</sup> Ihr hervorragender Ruf in südamerikanischen Militärkreisen verstärkte sich noch durch den deutschen Erfolg im Krieg gegen Frankreich. So nimmt es nicht wunder, dass mit jedem Besuch des Habsburger-Sprosses Dom Pedro II. in der Villa Hügel die Anzahl der Kanonen im Besitz des brasilianischen Kaiserreiches wuchs.

Geradezu mythischen Charakter erhielten die Krupp-Kanonen durch das Epos »Os Sertões«, mit dem Euclides da Cunha die brasilianische Nationalliteratur begründete. Der Journalist da Cunha war als Kriegsberichterstatter mit dem Tross der Armee in den Nordosten Brasiliens nach Canudos gereist, wo ab Mitte der 1890er Jahre um einen Wanderprediger eine sozialrevolutionäre Bewegung entstanden war. Nach drei vergeblichen Versuchen, deren Anführer zu verhaften und die Aufständischen in die Schranken zu weisen, schickte die Zentralregierung 1897 schließlich die Hälfte aller im Land verfügbaren Soldaten los, um die Rebellion ein für alle Mal zu beenden. Eine gnadenlose Strafexpedition, ein sich über Wochen hinziehender Vernichtungskrieg, der schließlich 25.000 Menschen das Leben kostete.

Am gefürchtetsten unter den Waffen der Angreifer waren die auf den Hügeln über Canudos aufgestellten Krupp-Kanonen, die alles zusammenkartätschten, wie da Cunha zu berichten wusste. »In der Frühe des 1. Oktober begann die Kanonade. – Konzentrisch fielen die Geschosse auf den geschrumpften Kern der übriggebliebenen Hütten, abgefeuert aus einem zwei Kilometer langen Halbkreis, der sich von den Batterien beim Heerlager nach links bis zur letzten Pfeilschanze auf der gegenüberliegenden Seite erstreckte, wo der Weg vom Combaio endete. Die Beschießung dauerte lediglich 48 Minuten, hatte jedoch verheerende Folgen. Die Geschütze waren seit dem Vortag gerichtet. Ausgeschlossen, das unbewegte Ziel zu verfehlen. – Im übrigen war es die letzte Lektion, die man dem verstockten Rebellentum erteilte. Hatte man den Boden für den Angriff erst ein-

---

ele: *Armies of the War of the Triple Alliance 1864–70. Paraguay, Brazil, Uruguay & Argentina*, Oxford 2015.

<sup>4</sup> Schneider, Louis: *Der Krieg der Triple-Allianz (Kaiserthum Brasilien, Argentinische Conföderation und Republik Banda Oriental del Uruguay) gegen die Regierung der Republik von Paraguay*, Band II, Berlin 1873, S. 219f.

mal umgepflügt, dürfte es keinerlei böse Überraschung mehr geben, und der Stoß war derart blitzartig zu führen, niederschmetternd und unerbittlich, ein allenfalls durch Trümmer gehemmter Sturmschritt. Und für Trümmer wurde gesorgt. – Man sah, wie der gemarterte Abschnitt des Ortes sich verwandelte: einstürzende Dächer, von denen die darunter Schutzsuchenden in den engen Kammern sicherlich erdrückt wurden; zerbröselnde Wände, die in Splitter und Lehmklumpen zerstoben; und hie und da, zunächst vereinzelt und bald sich rasch zusammenschließend und den aufsteigenden Trümmerstaub mit Flammen zerteilend, neue, plötzlich aufblühende Brände. – Darüber – ein Schleier für den strahlenden Morgen des *Sertão* – das vibrierende Netz parabolischer Flugbahnen.«<sup>5</sup>

Die parabolischen Flugbahnen der Krupp-Geschosse, gezeichnet in den Himmel des *Sertão* gegen Ende des 19. Jahrhunderts – das Sinnbild des Grauens für die vier mörderischen Angriffe (Oktober 1896 bis Oktober 1897) der brasilianischen Republik gegen die Widerständischen von Canudos. Euclides da Cunha verwendet in seinem Werk den Begriff Krupp 20 Mal als Synonym für die Kanonen vor Canudos – und berichtet zugleich von den LandbewohnerInnen, den *Sertanejos*, die »mit Deichseln, mit Sichel, mit Gabeln, mit langen Treibstacheln und breitschneidigen Buschmessern«<sup>6</sup> verzweifelt gegen die Artillerie anrannten. Die Krupp-Kanonen ermöglichten in diesem »Krieg am Ende der Welt«<sup>7</sup> ein Verbrechen, das – so schreibt da Cunha, der als Republikaner losgezogen war, ernüchert in seinem Epos – »wie ein Rückfall in die Vergangenheit«<sup>8</sup> anmutet.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen sich deutsche Firmen stärker in Brasilien zu engagieren, wenngleich britische, US-amerikanische und französische Auslandsinvestitionen noch deutlich umfangreicher waren. Dies hatte mit der nachholenden Industrialisierung, der verspäteten Reichsgründung Deutschlands und der um einige Jahrzehnte versetzten Entwicklung bei der Kapitalakkumulation zu tun. Für Deutschland ging es ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem um die Erschließung neuer Absatzmärkte für seine Industriegüter und dann im Vorfeld des Ersten Weltkrieges um den Zugriff auf Rohstoffe und Infrastruktur. Für Bra-

---

<sup>5</sup> Da Cunha, Euclides: *Krieg im Sertão*, Frankfurt a.M. 1994, S. 660.

<sup>6</sup> Ebd., S. 314.

<sup>7</sup> So der deutschsprachige Titel der literarischen Verarbeitung des Canudos-Krieges durch Vargas Llosa. Siehe Vargas Llosa, Mario: *Der Krieg am Ende der Welt*, Frankfurt a.M. 1987.

<sup>8</sup> Da Cunha: *Krieg im Sertão*, S. 8.

silien bedeutete diese Beziehung zu Deutschland eine Diversifizierung der Absatzmärkte und mehr internationale Verhandlungsmacht im globalen Spiel der imperialistischen Mächte durch Streuung der Finanzquellen bei Kapitalimporten.

An den immer wieder auftauchenden Gerüchten, das Deutsche Reich sei daran interessiert, den Süden Brasiliens, wo viele Deutsche siedelten, zu annektieren, war allerdings nichts dran. Gleichwohl hielten sie sich auch noch nach Jahrzehnten so hartnäckig, dass das Auswärtige Amt Bundespräsident Heinrich Lübke inständig darum bat, bei seinem Staatsbesuch 1964 weder den Süden Brasiliens noch zu viele Treffen mit deutschstämmigen BrasilianerInnen in die Reisepläne mitaufzunehmen.<sup>9</sup>

Die allmählich erfolgreich werdenden Bemühungen deutscher Konzerne, in Brasilien Fuß zu fassen, Erzkonzessionen zu erwerben,<sup>10</sup> Rüstungs- und Stahlprodukte zu liefern, erlitten mit dem Ersten Weltkrieg einen ordentlichen Dämpfer. Er stoppte alle deutschen Investitionspläne, und deutsche Liegenschaften in Brasilien wurden vom Staat konfisziert.

Erst in den 1930er Jahren kam der Handel wieder in Schwung. Da sowohl Brasilien als auch Deutschland knapp an Devisen waren, wählten sie sogenannte Aski-Kompensationsgeschäfte. Diese Ausländersonderkonten für den Inlandszahlungsverkehr (Aski) dienten als Verrechnungskonten. Exportierte Brasilien beispielsweise Kaffee, stellte das Deutsche Reich einen Verrechnungsscheck aus, mit dem Brasilien für den gleichen Tauschwert dann bei Krupp Kanonen oder anderes kaufen konnte.<sup>11</sup> Die Ausweitung dieser Geschäfte führte dazu, dass Brasilien im Jahr 1938 rechnerisch zum Netto-gläubiger Deutschlands wurde – in Aski-Kompensationsscheinen, gehalten über die Banco do Brasil. Gleichzeitig rüstete das »Dritte Reich« nicht nur selbst massiv auf, sondern war auch an einer Steigerung seiner Waffenexporte interessiert. So verhandelten Brasilien und Deutschland über eines der größten Rüstungsgeschäfte. Es ging wieder einmal um Krupps Waffen. Brasilien setzte durch, dass 75% der Kosten über die vielen Aski-Kompensationsscheine, die die Banco do Brasil mittlerweile hielt, verrechnet wer-

---

<sup>9</sup> Barbian, Nikolaus: Auswärtige Kulturpolitik und »Auslandsdeutsche« in Lateinamerika 1949–1973, Wiesbaden 2014, S. 373.

<sup>10</sup> Feldman, Gerald D.: Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924, München 1998, S. 356.

<sup>11</sup> Ebi, Michael: Export um jeden Preis. Die Deutsche Exportförderung (1932–1938), Stuttgart 2004.

den sollte. Der auf zehn Jahre angelegte Deal<sup>12</sup> war das größte bis dato von Brasilien unterzeichnete Waffengeschäft: 1.180 Kanonen und Haubitzen sowie Militärfahrzeuge sollte Krupp nach Brasilien liefern. 64 Kanonen und Haubitzen sowie elf Fahrzeuge wurden tatsächlich ausgeliefert, bevor Nazideutschland im September 1939 alle Lieferungen einstellte und die Waffen selbst im Krieg einsetzte. Mit dem Kriegseintritt 1942 konfiszierte der brasilianische Staat erneut deutsche Liegenschaften in Brasilien.

Trotzdem kamen die deutschen Firmen nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Das Stahl- und Bergbauunternehmen Mannesmann machte den Anfang und gründete am 15. Februar 1952 als erste deutsche Auslandsinvestition die Companhia Siderurgica Mannesmann S.A. (CSM),<sup>13</sup> zunächst mit Sitz in Rio de Janeiro, später in Belo Horizonte. Aus dem geplanten Röhrenwerk wurde am Ende eine integrierte Fabrik mit eigener Eisenguss- und Stahlproduktion. Bis zum März 1978 galt in der Einflugschneise auf den Flughafen der Millionenstadt Belo Horizonte in Minas Gerais für PilotInnen eine ganz besondere Orientierungsvorgabe. Statt auf die Positionslichter für den Anflug zu schauen, orientierten sie sich im Landeanflug an der weithin sichtbaren gelben Rauchfahne des Mannesmann-Stahlwerks.<sup>14</sup> Am 15. März 1978 nahm das Unternehmen dort die ersten Filter einer Entstaubungsanlage in Lateinamerika in Betrieb, die Rauchfahne reduzierte sich.

Im Zuge der fortschreitenden Kapitalakkumulation im deutschen »Wirtschaftswunder« suchten westdeutsche Konzerne nach weiteren Anlagemöglichkeiten, die sich in Brasilien in den 1950er Jahren aufgrund der dortigen Kapitalklemme anboten.<sup>15</sup> Brasilien brauchte ausländisches Kapital auch in Form von ausländischen Direktinvestitionen, um das ehrgeizige Programm »50 Jahre in 5 Jahren« ihres Präsidenten Juscelino Kubitschek umzusetzen. So folgte 1955 Mercedes-Benz mit seiner Lkw-Sparte und 1959 die pompöse Eröffnung des Volkswagenwerks, beide in São Bernardo do Campo an der Via Anchieta im Staat São Paulo. Das unter der Kubitschek-Regierung massiv ausgebaute Straßennetz füllte sich mit Lastwa-

---

<sup>12</sup> Siehe [www.portalfeb.com.br/o-brasil-vai-as-compras-fried-krupp/](http://www.portalfeb.com.br/o-brasil-vai-as-compras-fried-krupp/)

<sup>13</sup> Nellißen, Frank J.: Das Mannesmann-Engagement in Brasilien von 1892 bis 1995. Evolutionspfade internationaler Unternehmensstätigkeit aus wirtschaftshistorischer Sicht, München 1997, S. 77.

<sup>14</sup> Ebd., S. 378.

<sup>15</sup> Moniz-Bandeira, Luiz Alberto: Wachstumsmarkt Brasilien: Der deutsche Wirtschafts- und Handelsbeitrag in Geschichte und Gegenwart, 2. Auf., Wiesbaden 2013, S. 3.

gen von Mercedes und Käfern aus VW-Produktion. Die Deutschen waren wieder da. Und Brasilien und die Bundesrepublik Deutschland begannen »Beziehungen der besonderen Art« zu entwickeln, wie es der Historiker Luiz Alberto Moniz-Bandeira formulierte.<sup>16</sup>

Die sollte auch der Militärputsch von 1964 nicht trüben.

### **Kein »Luxus der Sentimentalität«**

Bundespräsident Heinrich Lübke war das erste ausländische Staatsoberhaupt, das der brasilianischen Putschregierung am 11. Mai 1964 einen Besuch abstattete, den die Ufa-Wochenschau mit den Worten kommentierte: »In Brasília, der Hauptstadt des vierten Landes, das der Bundespräsident auf seiner Reise besuchte, kontrastierten Uniformen von gestern lebhaft mit der Architektur von Morgen. Präsident Castelo Branco geleitete seine Gäste zu einem großen Empfang in den Palácio do Planalto. Die erst wenige Wochen amtierende Revolutionsregierung, mit der [Bundes-]Außenminister Schröder wichtige politische Gespräche führte, zeigte bei dieser Gelegenheit für Orden genauso viel Sinn wie für Ordnung. Präsident Branco dekorierte seinen Gast [Bundespräsident Lübke] mit dem Großkreuz zum Kreuz des Südens. Der Besuch in Brasília vertiefte die Beziehungen zu einem Land, das entschlossen scheint, die Rolle der Führungsmacht auf dem amerikanischen Subkontinent zu übernehmen. In der monumentalen Architektur seiner Hauptstadt offenbaren sich Ehrgeiz und Anspruch einer aufstrebenden Nation.«<sup>17</sup>

Neben den obligatorischen Besuchen bei VW und Mercedes ging es Lübke bei den bilateralen Gesprächen um die während des Zweiten Weltkriegs konfiszierten deutschen Vermögenswerte in Brasilien, um den Wunsch der Lufthansa, Brasilien drei Mal wöchentlich anfliegen zu dürfen, sowie um den Abschluss eines künftigen bilateralen Investitionsschutzvertrages.

Die deutschen Wünsche wurden weitgehend erfüllt, der nach einem Investitionsschutzvertrag allerdings nicht – bis heute nicht. Zwar unterzeichnete Brasilien in den Jahren 1994 bis 1999 insgesamt 14 solcher bilateralen Investitionsschutzverträge (BITs), aber der Nationalkongress in Brasília hat diese nie ratifiziert. Denn BITs bilden meistens (neben eini-

---

<sup>16</sup> Ebd., S. XVI.

<sup>17</sup> Transkription des Sprechertextes der UFA-Wochenschau 407/1964, 12.5.1964, unter: [www.filmothek.bundesarchiv.de/video/584597?set\\_lang=de](http://www.filmothek.bundesarchiv.de/video/584597?set_lang=de)

gen Freihandelsabkommen mit entsprechenden Investor-to-State-Klagebestimmungen wie dem geplanten TTIP) die Basis für die Klagemöglichkeit ausländischer Investoren vor internationalen Schiedsgerichten wegen »diskriminierenden« oder »enteignenden« oder »Enteignung ähnelnden« Verhaltens. Das aber verstößt gegen Art. 1 der brasilianischen Verfassung, der die Souveränität des Landes definiert und es daher eine Form der Diskriminierung darstelle, wenn ausländische Schiedsgerichte nur den ausländischen Investoren, aber nicht den inländischen zur Verfügung stehen.

Deutsche Konzerne ließen sich aber von dem vermeintlichen Fehlen einer solchen Rechtssicherheit nie sonderlich stören. Denn Brasilien hatte 1962 das Gesetz über ausländische Investitionen, das *Lei do Capital Estrangeiro*, erlassen. Es legt in Art. 2 fest, dass ausländischem Kapital, das in Brasilien investiert wird, die identische Behandlung vor dem Gesetz gewährt wird wie allem inländischen Kapital, wobei explizit jedwede Form von Diskriminierung oder Einschränkung verboten ist, die nicht ausdrücklich durch dieses Gesetz erlaubt wäre. Die 1964 vorgenommenen Änderungen dieses Gesetzes betreffen die Registrierungsmodalitäten ausländischen Kapitals in Brasilien und die Modalitäten des Kapital- und Gewinntransfers, nicht aber den Grundsatz der schon 1962 festgestellten Inländergleichbehandlung.<sup>18</sup> Ausländische Konzerne konnten sich in Brasilien schon immer wohlfühlen.

Bei Lübkes Besuch warb die brasilianische Seite um 200 Millionen DM aus dem Etat des damaligen deutschen Entwicklungshilfefonds für Industrieprojekte im Nordosten Brasiliens, für den Erwerb von Turbinengeneratoren für das Wasserkraftwerk Três Marias, für den Ausbau des Tubarão-Stahlhafens im Bundesstaat Minas Gerais sowie für weitere Stahl-, Papierfabrik- und Hafenprojekte im Land. Im Gegenzug erleichterte<sup>19</sup> die brasilianische

---

<sup>18</sup> Siehe Russau, Christian: Durchsetzung internationaler Handelsregime zwischen Europäischer Union (EU) und dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur)? Ausländische Direktinvestitionen als Gegenstand der Freihandelsverhandlungen im Spannungsfeld von Investorenrechten, Entwicklung und Menschenrechten, FDCL, Berlin 2004, S. 70f.

<sup>19</sup> Decreto Nº 55.762/65: Regulamenta a Lei nº 4.131, de 3 de setembro de 1962, modificada pela Lei nº 4.390, de 29 de agosto de 1964, unter: [www.acapelattomarcas.com.br/wp-content/uploads/Decreto-n.-55762-Regulamenta-a-Lei-n%C2%BA-4.131-de-3-de-setembro-de-1962-modificada-pela-Lei-n%C2%BA-4.390-de-29-de-agosto-de-1964.1.pdf](http://www.acapelattomarcas.com.br/wp-content/uploads/Decreto-n.-55762-Regulamenta-a-Lei-n%C2%BA-4.131-de-3-de-setembro-de-1962-modificada-pela-Lei-n%C2%BA-4.390-de-29-de-agosto-de-1964.1.pdf)

Regierung die Bestimmungen zum Kapitalgewinntransfer der Konzerne in die Mutterländer.<sup>20</sup>

Bonn und Brasília verstanden sich offenbar prächtig. Da scherte sich in der bundesdeutschen Hauptstadt kaum jemand um die 50.000 Oppositionellen, die von der Militärjunta im Jahr 1964 nach dem Putsch im Rahmen der »Operação Limpeza« verhaftet worden waren.<sup>21</sup> Die deutsche Industrie hatte schon viel zu ausgeprägte Interessen am brasilianischen Binnen- und Exportmarkt, als dass Bonn die gepflegten Wirtschaftsbeziehungen in Abwägung gegen Menschenrechtsfragen hätte aufs Spiel setzen wollen.

Und als das brasilianische Wirtschaftswunder richtig Fahrt aufnahm, da waren die deutschen Unternehmer nicht mehr zu bremsen. Ab 1968 wuchs die brasilianische Wirtschaft um satte 10% pro Jahr. Die deutschen Konzerne der Schwerindustrie, der chemischen Industrie, die Maschinen- und Anlagenbauer sowie die gesamte Automobilzuliefererindustrie – alle zog es nach Brasilien, zu dem aufstrebenden Markt der Zukunft. Die deutschen Auslandsinvestitionen in Brasilien stiegen von einer auf 2,3 Milliarden Mark (1974), und rechnet man die über Kanada, die USA und die Schweiz getätigten Kapitalzuflüsse deutscher Konzerntöchter der Chemie- und pharmazeutischen Industrie hinzu, so stieg ihr Wert allein 1974 sogar um fünf Milliarden DM.<sup>22</sup>

Der faszinierende Sog des *milagre econômico* Brasiliens Anfang der 1970er Jahre verengte den Blick der Konzerne noch mehr auf den Profit – und ließ sie auch die letzten Skrupel über Bord werfen. Denn Brasiliens Wirtschaftswunder fußte auf *arrocho salarial*, staatlich determinierter Lohnknebelung der ArbeiterInnen, und auf der Repression sämtlicher oppositioneller oder gewerkschaftlicher Strömungen. 1965 musste ein/e ArbeiterIn in Brasilien bei einem gesetzlichen Mindestlohn vier Stunden für den Erwerb der durchschnittlichen monatlichen Fleischration arbeiten, 1971 lag dieser Wert bei sieben, 1974 schon bei elf Stunden.<sup>23</sup>

Gustav Stein, CDU-Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestags, stellte nach einem Be-

<sup>20</sup> Moniz-Bandeira: Wachstumsmarkt Brasilien, S. 155f.

<sup>21</sup> Moreira Alves, Maria Helena: Estado e oposição no Brasil (1964–1984), Petrópolis 1984.

<sup>22</sup> Lohbauer, Christian: Brasil Alemanha, 1964–1999: fases de uma parceria, Konrad-Adenauer-Stiftung, São Paulo 2000, S. 53f.

<sup>23</sup> Moniz-Bandeira, Luiz Alberto: Cartéis e desnacionalização: a experiência brasileira 1964–1974, 3. Auflage, Rio de Janeiro 1975, S. 19.

such in Brasilien 1971 fest, »dass die Regierung derzeit mit keinerlei Arbeitskämpfen rechnen muss«, und meinte, solange »die Wirtschaftsexpansion noch in den Anfängen steckt, sollte die Lohnpolitik die Unternehmen vor einem Kostendruck von der Lohnseite her schützen«. Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Rudolf Leidig, schlug in die gleiche Kerbe: »Ich bin überzeugt, dass Brasilien vom politischen Gesichtspunkt aus sicherlich das stabilste Land in ganz Lateinamerika ist. Die Tatsache, dass hier in Europa gelegentlich Kritik gegenüber dem System laut wird, beruht sicherlich darauf, dass man hier nicht die nötige Einsicht und Kenntnis über das Land besitzt. Ich bin der Auffassung, dass diese Stabilität mit dazu beiträgt, dem Land die unabdingbare und notwendige wirtschaftliche Basis zu verschaffen. Dies ist wohl das vordringliche und vorrangige Ziel.« Und später fügte Leidig hinzu: »Der Brasilianer besitzt eine andere Mentalität als der Deutsche und Europäer. Er nennt eine glückliche Mentalität sein eigen [...]. Er ist nicht neidisch und mit seinem Los zufrieden.« In diesem Sinne schrieb auch das damalige Flaggschiff regierungstreuer brasilianischer Positionen im Ausland, die Zeitschrift *Deutsch-Brasilianische Hefte*, in einem Aufsatz von 1973, es sei »in Brasilien gelungen, ein Modell wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ordnung zu schaffen, das den brasilianischen Problemen angepasst ist [...] und zweifelsohne für die brasilianischen Verhältnisse und die Phase, die das Land und die Welt erleben, das Beste ist.«<sup>24</sup>

Und das in den *anos de chumbo*, in den »bleiernen Jahren« von Dezember 1968 bis zum Amtsende von General Emílio Garrastazu Médici am 15. März 1974, in denen verhaftet wurde, wer dem Regime suspekt war, in denen im Gefängnis weggeschlossen wurde, wer ein Flugblatt bei sich trug, in denen gefoltert wurde, wer gewerkschaftlich organisiert war. Am 13. Dezember 1968 erließ Präsident Marschall Artur da Costa e Silva den berüchtigten »Institutionellen Akt Nr. 5«. Dieses in Brasilien als »AI-5« bekannte Dekret gab ihm die Befugnis, das Parlament aufzulösen, PolitikerInnen ihres Amtes zu entheben und die Repression massiv zu verschärfen. Damit waren die letzten Reste von Bürgerrechten im Lande außer Kraft gesetzt.

Laut Untersuchungen des renommierten Instituto de Estudos da Violência de Estado wurden während der brasilianischen Militärdiktatur 475

---

<sup>24</sup> Die Recherche der Zitate aus den *Deutsch-Brasilianischen Heften* verdanke ich Ramalho, Luiz: *Opposition und Opportunismus. Die deutsch-brasilianischen Beziehungen während der Diktatur. Ein (auch persönlicher) Rückblick*, in: *Nunca Mais Brasilientage*, Programmheft, Berlin 2014, S. 9ff.

Menschen ermordet oder verschwanden, 24.560 Personen wurden verfolgt. Die dem Justizministerium unterstellte Amnestiekommission von 2008 zur Anerkennung politischer Verfolgung während der Militärdiktatur zählte über 70.000 Anträge und entsprechende Entschädigungszahlungen. Nach neuesten Erkenntnissen der nationalen Wahrheitskommission von 2014 ist die Dunkelziffer vor allem in ländlichen Gebieten allerdings deutlich höher. In ihrem Abschlussbericht kommt die Kommission auf 1.196 Kleinbäuerinnen und -bauern<sup>25</sup> sowie auf »mindestens« 8.350 Indigene,<sup>26</sup> die von der Militärdiktatur ermordet wurden und deren Namen größtenteils nicht bekannt sind.

Im Juni 1970 entführten linksgerichtete Stadtguerilleros der Vanguarda Popular Revolucionária (VPR) den deutschen Botschafter Ehrenfried von Holleben in Rio de Janeiro. Seine Freilassung erfolgte im Austausch gegen 41 vom Regime inhaftierte Oppositionelle, denen die Ausreise nach Algerien ermöglicht wurde. Die Entführung wurde von der VPR explizit damit begründet, dass auch deutsche Unternehmen sich an der Ausbeutung Brasiliens beteiligten.

Im weiteren Verlauf des Jahres wurde – auch durch die Berichterstattung über die Hintergründe der Entführung – in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit mehr und mehr bekannt, dass Angehörige staatlicher Organe in Brasilien folterten und mordeten. Es waren die Exilierten, die StudentInnen, die Menschenrechts-, Solidaritäts- und vor allem die unzähligen kleinen Kirchengruppen, die Repression und Folter anprangerten. Auch einige JournalistInnen machten in den eher liberalen großen Tageszeitungen und Wochenmagazinen auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam.

So begann in Bonn bei einigen PolitikerInnen ein erstes Umdenken. Der amtierende sozialdemokratische Kanzler Willy Brandt etwa weigerte sich im Herbst 1970, den brasilianischen Justizminister Alfredo Buzaid zu empfangen, die rechte Hand des Junta-Generals Emílio Garrastazu Médici, der »nach Bonn gereist war, um zu verkünden, es gebe in Brasilien keine politischen Gefangenen, geschweige denn Folterungen.«<sup>27</sup> Genau das hatte

---

<sup>25</sup> Agência Senado: Relatório mostra que mais de mil camponeses foram vítimas da ditadura, 18.3.2016, unter: <http://andes-ufsc.org.br/relatorio-mostra-que-mais-de-mil-camponeses-foram-vitimas-da-ditadura/>

<sup>26</sup> Brasil, Kátia/Farias, Elaíze: Comissão da Verdade: Ao menos 8,3 mil índios foram mortos na ditadura militar, 11.12.2014, unter: <http://amazoniareal.com.br/comissao-da-verdade-ao-menos-83-mil-indios-foram-mortos-na-ditadura-militar/>

<sup>27</sup> Süddeutsche Zeitung, 26.4.1971

Buzaid als Organisator des im selben Jahr von der brasilianischen Militärregierung herausgegebenen »Buchs der Wahrheit«<sup>28</sup> zu belegen versucht. Buzaid war es auch, der sagte, das Regime müsste »sich rüsten, um die schlechten Elemente zu vernichten«.<sup>29</sup> Später wurde bekannt, so die Auskunft des Menschenrechtsanwalts Flávio Flores da Cunha Bierrenbach, dass Buzaid den Kellerräumen des DOI-CODI in São Paulo, in denen gefoltert wurde, mehrmals persönlich Besuch abgestattet hatte.<sup>30</sup> Wegen Brandts Weigerung, ihn zu empfangen, blieb Buzaid nur, als protokollarische Termine in Nordrhein-Westfalen zwei Strafanstalten zu besuchen, in deren Umfeld StudentInnen prompt Protestkundgebungen gegen seine Anwesenheit organisierten. Diese wiederum bewogen Buzaid, »seinen Besuch frühzeitig abubrechen und nach London weiter zu fliegen«.<sup>31</sup>

So stand Ende des Jahres 1970 die deutsche Wirtschaft in Brasilien vor einem Problem. Denn wenige Monate später, vom 23. April bis zum 4. Mai 1971, sollte im Parque Ibirapuera in São Paulo die »größte deutsche Industrieausstellung im Ausland« eröffnet werden. 375 deutsche Aussteller wollten auf 22.000 Quadratmetern Präzisionsarbeit »made in Germany« präsentieren. Und wie immer durfte Politprominenz nicht fehlen. Nachdem Willy Brandt abgewunken hatte und auch Wirtschaftsminister Karl Schiller von der SPD »wenig Neigung« verspürte, die deutsche Industrieausstellung in São Paulo zu eröffnen, bot sich SPD-Verkehrsminister Georg Leber an, der aber der brasilianischen Junta nicht hochrangig genug für einen pompösen Staatsempfang war.

»Das alles, und noch manche atmosphärische Störung, wurde wiedergutmacht«, spottete die *Süddeutsche Zeitung* später im April 1971, durch die »rheinische Frohnatur Walter Scheel«.<sup>32</sup> Der bundesdeutsche Außenminister und Vizekanzler reiste im April 1971 nach Brasília und hofierte – politisch naiv oder berechnend? – das Regime.

<sup>28</sup> Kompletter Download des Buches unter: [www.scribd.com/doc/211046686/Livro-da-Verdade-do-ministro-Buzaid-pdf](http://www.scribd.com/doc/211046686/Livro-da-Verdade-do-ministro-Buzaid-pdf)

<sup>29</sup> Machado, Roberto: *Juristas de Exceção*, in: Monteleone, Joana u.a. (Hrsg.): *À espera da verdade. Empresários, juristas e elite transnacional. História de civis que fizeram a ditadura militar*, São Paulo 2016, S. 93.

<sup>30</sup> Spieler, Paula/Mafei Rabelo Queiroz, Rafael: *Advocacia em Tempos Difíceis: Ditadura Militar 1964–1985*, Curitiba 2013, S. 275.

<sup>31</sup> Ramalho: *Opposition und Opportunismus*, S. 9.

<sup>32</sup> *Süddeutsche Zeitung*, 26.4.1971; dort auch die folgenden Zitate.

Scheel erklärte, zwar »seien manche innenpolitischen Nachrichten aus Brasilien für empfindsame Naturen etwas schockierend«, aber, »in der Bundesrepublik [Deutschland] herrsche völlige Pressefreiheit, und die Bundesregierung könne deshalb ›Angriffe auf Brasilien‹ nicht unterbinden. Tatsächlich seien viele ›sensationelle Informationen‹, die in deutschen Presseorganen erschienen, ›ungerecht gegenüber Brasilien‹.« Die auf der Deutschen Industrieausstellung anwesenden AusstellerInnen und vor allem die in São Paulo, Belo Horizonte und Rio de Janeiro ansässigen deutschen Unternehmen dürften das mit Erleichterung aufgenommen haben.

Im Vorfeld von Scheels Staatsbesuch und in Bezugnahme auf die Entführung des deutschen Botschafters durch brasilianische Stadtguerillagruppen hatte das *Jornal do Brasil* einen nicht namentlich genannten deutschen Diplomaten mit den Worten zitiert: »Selbst wenn es mit unserem Botschafter damals schlimm ausgegangen wäre, hätte das die Beziehungen nicht wesentlich beeinträchtigt. Unsere wirtschaftlichen Interessen in Brasilien sind heute so groß, dass wir uns nicht den Luxus der Sentimentalität leisten können.«

Das dachte sich wohl auch Walter Scheel von der FDP und unterzeichnete mit Brasiliens Außenminister Gibson Barbosa – »begleitet von Trinksprüchen«, wie die Süddeutsche *Zeitung* zu berichten wusste – ein gemeinsames Kommuniqué beider Staaten, das »eine koordinierte internationale Aktion zur Bekämpfung von Gewaltakten gegen Menschenleben und gegen Transportmittel« für »wünschenswert« erklärte. So stempelte Scheel als westdeutscher Vizekanzler den Widerstand gegen die Diktatur in Brasilien, die *resistência* unzähliger kleiner Gruppen, die in Stadt- oder Landguerrilla gegen die Diktatur aktiv waren, als Terrorismus ab und stellte sich in die Tradition der überzeugten AntikommunistInnen, denen ein Einsatz für Menschenrechte allzu leicht eben als jener »Luxus der Sentimentalität« erschien. Da verwundert es nicht, dass selbst nach dem Militärputsch 1973 in Chile, als es eine breite Solidarität mit den in die Bundesrepublik Geflüchteten gab, die sozialliberale Regierungskoalition gerade einmal 2.000 Kontingentflüchtlinge aus Chile aufnehmen wollte.<sup>33</sup>

---

<sup>33</sup> Fuchs, Jochen: »Ändere die Welt, denn sie braucht es«, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 473, November 2013, unter: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=aendere-die-welt-denn-sie-braucht-es>

## Deeskalierende Schießübungen und ein »Hamburger Kessel« in São Paulo

Militärdiktatur hin, Menschenrechte her – die Regierung von Helmut Schmidt schloss mit Brasilien nicht nur ein Atomabkommen (von dem noch ausführlich die Rede sein wird), sondern erlaubte 1976 auch, dass das Sturmgewehr G3 von Heckler & Koch in Brasilien in Lizenzproduktion fabriziert werden durfte.<sup>34</sup> Das G3 war exklusiv für die Bundeswehr entwickelt worden, sodass die Lizenzrechte beim deutschen Staat lagen. Und der hatte keine Probleme damit, sie den brasilianischen Generälen zu verkaufen.

Die Bundeswehr hatte ja auch schon Anfang der 1970er Jahre keine Skrupel gehabt, was die Zusammenarbeit mit brasilianischen Militärs betraf. So hatte sie 1972 Angehörige der Kriegshochschule Escola Superior de Guerra zu Schulungsmaßnahmen eingeladen, jener Escola Superior de Guerra, »in der die Prinzipien der Doktrin der nationalen Sicherheit festgelegt wurden, die als vorrangiges Ziel die Bekämpfung der Linken, die Eliminierung der »inneren Feinde« hatte.<sup>35</sup> Als diese Schulung publik wurde, kam es im September 1972 zu massiven Protesten von StudentInnen in Deutschland, die eine solche Kollaboration des deutschen Staates mit der Militärdiktatur nicht hinnehmen wollten.<sup>36</sup>

Aufgrund der Proteste verzichtete die Bundeswehr weitestgehend auf öffentliche Stellungnahmen und äußerte sich nicht zu den Schulungsinhalten. Ebenso ließ die Bundeswehr nie Konkretes verlauten über die Besuche der Mitglieder des brasilianischen Inlandsgeheimdienstes SNI, die ebenfalls zu Schulungen in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen wurden, wie der Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission enthüllt.<sup>37</sup>

Das alles ist keineswegs Geschichte. Die Waffen von Heckler & Koch erfreuen sich auch heute, trotz aller jüngst verlautbarten Zielungenauigkeiten beim G36, bei PolizistInnen großer Beliebtheit. So ist auch eine der weltweit berüchtigtsten Polizeieinheiten, das Batalhão de Operações Po-

---

<sup>34</sup> Coen, Amrai/Friederichs, Hauke/Uchatius, Wolfgang: Der Tod kommt aus Deutschland, 19.12.2013, unter: [www.zeit.de/2013/51/deutsche-waffenexporte-schnellfeuer-gewehr-g36/seite-4](http://www.zeit.de/2013/51/deutsche-waffenexporte-schnellfeuer-gewehr-g36/seite-4). Eine der berüchtigtsten Polizeieinheiten, die BOPE von Rio de Janeiro, führt in ihrer Bewaffnung Heckler & Koch PSG 1 und die MP5 sowie das Gewehr SIG SAUER SSG 3000.

<sup>35</sup> Caldeira, João Paulo: A tortura e os mortos na ditadura militar, 5.12.2013, unter: <http://jornalggn.com.br/noticia/a-tortura-e-os-mortos-na-ditadura-militar>

<sup>36</sup> Ramalho: Opposition und Opportunismus, S. 9.

<sup>37</sup> Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Band I, S. 119.

liciais Especiais, kurz BOPE, aus Rio de Janeiro mit den Waffen von Heckler & Koch ausgerüstet. Natürlich findet sich darunter das Sturmgewehr G3, aber es gibt auch die Maschinenpistolen MP5, das Maschinengewehr H&K 21 sowie das Präzisionsschützengewehr H&K PSG1.<sup>38</sup>

Und es geht noch größer: Vor der Fußballweltmeisterschaft 2014 kaufte Brasilien von der Bundeswehr 34 gebrauchte Flakpanzer vom Typ Gepard 1A2, der auch ferngesteuert eingesetzt werden kann. Die ersten Exemplare trafen bereits im Mai 2013 ein und kamen erstmals zum Besuch des Papstes auf dem katholischen Weltjugendtag in Rio de Janeiro zum Einsatz. »Wir benötigen die Panzer, um bei Großereignissen die Menschen in den Stadien zu schützen«, argumentierte der General der Luftwaffe Marcio Roland Heise im Vorfeld der WM. Der Panzer verfügt über zwei 35-mm-Geschütze und soll Flugobjekte auf kürzere Distanz abschießen können. Der Gesamtpreis für die ursprünglich von Krauss-Maffei, Blohm + Voss und Siemens gefertigte Panzerflotte soll bei knapp 40 Millionen US-Dollar gelegen haben.<sup>39</sup>

Andere Unternehmen sind ebenfalls präsent. Am 22. Februar 2014, knapp vier Monate vor WM-Anpfiff, trafen sich in São Paulo mehr als 2.000 Menschen zur »Zweiten Demo gegen die WM« auf dem zentral gelegenen Platz der Republik. Die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse ein. Ein Wasserwerfer spülte die Menschen von der Straße, vorn an seinem Kühler prangte das VW-Logo. Doch Volkswagen ließ drei Monate später auf der Aktionärsversammlung erklären, nur der Unterbau des Lasters sei von VW, andere Firmen würden dann Um- und Aufbauten daraufsetzen, VW habe nichts mit den Wasserwerfern zu tun, da sie diese nicht herstellten. Nur eben den Lastkraftwagen an sich. Irgendwelche Gedanken über die Problematik von Dual-Use-Produkten scheinen Volkswagen fremd zu sein.

Inmitten dieses Chaos wandte die Militärpolizei von São Paulo erstmals in situ eine »neue Taktik« an, von der das Nachrichtenportal SpressoSP auf Portugiesisch wie folgt berichtete: »A Polícia Militar utilizou uma nova tática: a Hamburger Kessel, ou Caldeira de Hamburgo, em português.«<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Grässlin, Jürgen: Tore und Tote, 7.5.2014, unter: [www.kontextwochenzeitung.de/ueberm-kesselrand/162/tore-und-tote-2188.html](http://www.kontextwochenzeitung.de/ueberm-kesselrand/162/tore-und-tote-2188.html)

<sup>39</sup> Russau, Christian: Training mit Wasserwerfern, Panzern und Pistolen. Deutschland und Österreich sind mit von der Partie, in: Dilger, Gerhard u.a. (Hrsg.): Fußball in Brasilien: Widerstand und Utopie. Von Mythen und Helden, von Massenkultur und Protest, Hamburg 2014, S. 141.

<sup>40</sup> Spresso SP, 24.2.2014, unter: <http://spressosp.com.br/2014/02/24/pm-usa-tatica-proibida-na-alemanha-para-reprimir-manifestantes/>

»Hamburger Kessel« in São Paulo? Erlebt nun nach Kindergarten und Autobahn, Panzer und Blitzkrieg ein weiteres deutsches Wort eine internationale Karriere?

In Deutschland ist der »Hamburger Kessel« seit 1986 eine rechtswidrige polizeitaktische Maßnahme, die das Verwaltungsgericht Hamburg grundsätzlich untersagt hat. Am 8. Juni 1986 sollte eine Demonstration stattfinden, nachdem am Vortag schon gegen das Atomkraftwerk Brokdorf protestiert worden war. Die Polizeieinsatzleitung entschied, die Demo bereits vor Beginn zu unterbinden, indem sie die auf dem Weg dorthin befindlichen Menschen einkesseln ließ. Diese präventive Einkesselung, die mehr als 13 Stunden dauerte, erklärte das Verwaltungsgericht Hamburg später für rechtswidrig – und verwarnte die Polizeieinsatzleiter wegen Freiheitsberaubung in 861 Fällen.

Wie es die Taktik und der dazugehörige deutsche Name einer rechtswidrigen Polizei-praxis nach São Paulo geschafft haben, ist unklar. Vermutet wird aber ein Zusammenhang zwischen der »polizeilichen Aufbauhilfe«, die das deutsche Innenministerium – vermittelt über das SEK Niedersachsen – im Herbst 2013 brasilianischen MilitärpolizistInnen in Hannover in einem mehrwöchigen Kurs zur »Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit« hat zukommen lassen.

Dabei handelte es sich, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Günter Krings, am 4. Juni 2014 im Deutschen Bundestag erklärte, um eine »dreiwöchige Ausbildungsmaßnahme« zur »Fortbildung von Spezialkräften«, um »in Vorbereitung auf die anstehenden Großereignisse – Fußballweltmeisterschaft 2014 und Olympische Spiele 2016 – in Brasilien« eben diese brasilianischen MilitärpolizistInnen durch das BKA und SEK zur »Stärkung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit« zu schulen.<sup>41</sup>

Die dabei angewandte Methode gibt sich realitätsnah: »das Sicherheitskonzept Fußball am Beispiel eines Bundesligaspiels«. Dazu gehörten dann, so Krings im Deutschen Bundestag, »Schießübungen« und das Einüben von »Selbstverteidigungstechniken« ebenso wie »verschiedene Taktiken unter anderem bei Bus- und Flugzeuginterventionen im Falle von Geiselnahme«.

---

<sup>41</sup> Hunko, Andrej: Weitere mündliche Frage zu Ausbildungsinhalten deutscher Spezialkräfte für brasilianische Terrorpolizei BOPE im Rahmen der Fußball-WM 2014, 5.6.2014, unter: [www.andrej-hunko.de/bt/fragen/2034-weitere-muendliche-frage-zu-ausbildungsinhalten-deutscher-spezialkraefte-fuer-brasilianische-terrorpolizei-bope-im-rahmen-der-fussball-wm-2014](http://www.andrej-hunko.de/bt/fragen/2034-weitere-muendliche-frage-zu-ausbildungsinhalten-deutscher-spezialkraefte-fuer-brasilianische-terrorpolizei-bope-im-rahmen-der-fussball-wm-2014)

Also all die Dinge, mit denen sich der gemeine Fußballfan in Deutschland am Wochenende in den Stadien so beschäftigt.

Nachdem er noch einige Worte über das Gebot der Verhältnismäßigkeit und Deeskalationsstrategien verloren hatte, ließ der Staatssekretär rhetorisch geschickt einfließen, dass man sicherlich »bestimmte Kritikpunkte formulieren« könne. Er ahnte wohl schon, welches Echo die BKA- und SEK-Ausbildungsmaßnahme für brasilianische MilitärpolizistInnen in Deutschland hervorrufen würde. »Das ist blanker Hohn«, urteilte denn auch der Abgeordnete der LINKEN, Andrej Hunko, bei der Befragung des Staatssekretärs im Bundestag. »Das gemeinsame Training zeigt den auch bei deutschen Polizeien vorhandenen Willen zur Aufrüstung der Sicherheitsarchitektur im Bereich von Sportereignissen. Mit der Ausbildungsmaßnahme fördern deutsche Polizeien das bereits jetzt hoch militarisierte Sicherheitskonzept für die Weltmeisterschaft in Brasilien.«<sup>42</sup> Krings hielt dagegen. »Ich bin mir sehr sicher, dass das, was wir in Deutschland an Ausbildung vermitteln konnten, zu mehr Rechtsstaatlichkeit geführt hat und im Ergebnis nicht nur der Sicherheit, sondern auch dem Vorgehen, im positiven Sinne auch dem bürgerrechtlichen Vorgehen der Kräfte zugutegekommen ist.«

Was das »bürgerrechtliche Vorgehen« der brasilianischen Militärpolizei anbelangt, so ist ein Blick in die Statistiken so erhellend wie ernüchternd. Eine Studie zu tödlicher Polizeigewalt in Brasilien ergab, dass im Jahr 2013 mindestens 1.259 Menschen von Angehörigen der Polícia Militar sowie der Polícia Civil getötet wurden.<sup>43</sup> Allein in Rio de Janeiro wurden im Jahr der Fußballweltmeisterschaft 580 Menschen erschossen. Dies waren fast 40% mehr als noch im Jahr zuvor.<sup>44</sup>

---

<sup>42</sup> Hunko, Andrej: Militarisierung von Sportereignissen: Brasilianische Militärpolizei drei Wochen von deutschem SEK trainiert, 5.6.2014, unter: [www.andrej-hunko.de/presse/2036-militarisierung-von-sportereignissen-brasilianische-militaerpolizei-drei-wochen-von-deutschem-sek-trainiert](http://www.andrej-hunko.de/presse/2036-militarisierung-von-sportereignissen-brasilianische-militaerpolizei-drei-wochen-von-deutschem-sek-trainiert)

<sup>43</sup> Puff, Jefferson/Kawaguti, Luís: Para cada quatro mortos pela polícia no Brasil, um policial é assassinado, 16.9.2014, unter: [www.bbc.com/portuguese/noticias/2014/09/140914\\_salasocial\\_eleicoes2014\\_violencia\\_policia\\_numeros\\_lk\\_jp.shtml](http://www.bbc.com/portuguese/noticias/2014/09/140914_salasocial_eleicoes2014_violencia_policia_numeros_lk_jp.shtml)

<sup>44</sup> Andrade, Alvaro Ludgero: »Polícia do Rio mata muito«, diz porta-voz da Amnistia Internacional no Brasil, 2.6.2016, unter: [www.voaportugues.com/a/policia-rio-mata-amnistia-internacional-brasil/3359115.html](http://www.voaportugues.com/a/policia-rio-mata-amnistia-internacional-brasil/3359115.html)

Brasilianische und internationale Menschenrechtsgruppen wie auch die Vereinten Nationen<sup>45</sup> fordern daher seit Jahren die Entmilitarisierung der Militärpolizei, eine Forderung, die laut einem Bericht der Deutschen Welle nach den Protesten im Juni 2013 und der Polizeigewalt im Vorfeld der WM gesamtgesellschaftlich deutlich an Zustimmung gewonnen hat.<sup>46</sup> Da wäre statt beschriebener polizeilicher Ausbildungsmaßnahmen zu überlegen, welche Verantwortung die deutsche Regierung trägt, wenn sie Jahr für Jahr Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Waffen nach Brasilien erteilt. »Denn«, so bringt es der Rüstungsexportkritiker Jürgen Grässlin im Interview mit den *Deutschen Wirtschafts-Nachrichten* auf den Punkt, »bei den Einsätzen der brasilianischen Sicherheitskräfte sind vielfach Schusswaffen aus Deutschland im Einsatz.«<sup>47</sup> Die stammen von Heckler & Koch, aber auch von der in Arnsberg und Ulm ansässigen Carl Walther GmbH. Grässlin erinnerte an das Polizeimassaker im Gefängnis von Carandiru in São Paulo am 2. Oktober 1992.<sup>48</sup> Bei der Niederschlagung eines dort ausgebrochenen Aufstands kam es im »Pavillon neun« zu Streitigkeiten unter den Häftlingen. »Eine Einheit der Militärpolizei stürmte daraufhin das Gebäude mit Waffengewalt, obwohl zahlreiche Gefangene ihre friedliche Absicht mit weißen Tüchern kundtaten und keinerlei Widerstand leisteten. Die brasilianischen MilitärpolizistInnen töteten 111 Gefangene – laut Zeugenaussagen wurden die meisten mit Schusswaffen hingerichtet. Die Militärpolizisten waren mit Maschinenpistolen des Typs MP 5 des Oberndorfer Gewehrherstellers Heckler & Koch (H&K) bewaffnet gewesen. Mithilfe der Seriennummern konnte die deutsche Sektion von Amnesty International nachweisen, dass die Waffen von Deutschland nach Brasilien exportiert worden waren. Deutsche Kleinwaffen sind heute in Brasiliens Straßen all-

---

<sup>45</sup> Kawaguti, Luís: PM mata seis vezes mais que Polícia Civil em São Paulo, 4.6.2012, unter: [www.bbc.com/portuguese/noticias/2012/06/120601\\_direitos\\_humanos\\_policias\\_onu\\_ik.shtml](http://www.bbc.com/portuguese/noticias/2012/06/120601_direitos_humanos_policias_onu_ik.shtml)

<sup>46</sup> Gomes, Karina: Excessos cometidos por PMs impulsionam debate sobre desmilitarização da polícia, 4.8.2014, unter: [www.dw.com/pt/excessos-cometidos-por-pms-impulsionam-debate-sobre-desmilitariza%C3%A7%C3%A3o-da-pol%C3%ADcia/a-17825168](http://www.dw.com/pt/excessos-cometidos-por-pms-impulsionam-debate-sobre-desmilitariza%C3%A7%C3%A3o-da-pol%C3%ADcia/a-17825168)

<sup>47</sup> Cascais, Antônio: Weltmeister: Deutsche Waffen-Industrie verdient prächtig mit der Fußball-WM, 3.6.2014, unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/03/weltmeister-deutsche-waffen-industrie-verdient-mit-fussball-wm/>

<sup>48</sup> FDCL/Amnesty International: Carandiru – Das Gefängnismassaker in São Paulo, Berlin 1995, unter: <http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/fdcl-1995-carandiru-das-gefaengnismassaker-in-sao-paulo/>

gegenwärtig, vor allem in den Favelas, wo die Ärmsten der Armen ihr Dasein fristen«, so Jürgen Grässlin.<sup>49</sup>

Immerhin ist die Position der deutschen Bundesregierung in sich kohärent: Auf der einen Seite erteilt sie Ausfuhrgenehmigungen für die Waffen, auf der anderen Seite schult sie die PolizistInnen. Der parlamentarische Staatssekretär jedenfalls sah das auch auf Nachfrage als geeignete Maßnahmen zur »Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit« und hob die »Strategien zur Deeskalation« als zentrale Inhalte der Schulungen hervor. Auf die Frage, ob er wisse, wie der »Hamburger Kessel« nach São Paulo kommen konnte, hatte aber auch er keine Antwort: »Inhalte wie der »Hamburger Kessel« werden im Rahmen der Polizeilichen Aufbauhilfe nicht vermittelt. Nähere Auskünfte über die vom SEK Niedersachsen vermittelten Inhalte der Ausbildung sind als polizeiliche Einsatztaktiken nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Informationen darüber, auf welchen Kanälen das polizeitaktische Modell »Hamburger Kessel« nach Brasilien gelangt sind, liegen im Bundesministerium des Innern nicht vor.«<sup>50</sup> Der »Hamburger Kessel« ist ja auch nie von Hamburg nach Frankfurt zu den Blockupy-Protesten gelangt, wie sollte er da gar nach São Paulo kommen?

---

<sup>49</sup> Cascais: Weltmeister.

<sup>50</sup> E-Mail des Bundesministeriums des Innern, Stab Leitungsbereich/Presse, an den Autor, 31.7.2014.

# Kapitel 2

## Deutsch-brasilianische Bombengeschäfte

Ein »Bombengeschäft« titelten die *Lateinamerika Nachrichten* 1980.<sup>1</sup> In der Sondernummer ging es um den größten deutschen Exportdeal aller Zeiten, den die sozialliberale Regierung 1975 mit Brasilien abgeschlossen hatte: ein Abkommen zur Kooperation bei der Nutzung der Atomenergie.

### Beschlagnahmte Zentrifugen

Erste deutsch-brasilianische Kontakte in diesem Bereich hatte es bereits 1953 gegeben, als der brasilianische Admiral und Physiker Álvaro Alberto da Mota e Silva, der vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland Physik studiert hatte, in die Bundesrepublik reiste, um dort die Atomphysiker Paul Harteck, Wilhelm Groth und Konrad Beyerle zu treffen. Während des Nationalsozialismus hatten die drei als Mitglieder des Uranvereins im Auftrag des Heereswaffenamts die Ultrazentrifugen-Technologie entwickelt, mittels derer die Anreicherung von atomwaffenfähigem Uran-235 in hintereinander geschalteten Kaskaden möglich werden sollte. Nach dem Krieg arbeiteten sie wieder an Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Mota e Silva bot den deutschen Kollegen bei seinem Besuch 80.000 US-Dollar für die Entwicklung von Zentrifugen-Prototypen an, ein Angebot, das die drei annahmen, obwohl ein solches Projekt zum damaligen Zeitpunkt aufgrund des offiziellen Besatzungsstatus in Deutschland untersagt war. Die Beteiligten am brasilianischen Atomprojekt hatten zunächst versucht, ihre Pläne legalisieren zu lassen und die Alliierte Militärische Sicherheitskommission um die Genehmigung ihres Vorhabens ersucht.<sup>2</sup> Nachdem dies abgelehnt worden war, versuchten sie es im Geheimen.<sup>3</sup> Wilhelm Groth

---

<sup>1</sup> Lateinamerika Nachrichten: Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft, Berlin 1980, unter: <http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/ln-fdcl-1980-das-deutsch-brasilianische-bombengeschaeft/>

<sup>2</sup> U.S. High Commissioner telegram 75 to State Department, 9.7.1954, Secret. Source: RG 59, Central Decimal Files 1950-1954, 762A.0221/7-954, unter: <http://nsarchive.gwu.edu/nukevault/ebb518-the-gas-centrifuge-secret-origins-of-US-policy-of-nuclear-denial-1954-1960/doc%203%207-9-54%20m%20decimal%20files%2050-54%20bx%203888%20brazil%20gas%20centrifuge-2.pdf>

<sup>3</sup> Lateinamerika Nachrichten: Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft.

soll dem Brasilianer überschwänglich für seine Initiative gedankt haben: »Sie sind der Retter der deutschen Atomforschung. [...] Besorgen Sie das Geld und wir bauen die Prototypen. Später gehen wir alle nach Brasilien und bauen dort die Installationen.«<sup>4</sup> Brasiliens damaliger Präsident Getúlio Vargas wurde über die Angelegenheit informiert und darüber, dass absolute Geheimhaltung vonnöten sei. Die 80.000 US-Dollar wurden über die Deutsch-Südamerikanische Bank an das Institut für Physik der Universität Bonn überwiesen – mit dem Betreff »für Forschungszwecke«.

Doch die deutsch-brasilianischen »Atomverschwörer« der ersten Stunde hatten die Rechnung ohne James Conant gemacht, von 1953 bis 1955 US-amerikanischer Hoher Kommissar und damit höchster Vertreter der westlichen Alliierten in Westdeutschland. Conant ließ gemeinsam mit dem britischen Brigadegeneral Harvey Smith die von den Sartorius-Werken in Göttingen hergestellten Zentrifugen Mitte 1954 in Göttingen und Hamburg beschlagnahmen,<sup>5</sup> da deren Export nach Ansicht der US-Atomenergiekommission AEC verboten sei.<sup>6</sup> Dabei hatte das brasilianische Außenministerium extra einen Geheimplan entwickelt, von dem Conant und Smith anscheinend Wind bekommen hatten. Conant handelte auf explizite Anweisung des Präsidenten der US-Atomenergiekommission, Admiral Lewis Strauss. Mota e Silva schäumte vor Wut und flog nach Deutschland, Großbritannien und in die USA, um von Admiral Strauss die Herausgabe der Zentrifugen zu verlangen. Alles Argumentieren brachte jedoch nichts, selbst das Angebot, Brasilien werde die Atomtechnologie von den USA kaufen, überzeugte diesen nicht.

1956 kam die überraschende Wende. Im Mai 1955 waren die Pariser Verträge in Kraft getreten, die das Besatzungsstatut in Westdeutschland beendeten und der Bundesrepublik eine begrenzte Souveränität verliehen. Im Oktober 1955 wurde das Bundesministerium für Atomfragen, ein Vorläufer des heutigen Bundesministeriums für Bildung und Forschung, gegründet, dessen erster Minister, Franz Josef Strauß, den Aufbau einer deutschen

---

<sup>4</sup> Brasilien Nachrichten, Nr. 40/41, 1979, S. 36.

<sup>5</sup> Lateinamerika Nachrichten: Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft.

<sup>6</sup> Eine Zusammenfassung der aus dieser Zeit stammenden und inzwischen freigegebenen US-Dokumente findet sich bei Burr, William: *The Gas Centrifuge Secret: Origins of a U.S. Policy of Nuclear Denial, 1954–1960*. National Security Archive Electronic Briefing Book No. 518, 29.6.2015, unter: [http://nsarchive.gwu.edu/nukevault/ebb518-the-gas-centrifuge-secret-origins-of-US-policy-of-nuclear-denial-1954-1960/index.html#\\_edn5](http://nsarchive.gwu.edu/nukevault/ebb518-the-gas-centrifuge-secret-origins-of-US-policy-of-nuclear-denial-1954-1960/index.html#_edn5)

Atomindustrie vorantrieb. Strauß zeigte großes Interesse an der »südamerikanischen Geschichte«, mit der er sowohl Brasilien, aber vor allem Argentinien meinte, denn dorthin waren einige der führenden NS-Atomwissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg geflohen. Strauß hatte beschlossen, diese nach Deutschland zurückholen.<sup>7</sup> Im Zwist zwischen den USA, der Bundesrepublik und Brasilien über den deutsch-brasilianischen »Technologietransfer« setzte sich am Ende die Meinung durch, die von Harteck & Co. entwickelten Zentrifugen-Prototypen taugten nicht sonderlich zur Urananreicherung. Deswegen dürften diese Zentrifugen getrost nach Brasilien verschickt werden. Die US-Amerikaner gaben ihr Veto auf und die ersten Zentrifugen kamen so 1956 nach Brasilien. Also alles harmlos?

Der brasilianisch-deutsche Aktivist und Journalist Frederico Füllgraf recherchierte Ende der 1970er Jahre die Hintergründe des deutsch-brasilianischen Atom-Deals.<sup>8</sup> Eines Abends hatte er Gelegenheit, in einer Kneipe in Berlin-Charlottenburg mit Alfred Boettcher zu sprechen. Boettcher war 1960 wissenschaftlicher Leiter des Atomforschungszentrums Jülich geworden. Füllgraf berichtete, wie er Boettcher bei laufendem Tonband eine Einschätzung zu den nach Brasilien gelieferten Zentrifugen abringen konnte: »Während der Professor ein Lob auf unsere dritte Flasche Edelzwicker sprach, provozierte ich seine Eitelkeit: ›Die Amerikaner haben die Zentrifugen als minderwertige Schokoladen-Mixer abqualifiziert – stimmt das?‹ ›So ein Quatsch!‹, konterte der Atom-Mann und sagte mit feurigen Augen: ›Die reicherten nicht nur gut, sondern sehr hoch an – über 70%!‹«

Im Zweiten Weltkrieg war Alfred Boettcher SS-Hauptsturmführer in Leiden in den besetzten Niederlanden gewesen. Vom niederländischen Institut zur Kriegsdokumentation wird er als »ein enthusiastischer Mitarbeiter des Nazi-Systems« beschrieben.<sup>9</sup> Am 12. Mai 1949 wurde er in Den Haag zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Nachkriegsdeutschland wurde er Generaldirektor der Degussa, bei der er schon vor dem Krieg gearbeitet hatte. Die Degussa verließ er dann 1960, um zum Kernforschungszentrum Jülich zu wechseln. Es dauerte sechs Jahre, bis sich jemand für seine Vita

---

<sup>7</sup> Brasilien Nachrichten, Nr. 40/41, 1979, S. 36.

<sup>8</sup> Siehe zum Folgenden Füllgraf, Frederico: Der Atomdeal und die Ungehorsamen, 6.3.2014, unter <http://blogs.taz.de/latinorama/2014/03/06/der-atomdeal-und-die-ungehorsamen/>

<sup>9</sup> Zit. nach: Schulze, Dietrich: KIT Karlsruhe: Aufarbeitung der NS-Verstrickungen der deutschen Atomforschung. Atomare Geschichtsentsorgung, in: Neue Rheinische Zeitung, 26.6.2013, unter: [www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181](http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181)

interessierte. Als die niederländische Regierung erfuhr, dass ein vormaliger SS-Mann dem Atomforschungszentrum Jülich vorstand, protestierte sie in Bonn. 1966 wurde Boettcher aus Jülich abgezogen, um 1969 Koordinator des »Rahmenabkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit« mit Brasilien zu werden. Seine Aufgabe: Ab 1970 organisierte Boettcher in Brasilien und Deutschland Kurse und Workshops für brasilianische Atomwissenschaftler. 1972 kam es zur – auf Initiative von Boettcher so benannten – »deutsch-brasilianischen Sonderaktion«, was heißt, dass brasilianische Militärphysiker mit Vertretern der deutschen Wirtschaft über Möglichkeiten des Aufbaus einer brasilianischen Atomwirtschaft diskutierten. Diese Gespräche waren ein Meilenstein auf dem Weg hin zu einem deutsch-brasilianischen Atomvertrag. So besuchten 60 brasilianische Militärs im September 1972 offiziell die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Den größten Teil der Zeit verbrachten sie aber im Atomforschungszentrum Jülich.<sup>10</sup>

### Atom-Deals

Der Außenminister der Großen Koalition, Willy Brandt, hatte bereits 1968 während eines Brasilien-Besuchs den dort herrschenden Militärs das bundesdeutsche Interesse an einer Zusammenarbeit in Sachen Atomenergie erklärt. Im März 1969 versicherte Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg brasilianischen Diplomaten, dass es »für die Bundesrepublik Deutschland in der Nuklearkooperation gleichgültig sei, ob die Partnerstaaten den Atomsperrvertrag unterzeichnen oder nicht«.<sup>11</sup> Im selben Jahr unterschrieb man in Bonn das »Rahmenabkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit«, das in Art. 1 §2 insbesondere die Zusammenarbeit bei der »Kernforschung« hervorhebt.

Verstimmungen ob der Menschenrechtslage – unter der Regierung Brandt zumindest zwischenzeitlich vorhanden – gab es unter Helmut Schmidt nicht mehr, der im Mai 1974 nach Brandts Rücktritt als Bundeskanzler die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. Am 27. Juni 1975 kam es zur Unterzeichnung des »Abkommens zwischen der Föderativen Republik Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie«, das am 18. November 1975 in Kraft trat. Es sah sowohl die gemeinsame »Gewinnung und Aufbereitung

---

<sup>10</sup> Brasilien Nachrichten, Nr. 40/41, 1979, S. 39.

<sup>11</sup> Ebd., S. 37.

von Uranerzen« vor als auch die »Herstellung von Kernreaktoren« und die »Urananreicherung«. Das Atomabkommen zwischen Brasilien und Deutschland ist bis zum heutigen Tage gültig. Die Geltungsdauer betrug zunächst 15 Jahre, bei der Vertragsunterzeichnung wurde aber »als stillschweigende Vereinbarung« festgehalten, dass sich das Abkommen automatisch um jeweils fünf Jahre verlängern sollte bei einer Kündigungsfrist von jeweils zwölf Monaten. Insgesamt acht Atomkraftwerke, eine Urananreicherungs- und eine Wiederaufbereitungsanlage sollten in Brasilien mithilfe deutscher Technik errichtet werden.

Siemens und dessen Tochterunternehmen Kraftwerk Union (KWU) freuten sich über den Großauftrag. Die Bundesregierung ging in ihren damaligen Schätzungen von einem Gesamtvolumen von bis zu 20 Milliarden DM aus.<sup>12</sup> Dies war 1975 ein Segen für die darbenende Atombauindustrie. Konnte diese zwischen Januar 1970 und Februar 1972 noch die Spatenstiche für den Bau von sechs Atomkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland feiern, so dauerte es zum nächsten bis zum Januar 1975. Die deutsche Atomindustrie setzte daher intensiv auf Internationalisierung ihres Geschäfts.

In Brasilien wurde auf Basis des brasilianisch-deutschen Atomabkommens letztlich nur das Atomkraftwerk Angra 2<sup>13</sup> gebaut, dessen Fertigstellung im Jahr 2000 erfolgte. Für den Reaktorblock Angra 3 kamen die dazu nötigen Anlagenteile 1985 für 750 Millionen DM aus Deutschland. Schon im Jahr darauf wurde der Bau wegen finanzieller Engpässe auf brasilianischer Seite auf Eis gelegt. Erst 2010 wurden die Bauarbeiten wieder aufgenommen, 2015 aber wegen neuerlicher Finanznöte und wegen laufender Korruptionsermittlungen gegen beteiligte Bauunternehmen bis auf Weiteres eingestellt.

Der Siemens-Tochter KWU gelang es Mitte der 1970er Jahre, Brasiliens staatlichen Atomkonzern Nuclebrás<sup>14</sup> dazu zu bewegen, mit ihr und weiteren assoziierten Firmen fünf Joint-Ventures einzugehen. Das hing damit zusammen, dass die Deutschen zwar sehr an den Geschäften interessiert waren, aber die Bedenken der USA bezüglich nuklearen Know-how-Transfers an Brasilien durchaus ernst nahmen. Durch Joint-Venture-Lösungen wären alle Interessen – Geschäft, künftige Beteiligung und Einblicke so-

---

<sup>12</sup> Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1975, Band I: 1. Januar bis 30. Juni, hrsg. v. Ilse Dorothee Pautsch, München 2006, S. 26.

<sup>13</sup> Der Nachbarreaktorblock Angra 1 ist ein Reaktor der US-amerikanischen Firma Westinghouse und wurde auf Basis brasilianisch-US-amerikanischer Verträge errichtet.

<sup>14</sup> Nuclebrás wurde 1989 in Indústrias Nucleares do Brasil (INB) umbenannt und umstrukturiert.

wie Kontrolle derselben – befriedigt worden. Heraus kamen dabei die Unternehmen Nuclen, Nuclep, Nusteo, Nuclei und Nuclam. Die Firma Nuclen war zuständig für das Ingenieurdesign der geplanten Atomanlagen. 1979 kam es zu einem handfesten Skandal, der in der Beschlagnahmung einer kompletten Ausgabe der Tageszeitung *Gazeta Mercantil* mündete. Diese hatte die Geheimklauseln des Vertrags zwischen dem Mutterkonzern Nuclebrás und der deutschen KWU öffentlich gemacht. Damit wurde bekannt, dass sich die KWU trotz ihres Anteils von nur 25% das Alleinverfügungsrecht über das Unternehmen gesichert hatte. Als die Nuclen 1997 mit der Atomsparte der Furnas zur Eletrobras Eletronuclear fusionierte, verkaufte Siemens seinen Firmenanteil. Die Schwerkomponentenfabrik Nuclep wiederum gehörte zu 75% Nuclebrás, die restlichen 25% teilten sich die KWU, die damalige deutsche Gutehoffnungshütte GHH und die österreichische Voestalpine. Nuclep sollte nach dem Anlagenbau für Brasiliens Angra- und Argentinien's Atucha-Reaktoren Aufträge in China, Ägypten und der Türkei akquirieren. Das Unternehmen Nustep (50% Nuclebrás und 50% Steag) war zuständig für die Forschung und Entwicklung der Isotopenanreicherung und war als einziges der Joint-Venture in Deutschland ansässig. Die Nuclei (75% Nuclebrás, 25% Steag und Interatom) wiederum baute die Testanlage zur Isotopenanreicherung. Die Nuclam (51% Nuclebrás, 49% Urangesellschaft) wurde für die Erkundung und den Abbau von Uranerzlagernstätten gegründet. Sie stieß bei Santa Quitéria im Nordosten Brasiliens im Bundesstaat Ceará auf größere Uranerzvorkommen, wobei der Widerstand der lokalen Bevölkerung und Rechtseingaben bei der Bundesstaatsanwaltschaft den geplanten Abbau bis heute verzögern.<sup>15</sup> Der Urandeal kam besonders den Interessen des Atomstaats Bundesrepublik Deutschland entgegen. Nach der Ölkrise 1973 war die Idee der »Unabhängigkeit von Öl durch Atom« in der bundesdeutschen Politik noch populärer geworden. Das Bundesforschungsministerium förderte damals die Uranexploration mit Bezuschussungen von 50-75% der Kosten. Das Anbrechen des Atomzeitalters sollte durch nichts aufgehalten werden, schon gar nicht durch einen Mangel am Rohstoff Uran. Den Zugriff auf brasilianisches Uran sollte die Nuclam garantieren, die zu 49% der 1967 gegründeten deutschen Urangesellschaft gehörte (an der die Steag, VEBA und die Metallgesellschaft

---

<sup>15</sup> Russau, Christian: Widerstand gegen Uranabbau in Nordostbrasilien, 29.7.2012, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2012/07/53528/widerstand-uranabbau-ceara>

beteiligt waren). »Die für die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich interessanten Punkte des Zusammenarbeitsprogramms sind die Lieferung von Natururan von Brasilien in die Bundesrepublik Deutschland«, hatte die Bundesregierung 1976 auf die Fragen des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Hans Kern zum deutsch-brasilianischen Regierungsabkommen über die »Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie« eingestanden.<sup>16</sup> Deutschlands Atommanager wollten Rohstoffsi- cherheit für ihre Meiler.<sup>17</sup>

Daneben gab es noch weitere Firmen, die am brasilianischen Uranbu- siness mitzuverdienen gedachten. Die KWU-Tochtergesellschaft RBU lie- ferte Uranpellets sowie die technische Ausrüstung für die verspätet 2006 in Resende fertiggestellte Urananreicherungsanlage. Die Urananreicherung sollte aber, so hatten es die Vertragsparteien noch Mitte der 1970er Jahre beschlossen, in den Anreicherungsanlagen der Urenco erfolgen, einem von Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden gegründeten Gemein- schaftsunternehmen.<sup>18</sup> Während der Bundestag damit wenig Probleme hatte, dass aus einer Diktatur Uranerze zur Aufbereitung nach Deutsch- land in die Anlage im westfälischen Gronau und angereichert wieder zu- rück nach Brasilien geschickt wurden, legte das niederländische Parlament ein Veto ein, dass aus der niederländischen Urenco-Anlage Almelo Uran nach Brasilien geliefert werde.<sup>19</sup>

Vor allem die im deutsch-brasilianischen Atomvertrag beschlossene Unterstützung bei der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage hatte für internationale Kontroversen gesorgt. Die damalige US-Regierung un- ter der Führung von Jimmy Carter sprach sich explizit gegen die Lieferung an und Errichtung einer solchen Anlage in Brasilien aus, da mit einer sol- chen theoretisch die Plutoniumanreicherung bis hin zur Waffenfähigkeit

---

<sup>16</sup> Siehe Russau, Christian: Vom Leben neben der Uranmine, 1.4.2014, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/vom-leben-neben-der-uranmine](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/vom-leben-neben-der-uranmine)

<sup>17</sup> Engelke, Rolf: Urangesellschaft, Areva, Siemens und Konsorten, Mai 2011, un- ter: [www.anti-atom-aktuell.de/archiv200/219/219urangesellschaft.html](http://www.anti-atom-aktuell.de/archiv200/219/219urangesellschaft.html)

<sup>18</sup> Russau, Christian: »Atom für Carioca und Caramba.« Brasiliens Ausbau des Atomprogramms, 7.9.2008, unter: <http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/atom-fuer-carioca-und-caramba-brasiliens-ausbau-des-atompro-gramms-teil-2/>

<sup>19</sup> Dilger, Gerhard: Strahlende Geschäfte: Das deutsch-brasilianische Atomaben- teuer, 16.7.2012, unter: [www.boell.de/de/navigation/lateinamerika-brasilien-atom-politik-mit-deutschland-15136.html](http://www.boell.de/de/navigation/lateinamerika-brasilien-atom-politik-mit-deutschland-15136.html)

erfolgen kann. Im Juni 1977 gab die bundesdeutsche Regierung nach und entschied, »bis auf Weiteres« keine Genehmigung mehr für den Export sensibler Nuklearanlagen zu erteilen.<sup>20</sup> Der Plan, eine Wiederaufbereitungsanlage mit technologischer Unterstützung durch die Firmen Uhde und Kewa zu bauen, wurden in den 1980ern dann von deutscher Seite endgültig ad acta gelegt, da sich die brasilianische Regierung dafür entschieden hatte, sich selbst um den Bau zu kümmern.<sup>21</sup> Konkrete materielle Ergebnisse des deutsch-brasilianischen Atomgeschäfts waren also: die Fertigstellung von Angra 2, die beinahe, aber mittlerweile wieder unterbrochene Fertigstellung von Angra 3, die Entdeckung der Uranerzlagerstätte bei Santa Quitéria in Ceará sowie die bei Urenco erfolgte Urananreicherung in Form von fertigen Brennelementen, wobei nicht bekannt ist, wie viel Brennelemente von der Urenco im Laufe der Jahrzehnte nach Brasilien geliefert worden sind. Unklar ist zudem bis heute, inwieweit die Zentrifugen-Technik im brasilianischen Marineforschungszentrum Aramar auf deutscher Urenco-Technik basiert, die nach immer wieder kolportierten Mutmaßungen die Brasilianer kopiert und weiterentwickelt haben könnten.<sup>22</sup>

An der Weiterentwicklung der Zentrifugen könnte der deutsche Atomingenieur Karl-Heinz Schaab mitgewirkt haben. Anfang der 1990er Jahre soll er im Aramar-Werk gearbeitet haben.<sup>23</sup> Schaab wurde später in Deutschland gerichtlich verurteilt, weil er 1989/90 Baupläne und Bauteile für Gasultrazentrifugen an den Irak verkauft hatte. In den Jahren 1980 und 1981 hatte die irakische Regierung bereits Urandioxid aus Brasilien importiert. Die langjährige deutsch-brasilianische Atomkooperation zahlte sich also in mehrfacher Hinsicht aus: »Es war der Auftakt zu einer intensiven Rüstungszusammenarbeit. Über ihre brasilianischen Partner kamen deutsche Atomfirmen mit dem Irak ins Geschäft. So lieferte H&H Metallform aus dem westfälischen Drensteinfurt Zentrifugen zunächst nach Brasilien, später in den Irak. In den 80er Jahren blühte die deutsch-irakische Atomkooperation.<sup>24</sup> Vermittelt über die Brasilien-Connection.

Als General Ernesto Geisel, Präsident Brasiliens während der Militärdiktatur, im März 1978 Deutschland besuchte, hatte Bundeskanzler Helmut

<sup>20</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.3.1978.

<sup>21</sup> Solingen, Etel: *Industrial Policy, Technology and International Bargaining: Designing Nuclear Industries in Argentina and Brazil*, Palo Alto 1996, S. 130.

<sup>22</sup> Russau: »Atom für Carioca und Caramba.«

<sup>23</sup> Dilger: *Strahlende Geschäfte*.

<sup>24</sup> Ebd.

Schmidt in seiner Tischrede die »Konvergenz der Ziele« und die »Übereinstimmung der Werte« der sozial-liberalen Bundesregierung und der brasilianischen Militärjunta hervorgehoben. Während in der Festhalle Gürzenich im Zentrum der Kölner Altstadt anlässlich des Geisel-Besuchs ein Staatsbankett der brasilianischen Regierung für »tausend Bestecke« gegeben wurde, verprügelte die deutsche Polizei AtomkritikerInnen auf der Straße. Auf einem Polizeirevier wurden Festgenommene mit Fäkalien beschmiert.<sup>25</sup> Frederico Füllgraf erinnerte sich rund 40 Jahre nach dem deutsch-brasilianischen Atom-Deal an die Stimmung im Lande: »Das ›Jahrhundertgeschäft‹ war zur ›Staatssache‹ erklärt worden – von wenigen Ausnahmen abgesehen, etwa der damaligen *Frankfurter Rundschau* – setzte es den geheiligten Pluralismus-Begriff außer Kraft, verordnete die Gleichschaltung der Presse und reduzierte Westdeutschland zur Republik der atomaren Einhelligkeit; die IG-Metall mit im strahlenden Boot.«<sup>26</sup>

Aber es gab auch KritikerInnen. »Als erste Ungehorsame der Helmut-Schmidt-Republik protestierten folglich die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden und die Brasilien-Koordinationsgruppe von Amnesty International gegen das Atomgeschäft. Ihr Offener Brief an die Bundesregierung und die brasilianische Botschaft in Bonn verwies auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Brasilien, und sie warnten bereits 1976 vor der Möglichkeit des militärischen Missbrauchs der deutschen Technologie. Der Kampagne schlossen sich auch Verbände der Jusos in der SPD an, Ende 1976 dann der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), womit MenschenrechtsverteidigerInnen, progressive Kirchenmitglieder und UmweltaktivistInnen zum ersten Mal an einem politischen Strang zogen.«<sup>27</sup>

### Anti-Atom-Proteste in Brasilien

Brasiliens einzige Uranmine liegt im Nordosten Brasiliens, im Bezirk Caetité. Brasilien verarbeitet pro Jahr bis zu 400 Tonnen Uran aus dieser Mine zu sogenanntem Gelbkuchen, der dann in Kanada oder in Europa zu Uranhexafluorid ( $UF_6$ ) und zu Urandioxid ( $UO_2$ ) weiter verarbeitet wird.

---

<sup>25</sup> Lateinamerika Nachrichten: Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft.

<sup>26</sup> Siehe <http://blogs.taz.de/latinorama/2014/03/06/der-atomdeal-und-die-ungehorsamen/>

<sup>27</sup> Siehe ebd.

Seu Florisvaldo lebt in der Nähe der Uranmine. Der Filmemacher Thomas Bauer, der seit Jahren bei der Landpastorale in Bahia (Comissão Pastoral da Terra, CPT) arbeitet, interviewte ihn 2014 für seinen Film über das Leben neben der Uranmine im Sertão Bahias.<sup>28</sup> Auf die Frage, was der staatliche Atomkonzern *Indústrias Nucleares do Brasil* (INB) dort mache, schwieg Florisvaldo einen Moment lang: »Die INB macht viel. Gutes für die einen, Schlechtes für die anderen.« Dann fasste er Mut: »Unsere Hausmauern sind durchzogen von Rissen. Wir sind der gesamten Verschmutzung ausgesetzt.« Täglich werde in der Mine gesprengt, der Wind treibe den dichten Staub direkt zu den Häusern. Das Haus seines Nachbarn verschwinde dann im Dreck. Und der ist radioaktiv. Durch die täglichen Sprengungen in der Mine, angesetzt immer zur Mittagszeit, sind die AnrainerInnen einer starken Belastung mit dem Krebs erzeugenden Radongas ausgesetzt.

Im semiariden Hinterland des Bundestaates Bahia, in dem sich Caetité befindet, liegt das Bauerndorf Riacho da Vaca. Die hügelige Landschaft ist gezeichnet von der lang anhaltenden Trockenzeit. Die seit Jahrzehnten hier ansässigen Familien von Kleinbäuerinnen und -bauern lebten und ernährten sich vom Ertrag ihrer Ernten. »Auf dem Wochenmarkt mussten wir fast nichts einkaufen,« berichtet Elenilde Cardoso. »Wir pflanzten Reis, Bohnen, hielten uns Schweine, Hühner und einige Rinder. Heute aber haben wir fast keine Tiere und keine Ernten mehr.«

Die Lage hat sich vor ein paar Jahren schlagartig geändert. Nach jahrelangen Testbohrungen und zahlreichen geologischen Studien gab Brasília grünes Licht und die staatliche Atomfirma INB begann mit dem Uranabbau in Caetité. Informationen über den Abbau und seine Folgen dringen aber nur spärlich bis zur Bevölkerung vor. In der Gegend, in der Seu Florisvaldo lebt, war früher Maniokmehl beliebt. Heute will sein Mehl niemand mehr haben. Gelegentlich kaufen es dann doch ein paar HändlerInnen zum Weiterverkauf: »Sie verkaufen das Mehl auf Wochenmärkten außerhalb unseres Bezirks«, erzählt er. »Und den KäuferInnen dort sagen sie natürlich nicht, dass das Mehl aus der Umgebung der Uranmine kommt.«

Vierzehn ländliche Gemeinden der Bezirke Caetité und Lagoa Real sind direkt betroffen, im weiteren Umfeld rund 30.000 Familien. Zoraide Vilas Boas, Vorsitzende des Movimento Paulo Jackson, langjährige Partnerorganisation von *medico international*, die gegen die Uranmine Caetité

---

<sup>28</sup> Bauer, Thomas: INB: a vida no entorno da mina de urânio, 31.3.2014, unter: [www.youtube.com/watch?v=69KhzmY-DY0](http://www.youtube.com/watch?v=69KhzmY-DY0)

kämpft, kritisiert Brasiliens Atomenergiebehörde Comissão Nacional de Energia Nuclear (CNEN). »Einerseits ist sie die Eigentümerin der Uranmine von Caetité und gleichzeitig ist sie selbst deren Kontrollbehörde.« So sind Interessenkonflikte vorprogrammiert. Und die Öffentlichkeit, die AnwohnerInnen und die Nichtregierungsorganisationen haben so gut wie keinen Zugang zu Informationen.

Die Radonbelastung ist nicht die einzige Gefahr. Seit der Öffnung der Mine kam es mehrmals zu schweren Unfällen. Das Überlaufen der Schutzdämme in der Regenzeit bereitet große Sorgen. Vor einigen Jahren gelangten auf diesem Weg große Mengen von Uran, Thorium und Radium in das Bachbett der Gemeinde Riacho da Vaca. Diese Unfälle wurden von der INB verschwiegen. Das ganze Minenabbaugebiet ist eingezäunt und zum Sperrgebiet erklärt worden. So fällt es den AnwohnerInnen schwer, den Verantwortlichen etwas nachzuweisen. In diesem konkreten Fall allerdings gelang es auf Druck der Öffentlichkeit, die Mine für mehrere Monate wegen Vernachlässigung der Sicherheitsvorkehrungen von den zuständigen Behörden schließen zu lassen. Ein kurzfristiger Erfolg, bis die Behörden sie wieder öffneten.<sup>29</sup>

Aber es gibt Widerstand. Im Mai 2011 blockierten mehr als 3.000 BewohnerInnen des Bezirks Caetité über mehrere Tage einen aus São Paulo kommenden Atomtransport von zwölf auf Lastwagen angelieferten Containern. Sie besetzten die Zufahrtsstraße zur Uranmine und konnten so Verhandlungen mit den Verantwortlichen von INB erzwingen.<sup>30</sup> Der Transport war vom staatlichen Atomkonzern INB geheim gehalten worden, aber GewerkschafterInnen aus Rio de Janeiro hatten Wind von der Operation bekommen und die Gemeinde Caetité informiert. Daraufhin bildeten große Teile der lokalen Bevölkerung eine menschliche Barriere. Über den genauen Inhalt des Transports bestand tagelang Unklarheit. »Die Behörden haben keinerlei öffentliche Erklärung abgegeben, worum es überhaupt geht«, empörte sich Gilmar Santos von der Landpastorale CPT. Der Bürgermeister von Caetité hingegen wollte zunächst von allem nichts gewusst haben, dann erklärte er, es sei alles mit der Umweltbehörde abgesprochen gewesen.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Siehe Bauer, Thomas/Russau, Christian: Nebenan. Tagebau in Sichtweite der Dörfer, in: Blätter des iz3w: Globale Geschäfte mit Uran. Angereicherte Gefahr, Nr. 334, August 2014, S. 23–24.

<sup>30</sup> Russau, Christian: Anwohner blockieren Atomtransport in Brasilien, 18.5.2011, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2011/05/32214/caetite-uran-blockade>

<sup>31</sup> Ebd.

Die Atomladung wurde wegen der Blockade zunächst ins benachbarte Munizip Guanambi gebracht. Doch der dortige Bürgermeister wollte »das Zeug« auch nicht. Erst nach diesen massiven Protesten sah sich die INB bemüßigt, über den Inhalt der Ladung aufzuklären. Es handelte sich um Urankonzentrat aus dem Forschungsreaktor Aramar in São Paulo, wo die Marine Brasiliens Zentrifugen-Technik entwickelt. Das Uran sollte in Caetité »neu verpackt« und dann nach Europa versandt werden, wo es zu Brennelemente weiterverarbeitet werden sollte. Dafür kommen nur zwei Firmen infrage: Areva und Urenco.<sup>32</sup> Der Aufstand von 2011 in Caetité war einer der bislang größten Anti-Atom-Proteste in der Geschichte Brasiliens. Kurz nach der Atomkatastrophe in Fukushima hatten sich in Rio de Janeiro nur rund 50 Personen zu einer Anti-Atom-Demonstration zusammengefunden. Dabei haben die BrasilianerInnen Erfahrungen mit Atomunfällen im eigenen Land. Im Jahr 1987 hatte es beispielsweise in der Stadt Goiânia einen Vorfall gegeben, bei dem radioaktives Cäsium 137 durch unsachgemäße Lagerung von radioaktiv verseuchtem medizinischem Geräteschrott freigesetzt worden war. Damals starben mindestens vier Menschen und Teile der Stadt sind bis heute radioaktiv belastet.

Bei der Uranmine in Caetité kommt es hingegen zu einer Dauergefährdung der Bevölkerung. Einer Untersuchung von Greenpeace aus dem Jahre 2008 zufolge verseucht die Mine das Trinkwasser von 3.000 Menschen in der Region von Caetité. Die Uranbelastung liegt bis zum Siebenfachen über den zulässigen Grenzwerten. Dies bestätigten auch die zuständigen Behörden. In Reaktion auf die Greenpeace-Studie sagte der Präsident von INB: »Klar, das ist ganz einfach: Das ist eine Urangegend, also ist da seit 700 Millionen Jahren Uran. Wenn Sie da graben, dann wird das Wasser halt Uran Spuren aufweisen.«<sup>33</sup> Die Brunnen wurden versiegelt, doch war kein Wasser mehr zu haben. Das ist in einer semiariden Gegend höchst bedrohlich. So wurden die meisten der versiegelten Brunnen nach einer Weile wieder geöffnet. Die Bezirksverwaltung und die staatliche Atomfirma INB wollten aber keinerlei Verantwortung für die überschrittenen Grenzwerte übernehmen. »Der zuständige Bezirksbeamte hat uns ermutigt, die Brunnen wieder in Gebrauch zu nehmen, und versprochen, die Stromkosten der Pumpe zu

---

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Russau, Christian: Brasilien: Trinkwasser in Nähe von Uranmine bis zu siebenfach über zulässigen Grenzwerten belastet, 23.10.2008, unter: <http://fdcl-berlin.de/de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/2008-10-23-brasilien-trinkwasser-in-nae-he-von-uranmine-bis-zu-siebenfach-ueber-zulaessigen-grenzwerten-belastet/>

übernehmen«, berichtet Elenilde Cardoso. »Jetzt nutzen wir dieses Wasser, denn wir haben kein anderes.« Die Minenbetreiber versorgen die AnwohnerInnen zusätzlich mit Wasser aus anderen Quellen. Allerdings, klagen die BewohnerInnen, wird es in Tankwagen geliefert, die auch in der Mine eingesetzt werden.

Das Misstrauen ist groß und allgegenwärtig. Elenilde Cardoso hat bereits zwei enge Verwandte verloren, die an Leukämie und Nierenversagen gestorben sind. Sie berichtet von Babys, die mit Deformationen geboren wurden. Ob sie dort alle nur noch weg wollen? »Ich möchte nicht weg«, sagt Elenilde, »aber ich muss voraussichtlich mein Grundstück wegen der Vergrößerung des Abbaugebietes räumen.«

Kritik und Protest gab es auch an den brasilianischen Angra-Reaktoren am Strand von Itaorna (Fauler Stein) in der Provinz Rio de Janeiro. Die Bucht an der Atlantikküste ist erdrutschgefährdet, die Abklingbecken für alte Brennstäbe sind nur 50 Meter vom Meer entfernt. Es gab zuvor keine Standortprüfung und der Boden entpuppte sich als zu sandig. Die Ausfallstraßen, die im Notfall als Fluchtwege dienen sollen, sind bei Starkregen kaum passierbar. Der Reaktor des erst im Jahr 2000 fertiggestellten Blockes Angra 2 war in den 1980er Jahren mithilfe einer deutschen Hermes-Exportbürgschaft in Höhe von rund vier Milliarden DM mitfinanziert worden. Die Schuldentilgung und die Zinszahlungen für dieses insgesamt 14 Milliarden US-Dollar umfassende Geschäft haben den brasilianischen Staatshaushalt über Jahre extrem belastet.

Zudem hatten KritikerInnen stets die Befürchtung geäußert, das brasilianische Militär habe in den 1980er Jahren versucht, mittels Urananreicherung in den Besitz von Atombomben zu gelangen – was Brasilien immer vehement bestritten hat. Nach dem Übergang zur Demokratie, Anfang der 1990er Jahre, bestätigte die brasilianische Regierung diesen Vorwurf jedoch indirekt. Offiziell erklärte sie, alle Aktivitäten für eine brasilianische Bombe ab sofort einzustellen. Offenbar hatte es derartige Bestrebungen gegeben. Der damalige Präsident Fernando Collor de Mello ließ die beiden Probelöcher für Atomtests, die in der Serra do Cachimbo im Süden des amazonischen Bundesstaats Pará von den Militärs gegraben worden waren, wieder zuschütten.

Der 2000 in Betrieb genommene Reaktor Angra 2 hat, wie im Zuge der medialen Aufmerksamkeit nach Fukushima bekannt wurde, bis heute keine gültige Betriebsgenehmigung. Die vorläufige Erlaubnis hatte die Dauer von zwölf Monaten und ist im Jahr 2000 abgelaufen, die endgültige Betriebsge-

nehmung der nationalen Atomenergiebehörde CNEN wurde von der Bundesstaatsanwaltschaft nie gegengezeichnet. So läuft der Siemens-KWU-Reaktor am Itaorna-Strand – direkt neben dem wegen seiner chronischen Anfälligkeit für temporäre Ausfälle »Glühwürmchen« getauften Reaktor von Angra 1, gebaut durch die US-amerikanische Firma Westinghouse – ganz ohne gültige Betriebsgenehmigung. Es sind in Brasilien vor allem die direkt neben den Atommeilern lebenden AktivistInnen der Sociedade Angrense de Proteção Ecológica (SAPE), die den lokalen Widerstand gegen die Atomreaktoren anführen. Unterstützt werden sie von Anti-Atom-Netzwerken wie Articulação Antinuclear Brasileira und Coalizão por um Brasil Livre de Usinas Nucleares sowie von Greenpeace Brasilien. Die Organisationen und Netzwerke arbeiten seit Jahren auch mit deutschen Anti-Atom-Initiativen und Brasilien-Solidaritätsgruppen zusammen. In ihren Kampagnen geht es vor allem gegen Hermes-Exportbürgschaften für die Angra-Reaktoren und für die formelle Kündigung des noch heute gültigen deutsch-brasilianischen Atomabkommens von 1975.<sup>34</sup>

Seitdem 1984 mit dem Bau für Angra 3 begonnen wurde, überprüft die deutsche Versicherungsgesellschaft Allianz regelmäßig die gelagerten Bestandteile für den Reaktor – auch nach der Einstellung der Arbeiten 1986. Dafür erhält sie Presseberichten zufolge vom brasilianischen Staat pro Jahr 20 Millionen US-Dollar.<sup>35</sup> Im September 2008 entschied der damalige Staatspräsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, die Arbeiten wiederaufzunehmen, was 2010 in die Tat umgesetzt wurde. Angra 3 ist baugleich mit dem deutschen AKW Grafenrheinfeld. Der Interministerielle Ausschuss der deutschen Bundesregierung hat im Februar 2010 für die Fertigstellung von Angra 3 eine Exportkreditbürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro bewilligt, da wesentliche Bauteile aus Erlangen von der AREVA NP GmbH geliefert werden, an der Siemens damals noch einen Anteil besaß. Die Nichtregierungsorganisation urgewald<sup>36</sup> hat in Zusammenarbeit mit Campact, Greenpeace und der Freiburger KoBra (Kooperation Brasilien) die deutsche Regierung mithilfe von Rechts- und Sicherheitsgutachten sowie Petitionen und

<sup>34</sup> Siehe hierzu Russau, Christian: »40 Jahre sind genug!« Deutsch-brasilianische Kooperation zwischen Solidarität und Atomgeschäften, in: iz3w: Eigentor Brasilien – vom Elend eines Global Players, Nr. 340, Januar/Februar 2014, S. 12-13.

<sup>35</sup> Siehe <http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/atom-fuer-carioca-und-caramba-brasiliens-ausbau-des-atomprogramms-teil-1/>

<sup>36</sup> urgewald: Neues in Sachen Atombürgschaften, 21.1.2013, unter: [www.urgewald.org/artikel/neues-sachen-atombuergschaften](http://www.urgewald.org/artikel/neues-sachen-atombuergschaften)

Demonstrationen dazu gebracht, Anfragen nach weiteren Rechtsgutachten weiterzureichen und ausführlichere Zusicherungen aus Brasilien anzufordern. Dies ging so lange, bis sich die brasilianische Regierung angesichts immer neuer Anfragen aus Deutschland bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen für Angra 3 entnervt für eine rein brasilianische Finanzierung durch die nationale Entwicklungsbank (BNDES) entschied.

Aus der für 2014 geplanten Fertigstellung von Angra 3 wurde nichts. Im Jahr 2015 wurden die Arbeiten dann vorerst sogar eingestellt, da die Verträge mit den Baufirmen wegen Korruption aufgekündigt worden waren und der Grandseigneur des brasilianischen Atomprogramms, der Ex-Präsident der Eletronuclear und strategische Mentor des geheimen brasilianischen Atomwaffenprogramms, Marine-Vizeadmiral a.D. Othon Luiz Pinheiro da Silva, im Juli 2015 aufgrund von Korruptionsvorwürfen verhaftet worden war. Die Bundespolizei warf ihm im Rahmen ihrer Ermittlungen (benannt als Operation »Radioaktivität«) vor, zwischen 2009 und 2014 im Zusammenhang mit Angra 3 von der Baufirma Andrade Gutierrez 4,5 Millionen Reais als Schmiergeld für seine Tarnfirmen, die Familienangehörigen gehören, erhalten zu haben.<sup>37</sup> Am 16. Dezember 2015 wurde Pinheiro da Silva in den Hausarrest überstellt. Anfang Januar 2016 hatte ein Richter mit ihm Mitleid und nahm ihm seine elektronischen Fußfesseln ab.<sup>38</sup> Drei Monate später gestand Pinheiro da Silva, er habe mit Firmen von Freunden Scheinverträge unterzeichnet, um Gelder der Baufirma Andrade Gutierrez darüber abzurechnen. Er bestritt jedoch, dass es sich dabei um Schmiergelder gehandelt habe. Im August 2016 wurde ein Urteil gesprochen: Othon Luiz Pinheiro da Silva muss wegen Korruption, Geldwäsche, Devisenhinterziehung und organisierter Kriminalität im Falle des Baus des Atomkraftwerks Angra 3 für 43 Jahre in Haft.<sup>39</sup>

---

<sup>37</sup> Carta Capital: Lava Jato: a investigação chega à Eletronuclear, 28.7.2015, unter: [www.cartacapital.com.br/blogs/parlatorio/lava-jato-a-investigacao-chega-a-eletronuclear-6751.html](http://www.cartacapital.com.br/blogs/parlatorio/lava-jato-a-investigacao-chega-a-eletronuclear-6751.html)

<sup>38</sup> EM, Juiz tira tornozeleira do almirante Othon Pinheiro da Silva, 12.1.2016, unter: [www.em.com.br/app/noticia/politica/2016/01/12/interna\\_politica,724246/juiz-tira-tornozeleira-do-almirante-othon-pinheiro-da-silva.shtml](http://www.em.com.br/app/noticia/politica/2016/01/12/interna_politica,724246/juiz-tira-tornozeleira-do-almirante-othon-pinheiro-da-silva.shtml)

<sup>39</sup> O Globo: Justiça do Rio condena ex-presidente da Eletronuclear a 43 anos de prisão. Ex-presidente da Andrade Gutierrez e sócio da Engevix também foram condenados, 4.8.2016, unter: <http://oglobo.globo.com/brasil/justica-do-rio-condena-ex-presidente-da-eletronuclear-43-anos-de-prisao-19849877>



# Kapitel 3

## Kollaboration und Kalkül

Die Jahre 1968 bis 1973 mit Wachstumsraten von über 10% gelten als die Zeit des brasilianischen Wirtschaftswunders. Seit dem Militärputsch von 1964 ging die intensivierete Weltmarkintegration Brasiliens und seine Entwicklung hin zu einem halbindustriellen Schwellenland innenpolitisch mit dem Ausbau bürokratisch-diktatorischer Herrschaftsstrukturen einher. Für viele Unternehmen bedeutete diese Phase riesige Gewinne, während die Mehrheit der einheimischen Beschäftigten unter staatlich verordneten Lohnbeschränkungen (*arrocho salarial*) litt und die grundlegenden Entwicklungsprobleme Brasiliens, wie etwa die Massenarmut, unangetastet blieben. Viele Firmen wollten damals vom *milagre brasileiro* profitieren – Menschenrechtsverletzungen wurden da eher als lästige Kollateralschäden wahrgenommen. Zu keiner Zeit siedelten sich derart viele deutsche Unternehmen mit ihren Tochtergesellschaften in Brasilien an (vor allem im Großraum São Paulo) wie in der ersten Hälfte der 1970er Jahre.

Was in linken Kreisen schon lange bekannt war: Einige von ihnen machten sich nicht nur die niedrigen Lohnkosten zunutze, sondern haben explizit mit der Militärjunta kollaboriert. Der Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission in Brasilien vom Dezember 2014 benennt 377 MitarbeiterInnen von Polizei, Militär und Geheimdiensten, die in den Jahren 1964 bis 1985 schlimmste Verbrechen begangen haben, aber auch 80 Firmen, die diese dabei indirekt und direkt unterstützt haben sollen. Zu diesen Unternehmen gehören Chrysler, Ford, General Motors, Toyota, Scania, Rolls-Royce, Kodak, Caterpillar, Johnson & Johnson, Brastemp, Telesp, Petrobras, Embraer – und auch Volkswagen, Mercedes-Benz und Siemens.<sup>1</sup> Die nationale Wahrheitskommission war im Sommer 2011 auf Grundlage eines von Präsidentin Dilma Rousseff eingebrachten Gesetzes ins Leben gerufen worden. Rousseff war selbst 1970 für mehrere Jahre inhaftiert und gefoltert worden. Seit Mai 2012 führten zahlreiche AnwältInnen und HistorikerInnen mit Unterstützung von AssistentInnen mehr als 1.200 Inter-

---

<sup>1</sup> Borges, Beatriz: Mais de 80 empresas colaboraram com a ditadura militar no Brasil, 8.9.2014, unter: [http://brasil.elpais.com/brasil/2014/09/08/politica/1410204895\\_124898.html](http://brasil.elpais.com/brasil/2014/09/08/politica/1410204895_124898.html)

views mit Opfern, mit Angehörigen von Ermordeten und Verschwundenen sowie auch mit ehemaligen ranghohen Vertretern der Militärjunta, hielten Anhörungen ab und forschten in verstreuten Archiven über die Schicksale von verfolgten Oppositionellen. Nicht nur Intellektuelle, StudentInnen, AnwältInnen und JournalistInnen waren damals ins Visier der Militärs geraten, sondern auch organisierte ArbeiterInnen. Das Regime schleuste zum Beispiel InformantInnen in die Fabriken ein, um Belegschaften und GewerkschafterInnen zu überwachen.

Die im Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission gegen brasilianische Firmen und Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne vorgebrachten Vorwürfe reichen von der Bespitzelung von ArbeiterInnen über die Weitergabe von Informationen an Repressionsorgane bis hin zur Erstellung sogenannter schwarzer oder schmutziger Listen von unliebsamen, weil gewerkschaftlich und politisch aktiven Beschäftigten. Zeuginnen berichteten in Anhörungen über ihre Verhaftungen und Folterungen unmittelbar auf dem Werksgelände von solchen Tochterfirmen, etwa Volkswagen do Brasil, unter den Augen des anwesenden betrieblichen Sicherheitspersonals. Im Zuge der Recherchen kam zudem die Frage auf, ob und inwieweit diese Unternehmen auch etwas mit dem von den USA unterstützten Putsch vom März 1964 zu tun gehabt haben. Damals hatten die Militärs die linksgerichtete Regierung von João Goulart, der seit 1961 diverse Umverteilungs- und Reformprojekte verfolgt hatte (z.B. eine Wahlrechts- und Bodenreform), gestürzt. Zudem werden diverse Unternehmen, darunter die brasilianischen Tochtergesellschaften auch deutscher Konzerne wie Volkswagen, Mercedes-Benz und Siemens, von der Wahrheitskommission belastet, nicht nur über den gegenseitigen Austausch von Informationen mit den Sicherheitsdiensten des Militärregimes kooperiert, sondern dessen Repressionsapparate wie die Folterzentren im Lande unterstützt, gar mitfinanziert zu haben.

### **Die schwierige Aufarbeitung der »zivil-militärischen Diktatur«**

Im Zuge der Recherchen und deren Auswertungen durch die Fachgruppen der Wahrheitskommission hat sich herausgestellt, dass die bisherige Bezeichnung »Militärdiktatur« ungenau war. Denn die Kollaboration weiter Teile der Gesellschaft, das heißt des Beamtenapparats, der Wirtschaft, des Sports und der Kultur, deuten eher auf eine »zivil-militärische Diktatur« hin. Dabei ist zivil nicht verharmlosend gemeint, sondern in dem Sinne, dass auch nicht militärische Akteure im größeren Ausmaß das System aktiv ge-

tragen und unterstützt haben. Viele davon haben später – nach Wiedereinführung der Demokratie – in Brasilien ihre Karrieren fortgesetzt und bis heute wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft inne. Dies hat sich als ein schwerwiegendes Hindernis bei der Aufarbeitung der Verbrechen der Militärjunta erwiesen. Brasilien hinkt anderen lateinamerikanischen Ländern diesbezüglich weit hinterher.

Um die Bedeutung und Funktion der Wahrheitskommission besser einordnen zu können, muss man wissen, dass in Brasilien bis heute ein am 28. August 1979 vom damaligen Militärpräsidenten João Baptista de Oliveira Figueiredo unterzeichnetes Amnestiegesetz gültig ist.<sup>2</sup> Dies erlaubte zum einen den vielen Geflüchteten und Exilierten die Rückkehr in ihr Heimatland, sicherte zum anderen aber den Militärs Straffreiheit für die von ihnen begangenen Verbrechen zu. Damit verhindert es die juristische Aufarbeitung der massiven Bürger- und Menschenrechtsverletzungen, die vor und während der Zeit der Militärdiktatur begangen wurden. Seit Jahren kämpfen Opferverbände, Angehörige wie die *familiares* sowie Menschenrechtsgruppen und auch zahlreiche StaatsanwältInnen dafür, dass das Amnestiegesetz aufgehoben wird, um die zum Teil bekannten TäterInnen endlich vor Gericht stellen zu können. So wandte sich die brasilianische Anwaltskammer (Ordem dos Advogados do Brasil/OAB) an den Obersten Gerichtshof Brasiliens, um prüfen zu lassen, ob das Amnestiegesetz von 1979 überhaupt verfassungskonform ist. Zuvor hatte bereits der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) den brasilianischen Staat dazu verurteilt, die Verschleppung und Ermordung von 62 Mitgliedern der Rebellenorganisation Guerilla do Araguaia, die zwischen 1972 bis 1974 als militanter Arm der verbotenen kommunistischen Partei Brasiliens agiert hatten, endlich aufzuklären. Die Täter müssten zur Verantwortung gezogen und das Amnestiegesetz endlich annulliert werden.<sup>3</sup>

Doch Brasiliens Oberster Gerichtshof bestätigte 2010 dessen Gültigkeit. Damit blieben alle Wege der strafrechtlichen Aufarbeitung bis auf weiteres versperrt. Doch es gibt Betroffene, die sich damit nicht abfinden wollen und die sehr findige AktivistInnen sind. Zu diesen zählt die Familie Teles aus São Paulo. Amélia Teles wurde 1972 zusammen mit ihrem Mann César

---

<sup>2</sup> Gesetzestext unter: [www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/leis/L6683.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/leis/L6683.htm)

<sup>3</sup> Russau, Christian: OAS-Gericht verurteilt Brasilien, 17.12.2010, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2010/12/18109/cidh-verurteilt-brasilien>

und ihrer Schwester Criméia Schmidt de Almeida verhaftet und im Folterzentrum DOI-CODI in São Paulo, das von 1969 bis 1970 Operação Bandeirantes (OBAN) hieß, festgehalten und schwer gefoltert. Der Folterer ist bekannt: Oberst Carlos Alberto Brilhante Ustra.<sup>4</sup> Er musste nie für seine Taten büßen. Nie saß er im Gefängnis. Und das aufgrund des Amnestiegesetzes, das ihn und seinesgleichen schützt. Aber die Familie Teles zog dennoch vor Gericht. »Wir reichten 2006 [...] keine Strafrechtsanzeige, sondern eine zivile Feststellungsklage ein«, berichtete die Tochter von Amélia und Carlos Teles, die Historikerin Janaína Teles. Dabei ging es der Familie nicht um Bestrafung und auch nicht um Entschädigungszahlungen. Es ging ausschließlich um das Recht der Familie Teles, ihren Folterer, Oberst Carlos Alberto Brilhante Ustra, öffentlich als solchen bezeichnen zu dürfen.

2008 gewann die Familie Teles den Prozess vor der 23. Zivilkammer in São Paulo in erster Instanz. Im August 2012 bestätigte der 5. Strafgerichtshof von São Paulo letztinstanzlich das Urteil.<sup>5</sup> Zur Begründung hieß es, zwar verhindere das Amnestiegesetz, dass Taten aus der Zeit der Militärdiktatur strafrechtlich verfolgt werden könnten, dies gelte jedoch nicht für zivilrechtliche Fälle. Außerdem würden Verbrechen wie Folter in Brasilien nicht verjähren. Dieser Sieg ist nicht nur einer der Familie Teles, sondern ein Sieg ganz Brasiliens«, sagte Criméia Schmidt de Almeida kurz nach der Urteilsverkündung. »Das gab es noch nie, eine historische Entscheidung«, freute sich auch Amélia Teles. »Ab diesem Moment können wir erheben: Hauptes sagen: Carlos Alberto Brilhante Ustra ist ein Folterer, ein Mörder, verantwortlich für die Verfolgung und Entführung von Frauen, Männern, Kindern, die sich gegen die Diktatur in Brasilien aufgelehnt haben.«

Gegen Ustra wurden noch weitere Klagen angestrengt. Die Bundesstaatsanwaltschaft klagte ihn 2012 wegen des anhaltenden Straftatbestands der Entführung an. Denn unter seiner Leitung war 1971 der politische Gefangene Edgar de Aquino Duarte aus dem DOI-CODI verschwunden. Sein Leichnam ist bis heute nicht aufgetaucht. Auch für das Verschwinden des Medizinstudenten Hirohaki Torigoe 1972 wird Ustra verantwortlich gemacht. Der damals 27-jährige Torigoe war Mitglied der Stadtguerilla Ação Libertadora Nacional (ALN). Nach Zeugenaussagen von politischen Gefangenen wurde Torigoe in das berühmte Folterzentrum DOI-CODI im Stadt-

---

<sup>4</sup> Er verstarb im Jahr 2015.

<sup>5</sup> Russau, Christian: Ex-Militär darf öffentlich Folterer genannt werden, 20.8.2012, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2012/08/54868/folterer-zivilklage>

teil Ibirapuera verschleppt. Sein Leichnam ist bis heute verschwunden.<sup>6</sup> Die Bundesstaatsanwaltschaft argumentiert in beiden Fällen gleich: Wenn der Leichnam bis heute versteckt gehalten wird, ist damit weiterhin der Straftatbestand der Entführung erfüllt. Und ein nach wie vor ausgeübtes Verbrechen, so die Logik, muss bestraft werden.<sup>7</sup> In beiden Klagen aber urteilten die Gerichte 2014, dass die Opfer wahrscheinlich damals ermordet wurden, so dass die Taten unter das Amnestiegesetz fallen und heute nicht juristisch belangt werden können.<sup>8</sup>

Zu einem vergleichbaren juristischen Schachzug griffen BundesstaatsanwältInnen im Fall von Sebastião Rodrigues de Moura, bekannt als Major Curió. 1972 war der berühmt-berüchtigte Offizier in geheimer Mission ins Amazonasgebiet geschickt worden, getarnt als Forstingenieur für die Agrarreformbehörde. Er sollte dort die Guerilla am Araguaia-Fluss im Süden des Bundesstaates Pará bekämpfen. Die etwa 70 bis 80 Mitglieder der Gruppe sowie eine unbekannte Zahl von BewohnerInnen der Region, denen »Kollaboration mit den Subversiven« vorgeworfen wurde, sind bis heute verschwunden. Im Jahr 2010 wurden die sterblichen Überreste von zehn Menschen im Araguaia-Gebiet gefunden, weil sich Militärangehörige in der Presse zu möglichen Fundstellen geäußert hatten.

Auch im Fall von Major Curió, der gegen Ende seiner Karriere zum Oberst ernannt wurde, lautete die Argumentation der AnklägerInnen: Weil die sterblichen Überreste von fünf Guerilla-Mitgliedern, von denen bekannt ist, dass sie in die Kaserne verschleppt worden waren, nie gefunden wurden, sei von einer anhaltenden Entführung auszugehen. Diese Rechtsposition erläuterte Bundesstaatsanwalt Sérgio Gardenghi Suiama, als er im März 2012 die Klageschrift gegen Curió einreichte. Das Schicksal der fünf verschwundenen Personen sei ab dem Zeitpunkt ungeklärt, als sie in die Kaserne gebracht worden seien. Deshalb sei es »fundamental, dass die Justiz die Fälle untersucht, eine Beweisaufnahme ermöglicht und die Geschichte der Opfer ans Tageslicht bringt«.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Russau, Christian: Brasilien: Straflosigkeit der Militärdiktatur hält an, 20.1.2014, unter: <https://amerika21.de/2014/01/96338/straflosigkeit-haelt>

<sup>7</sup> Russau, Christian: Brasilien: Amnestiegesetz teilweise ausgehebelt, 26.4.2012, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2012/04/51860/brasilien-desaparecidos-klage>

<sup>8</sup> Russau: Straflosigkeit der Militärdiktatur

<sup>9</sup> Russau, Christian: Bleierne Jahre, in: Amnesty Journal, April 2014, unter: [www.amnesty.de/journal/2014/april/bleierne-jahre](http://www.amnesty.de/journal/2014/april/bleierne-jahre)

Dies sah der zuständige Richter allerdings anders. Er erklärte, es sei zu bezweifeln, dass die Verschwundenen nach mehr als 30 Jahren noch immer von dem Angeklagten in Gefangenschaft gehalten würden. Es sei vielmehr davon auszugehen, dass die Verschwundenen mit hoher Wahrscheinlichkeit tot seien und bereits damals ermordet worden seien. Die Tat sei somit verjährt und falle unter das Amnestiegesetz. Damit wurde auch dieser Strafprozess in Brasilien wegen Taten aus der Zeit der Militärdiktatur 2012 gleich wieder eingestellt.<sup>10</sup>

Aber die StaatsanwältInnen, die inzwischen noch gegen weitere Täter strafrechtliche Anklagen erhoben haben, sind entschlossen, in Berufung zu gehen. Derzeit ermitteln brasilianische Gerichte in verschiedenen Instanzen in insgesamt 24 Fällen, in denen die Mörder von verschwundenen Opfern namentlich bekannt sind. Das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen.

Vor diesem Hintergrund müssen die Einsetzung sowie die Errungenschaften, aber auch die Beschränkungen der nationalen Wahrheitskommission betrachtet werden. Sie war unbestritten Teil eines langjährigen Kampfes um die Aufarbeitung besonders finsterner Seiten der brasilianischen Geschichte. Ihr Abschlussbericht ist über 2.000 Seiten lang. In ihren Schlussfolgerungen urteilt die Kommission, dass der brasilianische Staat während der Militärdiktatur systematisch Oppositionelle gefoltert und ermordet hat. »Diese Verbrechen wurden nicht von einem halben Dutzend Psychopathen begangen, sondern von einer staatlichen Politik, geplant und durchgeführt von Institutionen, die für diesen Zweck geschaffen wurden, dirigiert vom Nationalen Informationsdienst, der direkt dem Präsidenten unterstand«, sagte der Kommissionsvorsitzende Pedro Dallari in einem Interview mit der linken Wochenzeitung *Carta Capital*.<sup>11</sup> Mit den systematischen Folterungen und illegalen Hinrichtungen durch den brasilianischen Staat während der Militärdiktatur sei der Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllt, so Dallari.<sup>12</sup> Das 1979 erlassene Amnestiegesetz, das alle TäterInnen vor Strafverfolgung bis heute schützt, sei daher »inkompatibel mit

---

<sup>10</sup> Russau, Christian: Vorstoß gegen Amnestiegesetz von 1979, 21.3.2012, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2012/03/49871/brasilien-amnestiegesetz>

<sup>11</sup> Carta Capital, 10.12.2014, unter: [www.cartacapital.com.br/sociedade/comissao-da-verdade-acaba-com-qualquer-nostalgia-da-ditadura-diz-pedro-dallari-3513.html](http://www.cartacapital.com.br/sociedade/comissao-da-verdade-acaba-com-qualquer-nostalgia-da-ditadura-diz-pedro-dallari-3513.html)

<sup>12</sup> Ebd.

brasilianischem Recht und der internationalen Rechtsordnung«. <sup>13</sup> Denn Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen laut Völkerrecht nicht durch nationale Gesetze verfolgungs- und straffrei gestellt werden. Aber genau das ist der Fall in Brasilien: Ein nationales Amnestiegesetz verhindert die strafrechtliche Aufarbeitung der Militärdiktatur. Daran hat auch die Arbeit der Wahrheitskommission nichts geändert.

Die nationale Kommission hat zwar umfangreiche Ermittlungen durchgeführt, vieles aufgedeckt und in eine breitere Öffentlichkeit gebracht. Vor allem hat sie die Bildung von fast 80 weiteren Wahrheitskommissionen auf Länder- und kommunaler Ebene nach sich gezogen. Auch einzelne Institutionen wie die Universität von São Paulo haben eine eigene Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit eingerichtet. Aber mit Abgabe des Abschlussberichts ist deren offizielle Aufgabe beendet. Ihr Mandat, so kritisieren daher zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, sei viel zu beschränkt. <sup>14</sup> So gilt in Brasilien derzeit noch immer: Viele der Folterer und Mörder sind bekannt, laufen frei und unbehelligt herum, geben Interviews und brüsten sich sogar mit ihren Untaten.

### **Zerstörte, verschwundene und geheime Archive**

Mit dem »Gesetz über den Zugang zur Information« (Lei de Acesso à Informação) <sup>15</sup> vom Mai 2012 hat die brasilianische Regierung versprochen, den ungehinderten Zugang zu allen Archiven und Unterlagen aus der Zeit der Militärdiktatur sicherzustellen. Seit 2005 fungiert das neugeschaffene Nationalarchiv mit einem Bestand von über 20 Millionen Seiten als zentrale Sammelstelle für alle Dokumente aus dieser Periode. <sup>16</sup> Alle staatlichen Institutionen waren angehalten, ihre im Zusammenhang mit Repression und politischer Verfolgung in den Jahren 1964 bis 1985 stehenden Dokumente diesem Archiv zu übergeben. Angeblich hat das zentrale Sicherheitsorgan der brasilianischen Militärdiktatur, der Geheimdienst Serviço Nacional de

---

<sup>13</sup> Lateinamerika Nachrichten: Gespenster der Vergangenheit, Nr. 488, Februar 2015, unter: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=gespenster-der-vergangenheit>

<sup>14</sup> Russau, Christian: Streit um Wahrheitskommission zur Militärdiktatur, 30.4.2011, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2011/04/28849/wahrheitskommission-brasilien>

<sup>15</sup> Gesetzestext unter: [www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/\\_ato2011-2014/2011/lei/l12527.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_ato2011-2014/2011/lei/l12527.htm)

<sup>16</sup> Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Band I, S. 22.

Informação (SNI), beim Übergang zur Demokratie die Vernichtung von mindestens vier Millionen Dokumenten angeordnet.<sup>17</sup> Viele sind jedoch fest davon überzeugt, dass ein Großteil des belastenden Materials heute wohl noch entweder direkt im Besitz der TäterInnen oder von mit ihnen verbundenen Einrichtungen ist.<sup>18</sup> So gibt es mehrere eindeutige Hinweise darauf, dass ganz offensichtlich entgegen der offiziellen Anordnung Teile des Militärs – oder mittlerweile pensionierte ehemalige Militärangehörige – nicht daran dachten, »ihre« Dokumente aus der Hand zu geben. So ist es durchaus möglich, dass unzählige wichtige Akten aus der Zeit der Diktatur in Kasernen, auf anderen Militärstützpunkten oder gar von Ex-Militärs zu Hause aufbewahrt werden.<sup>19</sup>

Dass die Übergabepflicht von einigen staatlichen Stellen nicht so ernst genommen wurde, davon zeugt die Archivverbrennung auf dem Luftwaffenstützpunkt Base Aérea de Salvador im Dezember 2004. Das Fernsehmagazin Fantástico des Senders Rede Globo hatte Aufnahmen der teilweisen Vernichtung von über 70 Metern Akten im Sonntagabendprogramm gezeigt. Zuvor hatten die Verantwortlichen immer behauptet, gar keine Dokumente aus der Zeit der Militärjunta mehr zu besitzen, da alle Unterlagen bei einem Brand 1998 auf dem Flughafen Santos Dumont in Rio de Janeiro vernichtet worden seien. Die erste Untersuchung der brasilianischen Bundespolizei Anfang 2005 fand daran zunächst gar nichts merkwürdig. Sie erklärte, keine Hinweise auf das Verbrennen von »Geheimmaterial« gefunden zu haben. Die Untersuchung des Kriminalinstituts der Polícia Civil des Bundesdistrikts kam dagegen zu dem Schluss, dass wohl Dokumente »vermutlich von einer Quelle außerhalb der Militärbasis« auf den Luftwaffenstützpunkt verbracht worden seien. Allerdings sei den obersten Diensthabenden dort keinerlei Fehlverhalten nachzuweisen, so das Urteil der Bundespolizei.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Russau, Christian: »Streng geheim!« – seit dem Krieg mit Paraguay. Die mangelnde Öffnung der geheimen Archive Brasiliens, Mai 2008, unter: <http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/streng-geheim-seit-dem-krieg-mit-paraguay-die-mangelnde-oeffnung-der-geheimen-archive-brasiliens-fdcl-berlin-mai-2008-christian-russau/>

<sup>18</sup> Pilagallo, Oscar: Livro revela pacto entre militares e civis para ocultar arquivos da ditadura, 2.10.2015, unter: [www.ihu.unisinos.br/noticias/547369-livro-revela-pacto-entre-militares-e-civis-para-ocultar-arquivos-da-ditadura](http://www.ihu.unisinos.br/noticias/547369-livro-revela-pacto-entre-militares-e-civis-para-ocultar-arquivos-da-ditadura)

<sup>19</sup> Siehe hierzu ausführlich Russau: »Streng geheim!«

<sup>20</sup> Ebd.

Angehörige von Verschwundenen und Menschenrechtsorganisationen bezweifeln jedoch Aussagen, wonach ein beträchtlicher Teil der Unterlagen, mit denen Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden könnten, vernichtet wurde. Und dies zu Recht. Im Juli 2007 hatten Recherchen der Zeitung *Correio Braziliense* ergeben, dass ein der Öffentlichkeit bis dato nicht bekanntes Archiv in den Kellern des brasilianischen Außenministeriums lagerte – mit brisanten Dokumenten und Dossiers aus der Zeit der Militärdiktatur, erstellt von brasilianischen DiplomatinInnen und Botschaftsangehörigen im Ausland. Ein vom Außenministerium Itamaraty geleitetes Centro de Informações do Exterior (Ciex) hatte zwischen 1966 und 1985 als »Informationsagentur zur Überwachung der Gegner des Militärregimes im Ausland« fungiert. In seinem Auftrag waren unter anderem 8.000 Berichte über potenzielle brasilianische Regimefeinde im Ausland erstellt worden. Vitória Grabois, Tochter des 1973 in der Araguaia-Region verschwundenen Maurício Grabois, wies 2008 mit Nachdruck darauf hin, dass die Entdeckung dieses Geheimarchivs die Vermutung nahelege, dass auch die angeblich zerstörten oder verloren gegangenen Archive der Marine, des Heeres, der Luftwaffe oder der Bundespolizei vielleicht doch noch existieren.

Im März 2008 veröffentlichte die Tageszeitung *O Estado de São Paulo*<sup>21</sup> darüber hinaus ein Dokument aus dem Privatbesitz eines ehemaligen Oberleutnants. Dabei handelte es sich um einen Durchsuchungs- und Haftbefehl, der sich gegen mutmaßliche UnterstützerInnen der Guerilla do Araguaia richtete. Er nennt die Namen von 17 Bauern, denen vorgeworfen wurde, in unterschiedlichem Umfang die bewaffneten Guerilla unterstützt zu haben. Der frühere Oberleutnant José Vargas Jiménez, der über dieses Dokument verfügte, berichtete im Interview als erster ehemaliger Militärangehöriger über die Bekämpfung der Guerilla und das Schicksal von deren Mitgliedern. Er selbst sei verantwortlich gewesen für die Exekution von 32 Guerilleras und Guerilleros: »Der Befehl war, erst zu schießen und dann zu fragen. Wir gingen da rein, um zu töten, zu zerstören. Es ging nicht darum, Gefangene zu machen.«<sup>22</sup>

Die KlägerInnen aus den Familien der Opfer, zu denen auch Criméia Schmidt de Almeida, die Schwester von Amélia Teles, zählt, sehen sich durch das Auftauchen dieses Dokuments in ihrem Verdacht bestätigt, dass sehr wohl noch aussagekräftige Dokumente vorhanden sind. Die TäterInnen

---

<sup>21</sup> O Estado de São Paulo, 21.3.2008

<sup>22</sup> Ebd.

wähnen sich dank des Amnestiegesetzes meist in Sicherheit. Einige prahlen gar in der Öffentlichkeit mit ihren Taten – und verhöhnen damit die Opfer. So auch der erwähnte Major Curió. Er gab der Tageszeitung *O Estado de São Paulo* im Jahr 2009 ein Interview<sup>23</sup> und erklärte, seine Einheit habe nicht 25 Guerillera-KämpferInnen hingerichtet, wie bislang angenommen, sondern 41. Und er selbst habe auch geschossen. Curió gewährte JournalistInnen Einblicke in sein »Privatarchiv« über die Guerilla do Araguaia, das aus Militär- und Polizeiakten besteht. Seit 34 Jahren hatte er es fein säuberlich verstaut in einem roten Lederkoffer aufbewahrt. Er hatte die Unterlagen, als sich ein Ende der Militärdiktatur abzeichnete, einfach zu sich mit nach Hause genommen. Niemand hat jemals die Akten von ihm zurückgefordert. *Fait accompli*. Ein Teil des Wissens um den Verbleib der Mitglieder der Guerilla do Araguaia lagerte bei Curió, dem Täter.

Angehörige der Verschwundenen sehen den Staat in der Pflicht, die Archive auf weitere maßgebliche Dokumente hin zu durchsuchen, und kritisieren, dass der von der Regierung bevorzugte Weg des »guten Dialogs« mit den Militärs nicht ausreicht. Angehörigen- und Menschenrechtsgruppen fordern den freien Zugang zu allen Archiven. Auch die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation *Tortura Nunca Mais* in Rio de Janeiro, Elizabeth Silveira, hält die komplette Öffnung der Archive für essentiell: »Wann werden wir endlich die Informationen bekommen, die uns zustehen? Wir sind das rückständigste Land Südamerikas bei der Aufarbeitung der Vergangenheit.«

### **Die Finanzierung von Folterzentren über Firmenspenden**

Im Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission sind namentlich drei deutsche Konzerne erwähnt: Volkswagen, Mercedes-Benz und Siemens, und zwar in Verbindung mit Folterzentren der Militärjunta. Auf Seite 320 in Band II heißt es: »Neben Bankiers haben mehrere multinationale [Konzerne] den Aufbau des OBAN finanziert, darunter Firmengruppen wie Ultra, Ford, General Motors, Camargo Corrêa, Objetivo und Folha. Des Weiteren kollaborierten Multis wie Nestlé, General Electric, Mercedes Benz, Siemens und Light.« Auf derselben Seite des Abschlussberichts wird über Volkswagen gesagt, die Firma habe dem OBAN, dem übelsten Folter-

---

<sup>23</sup> Nossa, Leonencio: Curió abre arquivo e revela que Exército executou 41 no Araguaia, 20.6.2009, unter: <http://politica.estadao.com.br/noticias/geral,curio-abre-arquivo-e-revela-que-exercito-executou-41-no-araguaia,390566>

zentrum des Landes, Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.<sup>24</sup> Dort wurden neuesten Erkenntnissen zufolge 66 Menschen ermordet, 39 von ihnen starben an den Folgen der entsetzlichen Folter. Von weiteren 19 Menschen ist bekannt, dass sie verhaftet und ins OBAN bzw. DOI-CODI verbracht wurden. Seither gelten sie als verschwunden.<sup>25</sup>

In São Paulo, dem Wirtschaftszentrum Brasiliens, war die Repression schlimmer als in vielen anderen Orten und Regionen des Landes, denn dort war die Sorge der Wirtschaftsbesitzer vor »kommunistischen Umtrieben« Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre am ausgeprägtesten. Aufseiten der Sicherheitsorgane und der Regierung war man wohl der Ansicht, die Unternehmerschaft São Paulos könnte durchaus einen Beitrag zur Bekämpfung der »Gefahr eines kommunistischen Umsturzes« leisten: Man bat sie um finanzielle Unterstützung, weil dem damaligen brasilianischen Staat angeblich die Mittel zur erforderlichen Überwachung und Niederschlagung der »subversiven Elemente« fehlten, wie es Chaim Litewski in seinem 2009 erschienenen Dokumentarfilm »Cidadão Boilesen«,<sup>26</sup> für den er auch ehemalige Militärs interviewte, nachgezeichnet hat.

Zentrale Figur in diesem Zusammenhang war der dänische Unternehmer Henning Albert Boilesen. 1916 in Kopenhagen geboren, war er in den 1930er Jahren nach Brasilien ausgewandert, wo er Chef der Firma Ultragaz wurde, die damals private Haushalte in São Paulo mit Gasflaschen belieferte. Die nationale Wahrheitskommission bezeichnete Boilesen in ihrem Abschlussbericht als den »Schatzmeister von OBAN«.<sup>27</sup> Boilesen sei oft dort erschienen und habe persönlich Folterungen beigewohnt.<sup>28</sup> Auf den Kopf von Carlos Marighella, Autor des »Handbuchs des Stadtguerilleros« und Anführer der Guerilla Ação Libertadora Nacional (ALN), hatte Boilesen privat eine Belohnung ausgesetzt. Dem Unternehmer wurde auch nachgesagt, ein von der CIA für den Vietnam-Krieg entwickeltes Foltergerät, das Stromstöße analog zu den von den Folterern gedrückten Tastenkombinationen auf einer Art Musik-Keyboard übertrug, weiterentwickelt und in Bra-

---

<sup>24</sup> Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Band II, S. 320.

<sup>25</sup> Diese Zahlen hat der Journalist Marcelo Godoy errechnet. Siehe Godoy, Marcelo: Casa do Vovó. Uma biografia do DOI-CODI, São Paulo 2014.

<sup>26</sup> Siehe [www.youtube.com/watch?v=37ixg7DencM](http://www.youtube.com/watch?v=37ixg7DencM)

<sup>27</sup> Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Band II, S. 322.

<sup>28</sup> Heinz, Wolfgang S./Frühling, Hugo: Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State Sponsored Actors in Brazil, Uruguay, Chile and Argentina: 1960–1990, Den Haag u.a., S. 167.

siliens Folterkellern als »Piano Boilesen« zur Anwendung gebracht zu haben.<sup>29</sup> Um die »kommunistische Subversion« zu besiegen, wollte Boilesen eine aus Privatpersonen zusammengesetzte paramilitärische Gruppe gründen, die die Militärdiktatur effektiv unterstützen sollte.<sup>30</sup>

Dazu kam es nicht. Am 15. April 1971 wurde Boilesen in São Paulo in der Alameda Casa Branca, derselben Straße, in der zwei Jahre zuvor Carlos Marighella vom Polizeikommissar und Folterer Sérgio Paranhos Fleury gestellt und erschossen worden war, von Mitgliedern der ALN und des Movimento Revolucionário Tiradentes getötet.

Boilesen habe im Namen des Industrieverbands von São Paulo (Federação das Indústrias do Estado de São Paulo/FIESP) Gelder für die Finanzierung des Repressionsapparates gesammelt.<sup>31</sup> Er habe, schrieb der Journalist Elio Gaspari, »die Unternehmer zu Treffen eingeladen, deren Ziel es war, den Hut herumgehen zu lassen. Ford und Volkswagen stellten Fahrzeuge, Ultrazug Lastkraftwagen und Supergel die Verpflegung für die Gefangenen in der Rua Tutoia [Ort des OBAN, später DOI-CODI] zur Verfügung. Paulo Egydio Martins, der 1974 Gouverneur von São Paulo wurde [gemeint ist der Amtsantritt von Martins im März 1975], erklärte, man könne, wenn man die damalige Stimmung in Betracht zieht, durchaus sagen, dass zu jener Zeit, alle großen Handels- und Industriegruppen des Landes zu den Anfängen des OBAN beigetragen haben.«<sup>32</sup> Gaspari kommt zu dem Schluss: Zwischen 1968 und 1974 habe die Unternehmerschaft von São Paulo, »immer wenn sie darum gebeten wurde, Geld gegeben«. Im Fall des OBAN bzw. DOI-CODI sei es um Beträge von rund 100.000 US-Dollar im Jahr gegangen. Die seien für die Ausstattung des Folterzentrums verwendet worden, während Löhne und Gehälter aus den Haushalten der Streitkräfte sowie aus dem Landeshaushalts bestritten wurden.<sup>33</sup>

<sup>29</sup> Rose, R.S.: *The Unpast: Elite Violence and Social Control in Brazil, 1954–2000*, Athens 2005, S. 183.

<sup>30</sup> Casado, José/Otavio, Chico: *O elo da Fiesp com o porão da ditadura*, 9.3.2013, unter: <http://oglobo.globo.com/brasil/o-elo-da-fiesp-com-porao-da-ditadura-7794152>

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Gaspari, Elio: *A Ditadura Escancarada*, São Paulo 2002, S. 87.

<sup>33</sup> Quadros, Vasconcelo: *Ligação de empresários com a ditadura abre nova frente de indenização a vítimas*, 11.5.2013, unter: <http://ultimosegundo.ig.com.br/politica/2013-05-11/ligacao-de-empresarios-com-a-ditadura-abre-nova-frente-de-indenizacao-a-vitimas.html>

Die Unterstützung der Unternehmerschaft beim Aufbau des OBAN bestätigten Anfang der 1990er Jahre zwei Ex-Militärs in Interviews, die die Generäle a.D. Cyro Guedes Etchegoyen und Gustavo Moraes Rego Reis HistorikerInnen des Zeitgeschichtlichen Forschungszentrums der Stiftung Getúlio Vargas (CPDOC-FGV) gaben.<sup>34</sup>

Auch João Baptista Leopoldo Figueiredo,<sup>35</sup> der Cousin des SNI-Geheimdienstchefs (1974–1978) und späteren Militärpräsidenten João Baptista de Oliveira Figueiredo, wird vorgeworfen, in wichtiger Position Gelder für die Folterzentren gesammelt zu haben.<sup>36</sup> Der 1910 in Santos geborene Bankier Figueiredo war 1948 Präsident der 1916 gegründeten Câmara Teuto-Brasileira de Comércio e Indústria de São Paulo, heute besser bekannt unter dem Namen Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer São Paulo, geworden. 1966 hatte er diese verlassen, um Präsident von Saab-Scânia do Brasil zu werden. Von 1963 bis Mitte der 1970er Jahre war Figueiredo zudem Mitglied des Prüfungsrates (Conselho Fiscal) von Volkswagen do Brasil.<sup>37</sup> Die beiden *Globo*-Journalisten José Casado und Chico Otavio urteilten, es gebe zwar »keine genauen Zahlen«, aber es sei »bekannt, dass der Geldfluss für die Repression bedeutend war« und von Sammlungen unter der Unternehmerschaft von São Paulo ausging. Die Journalisten nennen eine Handvoll Personen, und einer derjenigen, die diese Sammlungen organisiert hätte, sei eben João Baptista Leopoldo Figueiredo, Prüfungsratsmitglied bei VW do Brasil, gewesen.<sup>38</sup> Den 1989 Verstorbenen kann man heute nicht mehr zu seinen damaligen Tätigkeiten befragen.

Der Journalist Elio Gaspari zitierte zudem den Bankier Gastão Bueno Vidigal, ehemaliger Inhaber der Banco Mercantil de São Paulo. Dieser habe ihm in einem Interview von einem Treffen von 15 Unternehmern und Bankiers São Paulos im Jahre 1969 berichtet, bei dem der damalige Finanzmi-

---

<sup>34</sup> Castro, Celso/D’Araujo, Maria Celina: Os anos de chumbo: a memória militar sobre a repressão. Rio de Janeiro: Relume-Dumará, 1994, S. 117 u. 154.

<sup>35</sup> Zur Vita von João Baptista Leopoldo Figueiredo siehe die Zusammenstellung beim CPDOC der Getúlio-Vargas-Stiftung unter: [www.fgv.br/cpdoc/acervo/dicionarios/verbete-biografico/figueiredo-joao-batista-leopoldo](http://www.fgv.br/cpdoc/acervo/dicionarios/verbete-biografico/figueiredo-joao-batista-leopoldo)

<sup>36</sup> Casado/Otavio: O elo da Fiesp.

<sup>37</sup> VW do Brasil S.A. hatte einen Vorstand, einen Aufsichtsrat sowie einen Prüfungsrat. Siehe Geschäftsbericht VW do Brasil S.A. 1975, in: Brasilien Nachrichten: VW do Brasil. Entwicklungshilfe im besten Sinne? November 1978, S. 120ff.

<sup>38</sup> Casado/Otavio: O elo da Fiesp.

nister Antônio Delfim Netto die Anwesenden um finanzielle Unterstützung für das OBAN bzw. DOI-CODI gebeten habe.<sup>39</sup>

Antônio Delfim Netto hatte Posten unter allen Militärregierungen (1964 bis 1984) inne. Während der Jahre von Militärpräsident Ernesto Geisel 1975 bis 1978 war er Botschafter in Frankreich gewesen. Ende 1968 hatte Delfim Netto für den »Putsch im Putsch« gestimmt, den sogenannten unbestimmten Fünften Institutionellen Akt, mit dem sämtliche Bürgerrechte in Brasilien komplett außer Kraft gesetzt wurden. Von 1968 bis 1973 war Delfim Netto Brasiliens Finanzminister gewesen. Die Zeit des *milagre econômico* mit Wachstumsraten von bis zu 11% bei gleichzeitiger Einfrierung der Löhne fiel ebenso in seine Amtszeit wie die Verdreifachung von Brasiliens Auslandsschulden.<sup>40</sup>

Der 2001 verstorbene Vidigal berichtete Elio Gaspari über die Treffen im elitären Klub Paulistano, dessen Präsident er Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre war. Donnerstags habe es dort immer von ihm organisierte Treffen mit Speisen und Getränken gegeben, zu denen auch Finanzminister Delfim Netto erschienen sei. Dieser habe dann immer gesellige Vorträge etwa über die aktuelle wirtschaftliche Konjunktur gehalten und danach seien Geldspenden für das OBAN gesammelt worden.<sup>41</sup>

Im Juni 2013 lud die Wahrheitskommission von São Paulo Antônio Delfim Netto zu einer Anhörung ein und konfrontierte ihn mit diesen Vorwürfen. Netto bestritt, jemals Geld eingetrieben zu haben. Von dem Folterzentrum OBAN habe er nichts gewusst, Henning Albert Boilesen sei er einmal begegnet, damals habe er nur kurz mit ihm über Steuersätze für Unternehmen gesprochen. Sérgio Paranhos Fleury, dem berühmtesten Folterer der Geheimpolizei DOPS,<sup>42</sup> sei er nie begegnet, mit Paulo Maluf, dem Ex-Gouverneur von São Paulo, habe er nie über Sicherheitsfragen gesprochen und den die Repression massiv verschärfenden Fünften Institutio-

<sup>39</sup> Quadros: Ligação.

<sup>40</sup> Gaspari: A Ditadura Escancarada, S. 61ff.; Stuart, João Paulo: Delfim Netto ainda é aquele, 7.2.2013, unter: [www.correiocidadania.com.br/index.php?option=com\\_content&view=article&id=8083:politica070213&catid=25:politica&Itemid=47](http://www.correiocidadania.com.br/index.php?option=com_content&view=article&id=8083:politica070213&catid=25:politica&Itemid=47)

<sup>41</sup> Zit. nach: Stuart: Delfim Netto.

<sup>42</sup> Das Departamento de Ordem Política e Social (DOPS) wechselte im Laufe der Zeit mehrmals den Namen. Weitere Namen sind DEOPS (Departamento Estadual de Ordem Política e Social) und DELOPS (Delegacia de Ordem Política e Social). Der Übersichtlichkeit halber wird im Text durchgehend das bekanntere Kürzel DOPS verwendet.

nellen Akt habe er zwar unterzeichnet, aber das sei so ähnlich gewesen wie mit der brasilianischen Verfassung, die er auch mitunterschieden habe.<sup>43</sup>

Der Journalist und ehemalige ALN-Kämpfer Antônio Carlos Fon hat bereits 1979 ein Buch veröffentlicht,<sup>44</sup> in dem er sich mit den Finanzstrukturen der brasilianischen Repressionsorgane befasste. Für die brasilianischen Folterzentren sammelten demnach vor allem zwei Firmen (CIA – Consultores Industriais Associados S/C und Intelligence Assesoria Integral) Gelder bei der Unternehmerschaft in Rio de Janeiro und in São Paulo ein. Diese zwei Firmen gehörten laut Fon vier Personen: dem Marinekommandanten a.D. Hélio Viana, dem Oberst a.D. Álvaro Galvão, dem Ex-Journalisten Robert Lentz Plassing sowie dem Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmer und zwischenzeitlichem Assistenten von Finanzminister Delfim Netto, Paulo Henrique Sawaya Filho.<sup>45</sup> Am 22. März 1974 betrat laut Portierbuch des Folterzentrums der Geheimpolizei von São Paulo, DOPS, ein »Dr. Paulo Sawaia« (Schreibweise des Portiers) um 17.50 Uhr das Gebäude. Wann er das Folterzentrum wieder verließ, ist nicht erfasst. Beim Betreten wurde Sawaya zunächst als Kommissar (Delegado) eingetragen, was durchgestrichen und durch »Finanzministerium« ersetzt wurde.<sup>46</sup> Delfim Netto bestritt, dass Sawaya sein Assistent im Finanzministerium gewesen sei, er habe Sawaya als »Unternehmer der Biotechnologiesparte« kennengelernt.<sup>47</sup> Nach Recherchen des Vorsitzenden der städtischen Wahrheitskommission von São Paulo, dem Abgeordneten Gilberto Natalini, betrat Sawaya das DOPS zwischen 1971 und 1979 insgesamt 47 Mal.<sup>48</sup> Am Mon-

---

<sup>43</sup> Quadros, Vasconcelo: Delfim Netto diz que não sabia de torturas na ditadura e defende o AI-5, 25.6.2013, unter: <http://ultimosegundo.ig.com.br/politica/2013-06-25/delfim-netto-diz-que-nao-sabia-de-torturas-na-ditadura-e-defende-o-ai-5.html>

<sup>44</sup> Fon, Antônio Carlos: Tortura – A historia da repressão política no Brasil, São Paulo 1979, S. 56 f.

<sup>45</sup> Fon benutzt die Schreibweise Sawaia, so taucht dieser auch im Portiersbuch auf, andere Quellen schreiben richtigerweise Sawaya.

<sup>46</sup> Portierbuch DOPS (28.2.–20.6.1974), S. 22.

<sup>47</sup> Última Instância: Delfim Netto diz desconhecer financiamento de empresários a órgãos de repressão, 25.6.2013, unter: <http://ultimainstancia.uol.com.br/conteudo/noticias/64189/delfim+netto+diz+desconhecer+financiamento+de+empresarios+a+orgaos+de+repressao.shtml>

<sup>48</sup> Dabei ist aber zu beachten, dass die Ein- und Ausgänge jeweils von verschiedenen Portiers notiert wurden. Dies erklärt einerseits die abweichenden Schreibweisen (Sawaia, Sawaia und Sawaya), andererseits stellt dies eine potenzielle Fehlerquelle dar. Siehe Última Instância: Delfim Netto.

tag, dem 28. Februar 1972, betrat ein »Dr. Paulo Sawaia« um 15.25 Uhr das DOPS-Gebäude und verließ es wieder um 16 Uhr. Direkt hinter seinem Namen wurde vermerkt, dass Sawaia von der »Op. Bandeirante«, sei und unter der Rubrik »Cargo« (Stellung) wurde vermerkt: DOI, also das Folterzentrum OBAN/DOI-CODI.<sup>49</sup> So schlussfolgert auch die Tageszeitung *Globo*,<sup>50</sup> dass Sawaia mit dem Folterzentrum OBAN verhandelt war. Der Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission bezeichnet »Paulo Henrique Sawaia Júnior« als einen der Koordinatoren des Folterzentrums OBAN.<sup>51</sup> Bernardo Kucinski, Autor des 2013 in Deutschland unter dem Titel »K. oder Die verschwundene Tochter« erschienenen Buchs,<sup>52</sup> in dem er die Geschichte seines Vaters erzählt, der Bernardos' 1974 in São Paulo entführte Schwester Ana Rosa Kucinski sucht, berichtete, dass er von Sawaia als Erstem erfahren habe, dass seine Schwester von der Geheimpolizei gekidnappt worden war.<sup>53</sup>

Sawaia Filho musste bis heute vor keiner Wahrheitskommission aussagen. Er bestritt 1979 gegenüber dem Journalisten Antônio Carlos Fon alle Vorwürfe. »Ich habe nie gefoltert. Ich kenne keinen Kommissar oder Geheimdienstdirektor.« So bleibt es diesbezüglich vorerst bei seiner dürren Aussage von 1979, als Antônio Carlos Fon ihn mit den Vorwürfen konfrontierte, und Sawaia knapp antwortete: »Ich kenne Lentz Plassing, der mein Kompagnon war, aber ich habe nie Geld für Folterer gesammelt und weiß auch nicht, ob er gesammelt hat.«<sup>54</sup> Dagegen meldeten die *Lateinamerika Nachrichten* bereits 1979, Robert Lentz Plassing, der Kompagnon von Sawaia, sei der brasilianischen Menschenrechtsbewegung als einer der Führer der Untergrundorganisationen bekannt, die Gewerkschafter verschwinden lassen, mit Folter Geständnisse erpressen und neben den staatlichen Geheimdiensten einen eigenen Apparat für Entführungen und Repressionen unterhalten. In den Archiven des brasilianischen Heeres und der Luftwaffe ist er als Rechtsterrorist erfasst. Wegen seiner Untergrundtätigkeit

<sup>49</sup> Portierbuch DOPS (1.2.–22.3.1972), S. 24.

<sup>50</sup> Casado/Otavio: O elo da Fiesp.

<sup>51</sup> Auch hier ist die offensichtliche Vertauschung des letzten Nachnamens Filho mit Júnior zu beachten. Siehe Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Band 1, S. 170.

<sup>52</sup> Kucinski, Bernardo: K. oder Die verschwundene Tochter, Berlin 2013.

<sup>53</sup> Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Volume Mortos e Desaparecidos Junho de 1973 – Abril de 1974, S. 614.

<sup>54</sup> Fon: Tortura, S. 56 f.

wurde er von der britischen Zeitung *The Economist*, deren Mitarbeiter er längere Zeit war, entlassen.<sup>55</sup>

Unbestritten ist, dass der mittlerweile verstorbene<sup>56</sup> Plassing gute Kontakte zum Führungspersonal von in Brasilien tätigen multinationalen Konzernen hatte. So hatten etwa die Schweizer Nichtregierungsorganisationen »Arbeitsgruppe Dritte Welt« und »Erklärung von Bern« im November 1979 einen offenen Brief an den Schweizer Bundesrat verfasst, in dem sie das skrupellose Verhalten schweizerischer Konzernfilialen in Brasilien anprangerten. Eines der beschuldigten Unternehmen war der Schweizer Elektrotechnikkonzern Brown, Boveri & Cie. (BBC), deren Verwaltungsratspräsident in Brasilien damals Oswaldo Ballarin war. Die Neue Zürcher Zeitung vom 22. November 1979 konfrontierte die BBC-Geschäftsführung mit dem Vorwurf der NGOs, Ballarin habe mitgeholfen, eine Tarnorganisation zu finanzieren, welche ›Entführungscomandos, Todesschwadronen und Folterknechte‹ unterhalte und in einer Art Eigenjustiz Kritiker von Unternehmen, Gewerkschafter und Linke verfolge. Weiter heißt es in dem Text der NZZ: Konkret wird dem Verwaltungspräsidenten der brasilianischen BBC, Oswaldo Ballarin, vorgeworfen, er habe an eine von Robert Plassing (nach Angaben der Arbeitsgruppe einem ›Führer einer rechtsextremen Untergrundorganisation‹) geleitete Firma spezielle Public-Relations-Aufträge vergeben. Plassings Gesellschaft, die ›Consultores Industriais Associados S/C‹, führe als private Agentur die schmutzige Arbeit der Repression aus und tarne sich als Finanz- und PR-Firma.<sup>57</sup>

Die Firmenleitung von Brown, Boveri & Cie. musste gegenüber der NZZ zugeben, dass in der Tat Kontakte zwischen Ballarin und Plassing sowie dessen Firma bestanden. Im Übrigen treffe es zu, dass Ballarin unter anderem auch für Nestlé, Sandoz und die Schmidheiny-Gruppe tätig sei, so zitierte die NZZ die Firmenleitung. »Im Rahmen eines administrativen Verfahrens einer brasilianischen Behörde (Cade) über die Elektroindustrie Brasiliens hat Ballarin ausgesagt, die ›Consultores Industriais Associados‹ sei eine Beratungsfirma für PR und Marketing. Deren Dienste seien von ihm zwischen 1971 und 1974 einige Male in Anspruch genommen und nach den hierfür

---

<sup>55</sup> Lateinamerika Nachrichten, Nr. 77, Dezember 1979, unter: [http://lateinamerika-nachrichten.de/wp-content/uploads/2014/12/LN77\\_Web.pdf#page=9](http://lateinamerika-nachrichten.de/wp-content/uploads/2014/12/LN77_Web.pdf#page=9)

<sup>56</sup> Siehe die Rechtsdokumente zu seinem Nachlass unter: [www.jusbrasil.com.br/topicos/43935349/espolio-de-robert-carlos-lentz-plassing](http://www.jusbrasil.com.br/topicos/43935349/espolio-de-robert-carlos-lentz-plassing)

<sup>57</sup> Neue Zürcher Zeitung: Rechtsterroristen im Dienst von Multis? Schweres Geschütz gegen den BBC-Konzern, 22.11.1979, S. 26.

üblichen Ansätzen bezahlt worden. Wie man aus dieser Aussage [...] eine Unterstützung von Todesschwadronen und Folterspezialisten ableiten kann, ist uns unverständlich und kann nur mit böswilliger Absicht erklärt werden.« Gleichwohl beabsichtige die BBC nicht, gegen die Nichtregierungsorganisation einen Prozess anzustrengen, da diese Organisation ohnehin nur auf Publizität aus sei, zitierte die NZZ den Pressesprecher der BBC.<sup>58</sup>

Die Historikerin Martina Spohr hat herausgefunden, wie sich die Leitung des Folterzentrums DOI-CODI, das der Zweiten Heeresdivision unterstand, der Unternehmerschaft gegenüber dankbar zeigte.<sup>59</sup> Am Dienstag, den 9. Dezember 1970, lud der Chef des Generalstabs der Zweiten Heeresdivision, General Ernani Ayrosa, einige seiner »herausragendsten Unterstützer« zu einem Empfang ein, wo den Anwesenden expliziter Dank für die Unterstützung ausgesprochen wurde. Darunter befanden sich neben anderen namhaften und weniger namhaften Größen aus São Paulos Businesskreisen Henning Albert Boilesen und Pery Igel von der Firma Ultragaz, Sebastião Camargo von der Baufirma Camargo Corrêa sowie der damals im Auftrag von Brown, Boveri & Cie, Nestlé, Sandoz und die Schmidheiny-Gruppe agierende Oswaldo Ballarin.<sup>60</sup>

Die Anwältin und Universitätsprofessorin Rosa Maria Cardoso beschreibt das Problem der historischen Aufarbeitung: »Effektiv können wir nicht wissen, was geschehen ist. Es gibt Teile der Realität, die komplett im Nebel liegen. [...] Klar aber ist, dass die Mittäter dieser Geschichte diese nicht offenbaren werden. Die Militärs werden die Firmenchefs nicht beschuldigen. Diese Enthüllungen und Geständnisse sind sehr schwer [zu bekommen]. Was uns helfen würde, wäre, Belege zu finden, aber die Belege wurden durch die Firmenbosse effektiv zerstört.«<sup>61</sup> Ohne eine systematische Suche nach den verschollenen und vermeintlich zerstörten Archiven, die sich zudem noch in Händen der Täter oder deren Nachkommen befinden, kann eine abschließende Aufarbeitung dieser düsteren Vergangenheit der Firmen nicht erfolgen. Rosa Cardoso hält trotzdem an dem Vorwurf fest: Diverse UnternehmerInnen haben das Folterzentrum »Operação

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Spohr, Martina: A relação empresarial-militar entre Brasil e Estados Unidos no golpe de 1964, in: Militares e Política, Nr. 9, Juli–Dezember 2011, S. 61.

<sup>60</sup> Casado/Otavio: O elo da Fiesp.

<sup>61</sup> Russau, Christian: Wahrheitskommission São Paulo: Erste Befragung von VW wegen Militärdiktatur, 2.3.2015, unter: <http://blogs.taz.de/latinorama/2015/03/02/wahrheitskommission-sao-paulo-erste-befragung-von-vw-wegen-militaerdiktatur/>

Bandeirantes, das als Keimzelle der später im ganzen Land aus dem Boden sprießenden DOI-CODIs fungierte, geplant, bewaffnet und [finanziell] gestützt«. <sup>62</sup>

### Die Portierbücher des Folterzentrums DOPS

Plassings Name taucht in der 1979 bis 1980 von politisch Verfolgten zusammengestellten Liste der Folterer auf Seite 111 auf: Sein Codename im Folterzentrum DOI-CODI war laut Aussage der Gefolterten Samuca. <sup>63</sup> Im Folterzentrum der Geheimpolizei von São Paulo DOPS benutzte er jedoch seinen Klarnamen. Am 20. April 1971 betrat Dr. Robert Plassing als Begleitung eines Marine-Unterroffiziers um 11.40 Uhr das Folterzentrum. Den Unterlagen des DOPS-Portierbuchs für diesen Zeitraum zufolge <sup>64</sup> blieb er bis nach dem offiziellen Dienstschluss um 22 Uhr im Gebäude. Danach erfolgte kein Eintrag mehr, da der Portier Feierabend hatte.

Die Mitglieder der Wahrheitskommission »Rubens Paiva« des Bundesstaats São Paulo haben eine Untersuchung dieser Portierbücher angeordnet. Denn darin sind minutiös die Ein- und Ausgänge aller bekannten und unbekanntenen Polizeikommissare und BesucherInnen des DOPS festgehalten, sodass anhand der erhaltenen Sterbeurkunden der Folteropfer eine Überprüfung eventuell Aufschluss geben könnte über die Verantwortlichen, die zu diesen Zeitpunkten im Folterzentrum waren. Des Weiteren sind die Mitglieder mehrerer Wahrheitskommissionen vor allem an der Aufklärung der Rolle der Gäste interessiert. Neben »Gästen« wie Sawaya oder Robert Plassing finden sich auf der Liste Namen von VertreterInnen von Firmen wie Petrobras, PanAm und Rede Globo. Aber auch Konsulatsmitarbeiter der USA, von Belgien, Kanada, Südkorea, Israel, Großbritannien, Peru, Jugoslawien, Japan, Spanien und Deutschland sind dem DOPS-Portierbuch zufolge dort gewesen. Dies hat aber zunächst nicht viel zu sagen: Denn

---

<sup>62</sup> Interview mit Rosa Cardoso: »Eles planejaram, armaram e nutriram a Operação Bandeirantes«, in: SindMetalSJC, ohne Datumsangabe, S. 15.

<sup>63</sup> Die komplette Liste der Folterer ist online einsehbar unter: [www.documentosrevelados.com.br/wp-content/uploads/2014/12/torturadorespdf.pdf#page=111](http://www.documentosrevelados.com.br/wp-content/uploads/2014/12/torturadorespdf.pdf#page=111)

<sup>64</sup> In den Archiven São Paulos wurden diese Portierbücher des DOPS gefunden. Erhalten sind die Bände für die Zeiträume 30. März bis 15. Oktober 1971, 1. Februar bis 22. März 1972, 7. November 1973 bis 22. Februar 1974, 28. Februar bis 20. Juni 1974, 25. April 1975 bis 14. Juni 1976 sowie 29. Dezember 1977 bis 8. Januar 1979. Sie sind nach Anmeldung einsehbar unter: [www.arquivoestado.sp.gov.br/site/acervo/repositorio\\_digital/portaria\\_deops](http://www.arquivoestado.sp.gov.br/site/acervo/repositorio_digital/portaria_deops)

beim DOPS in São Paulo war auch die für ausländische StaatsbürgerInnen und deren Aufenthaltsgenehmigungen zuständige Polizeiabteilung angesiedelt,<sup>65</sup> was die mehrmaligen konsularischen Besuche erklären könnte.

Dennoch erweckten einige Einträge Misstrauen. Der von 1971 bis 1974 als US-amerikanischer Konsul in Brasilien tätige Claris Rowley Halliwell war dem Portierbuch zufolge 31 Mal im DOPS gewesen, auch oft bis nach Dienstschluss. Ivan Seixas, der als Koordinator der Wahrheitskommission von São Paulo die Hintergründe der Militärdiktatur untersuchte, war damals selbst politischer Gefangener. Sein Vater, Joaquim Alencar de Seixas, war an der Tötung von Henning Albert Boilesen beteiligt gewesen. Joaquim Seixas war wenige Tage nach dem Attentat zusammen mit seinem damals 16-jährigem Sohn Ivan verhaftet worden. Beide sind gefoltert, sein Vater ist im DOI-CODI ermordet worden. Seixas berichtete im Februar 2013, dass die Folterungen im DOPS meistens nachts stattfanden, da die Schreie im ganzen Haus zu hören gewesen seien. Er hat die Anwesenheit der Gäste mit konkret belegten Zeiten von Folterungen im Haus verglichen und fragt, was hat ein diplomatischer Repräsentant an einem Ort zu suchen gehabt, wo es zu Folterungen kam? Zumindest, so Seixas berechnete Annahme, müsse er dort die Schreie gehört und sich entschlossen haben, dazu zu schweigen. Vielleicht sei es aber auch um weitaus Schlimmeres gegangen.<sup>66</sup> Seixas spricht es nicht gern aus, aber es wird klar, was er meint. Er meint, dass womöglich ausländische Konsule oder Unternehmensvertreter den Folterungen im DOPS persönlich beigewohnt haben könnten.

Im DOPS selbst sah man den Besuch der »Gäste« offensichtlich mit Wohlwollen, waren sie es doch, die die Repression so tatkräftig unterstützt hatten. Die Historikerin Mariana Joffily hat dazu im Staatsarchiv von São Paulo ein Dokument des DOPS gefunden, das die Finanzierung desselben durch die Unternehmerschaft São Paulos freimütig einräumt: »Der Erfolg der Unterdrückung der Subversion und des Terrorismus in São Paulo basiert vor allem auf der Unterstützung durch die zivilen Eliten als auch durch die zivilen und militärischen Autoritäten, die in einem konzertierten Ansatz die

---

<sup>65</sup> Comissão Nacional da Verdade: Relatório, Band I, 2014, S. 170.

<sup>66</sup> Sada, Juliana: Índícios mostram ligação dos EUA e Fiesp com tortura, 20.2.2013, unter: [www.revistaforum.com.br/rodrigovianna/plenos-poderes/novos-indicios-mostram-ligacao-dos-eua-e-da-fiesp-com-tortura/](http://www.revistaforum.com.br/rodrigovianna/plenos-poderes/novos-indicios-mostram-ligacao-dos-eua-e-da-fiesp-com-tortura/)

Kräfte bündelten und so die Ergebnisse und die Motivation der Sicherheitsorgane vervielfachten.«<sup>67</sup>

Vielleicht erklärt sich ja so auch, warum der Name einer bestimmten Person am häufigsten im Portiersbuch des DOPS als Gast auftaucht. Es handelt sich um Geraldo Rezende de Matos, der als Direktor des Unternehmerverbands von São Paulo (FIESP) auftrat. Rezende de Matos ist dem Gästebuch zufolge 40 Mal im DOPS gewesen, am 24. April 1972 sogar von 18.20 bis 12.35 Uhr am nächsten Tag. Was hat der oberste Repräsentant des größten Industrieverbands des Landes nachts in einem bekannten Folterzentrum der Geheimpolizei gemacht? Ivan Seixas meint, eine Antwort auf diese Frage gefunden zu haben. Rezende de Matos habe sich dort um die Übergabe von sogenannten schwarzen Listen gekümmert, die von Sicherheitsdiensten diverser Firmen zusammengestellt worden waren und Namen von zu verhaftenden ArbeiterInnen enthielten.<sup>68</sup>

Die FIESP behauptete auf Nachfrage im Jahr 2013 frech, ihr lägen keine Unterlagen zu Geraldo Rezende de Matos vor.<sup>69</sup> Das wollte selbst die konservative Tageszeitung *O Globo* nicht einfach stehenlassen. In einem ausführlichen Bericht<sup>70</sup> schilderten die Reporter José Casado und Chico Otavio detailliert mit Angaben von Zeit, Ort und Funktion den beruflichen Werdegang von Geraldo Rezende de Matos beim Unternehmerverband FIESP und dessen Verbindungen, die bis tief in die finsternen »Keller der Diktatur« hineinreichten.<sup>71</sup>

Zumindest drei Unternehmer – José Mindlin, Antônio Ermírio de Moraes und Kurt Mirow – hatten sich nach eigener Aussage geweigert, Geld an die Repressionsorgane zu zahlen.<sup>72</sup> 1978 veröffentlichte der deutsch-bra-

---

<sup>67</sup> Comissão Nacional da Verdade: O relatório da Comissão da Verdade: o empresariado e a repressão, 11.12.2014, unter: [www.correiciudadania.com.br/index.php?option=com\\_content&view=article&id=10324%3Asubmanchete111213&-catid=72%3Aimagens-rolantes&](http://www.correiciudadania.com.br/index.php?option=com_content&view=article&id=10324%3Asubmanchete111213&-catid=72%3Aimagens-rolantes&)

<sup>68</sup> Akselrud de Seixas, Ivan/Aparecida de Souza, Silvana: Comissão Nacional da Verdade e a rede de Comissões estaduais, municipais e setoriais: a trajetória do Brasil, in: *Estud. sociol. Araraquara*, Nr. 39, Juli–Dezember 2015, S. 356, unter: <http://seer.fclar.unesp.br/estudos/article/viewFile/7895/5627>

<sup>69</sup> Benvenuti, Patrícia: Fiesp e CIA: os estranhos visitantes do Dops, 15.2.2013, unter: <http://antigo.brasildefato.com.br/node/11968>

<sup>70</sup> Casado/Otavio: O elo da Fiesp.

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Zu José Mindlin und Antônio Ermírio de Moraes siehe auch Comissão Nacional da Verdade: O relatório da Comissão.

silianische Unternehmer Kurt Mirow beim Rowohlt-Verlag sein Buch »Die Diktatur der Kartelle«.<sup>73</sup> Während im August 1977 in Brasilien vor einem Militärgericht ein Prozess gegen Kurt Mirow eröffnet wurde – die Anklage lautet »Gefährdung der Staatssicherheit« –, verlangten in Deutschland Firmen wie Siemens vom Verlag, das Buch nicht zu veröffentlichen.<sup>74</sup> Das Buch erschien doch. Und dort heißt es: »In São Paulo hält sich das Gerücht, dass namhafte europäische und amerikanische Konzerne, Mitglieder der Elektrokartelle der IEA, des Düngemittelkartells der Nitrex, Nahrungsmittelkonzerne, Baulöwen und andere am sogenannten Wirtschaftswunder interessierte Gruppen, die Terroraktionen der OBAN, Operação Bandeirantes, des politischen Gegenstückes der berüchtigten Todesschwadron, finanziert haben. Gehälter mittlerer Polizeichargen seien aufgebessert worden. Im Rahmen der Bekämpfung der Subversion wurden aufsässige Intellektuelle, oder auch einmal unbequeme Konkurrenten, zum Schweigen gebracht. Terror sei zum Mittel effizienter Geschäftspolitik geworden.«<sup>75</sup> Mirow berichtete zudem, auch ihn habe Robert Lentz Plassing für die Finanzierung der Repressionsorgane zu erpressen versucht, damit er einen monatlichen Beitrag zahle. Schutzgeld also, sonst drohe Schlimmeres. Mirow weigerte sich, machte den Erpressungsversuch öffentlich. Infolgedessen wurde mehrmals bei ihm eingebrochen, Dokumente gestohlen, er wurde mit Anzeigen und Gerichtsprozessen überzogen, erhielt Drohungen.<sup>76</sup>

Wenn die nun im Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission als Finanziere der Repression genannten multinationalen Firmen, wie sie behaupten, wirklich keine Unterstützung gaben, warum haben sie dergleichen nicht 1979 wie Mendlin, Moraes und Mirow gegen Ende der Militärdiktatur präventiv öffentlich gemacht? 40 Jahre später darauf angesprochen, ist es sehr leicht, das abzustreiten und auf die mangelnde Dokumentenlage hinzuweisen.

Es ist auf jeden Fall nicht einfach, in Brasilien Licht in das Dunkel dieser Vergangenheit zu bringen, zumal wenn Opfer, TäterInnen und ZeitzeugInnen sich gegenseitig widersprechen oder sich der Unwahrheit beziehen und die dokumentarische Beweisfindung durch die systematische

---

<sup>73</sup> Mirow, Kurt: Die Diktatur der Kartelle. Zum Beispiel Brasilien. Materialien zur Vermachtung des Weltmarkts, Reinbek 1978.

<sup>74</sup> Lateinamerika Nachrichten, Nr. 77.

<sup>75</sup> Mirow: Die Diktatur der Kartelle.

<sup>76</sup> Lateinamerika Nachrichten, Nr. 77.

Zerstörung oder das Zurückhalten von Dokumenten vonseiten der Militärs lange Zeit so effektiv verhindert wurde.

Umso bedeutender sind Zeugenaussagen wie die von Lúcio Bellentani, der von 1964 bis 1972 als Werkzeugmacher im VW-Werk in São Paulo gearbeitet hat und der VW do Brasil den schwerwiegenden Vorwurf macht, mit den Repressionsorganen der Militärdiktatur kollaboriert zu haben.<sup>77</sup>

### **VW do Brasil auf der Anklagebank**

Bei Volkswagen do Brasil wurden Beschäftigte, darunter Lúcio Bellentani, in den »bleiernen Jahren« Brasiliens, in denen die Repression der Militärdiktatur am brutalsten war, von Agenten am Arbeitsplatz verhaftet, verprügelt, ins Folterzentrum DOPS verschleppt und dort gefoltert. Festnahme und Folter geschahen laut Betroffenenaussagen unter den Augen des Sicherheitspersonals von VW. Namentlich genannt als Komplize wird der Chef des Werkschutzes von VW do Brasil im Zeitraum 1969 bis 1991: Adhemar Rudge, Oberst der Streitkräfte während der Militärdiktatur. »Wer die Verhaftung befahl, war Rudge. Rudge lehnte an einer Säule, neben ihm mehrere Polizisten, da waren auch Sicherheitsleute von Volks[wagen] und sie richteten eine Maschinenpistole auf meinen Rücken. Sie brachten mich in die Personalabteilung, wo andere Agenten des DOPS waren. Dort wurde ich geschlagen und verprügelt. Von dort verbrachten sie mich ins DOPS, wo ich 45 Tage ohne Kontakt zur Außenwelt blieb.«<sup>78</sup>

Lúcio Bellentani, von dem diese Aussage stammt, wurde am 28. Juli 1972 direkt auf dem Werksgelände von VW im Vorort São Bernardo do Campo, im Süden von São Paulo, verhaftet. Es war gegen 23 Uhr, erinnert sich Bellentani bei seiner Aussage vor der städtischen Wahrheitskommission »Vladimir Herzog« vom 19. Juli 2012. »Als ich dann in den Raum der Sicherheitsabteilung von Volkswagen kam, da fing dann gleich die Folter an, ich musste gleich Prügel, musste Backpfeifen und Faustschläge einstecken.«

---

<sup>77</sup> Die Übersetzung der Aussage Lúcio Bellentanis vom 19. Juli 2012 mit Link zum Original findet sich unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/1972-wurde-ich-innerhalb-des-vw-gelaendes-verhaftet](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/1972-wurde-ich-innerhalb-des-vw-gelaendes-verhaftet).

<sup>78</sup> Hierzu und zum Folgenden siehe die Übersetzung der Aussage von Lúcio Bellentani vom 19. Juli 2012 mit Link zum Original unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/1972-wurde-ich-innerhalb-des-vw-gelaendes-verhaftet](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/1972-wurde-ich-innerhalb-des-vw-gelaendes-verhaftet).

Am nächsten Tag wurde er zu Brasiliens wohl bekanntestem und skrupellosestem Folterer gebracht: Sérgio Fernando Paranhos Fleury. Leiter des Folterzentrums DOPS, fanatischer Jäger der Oppositionellen und Anführer berüchtigter Todesschwadronen. Fleury, der Menschen mit Backsteinen erschlug. Fleury, der durch die bei der Unternehmerschaft São Paulo zur Finanzierung der Repression eingesammelten Gelder selbst reich geworden war. Fleury, der am 1. Mai 1979 unter bis heute nicht abschließend geklärten Umständen starb und dessen Todesnachricht am selben Tag auf der 1.-Mai-Feier der Metallarbeitergewerkschaft im Stadion Vila Euclides in São Bernardo do Campo von 100.000 ArbeiterInnen in Sprechchören und Gesängen enthusiastisch gefeiert wurde.

»Dann übergaben sie mich der Truppe des Kommissars Delegado Fleury, der mich in einen riesigen Saal im dritten Stockwerk des DOPS setzte. Da waren ein Schreibtisch und ein Stuhl in der Mitte, da setzte man mich hin, und der Fleury war so 15 Minuten lang total still, schaute mich an und ein halbes Dutzend von Folterern [standen] da hinter ihm.« Dann begann das Verhör mit der Papageienschaukel. »Pau-de-arara, auf meinem Kopf, an den Händen, an den Füßen zerbrachen sie einige dieser Rohrstöcke, ich verlor etliche Zähne. Das ging dann so an die 45 Tage so weiter. [...] Elektroschocks. Und immer wieder Prügel. Eines Morgens kamen sie. »Heute machen wir Hackfleisch aus Dir!« Sie wollten wissen, wo ein Junge wohnte, der bei Mercedes [Benz] in São Bernardo do Campo arbeitete.« Bellentani wurde in einen Wagen verfrachtet und in die Nähe des Mercedes-Werks gefahren. »Damals, 1972, bei Mercedes war da eine einzige Brachfläche, da gab es nichts, da war nur Mercedes. Sie brachten mich da hin, die Hände mit Handschellen hinter dem Rücken gefesselt, legten das Seil um meinen Hals, knüpften und zogen die Schlinge zu, gingen um mich herum, zogen mich im Kreis über den Boden, und wollten wissen, wo das Haus des Jungen sei. Ich stand auf, da gaben sie eine Salve mit der Maschinenpistole ab, aber es waren keine Kugeln, sondern nur Platzpatronen. Da steckten sie mich wieder in den Wagen, da kam dann einer und sagte: »Schau, die da hinten quatschen gerade. Nutz Deine Chance und lauf.« Ich sagte: »Wenn Ihr mich töten wollt, ermordet mich hier drin in dem Wagen, wegrennen werde ich nicht.« Da legten sie mir erneut Handschellen an und brachten mich wieder ins DOPS.«

»Sie wussten«, so Bellentani, »dass die Basis der [Kommunistischen] Partei innerhalb von Volkswagen groß war, aber während dieser 45 Tage waren dort nur der, der mich verraten hatte, und ich, und er kannte nicht

die Organisation so als Ganze, weil wir uns in kleinen Gruppen organisierten, und ich, nur ich kannte sie alle.« Es gab Gegenüberstellungen. Trotz der Folter verriet Lúcio Bellentani niemanden. »Glücklicherweise schaffte ich es, diese Aussagelinie vom ersten Moment bis zum Ende so durchzuhalten und so blieb es dann dabei.«

Seine Frau wusste wochenlang nicht, wo ihr Mann sich aufhielt und was ihm zugestoßen war. Täglich ging sie zu Volkswagen und fragte am Werkstor, bei der Personalabteilung, bei den Bereichsleitern und KollegInnen nach: »Habt Ihr Lúcio gesehen? Wisst ihr, wo er ist? Was ist passiert?« Eine Antwort erhielt sie erst nach Wochen, nachdem sie angedroht hatte, sich die Papiere für die Lebensversicherung aushändigen zu lassen, da sie ja nun annehmen müsse, ihr Ehemann sei verstorben. Da sagten ihr die Leute bei Volkswagen, sie solle doch mal beim DOPS nachfragen, in dem der Chef der Todesschwadron Fleury wütete und mordete.

Lúcio Bellentani hat die Folter überlebt. Mehrere Wochen war er im DOPS, dazwischen einige wenige Tage auch im DOI-CODI. Dann wurde Bellentani ins Gefängnis Tiradentes in São Paulo gebracht, wo er ein Jahr blieb, bis es zu einem Prozess kam, an dessen Ende er zu einem weiteren Jahr Haft verurteilt wurde. Laut Bellentani hatte der Folterer Fleury einen Vermerk in seiner Akte gemacht: Er sei der Einzige gewesen, der sich nie kooperativ gezeigt habe. Deswegen also noch ein zusätzliches Jahr Knast.

Neben Bellentani, dem Hauptbelastungszeugen in Sachen Kollaboration von Volkswagen do Brasil mit der Militärjunta, wurden weitere VW-MitarbeiterInnen verhaftet und gefoltert. Bellentani kann sich inzwischen nicht mehr an alle Namen seiner KollegInnen bei VW erinnern, die ebenfalls ins DOPS verbracht und dort gefoltert worden waren. Ein Dokument des damaligen VW-Sicherheitschefs Adhemar Rudge, das in der Anzeige gegen VW do Brasil im Anhang wiedergegeben ist, erwähnt neben Bellentani folgende Personen, die MitarbeiterInnen bei VW do Brasil waren und verhaftet wurden: Amauri Dagnoni, Annemarie Buschel, Antonio Torini, Geraldo Castro del Pozo, Heinrich Plagge.<sup>79</sup> Es liegt nahe, dass es über die Auswertung von Personalakten bei Volkswagen do Brasil möglich wäre, weitere betroffene Personen und deren Angehörige zu identifizieren. Es müsste relativ einfach sein herauszufinden, wer in der betreffenden Zeit länger verschwunden war, weil alle Mitarbeiter, die damals länger als 30 Tage der Arbeit fernblie-

---

<sup>79</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26: Band II, S. 160: Annex 08, SOZ/341/1138, DOPS/APESP.

ben, in der Regel fristlos gekündigt wurden und dieser Vorgang mit großer Wahrscheinlichkeit in den Personalakten festgehalten worden wäre. In Brasilien müssen Personalakten zur Klärung der Rentenansprüche eigentlich unbegrenzt aufbewahrt werden. Von daher wäre es für die Geschäftsleitung von VW do Brasil kein großer Schritt gewesen, eine entsprechende Akteneinsicht zuzulassen, um die Identität der anderen Opfer der Militärdiktatur festzustellen. Dies ist bisher nicht geschehen.

Am meisten ist neben dem Fall von Lúcio Bellentani über den Fall von Heinrich Plagge bekannt. Plagge, ein aktiver Gewerkschafter, war bei VW do Brasil als Metallarbeiter beschäftigt. Am 8. August 1972 wurde er gegen 14 Uhr in das Büro des VW-Managers Ruy Luiz Giometti gerufen, wo neben Giometti zwei Unbekannte auf ihn warteten und ihn für verhaftet erklärten. Sie brachten ihn in das DOPS, von wo aus er nach 30 Tagen schwerer Folter in das Gefängnis Tiradentes verlegt wurde. Am 6. Dezember 1972 kam er frei, am 22. Dezember 1972, 16 Tage nach seiner Entlassung, erhielt er die Kündigung durch Volkswagen. Plagge fand danach keine feste Anstellung mehr, musste sich mit Gelegenheitsjobs durchschlagen, bis er am 2. September 1974 erneut verhaftet wurde. Diesmal musste er länger, bis zum 3. Juni 1975, auf seine Freilassung warten. Die staatliche Amnestiekommision beurteilte in ihrer Entscheidung vom 23. September 2008 die 1972 durch Volkswagen vorgenommene Entlassung als »politisch motiviert«.<sup>80</sup>

### **Anzeige wegen Kollaboration mit der Diktatur**

Am 22. September 2015 erstattete das Fórum de Trabalhadores por Verdade, Justiça e Reparação (Arbeiterforum für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung) eine Anzeige<sup>81</sup> gegen Volkswagen do Brasil bei der Bundesstaatsanwaltschaft in São Paulo. Das Bündnis, das sich aus Betroffenen, GewerkschafterInnen, RechtsanwältInnen, sozialen Bewegungen und Menschenrechtsgruppen zusammensetzt, wollte mit dieser Anzeige zivilrechtliche Ermittlungen in Gang setzen, um die gesamte Verstrickung von Volkswagen do Brasil in die Repressionsstrukturen der brasilianischen Militärdiktatur aufzuklären. Die Anzeige, geführt unter der Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26, stützt sich auf Aussagen von Folteropfern wie

---

<sup>80</sup> Siehe die Zusammenfassung des Falls von Heinrich Plagge in seiner Akte bei der staatlichen Amnestiekommision unter: [www.justica.gov.br/central-de-conteudo/anistia/anexos/livro-dos-votos-versao-final-20-08-2013.pdf#page=265](http://www.justica.gov.br/central-de-conteudo/anistia/anexos/livro-dos-votos-versao-final-20-08-2013.pdf#page=265).

<sup>81</sup> Siehe hierzu ausführlich Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26.

Lúcio Bellentani und anderen, die diese vor den Wahrheitskommissionen gemacht hatten, sowie auf mehrere in Archiven aufgetauchte Beweise, die die Kollaboration von VW mit den Repressionsorganen belegen sollen.

Die Anzeige fordert eine Klärung der Vorwürfe, Volkswagen do Brasil habe – so wie andere multinationale Konzerne in Brasilien – das berüchtigte Folterzentrum OBAN/DOI-CODI unterstützt, und erwähnt die freiwillige Zurverfügungstellung von Fahrzeugen für das OBAN in São Paulo. Konkret werden in der Anzeige gegen Volkswagen do Brasil verschiedene Vorwürfe erhoben: Beschäftigte von VW do Brasil seien unter Mitwirkung oder Duldung von bewaffnetem VW-Sicherheitspersonal verhaftet, auf dem Betriebsgelände von Agenten der Repressionsorgane geschlagen und gefoltert worden.<sup>82</sup>

Zudem habe der Werkschutz von VW do Brasil Informationen über politisch aktive MitarbeiterInnen und GewerkschafterInnen (nicht nur VW-Beschäftigte) gesammelt und mit den Repressionsorganen geteilt. Dies bestätigen beispielsweise die von der Nachrichtenagentur Reuters 2014 veröffentlichten Dokumente wie die sogenannten schmutzige Listen von Beschäftigten, die entlassen wurden und daraufhin keine Anstellung mehr fanden, oder auch von VW-MitarbeiterInnen verfasste Berichte über GewerkschafterInnen, die der Geheimpolizei DOPS zur Verfügung gestellt wurden.<sup>83</sup> Zu den von VW in den 1970er Jahren Ausspionierten zählte unter anderem der damalige Gewerkschaftsaktivist und spätere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva.<sup>84</sup> Ein der Anzeige des Arbeiterforums als Anhang beigefügtes Dokument aus dem Jahr 1980, dem Jahr des großen Metallarbeiterstreiks im Großraum São Paulo, listet die Namen von 436 Beschäftigten von Firmen wie Brastemp, Chrysler, Ford do Brasil, Scania, Toyota, Toshiba, Inox, Mercedes-Benz sowie Volkswagen namentlich auf. VW-MitarbeiterInnen stellen mit 66 Namen auf der Liste den größten Anteil. Vermerkt sind auf der Liste außerdem deren Wohnadressen sowie detaillierte Informationen über ihren Arbeitsplatz und ihre Betriebsfunktion bei VW. Alles fein säuberlich mit Bleistift notiert. Informationen, die nach Ansicht von Seba-

---

<sup>82</sup> So die explizite Aussage von Lúcio Bellentani auf die Nachfrage des Bundesstaatsanwalts Marlon Weichert auf der Anhörung vom 16.12.2015.

<sup>83</sup> Winter, Brian: The »Black List«. Documents suggest foreign automakers aided Brazil's dictators, 5.8.2014, unter: [www.reuters.com/investigates/special-report/brazil-dictatorship-companies/](http://www.reuters.com/investigates/special-report/brazil-dictatorship-companies/).

<sup>84</sup> Schenk, Mario: VW Brasilien beschattete späteren Präsidenten Lula, 13.9.2014, unter: <https://amerika21.de/2014/09/106398/vw-brasilien-lula-diktatur>.

stião Neto vom Arbeiterforum Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung nur von VW selbst kommen können.

Die Geschäftsleitung von VW do Brasil entgegnete, dies sei »eine Liste mit den Namen von Hunderten von Arbeitenden ganz vieler Firmen und von einigen Dutzend von Volkswagen. Es ist außerdem eine Liste, die irgendwer in welchem Zusammenhang auch immer hätte zusammenstellen können. Einige dieser Informationen, die angeblich von Volkswagen zur Verfügung gestellt wurden, sind zudem unzutreffend.«<sup>85</sup>

Warum ist es wichtig zu wissen, ob das Dokument Informationen enthält, die nur jemand bei VW wissen konnte? Weil das Dokument im Archiv des Folterzentrums der Geheimpolizei DOPS gefunden wurde und geklärt werden muss, wie diese VW-internen Betriebsinformationen in die Hände der Folterer geraten waren.

Der Anzeige des Arbeiterforums zufolge hat VW über 200 Dokumente erstellt und diese dann den Repressionsorganen zukommen lassen. Diese Dokumente belegen, dass MitarbeiterInnen von VW sowohl im Betrieb als auch außerhalb des Werksgeländes überwacht wurden. Vor allem ein als »vertraulich« klassifiziertes Dokument vom 6. Juli 1983, das den Stempel des brasilianischen Luftwaffenministeriums trägt, sticht heraus.<sup>86</sup> In der Region Vale do Paraíba – im Grenzbereich der zwei Bundesstaaten São Paulo und Rio de Janeiro gelegen – sind historisch viele Industriefirmen angesiedelt. Die hatten zur Zeit der Militärdiktatur ein Unternehmensnetzwerk gegründet, das sogenannte Centro Comunitário de Segurança do Vale do Paraíba, kurz Cecose. Aus dem Dokument geht hervor, dass die Firmen Informationen über ihre ArbeiterInnen und deren gewerkschaftliche und politische Aktivitäten austauschten sowie sich gegenseitig über anstehende Entlassungen in Kenntnis setzten. Die bei der Sitzung vom 6. Juli 1983 im Vale do Paraíba Anwesenden waren die Werkschutz- und Sicherheitschefs von 25 Unternehmen.

Amanda Menconi Hornhardt, Antonio Brunheira und Richard Martins, die als WissenschaftlerInnen im Auftrag der Forschungsgruppe der Wahrheitskommission der MetallarbeiterInnen von São José dos Campos und Region dieses und weitere Dokumente mit Bezug zu diesem Treffen vom 6. Juli 1983 ausgewertet haben, kamen in ihrem Bericht, der an die nationale Wahrheitskommission weitergeleitet wurde, zu dem Ergebnis, dass

---

<sup>85</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26, S. 15.

<sup>86</sup> Ebd., Annex I, S. 4.

folgende Unternehmen Vertreter zu dem Treffen entsandt hatten: die multinationalen Unternehmen Caterpillar, Cebrace, Embrape, Ericson, FIEL, Ford, General Motors, Johnson & Johnson, Kodak, National, Philips, Rhodia und Volkswagen, die brasilianischen Privatunternehmen Avibras, Confab, Engesa, FNV, Mecânica Pesada, Tecelagem Parayba, Vibasa und Villares sowie die vier staatlichen Unternehmen Cosipa, Embraer, Petrobras und Telesp. Außerdem nahmen Angehörige des Heeres, der Luftwaffe und der Militär-, Zivil- und Bundespolizei, an dem Treffen teil.<sup>87</sup>

Dem Dokument von der Sitzung vom 6. Juli 1983 ist ein Annex beige-fügt, zu dem es heißt: »Volkswagen: Der Repräsentant der Firma stellte die wichtigsten Sachverhalte vor, deren Inhalte im Anhang in Form von ›Stichpunkten‹ enthalten sind.«<sup>88</sup> Der Vertreter von VW do Brasil war wohl der einzige der damals Anwesenden, der einen umfangreichen schriftlichen Bericht zur Verfügung stellte. In dem Bericht von VW do Brasil geht es auf acht Seiten sehr detailliert um gewerkschaftliche und politische Aktivitäten von VW-Beschäftigten sowie um kürzlich entlassene Beschäftigte, werden staatliche Identifikationsnummern genannt und sogar die Namen von deren Eltern, um eine bessere Identifizierung zu gewährleisten. »Volkswagen, so zeigt uns das Dokument, funktionierte als eine Art Geheimdienstkoordinator dieser Gruppe«, erklärt Sebastião Neto vom Arbeiterforum.<sup>89</sup> Auch für Rosa Cardoso, Rechtsanwältin und ehemals Mitglied der nationalen Wahrheitskommission, belegen solche Dokumente, dass VW bei der Überwachung von politisch und gewerkschaftlich aktiven Beschäftigten eine führende Position innegehabt hat.<sup>90</sup>

Für diese Rolle spricht unter anderem der Umstand, dass VW aufgrund seiner schlichten Größe<sup>91</sup> eine der ganz wenigen Firmen in Brasilien war, die überhaupt organisatorisch, logistisch und finanziell dazu in der Lage

---

<sup>87</sup> Menconi Hornhardt, Amanda/Brunheira, Antonio/Martins, Richard: Empresariado e Ditadura Militar: repressão ao movimento operário, ohne Datumsangabe, unter: <http://blogconvergencia.org/?p=5067&print=print>.

<sup>88</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26. Annex I, S. 4.

<sup>89</sup> Gombata, Marsilea: Ao menos 70 empresas colaboraram com a ditadura, 8.9.2014, unter: [www.cartacapital.com.br/politica/ao-menos-70-empresas-colaboraram-com-a-ditadura-5660.html](http://www.cartacapital.com.br/politica/ao-menos-70-empresas-colaboraram-com-a-ditadura-5660.html)

<sup>90</sup> Winter: The »Black List«.

<sup>91</sup> Mitte der 1970er Jahre war VW Lateinamerikas umsatzstärkster Konzern. Siehe Brasilien Nachrichten: VW do Brasil. Entwicklungshilfe im besten Sinne? November 1978, S. 59.

gewesen wäre. Allein im VW-Werk von São Bernardo, so berichtete am 17. Oktober 1980 die Wochenzeitung der Erzdiözese von São Paulo, waren 300 Werkschutzleute beschäftigt, um 40.000 MitarbeiterInnen zu überwachen.<sup>92</sup>

Die Geschäftsleitung von VW do Brasil bestreitet jegliche Vorwürfe in diese Richtung. Der Chef der Rechtsabteilung der Firma, Rogério Varga, erklärte auf der Anhörung im Landesparlament des Bundesstaats São Paulo am 27. Februar 2015, dass »das Cecose weiterhin existiert und nie irgendeine Absicht verfolgte, Menschenrechte zu verletzen. Es handelt sich [bei dem Treffen] um einen eher technischen Informationsaustausch über Sicherheitsfragen im Allgemeinen.«<sup>93</sup>

VW do Brasil und ihre spätere Tochtergesellschaft Scania wird in der Anzeige außerdem vorgeworfen, sie hätten Listen<sup>94</sup> von Beschäftigten erstellt, die zur Entlassung vorgesehen waren und die nach ihrer Kündigung in der Regel – vermutlich wegen dieser Listen – keine weitere Anstellung mehr gefunden hätten.<sup>95</sup> Die entsprechenden Aussagen und aufgetauchten Dokumente beziehen sich auf die Jahre 1978 und 1979, als sich bereits ein Ende der Militärdiktatur andeutete. 1978 und 1980 war es im Großraum von São Paulo zu großen Metallarbeiterstreiks gekommen.

Der Historiker Rodolfo Machado ist den an VW gerichteten Vorwürfen nachgegangen und hat für die nationale Wahrheitskommission die Archive durchforstet. Sein Fazit: Bei VW wurden Gewerkschafter als »Fälle für die Polizei« angesehen. »Die unheilige Allianz, wie Volkswagen seine Arbeiter an das Regime ausliefert, wird durch eine Vielzahl von Dokumenten belegt. Da gibt es schwarze Listen. Und während durch die Zusammenarbeit Volkswagen, aber auch andere Unternehmen ihre Gewinne erhöhten, wurden die Arbeiter in ihren Rechten beschnitten und regelrecht ausgebeutet.«<sup>96</sup>

<sup>92</sup> O São Paulo (Wochenzeitung der Erzdiözese São Paulo). Zit. nach: Brasilien Nachrichten, Nr. 11/12, 1980, S. 41.

<sup>93</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26, S. 13.

<sup>94</sup> Über diese sogenannten schwarzen Listen berichteten ArbeiterInnen aus São Bernardo do Campo bereits 1978. Siehe Brasilien Nachrichten: VW do Brasil, S. 96.

<sup>95</sup> Russau, Christian: VW do Brasil und die Militärdiktatur. Was hat Volkswagen do Brasil während der Zeit der brasilianischen Militärdiktatur getan – oder nicht getan?, 16.7.2014, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/vw-do-brasil-und-die-militaerdiktatur](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/50-jahre-militaerputsch/vw-do-brasil-und-die-militaerdiktatur).

<sup>96</sup> Segador, Julio: Die umstrittene Rolle von VW während der Militärdiktatur, 21.3.2015, unter: [www.deutschlandfunk.de/brasilien-die-umstrittene-rolle-von-vw-waehrend-der.799.de.html?dram:article\\_id=314919](http://www.deutschlandfunk.de/brasilien-die-umstrittene-rolle-von-vw-waehrend-der.799.de.html?dram:article_id=314919).

VW wird in der Anzeige zudem zusammen mit anderen Firmen beschuldigt, nach dem Militärputsch von 1964 an einer Militarisierung von Staat und Wirtschaft mitgewirkt zu haben. 2013 wurden in den Archiven SNI, des vormaligen Geheimdienstes Brasiliens, Dokumente gefunden, die die Zusammenarbeit von Industrie und Unternehmern mit den brasilianischen Repressionsorganen nahelegen. Den als Verschlussache deklarierten Dokumenten ist zu entnehmen, dass die sogenannte Industriebewegungsgruppe GPMI<sup>97</sup> des Industrieverbands FIESP in São Paulo als Vermittler zwischen Industrie und Militärs fungierte. Das Ziel des GPMI war die Ausweitung der Waffenproduktion im Inland, um so gegen mutmaßlich kommunistisch gesteuerte Umsturzversuche sich besser gewappnet zu fühlen. Dazu wurden bei der Unternehmerschaft Gelder eingesammelt und Firmen aufgefordert, eine Konversion ihrer zivilen in eine militärische Produktpalette vorzunehmen. Dem GPMI sei es gemeinsam mit der Obersten Heerschule vor allem darum gegangen, einen »militärisch-industriellen Komplex« in Brasilien aufzubauen, erläutert der Journalist Antônio Carlos Fon. So wurde beispielsweise Firmen, die Lippenstiftgehäuse herstellen, nahegelegt, auf die Produktion von Patronenhülsen umzustellen.<sup>98</sup>

Die Industrie- und Unternehmervertreter – unter ihnen auch Volkswagen<sup>99</sup> sowie die heutige VW-Tochter Scania – hätten zur Zeit der Militärdiktatur das GPMI mit großer Wahrscheinlichkeit finanziell gefördert, zumindest habe VW do Brasil dem GPMI Zahlungen in Aussicht gestellt, so die Recherchen des Historiker Jean-Claude Silberfeld.<sup>100</sup>

Das Arbeiterforum, das 2015 die Anzeige gegen Volkswagen erstattet hat, geht davon aus, dass es eine solche finanzielle Unterstützung bereits vor dem Militärputsch 1964 gegeben und diese dazu gedient habe, die demokratisch gewählte Regierung von João Goulart zu stürzen. Dabei

---

<sup>97</sup> Russau: VW do Brasil und die Militärdiktatur. GPMI ist die Abkürzung für Grupo Permanente de Mobilização Industrial.

<sup>98</sup> Amorim, Felipe/Machado, Rodolfo: Diretoria da Fiesp foi ponto de partida de negócios entre indústria e ditadura em 64, diz ex-membro da ALN, 29.3.2014, unter: <http://ultimainstancia.uol.com.br/conteudo/noticias/70003/diretoria+da+iesp+foi+ponto+de+partida+de+negocios+entre+industria+e+ditadura+em+64+iz+ex-membro+da+aln.shtml>.

<sup>99</sup> Siehe Dreifuss, René Armand: 1964: A Conquista do Estado. Ação Política, Poder e Golpe de Classe, Petrópolis/Rio de Janeiro, 1981, S. 249 (Fußnote 125).

<sup>100</sup> GPMI – FIESP: Ata da 26a Reunião Ordinária, 25.5.1965. Zit. nach: Silberfeld, Jean-Claude E.: O Grupo Permanente de Mobilização Industrial da Federação das Indústrias do Estado de São Paulo: 1964–1967, São Paulo 1984, S. 41.

habe das Forschungszentrum Ipês, das im Verdacht steht, zwischen 1961 und 1964 gezielt bei der Unternehmerschaft São Paulos Mittel für einen Umsturz gesammelt zu haben, eine entscheidende Rolle gespielt. Des- sen Mitbegründer und erster Vorsitzender von 1961 bis 1964 war João Baptista Leopoldo Figueiredo gewesen, damals zugleich Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer und von 1963 bis mindestens 1975 Prüfungsratsmitglied bei Volkswagen do Brasil.<sup>101</sup> Trotz- dem ist die Verantwortung von VW in diesem Zusammenhang fraglich. Der Historiker Luiz Alberto Moniz-Bandeira zitiert eines von vielen Inter- views, die er mit Hermann Görgen, dem jahrzehntelangen Vorsitzenden der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft, geführt hat. Laut Görgen war es so, dass die Geschäftsleitung von VW do Brasil nicht mit den Absichten des Ipês übereinstimmte. »Nur wenige deutsche Unternehmen in Brasilien, wie Mannesmann und Volkswagen, hielten an ihrer Solidarität mit der Re- gierung Goulart fest oder verharrten bei einer ambivalenten Haltung«.<sup>102</sup> Warum ist diese Aussage bemerkenswert? Weil sie nicht von jemandem getroffen wurde, der ein Interesse daran hatte, Unternehmen wie VW im Nachhinein zu entlasten. Im Gegenteil: Hermann Görgen war überzeugter Verfechter der These, es habe vor 1964 in Brasilien tatsächlich eine kom- munistische Gefahr bestanden. Zudem hat Görgen in Deutschland exi- lierte BrasilianerInnen beim brasilianischen Konsulat in Bonn als »Brasi- lianer, die das Bild Brasiliens im Ausland anschwärzen«, denunziert und diffamiert, wie aus Akten des brasilianischen Außenministeriums hervor- geht.<sup>103</sup> Außerdem tendierte er dazu, die Militärdiktatur zu verharmlosen, und behauptete wiederholt, unter ihr sei niemals systematisch gefoltert worden. Dies war über Jahre die Linie der von Görgen herausgegebenen *Deutsch-Brasilianischen Hefte*. Insofern muss seine Aussage, Mannesmann und Volkswagen hätten eher an ihrer »Solidarität mit der Regierung Gou- lart« festgehalten oder eine »ambivalente Haltung« eingenommen, ernst genommen werden, da aus ihr das Bedauern des Unterstützers der Mili- tärregierung darüber mitschwingt.

<sup>101</sup> Diário Oficial do Estado de São Paulo (DOSP), 9.7.1963, unter: [www.jusbra- sil.com.br/diarios/4615269/pg-84-poder-executivo-parte-1-diario-oficial-do-esta- do-de-sao-paulo-dosp-de-09-07-1963](http://www.jusbra- sil.com.br/diarios/4615269/pg-84-poder-executivo-parte-1-diario-oficial-do-esta- do-de-sao-paulo-dosp-de-09-07-1963).

<sup>102</sup> Moniz-Bandeira, Luiz Alberto: Wachstumsmarkt Brasilien: Der deutsche Wirt- schafts- und Handelsbeitrag in Geschichte und Gegenwart, Wiesbaden 2013, S. 155.

<sup>103</sup> So die Recherchen von Luiz Ramalho. Siehe Ramalho, Luiz: Brief an die Deutsch-Brasilianische Gesellschaft, 8.12.2013.

Umso interessanter wird dadurch aber der erste Einschub von Görgens Aussage: »nur wenige deutsche Unternehmen in Brasilien« hätten sich so verhalten. Eine Teilentlastung für VW do Brasil und Mannesmann auf der einen Seite also, die in einem Atemzug gleich alle anderen damals in Brasilien aktiven deutschen Unternehmen der Mittäterschaft am Militärputsch von 1964 zeiht.

Es gab vor dem Militärputsch 1964 noch eine weitere Organisation, die aktiv den Sturz der demokratischen Regierung plante, das Instituto Brasileiro de Ação Democrática (IBAD). Eine parlamentarische Untersuchungskommission von 1963 unter Leitung des Abgeordneten Ulysses Guimarães fand heraus, dass das 1959 von einheimischen Unternehmern, Rechtsintellektuellen sowie transnationalen Konzernen gegründete IBAD mit Millionengeldern in die brasilianische Politik eingriff, um die »kommunistische Gefahr« zu bannen. Im Dezember 1963, wenige Monate vor dem Militärputsch, wurde das IBAD wegen illegaler Aktivitäten verboten. Nach Quellen des brasilianischen Abgeordnetenhauses waren unter den multinationalen Firmen, die das IBAD gestützt hatten, Konzerne wie Texaco, Esso, Coca-Cola, IBM und Bayer.<sup>104</sup> Volkswagen taucht in dieser Liste nicht auf.

### **Der Fortgang der Anhörungen in der Causa VW do Brasil 2015/16**

Der Bundesstaatsanwalt hat die Anzeige am 22. September 2015 entgegengenommen und wenige Tage später die Ermittlungen aufgenommen. Die erste Anhörung fand Mitte Dezember 2015 statt. Zu dieser war Lúcio Bellentani als Hauptbelastungszeuge geladen.<sup>105</sup> Seine Aussagen entsprachen denen, die er bereits am 19. Juli 2012 vor der Wahrheitskommission »Vladimir Herzog« getätigt hatte und die hier schon besprochen wurden. Am 27. April 2016 fand die zweite Anhörung<sup>106</sup> statt, auf der drei ehemalige Beschäftigte von VW do Brasil zum Arbeitsalltag im Betrieb während der Militärdiktatur befragt wurden. Tarcísio Tadeu, Expedito Soares und Brás

---

<sup>104</sup> Siehe die Dokumentation unter: [www2.camara.leg.br/camaranoticias/radio/materias/CAMARA-E-HISTORIA/336061-1963--%C3%89-CONSTITU%C3%8D-DA-CPI-PARA-APURAR-CANDIDATOS-QUE-TERIAM-RECEBIDO-FINANCIAMEN-TO-DO-IBAD-E-IPES-\(07-00%22\).html](http://www2.camara.leg.br/camaranoticias/radio/materias/CAMARA-E-HISTORIA/336061-1963--%C3%89-CONSTITU%C3%8D-DA-CPI-PARA-APURAR-CANDIDATOS-QUE-TERIAM-RECEBIDO-FINANCIAMEN-TO-DO-IBAD-E-IPES-(07-00%22).html).

<sup>105</sup> Siehe Wortprotokoll der Anhörung vom 16.12.2015.

<sup>106</sup> Siehe Wortprotokoll der Anhörung vom 27.4.2016. Eine Zusammenfassung findet sich unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/ermittlungen-gegen-vw-do-brasil-wegen-verstrickung-in-brasilianische-militaer-diktatur-ausgeweitet](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/ermittlungen-gegen-vw-do-brasil-wegen-verstrickung-in-brasilianische-militaer-diktatur-ausgeweitet).

Sobrinho sagten aus, dass in dieser Zeit eine »Atmosphäre des Terrors in der Fabrik« geherrscht habe. Die Belegschaft sei stark unter Druck gesetzt und zu einem »wahnsinnigen Arbeitsrhythmus« gezwungen worden. Eine Organisation der ArbeiterInnen und gewerkschaftliche Aktivitäten seien mithilfe eines komplexen Überwachungs- und Kontrollsystems unterdrückt worden. Die Zeugen bestätigten zudem, dass sich wiederholt Militärs und PolizistInnen auf dem Werksgelände aufgehalten haben. Am 18. Mai 2016 fand die dritte Anhörung statt, bei der Tarcília Antonia Dagnoni, die Witwe des 1972 verhafteten Amauri Dagnoni, aussagte. Laut Tarcília war ihr Mann gefoltert worden und hatte wegen der Schläge in die Nierengegend bleibende Schäden davongetragen. Dagnoni sei zwei Jahre in Haft gewesen und habe hinterher nie wieder eine reguläre Arbeitsstelle bekommen.

Anfang Mai 2016 gab die Staatsanwaltschaft für Arbeitsfragen in São Bernardo do Campo bekannt, sich ebenfalls an Ermittlungen gegen Volkswagen do Brasil zu beteiligen. Sie kündigte an, den Fokus darauf zu richten, inwieweit das Automobilunternehmen mit seinen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen sowie seiner Verfolgung von Beschäftigten und deren Zusammenschlüssen die Rechte von ArbeiterInnen verletzt und deswegen Entschädigungszahlungen zu leisten habe. Die Staatsanwältin für Arbeitsfragen in São Bernardo do Campo, Andrea da Rocha Carvalho Gondim, die die Untersuchung leitet, erklärte, die Zusammenarbeit von verschiedenen Staatsanwaltschaften sei von besonderer Bedeutung, wenn es um ein »solch abscheuliches Verhalten« gehe.<sup>107</sup>

Die Staatsanwaltschaften befinden sich in der Phase der Beweisaufnahme. Diese wird aller Voraussicht nach noch über das Jahr 2016 hinausgehen. Nach Abschluss dieser Untersuchungen müssen sie entscheiden, ob sie Klage vor Gericht einreichen werden. Der zuständige Richter muss dann darüber befinden, ob er die Klage zulässt oder ob sie doch unter das Amnestiegesetz von 1979 fällt oder ob die Vorgänge bereits verjährt sind.

Ein Name, der immer wieder im Zusammenhang mit den Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen bei VW do Brasil fällt, ist der des ehemaligen VW-Sicherheitschefs Adhemar Rudge. So hatte der damalige Gewerkschafter und spätere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am 26. März 1980 in einer Ansprache vor GewerkschafterInnen explizit vor dem VW-Sicher-

---

<sup>107</sup> Siehe hierzu ausführlich [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/ermittlungen-gegen-vw-do-brasil-wegen-verstrickung-in-brasilianische-militaerdiktatur-ausgeweitet](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/ermittlungen-gegen-vw-do-brasil-wegen-verstrickung-in-brasilianische-militaerdiktatur-ausgeweitet).

heitschef Adhemar Rudge gewarnt: »Bei VW in einigen Bereichen, wo ihr arbeitet, hat der Sicherheitsdienst ein Auge auf euch geworfen, mit Überwachungskameras, und der Coronel Rudge schaut da den ganzen Tag auf die Bildschirme und beobachtet euch bei der Arbeit. Seid vorsichtig, weil der Coronel Rudge und die Heeresoffiziere, die da drin arbeiten, die haben ein umfassendes Netzwerk von Kameras, wo sie euch im Betrieb sehen können.«<sup>108</sup> Die Überwachung durch Rudge soll der Anzeige zufolge auch außerhalb des Betriebs sowie bei MitarbeiterInnen anderer Firmen der Region erfolgt sein.<sup>109</sup>

Am 23. Juni 2016 musste Rudge endlich bei der Anhörung der Bundesstaatsanwaltschaft in São Paulo erscheinen. Und bestritt alle Vorwürfe. Er sei, so Rudge, doch nur ein subalternen Angestellter gewesen. »Wir waren doch dem Arbeitsdirektor unterstellt«, erläuterte Rudge dem Staatsanwalt und nannte die Namen der drei Direktoren, denen er in seiner Zeit bei VW weisungsgebunden verpflichtet gewesen sei: Admon Ganem, Jacy Mendonça und Mário Garnero, die heute zu den mächtigen brasilianischen Wirtschaftsführern gehören.

Denn die Karrieren der früheren Arbeitsdirektoren von VW verliefen sehr steil. Admon Ganem wurde danach Arbeitsdirektor bei der Banco do Brasil, Jacy Mendonça stieg bis in das Direktorium der Holding Autolatina auf und wurde Vizepräsident der FIESP. Mário Garnero war der wohl schillerndste VW-Arbeitsdirektor. Er hatte zuvor in eine der reichsten Familien Brasiliens eingeheiratet und eine Erbin des Industriekonglomerats Monteiro Aranha zur Frau genommen. Der Gruppe Monteiro Aranha gehörten damals 20% der VW do Brasil-Anteile<sup>110</sup> und deren führende Familienmitglieder wie Olavo Egydio de Sousa Aranha Júnior und dessen Ziehsohn Olavo Egydio Monteiro de Carvalho waren als Anhänger der Militärdiktatur bekannt. Durch die Heirat wurde Garnero später Arbeitsdirektor bei VW do Brasil und ein guter Freund des VW-Chefs in Brasilien, Wolfgang Sauer. Garnero schlug Sauer vor, die Firma Brasilinvest zu gründen. Dem gefiel die Idee, viele transnationale Unternehmen zusammenzurufen, damit diese Geld in die Firma steckten, das dann in Brasilien investiert werden sollte. In Salzburg fand 1975 die große Gründungssitzung

---

<sup>108</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26, S. 29.

<sup>109</sup> Ebd., S. 30.

<sup>110</sup> Die Grupo Monteiro Aranha verkaufte diesen Anteil in zwei Chargen in den 1990er Jahren an den Staat Kuwait.

statt. 80 Firmen aus 16 Ländern beteiligten sich. Sauer saß mit im Aufsichtsrat von Brasilinvest. Garnero bat die beteiligten Firmen wiederholt um Kapitalaufstockung, bis das Konstrukt in finanzielle Schieflage geriet. Auch Wolfgang Sauer erwischte es. Bei VW musste er zurücktreten, sein Vermögen wurde zwischenzeitlich eingefroren.<sup>111</sup>

Ob Rudge tatsächlich nur auf Anweisung dieser Vorgesetzten gehandelt hat, muss nun die Bundesstaatsanwaltschaft klären. Zur mutmaßlichen Verfolgung und Überwachung gewerkschaftlicher Aktivitäten bei VW erklärte Rudge auf der Anhörung vom 23. Juni 2016, er habe keinen Kontakt zu ArbeiterInnen gehabt und außerdem hätten sich die GewerkschafterInnen im Betrieb frei bewegen können. Als Beleg führte Rudge an: Wenn es einen Streik gab, dann haben sich die Streikposten mit den Leuten der Personalabteilung getroffen und alle konnten sich im Betrieb frei bewegen.<sup>112</sup> Diese Aussage kann sich aber schwerlich auf die Jahre 1969 bis 1974 beziehen, in denen die Repression in Brasilien am schlimmsten wütete und gewerkschaftliche Aktivitäten massiv unterdrückt wurden, denn Streik war damals verboten. Den ersten Streik bei VW do Brasil gab es erst 1978.<sup>113</sup>

Rudge bestritt ferner, dass es sogenannte schmutzige Listen bei VW do Brasil und eine Überwachung gewerkschaftlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb des Betriebes gegeben habe. Als der Bundesstaatsanwalt Machado ihm ein diesbezügliches Dokument mit seiner Unterschrift vorlegte, antwortete Rudge: »Das hier ist nicht meine Unterschrift.« Und ergänzte empört: »Niemand hat das Recht, mit meinem Namen zu unterschreiben.« Rudge leugnete auch die Existenz der *chiqueirinhos*, kleiner Räume auf dem Betriebsgelände von VW do Brasil, in die – laut Aussagen von Betroffenen – ArbeiterInnen zum isolierten Verhör gebracht wurden. »Alles dort war frei. Da gab es kein Gefängnis für niemanden, nein, nein, meine Dame, das Einzige war, dass das Subjekt in einem großen Saal angehört wurde und hinterher wurden sie zur Personalabteilung geschickt.« Ob er sich denn erinnere, dass die Ehefrau von Lúcio Bellentani bei VW do Brasil vorsprach, um Auskünfte über den Verbleib ihres Mannes zu bekommen und später dann die Papiere seiner Betriebslebensversicherung

<sup>111</sup> Nassif, Luis: Ascensão e queda de Wolfgang Sauer, o mais influente CEO do país, 1.5.2013, unter: <http://jornalggm.com.br/blog/ascensao-e-queda-de-wolfgang-sauer-o-mais-influente-ceo-do-pais>.

<sup>112</sup> Siehe [www.dgabc.com.br/Noticia/1977815/mpf-requer-documentos-na-alemanha-de-crime-na-volks](http://www.dgabc.com.br/Noticia/1977815/mpf-requer-documentos-na-alemanha-de-crime-na-volks).

<sup>113</sup> Brasilien Nachrichten, Nr. 24, Mai 1978, S. 16.

ausgehändigt haben wollte, fragte ihn der Staatsanwalt Machado. Ridges knappe Antwort: »Da sind nie irgendwelche Familienangehörige gekommen, um um irgendwas zu bitten.«<sup>114</sup>

Als Adhemar Rudge zu Lúcio Bellentanis Verhaftung auf dem Betriebsgelände 1972 befragt wurde, erklärte er, dass »da drinnen niemand verhaftet wurde«. Wenn überhaupt, dann sei das außerhalb des Werksgeländes passiert. »Ich hätte davon wissen müssen, hätte das nie zugelassen.«<sup>115</sup> Zu der Aussage von Lúcio Bellentani, Amauri Dagnoni sei vom DOPS wieder in die VW-Fabrik gebracht worden, wo er KollegInnen wegen deren Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verraten sollte und dort sei Dagnoni von Rudge begleitet worden,<sup>116</sup> sagte Rudge ebenfalls, er wisse davon nichts. Dieser Vorwurf basiert auf Aussagen von Lúcio Bellentani, da er aber selbst zu diesem Zeitpunkt im DOPS war und dementsprechend nur vom Hörensagen wissen kann, dass Rudge Dagnoni in der Fabrik begleitete, müssten weitere ZeitzugInnen befragt werden, um eine Bestätigung zu erlangen.

Am 12. September 1974 traf laut Eingangsstempel bei der Geheimpolizei von São Paulo ein an den Generalpolizeidirektor des DOPS, Lúcio Vieira, als vertraulich gekennzeichnete Brief (datiert 10. September 1974) ein. Geschickt hatte ihn Aluysio Simões de Campos, staatlicher Kommissar für Arbeit der Region von São Paulo.<sup>117</sup> In dem Brief erwähnt Simões de Campos die vom Industriewerkschutz von VW zur Verfügung gestellten Informationen. Ganz offensichtlich hatte der Werkschutz des Departamento de Segurança Industrial von VW do Brasil, dem Adhemar Rudge von 1969 bis 1991 vorstand, einen Bericht (datiert vom 9. September 1974) verfasst, der als »interne Kommunikation« gekennzeichnet und an den Präsidenten von VW do Brasil, den Produktionsdirektor, die juristische Abteilung, die Werksabteilung sowie den Personalvorstand gerichtet war. Unterschrieben mit: Adhemar Rudge. In dem Bericht teilt Rudge mit: »Die Ex-Beschäftigten dieser Firma – Amauri Dagnoni, Annemarie Buschel, Antonio To-

---

<sup>114</sup> Martins, Fabio: MPF requer documentos na Alemanha de crime na Volks, 24.6.2016, unter: [www.dgabc.com.br/Noticia/1977815/mpf-requer-documentos-na-alemanha-de-crime-na-volks](http://www.dgabc.com.br/Noticia/1977815/mpf-requer-documentos-na-alemanha-de-crime-na-volks).

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26, S. 38.

<sup>117</sup> Siehe den historischen Bericht der dem Arbeits- und Sozialversicherungsministerium angegliederten Institution Fundacentro unter: [www.fundacentro.gov.br/resgate-historico/rbso40-anos](http://www.fundacentro.gov.br/resgate-historico/rbso40-anos).

rini, Geraldo Castro del Posso,<sup>118</sup> Heinrich Plagge und Lúcio Antonio Bel[[] entani – wurden, wie im Anhang bestätigt, durch das Oberste Militärtribunal wegen subversiver Praktiken verurteilt.«<sup>119</sup> Im nächsten Absatz des internen VW-Dokuments erwähnt Rudge, dass VW sich um die Beschaffung und Weitergabe von Informationen über MetallarbeitergewerkschafterInnen bemühe, die nicht bei VW arbeiteten.<sup>120</sup>

Bis heute ist nicht geklärt, wie dieser Bericht von VW in die Hände des regionalen Arbeitsdirektors von São Paulo, Aluysio Simões de Campos, gelangte, der es an das DOPS weiterreichte. Rudge selbst erklärte: »Ich unterhielt keine Kommunikation mit dem DOPS, weder in die eine, noch in die andere Richtung. Unser Bereich war kein politischer, es ging nur um den Werkschutz.«<sup>121</sup> Dabei hatte Rudge selbst vor Jahren etwas anderes gesagt. »Vielleicht haben wir einige Informationen mit dem DOPS ausgetauscht.«<sup>122</sup>

Im Anschluss an die Anhörung von Adhemar Rudge erklärte der Bundesstaatsanwalt Machado, dass er zunächst nur Dokumente und Unterlagen von VW do Brasil angefordert habe, er aber nun zur Klärung aller Vorwürfe eine offizielle Anfrage auf Überstellung aller eventuell in Deutschland vorhandenen Dokumente stellen werde.<sup>123</sup>

### Die unterschiedlichen Reaktionen von VW, Daimler und Siemens

Seit die Kritischen AktionärInnen zum Thema Volkswagen und Verstrickungen in die brasilianische Militärdiktatur auf der Aktionärsversammlung im Mai 2014<sup>124</sup> vom VW-Vorstand Aufklärung forderten und verlangten, dass das Unternehmen sich endlich seiner historischen Verantwortung

<sup>118</sup> Rechtschreibfehler Ridges. Eigentlich: Geraldo Castro del Pozo, geboren am 15. September 1957 in Madrid, spanischer Staatsangehöriger. Lebensdaten unter: [www.arquivoestado.sp.gov.br/memoriapolitica/fichas.php?pesq=1&nome=Geraldo+Castro+del+Pozo&ano\\_inicial=&ano\\_final=&prontuario=&organizacao=&acervo=&Reset2=Buscar](http://www.arquivoestado.sp.gov.br/memoriapolitica/fichas.php?pesq=1&nome=Geraldo+Castro+del+Pozo&ano_inicial=&ano_final=&prontuario=&organizacao=&acervo=&Reset2=Buscar).

<sup>119</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26: Vol. II, S. 160: Annex08, SOZ/341/1138, DOPS/APESP.

<sup>120</sup> Aktennummer 1.34.001.006706/2015-26, S. 30.

<sup>121</sup> Martins: MPF requer documentos.

<sup>122</sup> Casado, José: Operários em greve desafiaram perseguição, 15.5.2005.

<sup>123</sup> Martins: MPF requer documentos.

<sup>124</sup> Siehe hierzu ausführlich die Webseite der Kritischen Aktionäre unter: [http://kritische-aktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden\\_2014/Rede\\_Christian\\_Russau\\_Volkswagen\\_HV\\_2014.pdf](http://kritische-aktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2014/Rede_Christian_Russau_Volkswagen_HV_2014.pdf) und [http://kritische-aktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Gegenantraege\\_2014/KA-Gegenantrag\\_VW\\_2014.pdf](http://kritische-aktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Gegenantraege_2014/KA-Gegenantrag_VW_2014.pdf).

stellen und dazu bekennen muss, hat VW sich durchaus bewegt. Zunächst war die Reaktion der Vorstandsmitglieder auf der Hauptversammlung zwar defensiv. Diese Fragen betrafen Vorgänge, die sehr lange zurücklägen, so der damalige Produktionsvorstand Michael Macht.<sup>125</sup> VW sei in Fragen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einer der ersten Konzerne gewesen, die sich dieser Verantwortung gestellt haben und dies von einer Historikerkommission habe untersuchen lassen. Dies sei seither bindender Maßstab für alle VW-Töchter weltweit. Sollte die nationale Wahrheitskommission in Brasilien Belege für Menschenrechtsverletzungen haben, an denen Volkswagen do Brasil und/oder ihre MitarbeiterInnen beteiligt waren, dann werde Volkswagen für Aufklärung sorgen.<sup>126</sup> VW aber habe in ihren Akten und Unterlagen nichts Diesbezügliches gefunden.<sup>127</sup> Es vergingen keine zwei Wochen, da meldete sich der Leiter für historische Kommunikation bei Volkswagen und Lehrbeauftragter für Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen, Dr. Manfred Grieger, der erklärte, sich der VW-Vergangenheit und den möglichen Fragen nach Verstrickungen von VW in die brasilianische Militärdiktatur von nun an zu widmen.

Die Wahrheitskommission des Landesparlaments von São Paulo hat am 27. Februar 2015 erstmals eine Anhörung zu den Verstrickungen von Konzernen in die Repression durch die brasilianische zivil-militärische Diktatur durchgeführt. Zu dieser Sitzung wurden mehrere Firmen eingeladen, über die im Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission gesagt wird, sie hätten mit den Repressionsorganen der Militärdiktatur kollaboriert. Zur Anhörung erschienen sind ein Vertreter des Konzerns Cobrasma sowie ein Vertreter von VW do Brasil.

Der Vertreter von Volkswagen do Brasil war der Chef der Rechtsabteilung, Rogério Varga. Dieser erklärte, Volkswagen analysiere die Dokumente und befinde sich in einem Lernprozess gemeinsam mit der Wahrheitskommission. »Volkswagen lernt mit diesem Prozess der Öffnung. Für uns stand nie zur Debatte, hier nicht anwesend zu sein. Wir analysieren die Dokumente, um sie zu verstehen und zu kontextualisieren«, so Varga. Aber, so der VW-Vertreter, bislang seien noch keine Dokumente gefunden wor-

---

<sup>125</sup> Russau: VW do Brasil und die Militärdiktatur.

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Sion, Vitor: Volkswagen diz que esclarecerá eventuais suspeitas sobre violação de direitos humanos durante ditadura, 13.5.2014, unter: <http://operamundi.uol.com.br/conteudo/noticias/35247/volkswagen+diz+que+esclarecera+eventuais+suspeitas+sobre+violacao+de+direitos+humanos+durante+ditadura.shtml>.

den, die eine eindeutige Identifizierung der Firma als Kollaborateurin der Militärdiktatur zulasse. »Unsere Aufgabe liegt darin, gemeinsam mit den Kommissionen – mit Respekt und ausgewogen – zu lernen, was die Position der Firma« war. Er schloss jedoch mit den Worten: »Volkswagen hat nicht mit den Repressionsorganen kollaboriert. Es gibt keine Dokumente oder irgendeinen Beweis dahingehend«, so Varga.<sup>128</sup>

Der Vorsitzende der Wahrheitskommission des Landesparlaments von São Paulo, Adriano Diogo, kritisierte Varga und VW do Brasil seinerseits scharf. »Wenn sie hierher kommen, ganz ohne Informationen, ohne die Rolle anzuerkennen, die die Unternehmen spielten, dann lachen sie uns noch immer aus«, sagte er. Die Kommission werde alle Informationen und Erkenntnisse an die Staatsanwaltschaften weiterleiten. Und »eines Tages wird Volkswagen seine perverse Kollaboration mit der Diktatur erklären«, so Diogo.<sup>129</sup>

Trotz des eifrigen Dementis von Varga ist festzuhalten, dass sich der Umgang bei Volkswagen mit dem Thema zunächst einmal deutlich von der Reaktion von Daimler und Siemens unterscheidet. Und Daimler ist noch immer selbstkritischer als Siemens. Ein Unternehmensvertreter von Daimler antwortete auf eine entsprechende Nachfrage auf der Hauptversammlung 2015, man habe in den Akten nichts dazu gefunden. Daimler-Vorstand Dieter Zetsche sagte aber, sie hätten ehemalige MitarbeiterInnen befragt, die dazu aber auch keine Erkenntnisse hätten. Als nächstes werde Daimler ehemalige MitarbeiterInnen in Brasilien befragen.<sup>130</sup> Daimler reagierte zudem schriftlich auf den Gegenantrag der Kritischen AktionärInnen: »Daimler wurde bisher weder von brasilianischen Behörden noch von den Wahrheitskommissionen kontaktiert, die sich mit der Aufarbeitung der Militärdiktatur befassen. Wir verfolgen die Arbeit der Kommissionen und haben bereits vor einiger Zeit mit eigenen breit angelegten Nachforschungen begonnen. Bislang haben unsere eigenen Recherchen keinerlei Hinweise auf eine Unterstützung des ehemaligen Militärregimes in Brasilien ergeben. So haben wir auch keine Belege für die Behauptung gefunden, dass Mercedes-Benz

<sup>128</sup> Russau: Wahrheitskommission São Paulo.

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Dichtchekian, Patrícia: Citada na CNV, dona da Mercedes é questionada por acionistas sobre elo com ditadura brasileira; empresa nega, 1.4.2015, unter: <http://operamundi.uol.com.br/conteudo/noticias/39998/citada+na+cnv+dona+da+mercedes+e+questionada+por+acionistas+sobre+elo+com+ditadura+brasileira+empresa+nega.shtml>.

Brasilien die aus Militär und Polizei bestehende halbstaatliche Organisation OBAN (Operação Bandeirantes) finanziell unterstützt habe. Solche Belege finden sich auch nicht im Abschlussbericht der nationalen Wahrheitskommission. Die Achtung und Wahrung der Menschenrechte sind für Daimler von zentraler Bedeutung. Wir sind selbstverständlich zur Unterstützung der Behörden bereit, um den Sachverhalt aufzuklären.«<sup>131</sup>

Ganz anders Siemens. Auf der Aktionärsversammlung am 27. Januar 2015 in München antwortete der Siemens-Vorstandsvorsitzende Josef Käser zwar ebenfalls,<sup>132</sup> Siemens habe in seinen Akten gesucht und diesbezüglich nichts gefunden.<sup>133</sup> Deutlich aber trug der Aufsichtsratsvorsitzende von Siemens, Gerhard Cromme, seine Abneigung gegenüber historischer Verantwortung zur Schau. Von den Ausführungen zu den Verstrickungen seines Konzerns in die brasilianische Militärdiktatur wollte er nichts weiter hören. Auf die insistierende Nachfrage giftete er zurück, das liege jetzt 40 Jahre zurück, ihn interessiere Siemens heute.<sup>134</sup> Bei Siemens scheint man unter historischer Verantwortung etwas anderes zu verstehen.

Das klingt beim VW-Konzern doch schon ganz anders. »Volkswagen bedauert in höchstem Maße, dass den Betroffenen während der Militärdiktatur gegebenenfalls unter Beteiligung von Mitarbeitern der Volkswagen do Brasil Leid zugefügt wurde«, betonte gegenüber Medien Dr. Manfred Grieger, der VW-Unternehmenshistoriker. Man werde auf die Betroffenen zugehen und sie befragen. Wer die Verantwortung für diese Menschenrechtsverletzungen trage, »werde vorbehaltlos und bis ins Letzte unter-

---

<sup>131</sup> Siehe hierzu ausführlich die Gegenanträge sowie die Antworten der Daimler-Geschäftsführung unter: [www.daimler.com/dokumente/investoren/hauptversammlung/daimler-ir-hv-gegenantraegstellungnahmeverwaltung-2015.pdf](http://www.daimler.com/dokumente/investoren/hauptversammlung/daimler-ir-hv-gegenantraegstellungnahmeverwaltung-2015.pdf).

<sup>132</sup> Wir bleiben bei dem Namen Josef Käser statt Joe Kaeser. Siehe hierzu [www.welt.de/wirtschaft/article118626265/Wenn-aus-Josef-Kaeser-plotzlich-Joe-Kaeser-wird.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article118626265/Wenn-aus-Josef-Kaeser-plotzlich-Joe-Kaeser-wird.html).

<sup>133</sup> Amorim, Felipe: Relatório da CNV: sócios alemães pedem que Siemens explique envolvimento com ditadura brasileira, 30.1.2015, unter: <http://operamundi.uol.com.br/conteudo/noticias/39338/relatorio+da+cnv+socios+alemaes+pedem+que+siemens+explique+envolvimento+com+ditadura+brasileira.shtml>.

<sup>134</sup> Behn, Andreas: Aus dem Werk ins Folterzentrum, in: die tageszeitung, 4.3.2015, unter: [www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=au&dig=2015/03/04/a0069&cHash=b6ab9b520bd05fd4e590112a88f8c7f6](http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=au&dig=2015/03/04/a0069&cHash=b6ab9b520bd05fd4e590112a88f8c7f6).

sucht«, versprach Grieger Ende September 2015.<sup>135</sup> »Es geht um die Auseinandersetzung mit dem Unrecht, das damals geschehen ist«, sagte er.<sup>136</sup>

Am 1. November 2015 machte die Tageszeitung *O Estado de São Paulo* mit der Schlagzeile auf: »Volkswagen verhandelt über gerichtliche Reparationen wegen Unterstützung der Repression während der Diktatur. Leiter der Muttergesellschaft traf sich mit der Bundesstaatsanwaltschaft und sagte *Estado*, er beabsichtige, zusammen mit brasilianischen Institutionen ein Memorial zu entwickeln. Der Autobauer ist die erste Firma, die diese Möglichkeit im Nachgang zum Bericht der nationalen Wahrheitskommission in Betracht zieht.«<sup>137</sup>

Der Begriff Memorial hat im Portugiesischen vielfältige Bedeutungen. Damit kann ein Museum, eine Gedenkstätte oder ein Mahnmal gemeint sein, auch eine Gedenkplakette an einer Hauswand. Reichlich unverständlich aber, wie die Agentur AFP die Meldung des *O Estado de São Paulo* ins Deutsche zurückübersetzte – aus der vermutlich gemeinten Gedenkstätte machte sie: »Eine Idee könnte es sein, gemeinsam mit brasilianischen Institutionen wie etwa den Gewerkschaften, eine Gedenkschrift zu entwickeln«, so wurde Manfred Grieger von der AFP-Nachrichtenagentur aus dem Portugiesischen falsch zurück ins Deutsche übersetzt.<sup>138</sup>

Dass man bei Volkswagen bereits entschieden habe, in Verhandlungen über Entschädigungszahlungen einzutreten, wie dies der Zeitungsartikel nahelegte, wurde einen Tag später in der deutschsprachigen Presse von

<sup>135</sup> dpa: Brasilien-Skandal gesellt sich zu Dieselgate, 28.9.2015, unter: [www.rp-online.de/wirtschaft/brasilien-skandal-gesellt-sich-zu-dieselgate-aid-1.5427613](http://www.rp-online.de/wirtschaft/brasilien-skandal-gesellt-sich-zu-dieselgate-aid-1.5427613).

<sup>136</sup> Spiegel Online: Verfolgung und Folter: VW will Verwicklungen in brasilianischer Diktatur aufarbeiten, 2.11.2015, unter: [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-in-brasilien-vw-will-diktatur-geschichte-aufarbeiten-a-1060622.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-in-brasilien-vw-will-diktatur-geschichte-aufarbeiten-a-1060622.html).

<sup>137</sup> Hier im Original: »Volkswagen negocia reparação judicial por apoio à repressão durante ditadura. Dirigente da matriz do grupo se reuniu com o MPF e disse ao »Estado« que pensa em »desenvolver memorial com outras instituições brasileiras; montadora é a primeira empresa a admitir possibilidade após relatório da Comissão da Verdade«, unter: <http://politica.estadao.com.br/noticias/geral,volkswagen-negocia-reparacao-judicial-por-apoio-a-repressao-durante-ditadura,1789314>.

<sup>138</sup> AFP: VW zu Ausgleich für Kooperation mit Brasiliens Diktatur bereit, 2.11.2015, unter: [www.zeit.de/news/2015-11/02/deutschland-vw-zu-ausgleich-fuer-kooperation-mit-brasiliens-diktatur-bereit-02011804](http://www.zeit.de/news/2015-11/02/deutschland-vw-zu-ausgleich-fuer-kooperation-mit-brasiliens-diktatur-bereit-02011804). Siehe hierzu auch Russau, Christian: Zeitung Estadão meldet: VW zu Entschuldigung und Entschädigung wegen Diktaturverstrickung bereit, 1.11.2015, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/zeitung-estadao-meldet-vw-zu-entschuldigung-und-entschaedigung-wegen-diktaturverstrickung-bereit](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/zeitung-estadao-meldet-vw-zu-entschuldigung-und-entschaedigung-wegen-diktaturverstrickung-bereit).

Manfred Grieger korrigiert. »Bei der wiederholt geforderten kollektiven Entschädigung gebe es aber noch keine Annäherung, weil unklar sei, wie so etwas aussehen könnte. Wichtig seien weitere Gespräche mit Opfern, auch eine offizielle Entschuldigung durch VW-Repräsentanten sei denkbar, betonte Grieger. [...] Wie die Zeitung *Estado de São Paulo* berichtete, habe VW auch Verhandlungen über Reparationen – also finanzielle Entschädigungen – angeboten, was Grieger aber dementierte.«<sup>139</sup> Für 2016 seien weitere Gespräche geplant, so die dpa.

Mit Eröffnung der Beweisaufnahme durch die Staatsanwaltschaften in São Paulo ist die Frage eventueller Entschädigungen, seien es Kollektiv- oder Individualentschädigungen – Letztere haben die Betroffenen bisher mehrheitlich abgelehnt –, an eine Entscheidung des Gerichts gekoppelt. Entsprechend hatte der zuständige Staatsanwalt Pedro Machado gesagt, dass eine der Lösungen im Zuge des gegenwärtigen Verfahrens eine über das Gremium der Staatsanwaltschaft vermittelte Einigung zwischen den Parteien sein könnte. Dies könne, so Machado, beispielsweise die Einzahlung in einen Fonds unter Aufsicht der Staatsanwaltschaft sein.<sup>140</sup> Das Ziel könnte sein, so Machado, dass das Geld der Entschädigung in einen Interessenvertretungsfonds eingezahlt oder zum Bau einer Gedenkstätte oder eines Museums verwendet werde.<sup>141</sup> Parallel zu Staatsanwaltschaft oder Gericht sind außergerichtliche Einigungen zwar immer grundsätzlich möglich, nur verhindern diese den protokollarischen Weitergang des Prozesses an sich nicht, weil die Prozessaufnahmen, einmal gestartet, weiterlaufen, es sei denn, Staatsanwaltschaft oder Gericht werden an der Vermittlung der Einigung formal beteiligt.

Hinzu kommt, dass die KlägerInnen ebenso wie die Menschenrechtsgruppen und AktivistInnen wiederholt bekräftigt haben, dass es ihnen nach derzeitigem Stand vorrangig darum gehe, dass der brasilianische Staat durch seine Justiz die Kollaboration der Firmen untersuche, anerkenne und

---

<sup>139</sup> N-TV: Aufarbeitung in Brasilien. VW geht auf Diktatur-Opfer zu, 2.11.2015, unter: [www.n-tv.de/wirtschaft/VW-geht-auf-Diktatur-Opfer-zu-article16267016.html](http://www.n-tv.de/wirtschaft/VW-geht-auf-Diktatur-Opfer-zu-article16267016.html).

<sup>140</sup> Sindicato dos Trabalhadores nas Indústrias de Confecção e de Vestuário de Guarulhos: Parceria entre Volks e ditadura abre novo campo de Investigação para o Ministério Público Federal, 23.9.2015, unter: <http://sindvestuario.org.br/novo/?p=19437>.

<sup>141</sup> Godoy, Marcelo/Silva, Cleide: Volkswagen negocia reparação judicial por apoio à repressão durante ditadura, 1.11.2015, unter: <http://politica.estadao.com.br/noticias/geral,volkswagen-negocia-reparacao-judicial-por-apoio-a-repressao-durante-ditadura,1789314>.

bestrafe und dass der Weg dafür eben der Gang durch die juristischen Instanzen sei, sogar über den Obersten Gerichtshof Brasiliens hinaus, also bis hin zum Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte führen könnte. Die Causa VW do Brasil und die brasilianische Militärdiktatur wird also noch eine Weile die Öffentlichkeit beschäftigen.

# Kapitel 4

## Die Spur der Steine

Deutschland ist Autoland. 2014 wurden in Deutschland 5.604.026 Automobile hergestellt.<sup>1</sup> Knapp jedes 14. Auto weltweit wird in Deutschland hergestellt.<sup>2</sup> Fast ein Drittel der Klagen über Menschenrechtsverletzungen im globalen Wirtschaftsgeschehen betreffen den extraktiven Sektor, also Rohstoffgewinnung. So viel wie in keinem anderen Bereich der Wirtschaft.<sup>3</sup> Was haben diese Zahlen miteinander zu tun?

Der Löwenanteil des Materials, das im Fahrzeugbau verwendet wird, entfällt auf Stahl. Der Anteil von Stahl- und Eisenwerkstoffen bei der in Deutschland angefertigten Durchschnittskarosserie liegt bei 65%.<sup>4</sup> Bei einem Durchschnittswert von 200 Kilogramm je Karosserie<sup>5</sup> ergäbe sich ein Stahlanteil von 130 Kilogramm. Daraus ließe sich eine Summe von 728.523 Tonnen Stahl allein für die Karosserien der jährlich in Deutschland hergestellten Autos ableiten.

Die Rohstoffbeschaffung von Industriekonzernen ist eine ziemlich undurchsichtige Angelegenheit. Statt Transparenz herrscht dort Geheimniskrämerei, stets unter dem Vorwand, der Konkurrenz keine unliebsamen Einblicke in die eigenen Geschäftsbeziehungen gewähren zu wollen. Eine Möglichkeit, mehr Licht in »dieses Dunkel« zu bringen, sind Nachfragen auf den Hauptversammlungen der Unternehmen. Die Kritischen Aktionä-

---

<sup>1</sup> Siehe <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3150/umfrage/deutsche-automobilproduktion/>.

<sup>2</sup> Siehe <http://de.statista.com/themen/1140/automobilproduktion/?gclid=CLH-Op8zwi80CFUHGGwodt3QGlg>.

<sup>3</sup> Siehe Wright, Michael: Corporations and human rights: a survey of the scope and patterns of alleged corporate-related human rights abuse, April 2008, unter: [www.hks.harvard.edu/m-rcbg/CSRI/publications/workingpaper\\_44\\_Wright.pdf](http://www.hks.harvard.edu/m-rcbg/CSRI/publications/workingpaper_44_Wright.pdf).

<sup>4</sup> Müller, Axel/Kerkow, Uwe: Vom Erz zum Auto: Mitverantwortung der deutschen Automobilindustrie, 2014, unter: [www.eineweltnetzwerkbayern.de/fileadmin/assets/Publikationen/8\\_Runder\\_Tisch\\_Unternehmen/8\\_RTb\\_-\\_EWNb\\_2014\\_-\\_S\\_13-21\\_Rohstoffe.pdf#page=2](http://www.eineweltnetzwerkbayern.de/fileadmin/assets/Publikationen/8_Runder_Tisch_Unternehmen/8_RTb_-_EWNb_2014_-_S_13-21_Rohstoffe.pdf#page=2).

<sup>5</sup> Müller, Rainer: Soll man Autos aus Aluminium bauen? Ein Beispiel für »Fermi-Probleme« in der Schule, ohne Datumsangabe, unter: [www.tu-braunschweig.de/Medi-DB/ifdn-physik/aluminiumautos.pdf](http://www.tu-braunschweig.de/Medi-DB/ifdn-physik/aluminiumautos.pdf).

rInnen haben zum Beispiel in den Jahren 2015 und 2016 bei solchen Anlässen Volkswagen und Daimler dazu aufgefordert, zu ihren Kontroll- und Sorgfaltspflichten in ihren Lieferketten Stellung zu beziehen. Die Gretchenfrage mal anders gestellt: Wie hältst du es mit Menschenrechten und Umwelt bei deinen Zulieferern und deren Rohstoffzulieferern?

Die Daimler AG antwortete ohne große Umschweife: »Aufgrund der Komplexität im Bereich Rohstoffe steht eine detaillierte Rückverfolgung der Rohstoffe auf deren sozial- und umweltbezogene Produktionszusammenhänge derzeit in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis.«<sup>6</sup> Auch VW behandelt Rohstoffe vorrangig unter dem Aspekt der Verfügbarkeit.<sup>7</sup> Zwar ist im Jahresbericht 2014 nachzulesen, dass »das Thema ›Menschenrechte und Verhaltensgrundsätze in der Lieferantenkette‹ in enger Zusammenarbeit mit der Konzern-Beschaffung vorangetrieben« wurde, doch eine ernst zu nehmende Überprüfung der Einhaltung der Grundsätze bis hin zum Ursprung der Rohstoffe kann auch VW nicht vorweisen. Im VW-Geschäftsbericht von 2014 kommt der Begriff »nachhaltig« 149 Mal vor, in dem von 2015 noch 124 Mal.<sup>8</sup> Ganz schön oft für einen Konzern, der die Abgaswerte seiner Autos gezielt manipulieren lässt. Offensichtlich ist Nachhaltigkeit für die Wolfsburger ein Lippenbekenntnis. Wie ihre Branchenkonkurrenten wollen sie sich auch nicht eingehender mit den Umwelt- und Menschenrechtssituationen bei der Rohstoffbeschaffung auseinandersetzen und führen stattdessen vollmundig die Nachhaltigkeit im Munde, meinen damit aber meist die nachhaltige Wertsteigerung ihrer Marke.

Die Automobilhersteller verweisen zudem gern darauf, dass sie den Stahl für ihre Autos ja von ihren Zulieferern, den Stahlunternehmen, kaufen oder dass sie fertige Zubehöerteile von ihren Zulieferern beziehen und dass sie »schon aus wettbewerbsrechtlichen Gründen gar nicht wissen dürfen, woher diese Teile stammen«, da sie ja sonst ihren Zulieferern gegenüber potenziell zu viel Macht ausüben könnten, so Daimler-Vorstand Dieter Zetsche

---

<sup>6</sup> So Daimlers Vorstandsvorsitzender Dieter Zetsche auf der Aktionärsversammlung am 1. April 2015 in Berlin.

<sup>7</sup> Siehe Volkswagen AG: Geschäftsbericht 2014, unter: <http://geschaeftsbericht2015.volkswagenag.com/konzernlagebericht/risiko-und-chancenbericht/risiken-und-chancen/finanzrisiken.html>.

<sup>8</sup> Siehe Volkswagen AG: Geschäftsbericht 2015, unter [www.volkswagenag.com/content/vwcorp/info\\_center/de/publications/publications.acq.html/archive-on/icr-financial\\_publications!annual\\_reports/index.html](http://www.volkswagenag.com/content/vwcorp/info_center/de/publications/publications.acq.html/archive-on/icr-financial_publications!annual_reports/index.html).

auf der Aktionärsversammlung 2015 in Berlin.<sup>9</sup> Zudem – so argumentierten VW<sup>10</sup> und Siemens<sup>11</sup>, beide befragt, wie sie den Sorgfaltspflichten in der Rohstoff- und Produktbeschaffung entlang der Wertschöpfungskette nachkommen – sei es bei oftmals über 10.000 Zuliefererfirmen äußerst kompliziert, die Herkunft der eingekauften Produkte nachverfolgen zu müssen. Durchgängige Transparenz ist hier also nach wie vor Fehlanzeige.

Bekannt ist, dass Brasilien »der wichtigste Lieferant von Erzen, Metallen und Industriemineralien für die deutsche Industrie« ist, so die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer. Bekannt ist auch, dass 55% aller Eisenerzimporte nach Deutschland aus Brasilien erfolgen, gefolgt von Kanada (17%) und Schweden (13%). Die beiden größten deutschen Erzimporteure sind die Thyssenkrupp AG und die Salzgitter AG. Beide beziehen ihr brasilianisches Erz auch vom Branchenriesen Vale. Dessen größte Erzvorkommen sind Carajás im amazonischen Bundesstaat Pará und das sogenannte Southeastern System im Bundesstaat Minas Gerais. Folgen wir also der Spur der Steine nach Brasilien.

### **Der Fluch der Steine**

In Brasilien gilt der Rohstoffabbau – trotz seiner zahlreich dokumentierten negativen Auswirkungen für Mensch und Natur – als notwendiger Devisenbringer. Hier und in ganz Lateinamerika konnte man vor allem in den letzten Jahrzehnten sehen: Je mehr am Weltmarkt mit Rohstoffen zu verdienen war, desto geringer fiel das Interesse der Regierungen aus, die Abhängigkeit vom Rohstoffexport zu vermindern. In den Boomjahren 2004 bis 2012, in denen die kräftige Nachfrage vor allem aus China die Preise nach oben trieb, galt die Ausweitung des Rohstoffabbaus als Allheilmittel. Vor allem linke Regierung rechtfertigen das extraktivistische Wirtschaftsmodell damit, dass die damit verbundenen vermehrten Einnahmen den Staat in die Lage versetzen, mit umfangreichen Infrastruktur- und Sozialprogrammen Armut zu bekämpfen und eine gesellschaftliche Umverteilung zu erreichen. Doch allzu oft bedeutet dies nichts viel anderes, als im Namen eines vermeintlich höheren Ziels – soziale Inklusion – Exklusion und erhebliche Diskriminierungen an anderer Stelle in Kauf zu nehmen. Der bra-

---

<sup>9</sup> So Dieter Zetsche auf der Daimler-Jahreshauptversammlung 2015 in Berlin auf meine diesbezügliche Frage.

<sup>10</sup> Jahreshauptversammlung von Volkswagen am 5. Mai 2015 in Hannover.

<sup>11</sup> Jahreshauptversammlung der Siemens AG am 27. Januar 2015 in München.

silianische Sozialwissenschaftler Henri Acelrad hat in diesem Zusammenhang den Begriff *área de sacrifício* geprägt, ein Opfergebiet, das meist als *área de poluição* (Verschmutzungsgebiet) endet.<sup>12</sup>

So verursacht das extraktive Modell eine Vielzahl lokaler, regionaler und transnationaler Konflikte, unter denen vor allem die ärmste Bevölkerung zu leiden hat. Den höchsten Preis zahlen diejenigen, die unmittelbar in Rohstoffgebieten oder in deren Nähe leben. Oft liegt ihr durchschnittliches Einkommen an oder unter der Armutsgrenze, ihr offizieller Bildungsgrad ist meist niedriger als im Landesdurchschnitt. Nicht selten rechnen Staat und Bergbaukonzerne in diesen Gegenden dann auch mit weniger Widerstand gegen ihre Großprojekte. Auffällig ist auch, dass viele der von umweltzerstörerischen Bergbauvorhaben betroffenen AnwohnerInnen schwarz, indigen oder quilombola<sup>13</sup> sind. Der in den USA in den 1980er Jahren von Soziologen entwickelte Begriff Umweltrassismus verweist auf das erschreckende Phänomen, dass die Mehrzahl der von giftigen Mülldeponien oder von anderen ökologischen Verwerfungen betroffenen AnwohnerInnen Schwarze oder Hispanics sind.<sup>14</sup> Ähnlich verhält es sich bei zahlreichen umweltschädlichen und grundlegende Menschenrechte verletzenden industriellen Großprojekten in Brasilien.<sup>15</sup>

Doch inzwischen wehren sich auch dort viele indigene Gemeinschaften, Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Umweltverbände gegen die Vergabe von neuen Bergbaukonzessionen und Schürfrechten, gegen Öl- und Gasexplorationen sowie gegen die von der Regierung massiv vorangetriebenen Pläne zur Änderung des Bergbaugesetzes, des sogenannten *código de mineração*. Mit diesem soll der Bergbau im Land noch ausgeweitet werden. Als erster Schritt ist vorgesehen, die Erfassung der in Brasilien im Boden schlummernden Ressourcen

---

<sup>12</sup> Russau, Christian: Der Anfang einer viel größeren Welle, 27.5.2014, unter: [www.boell.de/de/2014/05/27/der-anfang-einer-viel-groesseren-welle-neo-extraktivismus-schafft-umweltungerechtigkeit](http://www.boell.de/de/2014/05/27/der-anfang-einer-viel-groesseren-welle-neo-extraktivismus-schafft-umweltungerechtigkeit).

<sup>13</sup> Quilombolas werden die Nachkommen entfloherer Sklaven genannt, die in entlegeneren Regionen Brasiliens Niederlassungen gründeten, um dort vor den Nachstellungen der Sklavenhalter ein geschütztes Leben aufzubauen. Seit 1988 sind die Landrechte der Quilombolas in der brasilianischen Verfassung verankert.

<sup>14</sup> United Church of Christ Commission for Racial Justice: Toxic Wastes and Race In The United States: A National Report On The Racial and Socioeconomic Characteristics of Communities With Hazardous Waste Sites, New York 1987.

<sup>15</sup> Eine umfangreiche Textdokumentation zu Fällen von Umweltrassismus in Brasilien bietet die Webseite <http://racismoambiental.net.br/>.

cen mittels geologischer Studien deutlich zu verbessern. Darüber hinaus will der Staat in Zukunft gezielt Lizenzen versteigern, um damit, so zumindest die Theorie, höhere Royalties zu generieren, weil damit der Meistbietende zum Zuge kommen würde und nicht mehr derjenige, der als Erster um die Lizenz ersucht. Zudem soll dieser neu einzuführende Bergbaukodex den Unternehmen mehr Rechtssicherheit und Freiheiten gewähren. Dieses unternehmerfreundliche Programm soll weitere Investitionen von internationalen Bergbaukonzernen anziehen.

Der nationale Entwicklungsplan, den die brasilianische Bundesregierung von den Ministerien perspektivisch für das Jahr 2030 hat erstellen lassen, sieht bei der Eisenerzförderung eine Verdreifachung vor. Das absolute Gros der mineralischen Rohstoffexporte entfällt mit 80% auf Eisenerz.<sup>16</sup> Bereits jetzt werden 90% der brasilianischen Erzförderung, 275,4 Millionen Tonnen Eisenerz und 51,1 Millionen Tonnen Erzpellets, ins Ausland exportiert.<sup>17</sup>

Es gibt in Brasilien zwei große Eisenerzlagerstätten. Das Quadrilátero Ferrífero (eisernes Viereck) liegt im Bundesstaat Minas Gerais zwischen den Städten Belo Horizonte, Congonhas, Ouro Preto und Santa Barbara. In dem rund 7.000 Quadratkilometer großen Gebiet lagern in der Erde Erzvorräte von rund zehn Milliarden Tonnen. Die zweite große Eisenerzregion Brasiliens befindet sich im Südosten des amazonischen Bundesstaats Pará. Dort in der Carajás-Mine sollen sich sogar rund 18 Milliarden Tonnen Eisenerz im Boden befinden.<sup>18</sup> Von den Minen in Carajás oder in Minas Gerais wird das Erz per Bahn zu den Häfen transportiert. In Minas Gerais gibt es zudem die weltweit längste Erzpipeline, durch die das Erz unter enormen Wasserzusatz und Druck nach Ponta Ubu im Bundesstaat Espírito Santo gepumpt wird, wo es zu Pellets verarbeitet und mit Schüttguttankern der Panamax-Klasse in alle Welt geliefert wird.

Der brasilianische Staat investiert derzeit in den weiteren Ausbau von Infrastruktur und Logistik, um einen reibungslosen und schnellen Abtransport der Bodenschätze via Straße, Schiene oder Fluss zu gewährleisten. »All dies – also mehr öffentliche Kontrolle des Staates über den Bergbau-sektor, mehr Staatsanteil an den Einnahmen aus dem Bergbau sowie der

---

<sup>16</sup> Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer/Deutsche Rohstoffagentur, Germany Trade & Invest (Hrsg.): Brasilien: Projekte, Akteure und Rahmenbedingungen im Rohstoffsektor, Berlin 2015, S. 12.

<sup>17</sup> Ebd., S. 14f.

<sup>18</sup> Pinto, Lúcio Flávio: Carajás é da China, 20.8.2013, unter: <http://antigo.brasildefato.com.br/node/23868>.

Ausbau des Sektors in absoluten Zahlen im Namen einer sogenannten Entwicklung – soll dann dem Lande und der Bevölkerung Fortschritt und Wohlstand bringen. Vor allem die eher progressiven Regierungen in Brasilien und Lateinamerika argumentieren so«, sagt Julianna Malerba von der brasilianischen Nichtregierungsorganisation FASE und Mitglied des brasilianischen Netzwerks für Umweltgerechtigkeit Rede Brasileira de Justiça Ambiental.<sup>19</sup> Wer oft auf der Strecke bleibt, sind die lokal betroffenen Anwohner solcher Bergbaugroßprojekte.

### **Carajás: Das Loch im Urwald**

Im Südosten des amazonischen Bundesstaates Pará befindet sich der Gebirgszug der Serra do Carajás. Es war der 31. Juli 1967, als ein Helikopter der Firma US Steel über das Gebiet flog und zu einer Notlandung gezwungen wurde.<sup>20</sup> Es gab in Sichtweite eine Brachfläche, wo der Hubschrauber landen konnte. An Bord war auch der Geologe Breno Augusto dos Santos, der sich zunächst über die Brachfläche wunderte, dann neugierig wurde und sich das Gelände genauer anschaute. Das offene Brachland mit wenig Pflanzenwuchs, so wurde dem Geologen schnell klar, hatte eine natürliche Ursache. Er schaute sich das Gestein an und machte eine folgenreiche Entdeckung. Es war der hohe Eisengehalt von 66% im Boden, der den Pflanzenwuchs hemmte. Breno dos Santos hatte zufällig das weltgrößte Eisenerzlager entdeckt. Neben Eisenerzen finden sich in der Region auch Kupfer, Nickel, Bauxit, Mangan und Gold. Ende der 1970er Jahre begann die damals noch staatliche Bergbaufirma Companhia Vale do Rio Doce (1997 wurde sie privatisiert und 2007 in Vale S.A. umbenannt) mit den ersten Bauarbeiten, sie hatte der Firma US Steel die Lizenzen abgekauft. 1981 wurden die ersten Sprengungen vorgenommen, 1982 unterzeichneten die brasilianische Militärregierung, die Companhia Vale do Rio Doce unter Führung der Weltbank mit anderen multilateralen und nationalen Entwicklungsbanken sowie Privatbanken und Firmenkonsortien einen Milliardenkredit für den Ausbau der sogenannten Carajás-Mine. 1985 wurde diese in Betrieb genommen. Bereits im ersten Jahr wurden dort 13,5 Millionen Tonnen Eisenerz gefördert.

---

<sup>19</sup> Russau, Christian: Der Anfang einer viel größeren Welle, 27.5.2014, unter: [www.boell.de/de/2014/05/27/der-anfang-einer-viel-groesseren-welle-neo-extraktivismus-schafft-umweltungerechtigkeit](http://www.boell.de/de/2014/05/27/der-anfang-einer-viel-groesseren-welle-neo-extraktivismus-schafft-umweltungerechtigkeit).

<sup>20</sup> Barth, Ariane: Aufbruch zur letzten Grenze, 3.10.1983, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022451.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14022451.html).

Die Carajás-Mine war Teil des von der Militärregierung in den 1960er Jahren entworfenen und in den 1970er und 1980er Jahren forcierten großen Entwicklungsplanes für Amazonien. Das brasilianische Amazonasgebiet, das als vermeintliches Land ohne Bewohner galt, sollte durch Straßen, Bahnen, Farmansiedlungen, Wasserkraftwerke, Bergbau und Industrie erschlossen werden.<sup>21</sup> Ab 1964 wurde die Überlandstraße Transamazônica gebaut, für etliche der Teilstrecken wurden dort lebende indigene Völker gezielt vernichtet, um das Projekt voranzutreiben. 1974 wurde die Bundesstraße von Belém nach Brasília asphaltiert, die Bundesstraßen von Manaus nach Porto Velho und die von Cuiabá nach Porto Velho folgten ab 1984. 1984 und 1987 wurden die Großstaudämme Tucuruí und Balbina errichtet, um die für den Bergbau benötigte Energie zu liefern. Der Bauxitabbau und die Aluminiumschmelze der Firmen Albras, Alunorte und Mineração Rio do Norte waren die Hauptstromabnehmer.<sup>22</sup> Die Carajás-Mine bei Parauapebas sollte das Sahnehäubchen des Projekts Grande Carajás sein, das durch den Bau von Bahnstrecken und Eisenverhüttungsanlagen für die Region Ostamazoniens einen Entwicklungsschub auslösen sollte. Allein die Projekte Grande Carajás, der Staudamm Tucuruí sowie der Bauxitbergbau und die Aluminiumverhüttungen haben zusammen 230 Milliarden US-Dollar an Investitionen gekostet – in der Höhe vergleichbar mit dem Wert des damaligen brasilianischen Bruttoinlandsproduktes eines ganzen Jahres.<sup>23</sup> Im Jahr 2015 förderte Vale bereits 129,6 Millionen Tonnen Eisenerz aus der Carajás-Mine.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Siehe Altvater, Elmar: Sachzwang Weltmarkt – Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg 1987.

<sup>22</sup> Mineração Rio do Norte (MRN) gehört das Bauxitbergwerk Trombetas, das 2012 mit 15,5 Millionen Tonnen fünf Prozent der weltweiten Bauxitproduktion förderte. MRN ist ein Minerezusammenschluss, der den Firmen Vale (40%), Alcoa (18,2%), BHP Billiton (14,8%), Rio Tinto (12%), CBA (10%) und Norsk Hydro (5%) gehört. Gegenwärtig sind laut Bundesstaatsanwaltschaft zwei Territorien, auf denen etwa 3.000 Quilombolas leben (die Terras Quilombolas von Alto Trombetas und Alto Trombetas 2 im Bundesstaat Pará), durch die Ausweitung der Bauxitförderung der MRN akut bedroht. Siehe <http://comissaooproindio.blogspot.de/2016/07/ibama-ignora-fundacao-palmares-e.html>. Bei Aluminium und seinen Erzeugnissen stiegen im Jahr 2015 die Exporte Brasiliens nach Deutschland um über 600%. Siehe [http://berlim.itamaraty.gov.br/de/brasiliens\\_ausenhandel.xml](http://berlim.itamaraty.gov.br/de/brasiliens_ausenhandel.xml).

<sup>23</sup> Siehe [www.ufjf.br/poemas/files/2014/07/Coelho-2014-Projeto-Grande-Caraj%C3%A1s.pdf#page=16](http://www.ufjf.br/poemas/files/2014/07/Coelho-2014-Projeto-Grande-Caraj%C3%A1s.pdf#page=16).

<sup>24</sup> Durão, Mariana: Produção de minério de ferro da Vale bate recorde em 2015, 18.2.2016, unter: <http://economia.estadao.com.br/noticias/geral,producao-de-mineiro-de-ferro-da-vale-bate-recorde-em-2015,10000017019>.

Gegenwärtig arbeitet der Konzern an dem weiteren Ausbau der Mine, bis 2017 ist eine Erhöhung der jährlichen Produktion auf 250 Millionen Tonnen Eisenerz vorgesehen.<sup>25</sup> Doch der derzeit vergleichsweise niedrige Weltmarktpreis für Eisen sowie die Proteste von Tausenden AnwohnerInnen,<sup>26</sup> Kleinbäuerinnen und -bauern, Indigenen und Quilombolas, die nicht nur in der Nähe der Mine, sondern auch entlang des sogenannten Korridors der Eisenbahntrasse zum Atlantikhafen Ponta da Madeira in São Luís die negativen Auswirkungen des Ausbaus zu spüren bekommen, haben Vales Zeitplan durcheinandergebracht.

Die Carajás-Bahnstrecke durchschneidet von Parauapebas kommend Maranhão. Nach dem sogenannten Gini-Index, der die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung misst, nimmt dieser Bundesstaat neben Piauí, Sergipe und Bahia einen der untersten Ränge im Land ein. Auf der 892 Kilometer langen Strecke passieren täglich 35 Züge ungefähr 100 unterschiedliche Siedlungen, Dörfer und Städte. Der Zug passiert 27 Municipien, in denen zwei Millionen Menschen leben. Oft steht der Zug. Dann müssen die AnwohnerInnen warten. Um um den Zug herumzulaufen, ist er zu lang. Er zählt 330 Waggons, das sind rund drei Kilometer. Damit ist er einer der längsten Züge der Welt. Steht der Zug, versuchen Kinder auf dem Weg zur Schule, Bauern und Bäuerinnen auf dem Weg zum Feld und andere auf dem Weg zur Arbeit oder nach Hause manchmal, zwischen oder unter den Waggons durchzusteigen. Damit riskieren sie ihr Leben. Kaum ein Monat, in dem nicht jemand von einem der Erztransportzüge überfahren wird und stirbt. Und da Vale die Produktion in der Carajás-Mine verdoppeln will, wird derzeit die Eisenbahnstrecke zweigleisig ausgebaut. Nach Fertigstellung müssten die Züge weniger oft vor den Weichen zu den Haltegleisen aufeinander warten, sondern könnten ohne Halt durchfahren. Wäre das ein Gewinn für die dort lebenden Menschen, wenn sie nicht mehr so häufig von den Zügen aufgehalten würden?

»Nein«, sagt Padre Dario Bossi, ein Comboni-Priester aus Italien, der seit Jahren mit den Menschen in den von den Folgen des Erzabbaus in Amazo-

---

<sup>25</sup> Pinto, Lúcio Flávio: Carajás é da China, 20.8.2013, unter <http://antigo.brasildefato.com.br/node/23868>.

<sup>26</sup> Carstensen, Lisa: Carajás – ein Entwicklungsmonster auf dem Vormarsch, 22.7.2015, unter: [www.labournet.de/internationales/brasilien/soziale\\_konflikte-brasilien/carajas-ein-entwicklungsmonster-auf-dem-vormarsch/](http://www.labournet.de/internationales/brasilien/soziale_konflikte-brasilien/carajas-ein-entwicklungsmonster-auf-dem-vormarsch/).

nien betroffenen Gemeinden zusammenarbeitet.<sup>27</sup> Die Comboni-Priester haben vor ein paar Jahren dafür die Menschenrechtsorganisation *Justiça nos Trilhos*, frei übersetzt »Gerechtigkeit auf den Gleisen«, gegründet. Diese hat die Konflikte, die der Erzabbau und dessen Transport in der Region verursachten, untersucht und die Proteste der lokalen Bevölkerung in den Jahren 2012 bis 2014 gezählt und dokumentiert. 24 Mal haben die lokalen AnwohnerInnen protestiert und dabei 23 Mal auf die Blockade zurückgegriffen. Sie blockierten entweder die Zufahrten zur Mine oder die Eisenbahnstrecke oder die Bundesstraße. Manchmal auch alles auf einmal. Die Blockade ist eine der bei sozialen Bewegungen in Brasilien beliebtesten, weil effektivsten Demonstrationsmethoden.<sup>28</sup> Es dauert meist nicht lange, bis die Firmenverantwortlichen oder die PolitikerInnen reagieren. Manchmal können so Forderungen durchgesetzt werden. Manchmal aber reagieren Politik und Polizei mit brutaler Gewalt. So am 17. April 1996, als 1.500 Landlose gegen die politische Verschleppung einer angekündigten Landreform protestierten und die Bundesstraße BR-155 bei Marabá blockierten. Der damalige Gouverneur Almir Gabriel gab seinem für Sicherheit zuständigen Staatssekretär die Anweisung, die Straße räumen zu lassen. Dieser wiederum erteilte der Militärpolizei den Befehl, »unter Anwendung notwendiger Mittel, inklusive Schusswaffengebrauch«, die Straße zu räumen. Die Militärpolizei eröffnete das Feuer und tötete 19 DemonstrantInnen. 81 Personen wurden verletzt. Seit diesem Massaker wird jährlich weltweit der 17. April als »Tag der Landlosen« in Erinnerung an die Opfer begangen.

Die amazonischen Bundesstaaten, allen voran Pará, tauchen jedes Jahr aufs Neue unter den Bundesstaaten mit den meisten Landkonflikten auf. Das hat auch historische Ursachen. »Die Landkonflikte in der Amazonasregion können nicht verstanden werden, ohne die dortige politische Struk-

---

<sup>27</sup> Die folgende Darstellung basiert auf zahlreichen Interviews, die der Autor in den vergangenen Jahren in der Region geführt hat. Daraus stammen – sofern nicht anders vermerkt – die Zitate.

<sup>28</sup> Im Februar 2016 verabschiedete der brasilianische Nationalkongress das sogenannte Anti-Terrorismus-Gesetz PL 2016/15, das Präsidentin Dilma Rousseff unterzeichnete. Dieses sieht langjährige Haftstrafen für terroristische Straftaten vor. Kritisiert wird es von sozialen Bewegungen, der UNO und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International für die ungenaue Definition eines »Terrorakts«. Dies könne dazu führen, dass Protestformen von sozialen Bewegungen – wie Straßenblockaden – künftig als »Terrorakte« gewertet werden. Zum PL 2016/15 siehe [www2.camara.leg.br/camaranoticias/noticias/SEGURANCA/504227-CAMARA-CONCLUI-VOTACAO-DE-PROJETO-ANTITERRORISMO;-TEXTO-VAI-A-SANCAO.html](http://www2.camara.leg.br/camaranoticias/noticias/SEGURANCA/504227-CAMARA-CONCLUI-VOTACAO-DE-PROJETO-ANTITERRORISMO;-TEXTO-VAI-A-SANCAO.html).

tur zu kennen. Sie ist geprägt durch die Privatisierung des Gewaltmonopols durch reiche Großgrundbesitzer und Unternehmer. Die Wurzeln dieser Strukturen reichen bis in die frühe Kolonialzeit und ins mittelalterliche Portugal zurück«, sagt der Historiker Thilo Papacek. Als Portugal Brasilien im 16. Jahrhundert annektierte, standen die aus Portugal entsandten Beamten schnell vor dem Problem, wie sie dieses Land mit seinen kontinentalen Ausmaßen kontrollieren sollten. Die Lösung meinten die Beamten in dem bereits in Portugal seit 1375 praktizierten System der *sesmaria* gefunden zu haben. Dieses sah die Landverteilung an Adlige, dekorierte Soldaten und Bürger vor, die sich der Sklavenarbeit bedienten, das Land bestellen ließen und de facto die lokale Machtbasis darstellten. So wurde die de jure existierende Gewaltenteilung moderner Staaten in den entlegeneren Regionen – wie Amazonien beispielsweise – nie wirklich umgesetzt. Vielmehr finden sich dort bis heute stärker als andernorts in Brasilien klientelistische Machtnetzwerke von Großgrundbesitz, Politik und Justiz.

Der Einfall des Weltmarkts in Amazonien ab dem 19. Jahrhundert – erst durch die Gewinnung von Kautschuk für Gummi, dann durch den Raubbau an Tropenhölzern, später via Rinderzucht, Bergbau, Stromproduktion und Sojaanbau – bedeutete eine »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in Amazonien: Moderne wirtschaftliche Entwicklung, in Brasilien seit der Militärdiktatur staatlich gefördert, existiert neben politischen Strukturen, die aus dem Mittelalter stammen. Die Klientelsysteme der Mächtigen haben bislang erfolgreich verhindert, dass sich ein Rechtsstaat hätte etablieren können.«<sup>29</sup> So können die Betroffenen bei einer Unzahl an Landkonflikten zwar an die Gerichte appellieren. Ob sie de facto ihre Rechte auch gegen mächtige konkurrierende Interessen durchzusetzen vermögen, steht auf einem anderen Blatt.

So auch im aktuellen Fall des anstehenden Ausbaus der Carajás-Mine und der damit einhergehenden zweiten Bahnschiene zum leichteren Abtransport des für die weltweite Automobilindustrie so wichtigen Rohstoff Erz. »Vale macht dort eine neue Mine auf, die sogenannte Carajás-Mine S11D, die noch ertragreicher als die alte Carajás-Mine sein soll«, erläutert Priester Bossi. »Dann bauen sie einen weiteren Schienenstrang. Das Ganze ist ein Riesenprojekt, das umgerechnet an die zehn Milliarden Euro kosten

---

<sup>29</sup> Papacek, Thilo: Modernes Mittelalter. Im brasilianischen Teil Amazoniens gab es noch nie ein öffentliches Gewaltmonopol, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 414, Dezember 2008.

wird. Aber den hier lokal betroffenen Menschen gegenüber wird das alles heruntergespielt. Es gehe nur um einige wenige Anpassungsmaßnahmen, so als habe das alles auf die Menschen hier keine Auswirkungen.«

Vale spricht von 1.168 Eingriffen,<sup>30</sup> zu denen die Firma gezwungen sei, um den Bau der erweiterten Trasse zu ermöglichen. Eingriffe heißt hier Abriss von Wohnhäusern und die Umsiedlung ganzer Dorfgemeinschaften. »Dieses Projekt der Verdoppelung ist das Herzstück der gegenwärtigen Vale-Projekte«, so Danilo Chammas, Rechtsanwalt von Justiça nos Trilhos, der aus São Paulo stammt und in Açailândia lebt. »Denn es ist zugleich eines der kostengünstigsten und der wohl profitabelsten Projekte von Vale«, so Chammas. Mehrmals wurde der Ausbau infolge gerichtlicher Eingaben von Betroffenen juristisch gestoppt, weil die verfassungsrechtlich abgesicherten Grundrechte der betroffenen AnwohnerInnen, darunter indigene Gruppen, nicht respektiert wurden. Doch es fand sich bisher stets eine andere Gerichtsinstanz, die den Baustopp wieder aufhob. Das Projekt zur Verdoppelung des Schienenstrangs setzt den Bau von 47 Viadukten und fünf großen Brücken voraus. »Von wegen keine Auswirkungen!«, schimpft Priester Bossi. »Sie haben die kleinen Gemeinden nie richtig gefragt und nun dringen sie mit ihren Bulldozern da einfach ein.« Staub, Lärm, Verschmutzung sind die Folge. Als ob es davon in der Gegend nicht schon genug gäbe.

### **Staub auf Piquiá de Baixo**

Piquiá de Baixo ist ein dörflich wirkender Stadtteil von Açailândia, einer Stadt im Bundesstaat Maranhão mit ungefähr 100.000 EinwohnerInnen. Bis auf die Bundesstraße BR-222 bestehen die Straßen aus Lehm, wie man es in einem Bundesstaat erwarten kann, der zu den ärmsten Brasiliens zählt. Allerdings fehlt Piquiá de Baixo der Charme eines Dorfes. Denn dieser Teil der Stadt Açailândia, die in den letzten 15 Jahren einen Wirtschaftsboom mit Wachstumsraten bis zu 23% vorweisen konnte, ist der Ort derer, die von diesem Aufschwung nicht profitieren konnten. Hier zahlen die Menschen für die Idee einer nachholenden und brachialen Industrialisierung, wie sie in vielen Schwellenländern betrieben wird, mit ihrer Gesundheit. 1.100 Menschen leben hier.

Die asphaltierte Bundesstraße 222 teilen sich Schulkinder mit Lastwagen, die glühende Eisenlava vom Hochofen hinüber zum Stahlwerk trans-

---

<sup>30</sup> Siehe den Schattenreport der NGOs unter: <http://amazonwatch.org/assets/files/2011-vale-unsustainability-report.pdf#page=6>.

portieren. Auf der einen Seite wird der Ort von Bahngleisen begrenzt, auf den anderen von drei Eisenwerken, einem gasbetriebenen Kraftwerk, einer Zementfabrik sowie einem neu gebauten Stahlwerk. Befeuert werden die Kokereien und Hochöfen mit Holzkohle, die in der Region aus den endlos bis zum Horizont sich erstreckenden Eukalyptus-Plantagen stammen. Die Holzköhlerlei ist einer der am meisten von Sklavenarbeit betroffenen Wirtschaftssektoren in Brasilien, deren Endprodukte auf dem Weltmarkt reißenden Absatz finden.<sup>31</sup> Das auch von DGB-Organisationen unterstützte gewerkschaftsnahe Institut Observatório Social hat bereits 2011 eine Studie über die Gewinnung von Holzkohle in Amazonien und deren weitere Verwendung im Stahlproduktionsprozess vorgelegt. Demnach werden jedes Jahr allein im nordbrasilianischen Bundesstaat Pará geschätzte fünf Millionen Kubikmeter tropischen Regenwaldholzes für die Erzeugung von Holzkohle gerodet. Den AutorInnen der Studie zufolge ist ein Großteil von diesen Rodungen illegal, es werde im großen Stil mit gefälschten Papieren operiert und bei der Holzkohleproduktion auf Sklavenarbeit zurückgegriffen. Das Institut zählt eine Reihe von internationalen Abnehmern des mittels dieser Kohle gewonnenen Gusseisens auf: Neben brasilianischen und anderen multinationalen Größen findet sich auch Thyssenkrupp in dem Bericht.<sup>32</sup> Auch in Maranhão, in der Umgebung von Açailândia, gibt es jedes Jahr Dutzende Fälle von Sklaverei, berichtet Fabricia Carvalho Da Silva, Mitarbeiterin des Zentrums zur Verteidigung des Lebens und der Menschenrechte (Cdvdh). »Diese Fälle kommen nahezu alle bei der Holzköhlerlei vor«, so Carvalho Da Silva.

Die Emissionen aus den Hochöfen der Hüttenwerke von Piquiá de Baixo regnen ohne jeden Filter auf den Stadtteil und dessen BewohnerInnen nieder und machen die Menschen krank. Was bedeutet es in Brasilien, wenn man an einem Ort lebt, wo die Menschen von einem durchschnittlichen Einkommen von umgerechnet knapp fünf US-Dollar ihren täglichen Lebensunterhalt bestreiten, an einem Ort, wo die Ladung eines der durch die Gemeinde transportierten Zuges, je nach aktuellem Weltmarktpreis für das Erz, zwischen zehn und 30 Millionen US-Dollar wert ist, wenn die Betrof-

---

<sup>31</sup> Veras, Dauro/Casara, Marques: Escravos do aço. Siderúrgicas se beneficiam de trabalho escravo em carvoarias na selva amazônica, in: Revista Observatório Social, Nr. 6, Juni 2004, S. 10ff.

<sup>32</sup> Observatório Social: A floresta que virou cinza, Februar 2011, unter: [www.observatoriosocial.org.br/sites/default/files/08-01-2011\\_02-er17-a\\_floresta\\_que\\_virou\\_cinza.pdf#page=27](http://www.observatoriosocial.org.br/sites/default/files/08-01-2011_02-er17-a_floresta_que_virou_cinza.pdf#page=27).

fenen vom Stahlwerkstaub und der Verschmutzung krank werden? Wer Glück hat, braucht medizinische Hilfe an einem Mittwochnachmittag. Denn dann, so erklärt Jordânia Silva, die bei Justiça nos Trilhos die Betreuung der vom Staub betroffenen AnwohnerInnen koordiniert, ist die ÄrztIn in Piquiá de Baixo im örtlichen SUS-Gesundheitsposten. SUS steht für Sistema Unico de Saúde, also für das kostenlose, staatliche Gesundheitssystem in Brasilien. Ab 13.00 Uhr ist die Ärztin da. Aber eigentlich ist es besser, bereits am Montag krank zu werden. Denn dann kann man noch einen der insgesamt 25 Behandlungszettel ergattern, die pro Woche für Piquiá de Baixo zur Verfügung stehen. Wer keinen Zettel abbekommt, versucht es nächste Woche noch einmal – oder fährt in das 15 Kilometer entfernte Stadtkrankenhaus von Açailândia. Allerdings können nicht alle fahren. Denn für ein Busticket hin und zurück müssen einige der BewohnerInnen ein Viertel bis die Hälfte ihres täglich verfügbaren Einkommens aufbringen.

Bereits in den 1980er Jahren kam die Landesregierung auf die Idee, lokale Wertschöpfung in der Region zu betreiben, Arbeitsplätze zu schaffen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und hier, auf der Hälfte des Weges von Carajás nach São Luís, Eisenhüttenwerke anzusiedeln. Staatlich gefördert im Rahmen des Projekte Grande Carajás. Das Ergebnis zeigt sich in Piquiá de Baixo in aller Deutlichkeit. Die dortige Brücke erhebt sich 40 Meter in die Höhe, die alten Betonpfeiler aus den 1980er Jahren sind angegraut, die neu errichteten, die das neue zweite Gleis stützen sollen, sind noch hell. Die Bulldozer und Kipper liefern den frisch gemischten Zement. Ein Mann nähert sich schüchtern und bittet Padre Dario um ein Gespräch. Ob der Padre von Vale geschickt worden sei? Und ob er selbst auf dem Acker unterhalb der Betonpfeiler weiterhin seinen Mais anbauen könne? Er hat Angst, dass die Firma Vale kommt und die kleinen landwirtschaftlich genutzten Flächen plattwalzt. Der Mann hat sein kleines Maisfeld auf offensichtlichem Brachland angelegt, das im Zuge der Verlegung der Gleisbetten vor 30 Jahren entstanden war. Das Land gehört wohl Vale, aber da das Land offensichtlich nicht genutzt wurde, sah er nicht ein, warum er dort nicht etwas anbauen sollte. Als er erfährt, dass Dario Bossi nicht von Vale kommt, sondern Priester ist, ist er sichtlich erleichtert.

Viele andere Menschen sind beunruhigt. Aber Padre Dario und seine MitstreiterInnen bei Justiça nos Trilhos, die AnwältInnen Ana Paula dos Santos und Danilo Chammas, wissen, was zu tun ist. Die betroffenen Menschen müssen Widerstand leisten. »Mit irgendwelchen salbungsvollen Versprechungen ist gar nichts zu erreichen. Man muss die Firmen einerseits vor

Gericht verklagen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungen durchzusetzen, und die Menschen müssen gehört werden. Aber man muss auch auf der Straße protestieren.« Nahezu jede Familie hat Todesfälle zu beklagen, meist wegen Lungenleiden, Herzkreislaufproblemen oder Krebs. Könnten in den Hüttenwerken nicht Filter eingebaut werden? Das wäre zu teuer, würde die Produktion unrentabel machen und wichtige Arbeitsplätze kosten. Sagen die Regierung, die Behörden, die Firmen. Und so leiden die BewohnerInnen bis heute unter dem Staub.

»Wir hatten ja keine Ahnung, wie wir uns zur Wehr setzen sollten.« Dona Tida schaut in die Runde, die sich in dem kleinen Klubhaus der Mütter versammelt hat. Auf weißen Plastikstühlen sitzen zwölf Frauen jeglichen Alters in einem der vier Gemeindehäuser von Piquiá de Baixo. »Wir Älteren haben alle keine Universität und nur wenige Jahre die Schule besucht.« Irgendwer schlug vor, zunächst eine Anwohnervereinigung zu gründen, berichtet Dona Tida. Aber wie? Es gab viele Fragen: Wie organisiert man einen Protest? Und wie damit umgehen, dass Familienmitglieder in den Eisenhütten arbeiten? »Da haben wir die Priester aus der Gegend eingeladen und uns beraten lassen«, berichtet sie. »Woher sollten wir wissen, wie man das alles macht, wie man einen offenen Protestbrief nach Brasília schickt, wie man Unterschriften aus aller Welt organisiert? Die Padres haben mit uns geredet, uns zugehört, und gemeinsam sind wir das dann angegangen«, so Dona Tida, die am 1. Mai Geburtstag hat. Auch in Brasilien ist das der Tag der Arbeit und des Widerstands. Sie wird nun 70 Jahre alt. Diesen Geburtstag, sagt sie, wird sie besonders feiern. Denn der jahrelange Widerstand des kleinen Dorfes gegen die Eisenhüttenwerke, gegen den alltäglichen Staub, hat einen großen Erfolg erzielt.

Es war Ende 2015, als ganz Piquiá de Baixo in einen Freudentaumel verfiel. Denn die Bundesregierung hatte dem Antrag für die Umsiedlung der BewohnerInnen von Piquiá de Baixo stattgegeben und zugesichert, im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms Minha Casa, Minha Vida (»Mein Haus, mein Leben«) ein neues Gelände, acht Kilometer von Piquiá entfernt, zur Verfügung zu stellen und dort für alle betroffenen Familien Neubauten zu errichten. »Nur weg von diesem Staub!«, sagt Joselma Alves de Oliveira. Die Mittdreißigerin wohnt seit ihrer Geburt in Piquiá. Und sie nickt, wenn Dona Tida, die am längsten Teil der lokalen Widerstandsbewegung ist, von den Anfängen erzählt. »Entweder kämpfen wir zusammen oder wir sterben hier alle«, sei die Parole gewesen. Sie zeigt auf den verwaisten weißen Plastikstuhl neben ihr. »Heute Morgen, bevor ihr ge-

kommen seid, haben wir hier gefegt und geputzt.« Sie fährt mit den Fingern über die Sitzfläche und Lehnen. »Schon wieder alles rußig, schwarz. Siehst Du das?« Es ist nicht zu übersehen. Alle zwölf Frauen zeigen auf die besonders verrußten Stellen. Hier, das Fensterbrett, da auf dem Holztisch, alles voll mit dem Zeug. »Und«, so fügt Dona Tida hinzu, »all das hier, dieses rußige schwarze Zeug, das geht direkt in unsere Lungen. Kein Wunder, dass hier alle krank sind.«

Weg aus dem alten Piquiá de Baixo, hinein ins neue Piquiá. Es hatte lange Auseinandersetzungen um den Umsiedlungsplan gegeben. Denn viele BewohnerInnen waren wütend, sie verlangten vom Eisenhüttenwerk, das ihre Häuser mit Staub bedeckt, Entschädigung und die Umstellung auf eine saubere Produktion. Ihr Argument: Wir waren zuerst da. Warum sollten sie dem fremden Unternehmen ihre Heimat überlassen? Es gab viele Diskussionen in der Anwohnervereinigung. »Bevor die Hüttenwerke hierherkamen, war hier Wald. Wir haben Viehzucht betrieben. Unten am Fluss haben wir gebadet und gefischt«, sagt Seu Adelson, der seit vier Jahrzehnten in Piquiá wohnt. »Heute ist alles verschmutzt. Da regnet es auf uns Staub aus Eisen, Kohle, Zement – und [...] alles gleichzeitig. Wer kann das 24 Stunden am Tag ertragen?« Er macht eine lange Pause. »So ist es dann vielleicht besser, dass wir hier weggehen. Denn sauber wird das hier nie wieder.«

Der Kampf der BewohnerInnen um ihre Rechte wird seit vielen Jahren von *Justiça nos Trilhos* unterstützt. Das war nötig, um dem lokalen Protest landesweit Gehör zu verschaffen. »Am Anfang haben wir erst einmal geredet«, sagt Dona Tida. »Dann aber haben wir vor der Schlackehalde protestiert, auf der sich ein Kind beim Spielen kurz zuvor tödlich verletzt hatte.« Die Firma bestritt damals jede Verantwortung für den Unfall mit dem Hinweis auf die von ihr aufgestellten Warnschilder. Doch der Tod des Kindes hat die Menschen so empört, dass sie mit ihrem Widerstand nicht nachließen. »Wir sind mit Topfdeckeln vor das Fabrikgelände gezogen«, erzählt Dona Tida und muss dabei lachen. »Der Lärm unserer Topfdeckel hatte gegen das Getöse des Hüttenwerks keine Chance. Dennoch haben wir für Ärger gesorgt und die Zufahrt blockiert.« Daraufhin waren die FirmenvertreterInnen zu ersten Gesprächen bereit.

»Um das zu erreichen, mussten wir viel protestieren, die Staatsanwaltschaft einschalten, weltweite Unterschriftenlisten organisieren, denn geschenkt, so ganz ohne organisierten Widerstand, kriegst du hier nichts. Da stehst du auf verlorenem Posten«, beklagt Joselma Alves de Oliveira. Der Bergbauriese Vale als Lieferant des Erzes wollte sich aus allem raushal-

ten. »Vale sagte, damit haben wir doch nichts zu tun. Wir liefern doch nur das Produkt, das Eisenerz, was die Eisenhütten damit machen und wie sie es machen, damit haben wir doch nichts zu tun.« Doch diese Argumente kamen bei den BewohnerInnen von Piquiá de Baixo nicht gut an. »Da haben wir gesagt, wer die Drogen herstellt, kann ja auch nicht sagen, wir haben damit nichts zu tun, was andere damit machen. Mit dem öffentlichen Druck haben wir es dann hinbekommen, dass sie auch einen Teil beisteuern.« Dennoch brauchte es viele Verhandlungen, viele rechtliche Klagen, aber irgendwann war es so weit. Die BewohnerInnen hatten erreicht, dass alle ansässigen Firmen, die mit ihrer Umweltbelastung das Weiterleben im Stadtteil unmöglich machen, ein Ersatzgelände kaufen und die Wiederansiedlung finanzieren müssen.

Ende Dezember 2015 wurde das Dekret in Brasília veröffentlicht, das der Bevölkerung von Piquiá de Baixo die Umsiedlung gewährte. Die Freudenfeiern zum Jahreswechsel waren größer und ausgelassener als je zuvor. Aber dann ging wieder ein Vierteljahr ins Land und nichts ist vorangekommen. So ist auch Seu Adelson mittlerweile wieder skeptischer geworden. Seit fünf Jahren versprechen sie uns, dass wir umziehen werden«, sagt er. »Ich weiß nicht mehr, wie oft ich das schon gehört habe: ›Bald, bald.‹ Ich weiß nicht, ob ich noch daran glaube.« Und dann kommt noch die große Politik hinzu. Brasilien in turbulenten Zeiten wie diesen. Das kann Auswirkungen bis in die kleinsten Dörfer haben. Bis nach Piquiá de Baixo, im nach Alagoas zweitärmsten Bundesstaat Brasiliens, Maranhão. »In Brasília, da streiten sie sich um die Präsidentschaft. Wenn es da zu diesem Impeachment kommt, dann liegt da alles brach, da wird dann kein Centavo freigegeben – und dann passiert hier auch nichts«, sagt einer der Bewohner von Piquiá de Baixo, der seinen Namen lieber nicht gedruckt sehen möchte. »Den Umzug können wir uns dann abschminken.«

Mitten in der großen politischen Krise Brasiliens, noch vor der Amtsenthebung der gewählten Präsidentin Dilma Rousseff, sorgte diese dafür, dass der Umzugsplan endlich Realität werden kann. Wenige Tage bevor sie das Abgeordnetenhaus zum Rücktritt zwang, wurde in Rousseffs Anwesenheit der Vertrag zwischen der staatlichen Caixa-Econômica-Bank, den zuständigen Behörden und den BewohnerInnen unterzeichnet, der den etwa 1.100 Menschen des Stadtteils Piquiá de Baixo ihre Umsiedlung im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms Minha Casa, Minha Vida ermöglichen wird. Damit hat die Präsidentin mitten im Drama um ihre Amtsenthebung Größe gezeigt und deutlich gemacht, wem sie sich als Linke verpflichtet

fühlt: den Marginalisierten in einem Land, in dem noch immer die Kluft zwischen Arm und Reich mit am größten in Lateinamerika ist.

### Die deutsche Carajás-Connection

Rückblende: Es ist der 14. November 2008. BrasilianerInnen und Deutsche feiern in Essen in der Konzernzentrale von Thyssenkrupp. Sie feiern die milliardste Tonne Eisenerz, die aus der Carajás-Mine geholt wurde und die nun an die Stahlwerke von Thyssenkrupp in Deutschland geliefert wurde. Extra aus Brasilien angereist sind Vale-Präsident Roger Agnelli sowie zwei weitere Firmendirektoren, José Carlos Martins und Eduardo Bartolomeo. Sie feiern zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden von Thyssenkrupp, Ekkehard Schulz, und dem Chef der Stahlsparte Thyssenkrupp Steel, Karl-Ulrich Köhler. Einige Monate zuvor, am 26. Juni 2008, so der damalige Pressebericht,<sup>33</sup> hatte die »Berge Stahl«, der von seiner Schiffstaufe 1986 bis März 2011 mit 350.000 Tonnen Ladekapazität größte Schüttgutfrachter der Welt,<sup>34</sup> den brasilianischen Erzverladehafen Ponta da Madeira in São Luís verlassen, um drei Wochen später in Rotterdam anzulegen und die Fracht zu löschen.<sup>35</sup> Die Ladung des 342 Meter langen, 65 Meter breiten und bei voller Beladung 23 Meter tief liegenden Schiffs wiegt so viel wie 51 Eiffeltürme oder 400.000 Autokarosserien. Drei der Rotterdamer Entladekräne brauchen vier Tage, um das Erz zu löschen.<sup>36</sup> Über 200 Mal hat die »Berge Stahl« für Thyssenkrupp den Atlantik überquert, um das amazonische Erz nach Rotterdam zu bringen, bevor es auf Binnenschiffe verladen und nach Duisburg geschafft wurde.

Die deutsche Carajás-Connection hat eine lange Tradition. 1982 hatte die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) der Companhia Vale do Rio Doce mit einem Darlehen über 300 Millionen DM ausgeholfen. Die Weltbank, an der die Bundesrepublik damals 5% der Anteile hielt,<sup>37</sup> ver-

---

<sup>33</sup> Jornal Pequeno, 15.11.2008, unter: <http://jornalpequeno.com.br/edicao/2008/11/15/vale-e-Thyssenkrupp-comemoram-embarque-de-bilionesima-tonelada-de-minerio-de-ferro-de-carajas/>.

<sup>34</sup> Siehe die Schiffsverkehrsdatenbank unter: [www.marinetraffic.com/de/ais/details/ships/shipid:198382/mmsi:235089333/imo:8420804/vessel:BERGE\\_STAHL](http://www.marinetraffic.com/de/ais/details/ships/shipid:198382/mmsi:235089333/imo:8420804/vessel:BERGE_STAHL).

<sup>35</sup> Jornal Pequeno, 15.11.2008.

<sup>36</sup> Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 3.6.2008, unter: [www.derwesten.de/staedte/duisburg/gross-groesser-berge-stahl-id1767298.html](http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/gross-groesser-berge-stahl-id1767298.html).

<sup>37</sup> Der Spiegel 9/1989, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13495481.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13495481.html).

gab einen Kredit von 304,5 Millionen US-Dollar.<sup>38</sup> Der Zusammenschluss der damaligen europäischen Kohle- und Stahlindustrie steuerte als Kredit 600 Millionen DM bei. Hinzu kamen jeweils mehrere Hunderte Millionen US-Dollar aus Japan, den USA sowie von privaten internationalen wie auch brasilianischen Banken als Kredit für die Carajás-Mine.<sup>39</sup> Insgesamt beliefen sich die Kosten für das Carajás-Projekt ab 1982 auf 4,9 Milliarden US-Dollar. Für die europäische Kohle- und Stahlindustrie gab es als Gegenleistung für den Kredit 15 Jahre lang ein Drittel der Jahresproduktion von Carajás zu Preisen von 1982.<sup>40</sup> Allein Thyssen bestellte gleich am Anfang acht Millionen Tonnen.<sup>41</sup> Natürlich musste der Kredit verzinst zurückgezahlt werden.

In Deutschland waren sowohl die Umweltfolgen als auch die sozialen Nachteile der größten Erzmine der Welt schon früh bekannt. 1983 hatte die Korrespondentin des *Spiegel* in Brasilien, Ariane Barth, in ihrer Reportage »Aufbruch zur letzten Grenze«<sup>42</sup> über die soziale Sprengkraft der großen Entwicklungsvorhaben im Osten Amazoniens berichtet. Im Jahr 1989 war eine umfangreiche Reportage in der Wochenzeitung *Die Zeit* erschienen,<sup>43</sup> die die ökologischen und sozialen Folgen der weltgrößten Erzmine und die deutsche Mitverantwortung daran zum Gegenstand hatte. Denn ein Teil des Eisenerzes sollte gleich in Amazonien zu Roheisen geschmolzen werden. Als Energiequelle und Reduktionsmittel dazu dient in Brasilien geköhleres Holz aus Naturwald (später aus Eukalyptus-Plantagen). Die Folge: »Der Regenwald wird verheizt – eine lange vorhersehbare Entwicklung, die alle internationalen Kreditgeber nicht bedacht haben«, so der *Zeit*-Autor, der eine Weltbankstudie zitierte. »Die Tatsache, dass die gegenwärtigen Entwicklungen nicht vorausgesehen wurden, wirft ernste Fragen hinsichtlich der Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Bank auf.«

Dabei hatten schon Anfang der 1980er Jahre ExpertInnen vor den zerstörerischen Folgen des Eisenerzprojektes gewarnt. »Doch in seinem Wahn, die deutschen Stahlkocher mit Rohstoffen versorgen zu müssen, schlug der interministerielle Ausschuss, der für die Bewilligung der KfW-Kredite zu-

<sup>38</sup> Guarantee Agreement (Carajas Iron Ore Project) between the Federative Republic of Brazil and International Bank for Reconstruction and Development. Loan Number 2196 BR, 13.8.1982, S. 2.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> *Die Zeit*, 17.3.1989.

<sup>41</sup> *Der Spiegel* 9/1989.

<sup>42</sup> *Der Spiegel* 42/1983.

<sup>43</sup> Vorholz, Fritz: Geteilt, verbrannt, zersägt, in: *Die Zeit*, 8.9.1989.

ständig ist, alle Warnungen in den Wind. Auch EG und Weltbank wollten von den Umwelteffekten des Projektes nichts wissen. Erst Ende 1987 griff endlich die Weltbank das Problem auf – zu spät, denn längst hatte die Entwicklung in Ostamazonien eine unaufhaltsame Eigendynamik entfaltet. Und mittlerweile gehören europäische Unternehmen zu den Roheisenimporteuren.«<sup>44</sup> Solch düstere Nachrichten veranlassten die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zur Einsetzung eines übergreifenden Dialogprogramms. Im Rahmen eines solchen Programms sollten vier Jahre lang Multistakeholder-Dialoge zwischen Betroffenen, Politik, Firmen und NGOs unter Schirmherrschaft der GKKE durchgeführt werden. Das Dialogprogramm sei »Ausdruck der Solidarität der Kirchen in Deutschland mit den Menschen in der ›Dritten Welt‹«, die unter ungerechten und menschenunwürdigen Bedingungen leiden.<sup>45</sup> Ende 1992 diskutierte die GKKE mit ihren brasilianischen Partnern über den zu wählenden Schwerpunkt des Dialogprogramms. Gegen die Themen »Land und Demokratie« oder »Verstädterung am Beispiel von São Paulo« setzte sich das Thema »Carajás – Entwicklung oder Zerstörung?« durch.

Weihbischof Leo Schwarz formulierte die hohen Ansprüche des Programms: »Unsere Dialoge sollten einen gewissen Grad der Verbindlichkeit auf beiden Seiten erlangen. Ein Beispiel: Wenn wir die Entwicklung in der Region Carajás in Brasilien erörtern, dann werden überprüfbare und wirklich durchgeführte Handlungen eine Messlatte des Erfolges sein.«<sup>46</sup> Zwischen 1992 und 1996 fanden dazu 14 Arbeitstreffen mit den brasilianischen Partnern, dem Forum Carajás, statt. In Deutschland kam es zu regelmäßigen Gesprächen mit VertreterInnen von Bundestagsausschüssen wie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit anderen Bundestagsabgeordneten und Europa-ParlamentarierInnen, Gewerkschaften, Universitäten, der brasilianischen Botschaft und der brasilianischen Umweltbehörde Ibama. Die GKKE traf sich aber auch mit Repräsentanten der Deutschen Industrie- und Handelskammer in São Paulo, der deutschen und der brasilianischen Stahl- und Aluminiumindustrie sowie mit diversen Nichtregierungsorganisationen.

---

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Kulessa, Manfred/Neyer, Harry/Ott, Martin (Hrsg.): Allianzen der Solidarität. Das Dialogprogramm der GKKE. Entwicklung als internationale soziale Frage. Materialien zum GKKE-Dialogprogramm, Bonn 1997, unter: [www.justitia-et-pax.de/jp/publikationen/pdf/gkke\\_019.pdf](http://www.justitia-et-pax.de/jp/publikationen/pdf/gkke_019.pdf).

<sup>46</sup> Ebd.

Während der Dialog mit der deutschen Aluminiumindustrie über mehrere Jahre lief<sup>47</sup> und 1995 immerhin zu einer gemeinsamen Reise von GKKE- und IndustrievertreterInnen in den Osten von Amazonien führte, fanden sich die deutschen Stahlunternehmen nur zu vier Treffen mit der GKKE bereit. Das Fazit der GKKE fiel entsprechend ernüchternd aus: »Bislang ist es nicht gelungen, die Stahlindustrie in den Dialog einzubeziehen, obwohl es an Bemühungen auf verschiedenen Ebenen nicht fehlt.«<sup>48</sup> VertreterInnen der deutschen Stahlindustrie bezeichneten das Unterfangen verächtlich als »Verschwendung von Kirchensteuergeldern«.<sup>49</sup> Wozu sich auch die Geschichte einer Kleinbäuerin anhören, die zwangsumgesiedelt wurde, um einer Eisenbahntrasse zu weichen, die Geschichte eines Fischers, der mit durch Bergbau geschädigten Fischbeständen zu kämpfen hat, die Geschichte einer Indigenen, deren Wald von GeoprospektorInnen in Augenschein genommen und das Land bald als Bergbauobjekt der Begierde den Besitzer wechselt, wozu den aus sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen befreiten HolzköhlerInnen das Ohr schenken, wenn der Ruf des billigen Rohstoffs Erz doch so viel profitmächtiger ist?

So ging in Amazonien alles seinen Lauf. In den ersten 20 Betriebsjahren der Mine wurde ein Drittel der Carajás-Produktion nach Europa<sup>50</sup> und etwas mehr als die Hälfte nach Japan exportiert.<sup>51</sup> Seit den 2000er Jahren ist China mit einem gegenwärtigen Anteil von 34% der größte Abnehmer des Eisenerzes aus der Carajás-Mine. 19% gehen in andere asiatische Länder,<sup>52</sup> 17% nach Deutschland. Derzeit sind es 20 bis 22 Millionen Ton-

---

<sup>47</sup> Zu den Problemfällen Stahl- und Aluminiumindustrie im Osten Amazoniens siehe ausführlich Moser, Christine/Moser, Claudio: Streitfall Aluminium: soziale, ökologische und volkswirtschaftliche Implikationen der Bauxitförderung und Aluminiumproduktion, Teil 9 von Materialien zum GKKE-Dialogprogramm: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Bonn 1994; Moser, Claudio: Entwicklung oder Zerstörung? Probleme der Weltmarktintegration Amazoniens am Beispiel der Region Carajás, Teil 10 von Materialien zum GKKE-Dialogprogramm: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Bonn 1994.

<sup>48</sup> Kulesa u.a. (Hrsg.): Allianzen der Solidarität.

<sup>49</sup> Zit. nach: epd-Entwicklungspolitik Nr. 16, 1995.

<sup>50</sup> Ende der 1980er Jahren waren die wichtigsten deutschen Erzimporteure Krupp, Salzgitter, Thyssen, Mannesmann, Klöckner, Korf und Dillingen.

<sup>51</sup> Die Zeit, 17.3.1989.

<sup>52</sup> Carstensen, Lisa: Carajás: Unstillbarer Hunger nach Eisenerz, Juni 2015, unter: [www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/07/carajas2.pdf](http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/07/carajas2.pdf).

nen Eisenerz, die Thyssenkrupp jährlich aus der Carajás-Mine bezieht.<sup>53</sup> Deutschlands zweitgrößter Stahlproduzent, die Salzgitter AG, erklärte, im Jahr 2015 ungefähr 200.000 Tonnen Eisenerzrohstoffe aus Carajás eingeführt zu haben.<sup>54</sup>

Aber es gibt vonseiten deutscher Unternehmen nicht nur eine große Nachfrage nach Eisenerz, das zum großen Teil zu Stahl verarbeitet wird und in der Produktion von Autos zum Einsatz kommt. »Der Industrie- und Hochtechnologiestandort Deutschland ist in hohem Maße auf den Import von Energie und mineralischen Rohstoffen angewiesen. Eine langfristige und bedarfsgerechte Versorgung mit Rohstoffen ist für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung verabschiedete in diesem Sinne im Jahr 2010 ihre Rohstoffstrategie. Ziel dieser Strategie ist es, eine nachhaltige, international wettbewerbsfähige Rohstoffpolitik und -versorgung aufzuzeigen.«<sup>55</sup> Das deutsche Bundeswirtschaftsministerium erteilte 2015 der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer den Zuschlag für den Aufbau eines »Deutsch-Brasilianischen Kompetenzzentrums Bergbau und Rohstoffe«. Die Einweihung erfolgte am 19. September 2015. Dieses Zentrum ist unter anderem für bestimmte Dienstleistungen wie die Erarbeitung von Marktstudien oder die fachliche Unterstützung von deutschen Firmen bei Kontakten mit brasilianischen Behörden und Unternehmen zuständig. Im August 2016 fand die erste Deutsch-Brasilianische Bergbaukonferenz in Belo Horizonte statt. Neben sinnvollen Themen wie der Rekultivierung aufgelassener Bergbauareale oder Sicherheit bei der Handhabung von Bergbaurückständen standen dort auch Fragen zur Aufbereitung und Weiterverarbeitung Seltener Erden auf dem Programm.<sup>56</sup> Der auf der Konferenz anwesende Vertreter der Deutschen Rohstoffagentur, Sven-Uwe Schulz, hob die Bedeutung des brasilianischen Bergbaus für Deutschlands Rohstoffimporte hervor, während Thomas Timm von der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer frohlockte: »Jetzt ist der Moment gekommen, dass wir über zukünftige

---

<sup>53</sup> So Thyssenkrupp-Vorstand Heinrich Hiesinger auf der Aktionärsversammlung 2016.

<sup>54</sup> So Salzgitter-Vorstand Heinz Jörg Fuhrmann auf der Aktionärsversammlung 2016.

<sup>55</sup> Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer: Jahresbericht 2015, S. 36. Siehe [www.ahkbrasil.com/download/Relatorio\\_Anuual\\_2015\\_2016.pdf](http://www.ahkbrasil.com/download/Relatorio_Anuual_2015_2016.pdf).

<sup>56</sup> Ebd.

Projekte reden!«<sup>57</sup> Da schrillen bei UmweltschützerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen alle Alarmglocken, denn sie wissen, was Bergbau für Mensch und Natur bedeuten kann.

Thomas Timm hat da offensichtlich deutlich weniger Berührungsängste. Er ließ bereits 2015 verlauten, »der brasilianische Bergbau [weise] gerade für deutsche Firmen ein großes Potenzial zur Ausweitung ihrer Geschäftsaktivitäten auf«, schließlich sollen allein im Bergbau bis 2030 rund 270 Milliarden US-Dollar in Abbau und Aufbereitung sowie weitere 80 Milliarden US-Dollar in die notwendige Infrastruktur investiert werden. »Weil bisher nur etwa 30% Brasiliens geologisch vollständig erfasst sind, rechnen die Experten auch langfristig mit hervorragenden Geschäftschancen.«<sup>58</sup> Auch der Leiter der Deutschen Rohstoffagentur, Peter Buchholz, attestiert Brasilien eine bedeutende Rolle bei der Rohstoffsicherung Deutschlands. »Beachtliche 8,5% der deutschen Gesamtimporte mineralischer Rohstoffe stammen aus Brasilien. Den Löwenanteil macht hier Eisenerz aus, aber auch Kupfer, Niob, Nickel, Aluminium, Mangan und deren Zwischenprodukte sind unverzichtbare Handelswaren aus Brasilien für die deutsche Industrie.«<sup>59</sup> Hinzu komme, so Buchholz, dass der brasilianische »Bedarf an Explorations-, Abbau-, Förder-, Verlade- und Aufbereitungstechnik und darüber hinaus in der Infrastrukturentwicklung wie dem Hafenausbau und an der Schiffs-, Eisenbahn- und Lkw-Technik sehr hoch« sei und künftig »noch erheblich steigen« werde. Sein Resümee: »Deutsche Unternehmen sind in allen genannten Bereichen bereits in Brasilien vertreten.«<sup>60</sup> So ergänzt sich also die alte und neue internationale Arbeitsteilung zwischen Brasilien und Deutschland: »Im Fokus stehen neue Lieferquellen für strategisch wichtige Rohstoffe und Zwischenprodukte sowie neue Absatzmärkte für Bergbaumaschinen und -ausrüstungen.«<sup>61</sup>

---

<sup>57</sup> AHK São Paulo: AHK São Paulo promove 1º Seminário sobre Mineração em BH, 15.8.2016, unter: [www.ahkbrasilien.com.br/pt/comunicacao/releases/#jfmulticontent\\_c444220-2](http://www.ahkbrasilien.com.br/pt/comunicacao/releases/#jfmulticontent_c444220-2)

<sup>58</sup> Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer/Deutsche Rohstoffagentur, Germany Trade & Invest (Hg.): Brasilien, S. 6.

<sup>59</sup> Ebd., S. 7.

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Ebd.

### Die (Mit-)Verantwortung entlang von Lieferketten

Viele lokale Gemeinschaften in Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas, wo ein Drittel der globalen Bergbauaktivitäten stattfindet,<sup>62</sup> sind derzeit aufgrund der fortschreitenden Rohstoffausbeutung mit dem Verlust ihres traditionellen Zugangsrechts zu Land und Wäldern, der Zerstörung der biologischen Vielfalt, der Verschmutzung von Ökosystemen und Wasservorkommen sowie den damit einhergehenden Gesundheitsgefahren konfrontiert. Sie kritisieren, dass die Bergbaupolitik weniger von den Regierungen als von den internationalen Minenkonzernen bestimmt wird. Die sozialen und ökologischen Verwerfungen des intensivierten Rohstoffabbaus haben in den vergangenen Jahren vor allem in Lateinamerika eine neue und sehr lebhafteste Debatte über Auswege aus diesem Entwicklungsmodell ausgelöst wie auch darüber, wie die Rohstoffausbeutung grundsätzlich beschränkt oder so organisiert werden kann, dass Menschen und Umwelt nicht darunter leiden.<sup>63</sup>

Auch in Deutschland gibt es eine Vielzahl an Menschenrechts- und Umweltgruppen, die mit ihrer Arbeit zu rohstoffpolitischen Themen dazu beitragen, dass die Forderungen und Empfehlungen von zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Lateinamerika, die auf eine sozialökologische Regulierung von Bergbau- und Explorationsaktivitäten drängen, wie auch die dortigen Diskussionen um alternative Wege hierzulande Gehör finden – und deren Forderungen mittelfristig auch in die hiesigen Gesetze übernommen werden. Dies ist dringend erforderlich, denn die deutsche Rohstoffstrategie und die europäische Rohstoffinitiative betonen beide bisher einseitig den Aspekt der Versorgungssicherheit – die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der Rohstoffextraktion in Ländern des globalen Südens werden hingegen zu wenig beachtet. Doch tragen Deutschland und die EU in dieser Hinsicht eine ganz besondere Verantwortung: Die EU ist der größte Roh-

---

<sup>62</sup> Müller-Hoff, Claudia: Alle Rechte – keine Pflichten. Schutz für Mensch und Umwelt – Eine Orientierungshilfe im Dschungel der Diskussion um Unternehmensregulierung, FDCL, Berlin 2015, S. 6.

<sup>63</sup> Siehe hierzu FDCL e.V./Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin 2012, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Der\\_Neue\\_Extraktivismus.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Der_Neue_Extraktivismus.pdf).

stoffimporteure der Welt<sup>64</sup> und innerhalb Europas ist Deutschland als wichtigster Industriestandort der größte Rohstoffverarbeiter.

In Deutschland fordern zahlreiche Menschenrechts- und Umweltorganisationen inzwischen, dass Rohstoff importierende deutsche Firmen, darunter auch die einflussreichen Automobilkonzerne, in Zukunft vom Gesetz her verpflichtet werden sollen, Transparenz für ihre gesamte Lieferkette herzustellen, dass für sie umfangreiche Berichtspflichten über die menschenrechtlich und umweltbezogenen Aspekte ihrer Rohstofflieferkette eingeführt werden sollen und sie für die Missachtung von Menschenrechten und Umweltstandards im Rahmen ihrer Zuliefererkette künftig auch haftbar gemacht werden können. In diesem Zusammenhang ist von einer Upstream- und Downstream-Verantwortung von Unternehmen die Rede. Upstream bezeichnet hier die Verantwortung der Unternehmen für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzaufgaben aufseiten ihrer Rohstoffzulieferer, also: von der Mine bis zur Schmelze. Die Downstream-Verantwortung bezieht sich auf die Sorgfaltspflicht der Konzerne gegenüber den eigenen Zulieferer- und Produktionstätigkeiten, also: von der Schmelze bis zum Endprodukt.<sup>65</sup>

Im Jahr 2008 haben sich darüber hinaus in Deutschland Dutzende Nichtregierungsorganisationen zum Netzwerk AK Rohstoffe zusammengeschlossen, um Einfluss auf die Rohstoffstrategie der Bundesregierung zu nehmen. Ziel ist es, ein konsequentes ökologisches Umsteuern mittels verbindlicher Aussagen, Ziele und Maßnahmen zur Reduktion des absoluten Rohstoffverbrauchs zu erreichen. Die verschiedenen Transparenz-, Berichts- und Governance-Initiativen, die auf UN- oder EU-Ebene diskutiert werden, sollten, so eine zentrale Forderung des Netzwerks, deutlich ausgeweitet und durch gesetzliche Vorgaben ergänzt werden, die die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen auch in ihrer Rohstoffzuliefererkette lückenlos und auch justiziabel nachvollziehbar machen. Der Zugang zu Rechtsmitteln gegen Unternehmen auch weit hinten in der Lieferkette sollte demnach allen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, unabhängig von ihrem Wohnort, möglich sein. Insgesamt will das Netzwerk darauf

---

<sup>64</sup> Bleischwitz, Raimund u.a.: International Resource Politics: New challenges demanding new governance approaches for a green economy, Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut, Berlin 2012, S. 15.

<sup>65</sup> AK Rohstoffe: Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor! Juli 2015, unter: [www.boell.de/sites/default/files/verantwortung\\_entlang\\_der\\_lieferkette.pdf#page=7](http://www.boell.de/sites/default/files/verantwortung_entlang_der_lieferkette.pdf#page=7).

hinwirken, dass die Positionen zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Betroffenen in der Debatte und bei der gesetzlichen Regulierung eine stärkere Berücksichtigung finden.<sup>66</sup>

Die Automobilhersteller ihrerseits verweisen gern darauf, dass sie den Stahl für ihre Autos ja von sehr vielen verschiedenen Zulieferern kaufen und die Lieferketten im Einzelnen nicht nachvollziehen könnten. Allerdings, das bestätigte 2015 auch der Vorstandsvorsitzende Heinrich Hiesinger auf der Aktionärsversammlung von Thyssenkrupp, ist die Herkunft der Rohstoffe in der Regel bekannt, da zumindest die großen Stahlkonzerne »meist Lieferverträge direkt mit den Minenbetreibern abschließen«. Im Januar 2016 hat Igor Birindiba Batista vom Netzwerk der Brasilien-Solidaritätsgruppen Kooperation Brasilien (KoBra) aus Freiburg auf dessen Aktionärsversammlung den Industriekonzern Thyssenkrupp dazu befragt, wie sich die Lieferungen von Walzenbrechern, Brech-, Mahl- und Transportanlagen an die Erzgrube Carajás mit seinen Ansprüchen auf ökologische Nachhaltigkeit und Achtung der Menschenrechte vereinbaren lassen.<sup>67</sup> Als Antwort räumte Thyssenkrupp diese Lieferungen ein, sah aber keinerlei Probleme darin, zumal es ja nicht Aufgabe von Thyssenkrupp sei, alle Abnehmer ihrer Maschinen zu überprüfen. Birindiba fragte auf dieser Versammlung auch nach den Geschäftsbeziehungen von Thyssenkrupp zu der brasilianischen Bergbaufirma Samarco (einer Tochtergesellschaft von Vale und BHP Billiton). Thyssenkrupp hatte an diese Firma, die für die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens verantwortlich ist,<sup>68</sup> Rohrleitungen für die Eisenerzpipeline, eine Gutbett-Walzenmühle sowie eine Kugelmühle geliefert.<sup>69</sup>

Thyssenkrupp verwies in seiner Antwort auf den »Thyssenkrupp Supplier Code of Conduct, der sich an dem UN Global Compact sowie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den ILO-Kernarbeitsnormen

---

<sup>66</sup> Powershift: Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie, Oktober 2010, unter: <http://power-shift.de/?p=271>.

<sup>67</sup> Siehe Rede von Igor Birindiba Batista unter: [http://kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden\\_2016/Reden\\_Thyssenkrupp\\_HV/Rede\\_von\\_Igor\\_Birindiba\\_Batista\\_TK\\_HV\\_\\_2016.pdf](http://kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2016/Reden_Thyssenkrupp_HV/Rede_von_Igor_Birindiba_Batista_TK_HV__2016.pdf).

<sup>68</sup> Siehe dazu das nachfolgende Kapitel.

<sup>69</sup> Russau, Christian: Wie Dünger für die Wiederaufforstung, 28.11.2015, unter: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/201ewie-duenger-fuer-die-wiederaufforstung201c>.

ausrichtet.«<sup>70</sup> Im Übrigen, so Hiesinger, stehe die »Lieferung von Mühlen zur Weiterverarbeitung von gefördertem Material an die Firma Samarco zuletzt im Jahr 2011 [...] in keinem kausalen Zusammenhang mit dem Dambruch bei Mariana/Brasilien im November 2015.« (Dies hatte auch niemand behauptet.) Zudem, so Hiesinger, könne ein Konzern wie seiner in fernen Weltregionen keine »ordnungspolitischen Aufgaben wie die eines Staates« übernehmen. Das hatte auch niemand verlangt. Die Forderung an die Geschäftsleitung eines Konzerns wie Thyssenkrupp durch Birindiba lautete vielmehr, innerhalb seiner Möglichkeiten präventiv tätig zu werden und damit Risiken zu minimieren. Thyssenkrupp, so Igor Birindiba, sei aufgrund seiner Marktmacht durchaus in der Lage, »durch die Gestaltung der Lieferbedingungen soziale und ökologische Auswirkungen der Produktion zu beeinflussen.«<sup>71</sup>

Was die rechtlichen Möglichkeiten angeht, internationale Konzerne zur Verantwortung zu ziehen, so mahlen die Mühlen langsam. Aber immerhin ist auch hier in den vergangenen Jahren etwas in Bewegung gekommen. Auf UN-Ebene verhandelt seit Juli 2015 eine sogenannte intergouvernementale Arbeitsgruppe um ein verbindliches internationales Instrument zur Regulierung von transnationalen Unternehmen. Auf EU-Ebene wird an einer Reglementierung zur Einfuhr von sogenannten Konfliktmineralien (also solchen, die in konfliktreichen Regionen abgebaut oder gefördert werden) gearbeitet. Im Mai 2015 stimmte das EU-Parlament für eine Verpflichtung der europäischen Rohstoffimporteure, die lückenlose Herkunft von Zinn, Gold, Tantal und Wolfram zu belegen, was über bisherige Forderungen der EU-Kommission hinausgeht. Der diesbezügliche Entscheidungsprozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Die in Deutschland erst relativ spät begonnene Diskussion um die Einführung eines Unternehmens- oder Verbandsstrafrechts wird sich voraussichtlich auch noch einige Jahre hinziehen, bis sie Früchte tragen wird, obwohl die EU schon seit Jahren von Deutschland hier eine klare Initiative einfordert.<sup>72</sup>

»Die Automobilhersteller rechtfertigen sich damit, dass die Lieferketten sehr komplex seien, weshalb es nicht möglich sei, die genaue Herkunft der vielen tausend Einzelteile eines Autos nachzuvollziehen«, so Padre Dario

---

<sup>70</sup> Gegenanträge und Antworten der Thyssenkrupp-Geschäftsführung unter: [www.Thyssenkrupp.com/media/investoren/documents\\_1/hauptversammlung/2016/neu/gegenantraege\\_hv\\_2015\\_20160118114552\\_de.pdf#page=5](http://www.Thyssenkrupp.com/media/investoren/documents_1/hauptversammlung/2016/neu/gegenantraege_hv_2015_20160118114552_de.pdf#page=5).

<sup>71</sup> Siehe Rede von Igor Birindiba Batista.

<sup>72</sup> Müller-Hoff: Alle Rechte – keine Pflichten, S. 32.

Bossi. Warum das nicht transparent gemacht wird, kann Bossi nicht verstehen. Ja, die Kette sei vielleicht komplex, wenn es um einen Technologiehersteller wie beispielsweise Siemens gehe, der über mehrere Zwischenlieferer sein Material bezieht. Aber Bossi denkt, dass im Automobilbereich als einem der größten Industriezweige doch ein Anfang gemacht werden könnte. »Ein Anfang wäre ja, die Transparenz bei der Karosserie zu versuchen, die den größten Teil des Autos ausmacht«, meinte der Priester, als er im Mai 2015 in Deutschland war. »Hier haben die Metalle oft eine einheitliche Herkunft – die Hersteller weigern sich aber, diese genau zu erfassen und transparent zu machen.«

So bleibt es vorläufig bei Intransparenz. Und diese birgt die Gefahr, dass Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörungen am Anfang der Wertschöpfungskette begangen werden können, ohne dass die KundInnen am Ende der Konsumkette je davon erfahren. Das erspart vielen ein schlechtes Gewissen – denn wer will schon darauf hingewiesen werden, dass in seinem Auto Kinderarbeits-Kohle, Ausbeutungs-Aluminium oder Mord-Stahl steckt? Und den Konzernen erspart dieser Mangel an Transparenz eine Menge Geld. Zumindest solange die Transparenz- und Berichtspflichten für Unternehmen auch am Ende der Wertschöpfungskette vonseiten des Gesetzgebers nicht zur Pflicht gemacht und die Unternehmenshaftung entlang der gesamten Produktionskette nicht endlich gesetzlich eingeführt, praktiziert und überprüft wird.



# Kapitel 5

## Schmutzige Profite

Brasilien ist von Deutschland aus betrachtet eigentlich weit weg. Was haben deutsche Konzerne damit zu tun, wenn in den Bergen von Minas Gerais der Damm einer Erzbergbaudeponie einer Firma bricht, die je zur Hälfte einem brasilianischen und einem australischen Konzern gehört? Wenn sich über 60 Millionen Kubikmeter giftigen Klärschlamm ihren Weg durch Dörfer bahnen, 19 Menschen töten, über 600 Kilometer Flusslandschaft zerstören, Tausenden Kleinfischern ihre Existenz rauben und über drei Millionen Menschen von der Trinkwasserversorgung abschneiden? Ursächlich nicht viel. Aber es gibt Verbindungen deutscher Konzerne, die über Zulieferer- und Abnehmerketten mit der Bergbaufirma und ihren Produkten in Verbindung stehen, und es gibt die weltweit führenden deutschen Versicherer und Rückversicherer, die für solche Dammbüche Versicherungsschutz anbieten, und die im Falle des Dammbuchs der Samarco vom November 2015 keine besonders gute Figur dabei machten, wie auf den Aktionärsversammlungen vom April und Mai 2016 offensichtlich wurde.

Es ist Donnerstag, der 5. November 2015, früh am Morgen in Brasília. Im vom Architekten Oscar Niemeyer entworfenen, an eine Schüssel erinnernden Parlamentsgebäude treffen die ersten MitarbeiterInnen und Abgeordneten ein. An diesem Tag endet die Frist für eine Gesetzesinitiative (PL 436/2007), die vorsieht, den Abschluss einer Unfall- und Schadensversicherung gegen Dammbüche überall im Land obligatorisch zu machen, sei es bei Stauseen für Trinkwasser- oder Wasserkraftgewinnung, sei es bei Bergbau- oder Mülldeponien.<sup>1</sup> Dieser Gesetzentwurf geht auf das Jahr 2007 zurück und war in den vergangenen Jahren 70 Mal Gegenstand in verschiedenen parlamentarischen Kommissionen zu Umwelt-, Bergbau-, Energie-, aber auch zu Finanz- und Steuerfragen gewesen. Er lag dem Plenum und dem Vorsitz des brasilianischen Nationalkongresses mehrmals zur Abstimmung vor. Im Oktober 2015 waren die Abgeordneten dem negativen Votum des Berichterstatters gefolgt und hatten die Gesetzesinitiative abgelehnt. Die Begründung: Mit ihrer Umsetzung seien unkalkulierbare Mehr-

---

<sup>1</sup> Siehe den Verlauf des Gesetzesvorhabens im Nationalkongress unter: [www.camara.gov.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=344746](http://www.camara.gov.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=344746).

kosten der öffentlichen Hand und der KonsumentInnen zu erwarten, sie verstoße gegen das geltende »Gesetz zur verantwortungsvollen öffentlichen Haushaltsführung«. Da am 5. November die Widerspruchsfrist abgelaufen ist, ohne dass eine oder einer der Abgeordneten davon Gebrauch gemacht hätte, wird der Gesetzentwurf erst einmal ad acta gelegt.

Siebeneinhalb Stunden später, 875 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Brasília, in den Bergen von Minas Gerais. Es ist die neben Carajás zweite große Erzbergbauregion Brasiliens. An dem Dammbau des Deponiebeckens Fundão der Minen Germano und Alegria finden seit Wochen Erweiterungsarbeiten statt. Denn die Eigentümerin, Samarco Mineração S.A., die je zur Hälfte den Bergbaugiganten Vale aus Brasilien und BHP Billiton aus Australien gehört, hatte im Jahr davor die Ausbeute des dortigen Minenkomplexes um satte 15% erhöht. Und jede Tonne gewonnenes Reinerz produziert auch mindestens eine Tonne Abraum, der in riesigen Staubecken unter Wasserzugabe deponiert wird. So haben sich im Staubecken von Fundão im Laufe der Jahre 62 Millionen Kubikmeter Klärschlamm aus der Erzgewinnung angesammelt. In dem von Bergbauunternehmen beauftragten und von den Behörden abgesehenen Umweltgutachten wird die Notwendigkeit der Bauarbeiten erklärt: »Diese Dämme sind mit ihren Rückhaltekapazitäten an ihrer Belastungsgrenze.« Um »einen reibungslosen Betrieb von Samarco für die Produktion von Erzkonzentraten zu gewährleisten«, müssten die »Optimierungsarbeiten« bei laufendem Betrieb erfolgen.

Um zwei Uhr am Nachmittag, so berichten ArbeiterInnen den Medien hinterher, habe es erste »merkwürdige Geräusche« gegeben, die sie zunächst den regulären Bauarbeiten zugeschrieben hätten, dann habe es »irgendwie zu knirschen« begonnen. Um halb vier kommt es dann zur Katastrophe. Der Dammbau des Deponiebeckens Fundão bricht und die Flutwelle aus Bergwerkklärschlamm ergießt sich ins Tal. Durch die in Bewegung geratene Masse wird auch der Dammbau des zweiten Klärbeckens Santarém in Mitleidenschaft gezogen. Die Schlammwelle bewegt sich direkt in Richtung des kleinen Ortes Bento Rodrigues. Kurz darauf trifft die meterhohe Klärschlammwelle den Ort und fordert 19 Todesopfer. Alle tiefer im Tal gelegenen Häuser werden komplett zerstört.

### **Die Vorwarnzeit betrug elf Minuten**

Die Vorwarnzeit betrug elf Minuten. Die hatten die Ingenieure zuvor ungefähr einkalkuliert in ihren Berechnungen zum Umweltgutachten. Die Fließgeschwindigkeiten von Klärschlamm lassen sich in etwa berechnen.

Insgesamt elf Minuten verblieben nach dem Dambruch, um die BewohnerInnen der nächstgelegenen Ortschaft zu informieren. Sirenen, die die Menschen weiträumig hätten warnen können, gab es nicht. Sie waren nicht vorgesehen. Nach dem Notfallplan sollte die umliegende Bevölkerung telefonisch benachrichtigt werden. Per Handy. Samarco-Direktor Ricardo Vescovi erklärte der Presse später, die vor Ort verantwortlichen MitarbeiterInnen seiner Firma hätten die Notfallnummern angerufen. Auf Nachfragen von JournalistInnen wollte er aber weder die Zahl der getätigten Anrufe noch die Telefonnummern nennen.

Der Dambruch war selbst aus der Ferne zu hören. Zeuginnen berichteten den Medien, sie hätten auf einmal einen großen Lärm aus Richtung des Dammes wahrgenommen. Dann sei dort eine große Gischtwolke aufgestiegen und man hätte allerorten gen Himmel stiebende Vögel gesehen. Als die Katastrophe passierte, schrien die Menschen: »Der Damm der Deponie ist gebrochen! Der Schlamm kommt gleich! Weg hier!« Die Menschen rannten um ihr Leben. Dies berichtet Paula Geralda Alves aus dem kleinen Ort Bento Rodrigues, der durch die Schlammwelle dem Erdboden gleich gemacht wurde. Sie wohnt jetzt in Mariana, arbeitet in einem Heim für durch den Dambruch verwaiste Hunde. Aus der Halle hinter ihr ertönt lautstark das Bellen der Hunde. Bezahlt wird ihre aktuelle Stelle von der Firma Samarco.

Paula zeigt auf ihr rotes Moped, das sie zärtlich »Berenice« nennt. »Als ich den Dambruch mitbekam, raste ich mit Berenice durchs Dorf, lud meinen sechsjährigen Sohn João Pedro und weitere Familienmitglieder aufs Moped und brachte sie da weg.« Dann fuhr sie zurück und holte weitere DorfbewohnerInnen, die deshalb heute noch alle leben. Paula hat im März dafür eine Medaille der Stadt bekommen. Sie hat ihre Zweifel, ob sie sich darüber freuen soll. So viel Zerstörung, so viel Leid, das anhält. Aber, so sagt sie, nun haben sie durchgesetzt, dass der Minenbetreiber Samarco für die Bevölkerung von Bento Rodrigues ein neues Dorf aufbauen soll. In der Nähe des alten, aber diesmal eher auf einer Anhöhe liegend. Man weiß ja nie.

Nach Bento Rodrigues traf die Schlammwelle die Ortschaften Paractu de Baixo und Barra Longa. Die Ufer entlang des Flusslaufes des Rio Gualaxo do Norte sehen seitdem wie ein Kriegsgebiet aus, weite Teile wirken wie von einer roten Betonwand umrahmt, die der nun langsam aushärtende Klärschlamm bildet. Und die Schlammwelle, deren Masse laut Berechnungen der Vereinten Nationen 20.000 Olympiaschwimmbecken randvoll gefüllt hätte, brach sich weiter ihre Bahn: erst durch den Fluss Gualaxo do Norte,

dann durch den Rio do Carmo, dann noch 680 Kilometer durch das Flusstal des Rio Doce, bevor sie sich in den Atlantik ergoss. Wo sie sich noch heute weiter ausbreitet. Sogar aus dem Süden des angrenzenden Bundesstaates Bahia wurde eine Schlammblase gemeldet.

Tonnen toter Fische wurden an die Ufer gespült. Am Rio Doce waren es elf Tonnen, die aus dem Wasser gezogen wurden, im Atlantik waren es drei Tonnen toter Fische, die in der ersten Woche nach der Schlammflut angeschwemmt oder herausgefischt wurden. Dies sind die offiziell bestätigten Zahlen. Tatsächlich dürften die Werte deutlich höher liegen. Das Gros der Fische verendete, weil durch die Schlammwelle im Fluss kein Sauerstoff mehr vorhanden war.

Laut der US-amerikanischen Consulting Bowker Associates stellen die durch den Dambruch freigesetzten 62 Millionen Kubikmeter Klärschlamm, die 680 Kilometer verseuchte Flusslandschaft sowie die Schäden in Höhe von mindestens fünf Milliarden US-Dollar einen traurigen Weltrekord in der Geschichte der Bergbaukatastrophen dar.<sup>2</sup>

### **Schlamm überall**

»Bis April ist der Fluss wieder sauber!« Dies hatte der Wasserökologieforscher Paulo Rosman von der Bundesuniversität Rio de Janeiro drei Wochen nach dem Dambruch der BBC gesagt. Die Regenzeit werde dafür sorgen, dass der Schlamm über den Fluss ins Meer ausgewaschen werde. Eine viel zu optimistische Einschätzung, wie sich bei einem Besuch vor Ort im März 2016 zeigte. Denn mittlerweile war die Schlammblase allorten. In Bahia, 250 Kilometer nördlich der Mündung des Rio Doce, liegt das Unterwasserschutzgebiet Abrolhos. Es hat unzählige Riffe, viele Korallenarten und ist bevorzugtes Laichgebiet der Fische der Region. Die damalige Umweltministerin Izabella Teixeira hatte wenige Wochen nach dem Dambruch verkündet, die Schlammwalze werde sich im Meer verteilen, aber niemals so weit kommen, dass sie Unterwasserschutzgebiete wie Abrolhos erreichen werde. Nun ist sie da. Im Rio Doce ist sie auch noch. Und aus der Samarco-Mine fließt noch weiter täglich Klärschlamm.

Claudia da Lama ist Historikerin und koordiniert das Projekt Lama. Lama heißt auf Portugiesisch Schlamm. Das Lama-Projekt untersucht die sozialen und ökologischen Folgen der Verschlammung durch den gebrochenen Samarco-Damm in den drei Bundesstaaten Bahia, Espírito Santo und Minas

---

<sup>2</sup> Folha de São Paulo, 12.12.2015.

Gerais. Das Projekt will über die Landesgrenzen hinweg die Betroffenen sowie die Arbeit und Vernetzung von Umweltinitiativen und sozialen Bewegungen unterstützen. Dazu ist Claudia da Lama von der Mündung des Rio Doce flussaufwärts bis nach Bento Rodrigues gereist und hat dort mit den vom Schlammdesaster betroffenen Menschen gesprochen. Die ersten Interviews machte sie in der Terra Indígena Piraquê-Açu. Dieses Indigene Territorium liegt rund 50 Kilometer Luftlinie südlich der Atlantikmündung des Rio Doce. Piraquê-Açu heißt auf Guaraní »großer Fisch«. Laut Behördenangaben hätte die Schlammblase auch dorthin niemals gelangen können. »Die Leute von Samarco kamen hier mit einem Lastwagen an, sprangen raus, nahmen Wasserproben und nahmen auch den verendeten *boto cinza*, den Guayana-Delfin, mit. Dann waren sie wieder weg und wir haben nichts mehr von ihnen gehört.« Kazike Pedro zeigt aufs Wasser. »Dort unten ist seit zwei Monaten so eine komische dickflüssige Schlammsschicht. Die kannten wir vorher nicht«, sagt er. Der Schlamm sei eines Tages nach der Flut im Fluss gewesen. Ist daran der Delfin gestorben? Pedro weiß es nicht.

Er schickt seinen Sohn Rodrigo zum Tauchgang in fünf Meter Tiefe, um Proben dieser Schlammsschicht hochzuholen. Als Rodrigo wiederauftaucht, zeigt er die dickflüssige Schlammmasse. »Wir wissen nicht, was das ist, und niemand redet mit uns.« Pedro und Rodrigo sagen, sie haben Angst um ihr Gewässer. Angst um die Fische. Sie befürchten, dass dieser Schlamm zu ihnen gekommen ist »von dem Bergwerk da in Minas Gerais«, wie Pedro sagt. Sie wissen es nicht, weil niemand mit ihnen über die Wasserproben gesprochen hat.

»Wir haben mit unseren *parentes*, unseren Verwandten, gesprochen«, berichtet Pedro. »Dort ist der Fluss komplett tot.« Mit den *parentes* meint Pedro das indigene Volk der Krenak, die in der Nähe der Stadt Resplendor im Bundesstaat Minas Gerais kurz hinter der Landesgrenze zu Espírito Santo, in ihrem Indigenen Territorium leben. »Ihr wollt da hin? Ich rufe für euch an.« Pedro greift zum Handy, kriegt aber kein Signal. Er holt das alte Satellitentelefon und ruft bei den Krenak an, um sich über die Situation dort zu informieren und die Gäste aus dem fernen Deutschland anzukündigen.

Zum Schluss verabschiedet sich Pedro. Er hat noch viel zu tun heute. »Wenn Ihr in Resplendor seid, sagt ihnen, solange wir hier noch Fische haben, können sie immer zu uns zum gemeinsamen Fischen kommen. Aber wir wissen nicht, wie lange noch«.

### Hickhack um die Wasserdaten

Eine halbe Autostunde weiter nördlich der Terra Indígena Piraquê-Açu liegt der kleine Küstenort Coqueiral, 30 Kilometer südlich der Mündung des Rio Doce. Die Palmen wehen im Wind, bieten Schatten auf dem Weg zum ehemaligen Firmensitz der Eukalyptus-Plantage, der nun ein wissenschaftliches Institut beherbergt. Hier befindet sich die ozeanografische Forschungsstation der staatlichen Universität von Espírito Santo. In der Aula hören zwei Dutzend Anwesende Professor Alex Bastos zu, der mit KollegInnen mehrerer Fachbereiche die Wasserdaten im Meer untersucht hat. Es ist das erste Mal, dass auch genaue Daten für den Mündungs- und Küstenbereich vorgestellt werden. Nach Ankunft der Schlammblase, sagt Bastos, sei der Eisengehalt im Meerwasser um den Faktor 20 angestiegen, bei Aluminium um den Faktor 10 und bei Chrom und Mangan um den Faktor 5. Besonders besorgt zeigt er sich über die Folgen für die Artenvielfalt im Benthos, also im unteren Gewässerbereich. Dort sei die Zahl der Algenarten von 60 auf 25 zurückgegangen, und dies habe Auswirkungen auf die gesamte Nahrungskette.

Es gebe ja noch andere Daten, hebt Bastos an und wirft einen kurzen Blick in die vorletzte Reihe des Auditoriums. »Die Daten des Marineforschungsschiffs ›Vital de Oliveira‹, das als erstes vor Ort war und umfangreiche Messungen der Wasser- und Sedimentqualität vorgenommen hat.« Das Marineschiff verfüge über die beste Ausrüstung in Brasilien und habe Ende des Jahres die Wasserdaten der Region erhoben. »Die Daten aber sind unter Verschluss.« Geheimhaltungsfrist: fünf Jahre.

Bastos schaut wieder in die vorletzte Reihe, sodass die im Saal Anwesenden, die WissenschaftlerInnen, die JournalistInnen und die um ihre Existenz besorgten FischerInnen, sich umdrehen. In der vorletzten Reihe sitzt ein Herr in Marineuniform. Er macht sich Notizen und verzieht sonst keine Miene. Auf der Anwesenheitsliste hat er sich nicht eingetragen.

In Brasilien entnehmen die lokalen und regionalen Wasserbetriebe den Großteil des Trinkwassers aus den Flüssen, sodass durch die Schlammwelle zeitweise Hunderttausende BewohnerInnen entlang der betroffenen Flüsse Rio Gualaxo do Norte, Rio Carmo und Rio Doce von der regulären Versorgung abgeschnitten waren – und teilweise noch immer sind. In Tankwagen lässt Samarco Trinkwasser für Hunderttausende Menschen anliefern. Mittlerweile haben die Behörden an den meisten Orten die Versorgung mit Trinkwasser wieder hergestellt und dieses freigegeben. Die BewohnerInnen empören sich über die nach wie vor sehr starke Trübung des Was-

sers und misstrauen den behördlichen Verlautbarungen, es sei ohne größere Risiken genießbar.

Das Misstrauen ist angebracht. Denn noch immer beteuern die Minenbetreiber unisono, der Klärschlamm sei nicht giftig. »Bei der Erzgewinnung fallen keine nennenswerten toxischen Nebenstoffe an«, so die Firmenvertreter von Samarco, Vale und BHP Billiton.<sup>3</sup> Anders als bei der Gold- oder Aluminiumgewinnung gebe es beim Eisenerzabbau und dessen Weiterverarbeitung keine toxischen Klärschlämme, so die Firmen. Dieser Argumentation schienen zunächst auch die Regierung in Brasília und die Landesregierungen zu folgen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Neun Tage nach dem Unglück, das viele UmweltschützerInnen und Menschenrechtsgruppen nicht als Unglück, sondern als Verbrechen bezeichnen, wollte der für die Qualität des Trinkwassers in der Kleinstadt Baixo Guandu zuständige Mitarbeiter des öffentlichen Wasserwerks sie aber lieber selbst überprüfen lassen. Baixo Guandu liegt ungefähr 500 Kilometer vom Dammbuch entfernt, an der Grenze zwischen den Bundesstaaten Minas Gerais und Espírito Santo. Der Mitarbeiter ließ aus dem den Rio Doce hinuntertreibenden Schlammwasser Proben entnehmen und im Labor untersuchen. »Es scheint, als hätten sie da die gesamte Periodentafel reingeschmissen!«, erboste sich Luciano Magalhães. Neben dem erwarteten Eisen fanden sich Arsen, Quecksilber, Mangan, Uran und Blei in massiver Konzentration, weit jenseits aller Grenzwerte.

Samarco, Vale und BHP Billiton dementierten umgehend. Wenn diese Schwermetalle in dem Flusswasser gefunden wurden, so sei deren Ursprung nicht in der Mine von Germano zu suchen. Andere Quellen müssten dafür verantwortlich sein. »Im Übrigen«, so die für Arbeitsgesundheit und Nachhaltigkeit zuständige Direktorin bei Vale, werde die »Revitalisierung des Rio Doce« und der Uferstreifen und Flusstalauen in den nächsten Jahren durch den abgelagerten Schlamm noch erleichtert werden. Der Schlamm werde »wie Dünger für die Wiederaufforstung wirken«. Dem widersprach niemand Geringeres als die Vereinten Nationen. Eine von ihr durchgeführte Untersuchung hatte ergeben, dass die freigesetzten Abfallstoffe giftig sind. John Knox, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, und Baskut Tuncak, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und

---

<sup>3</sup> Russau: Wie Dünger für die Wiederaufforstung, 28.11.2015, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/201ewie-duenger-fuer-die-wiederaufforstung201c](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/201ewie-duenger-fuer-die-wiederaufforstung201c).

gefährliche Substanzen, warnten vor den Folgen für die Flüsse und das Grundwasser: »Es ist nicht akzeptabel, dass es drei Wochen dauerte, um die Informationen über die toxischen Gefahren der Minenkatastrophe bekannt zu machen.«

Schließlich ordneten die Behörden Wasseruntersuchungen an, und Mitte Dezember 2015 wurde dann vom nationalen geologischen Institut, der Wasserbehörde und dem Energieministerium bekanntgegeben, die Wasserwerte wiesen die gleiche Qualität auf wie die letzten Proben an den 13 Entnahmestellen, die im Jahr 2010 von den Behörden überprüft worden waren. Nach dem Motto: bloß keine Aufregung. Allerdings ließ diese Aussage erst recht alle Alarmglocken klingeln: Hieß das nicht, dass die Behörden seit 2010 keine Messungen der Wasserwerte mehr vorgenommen hatten? Wie also solchen Behörden trauen?

Das Misstrauen wurde nicht besänftigt. Im Gegenteil. Zwar urteilte ein Gericht Anfang Februar 2016 in Espírito Santo, dass Untersuchungen zufolge das Wasser, das die örtlichen Wasserversorger dem Fluss entnahmen und an die lokalen Haushalte lieferten, »trinkbar« und damit die gesonderte Wasserbelieferung durch die für die Verschlammung verantwortliche Firma Samarco »nicht mehr notwendig« sei. Doch andere sagten das Gegenteil. Untersuchungen von WissenschaftlerInnen der Universidade Federal do Espírito Santo haben ergeben, dass auf jeden Liter Flusswasser 300 Gramm gelöste Schlammreste aus der Deponie kommen. Bei 2.785 entnommenen Proben seien die zulässigen Grenzwerte für Eisen, Chrom, Aluminium und Mangan überschritten. Auch die Umweltorganisation SOS Mata Atlântica hat Wasseruntersuchungen entlang der betroffenen Flüsse vorgenommen und deutlich erhöhte Trübungswerte sowie bei Magnesium kritische Grenzwerte festgestellt. Bei Kupfer, Aluminium und Mangan lägen die Ergebnisse knapp unter den Grenzwerten, bei Kalzium und Eisen entlang der Grenzwerte. Diese Daten wurden auch der für Umweltfragen zuständigen Kommission im brasilianischen Nationalkongress übergeben, mit der klaren Aussage: »Dieses Wasser ist für menschlichen Konsum ungeeignet.«

Der Streit um die Qualität des Wassers geht also weiter, wie die Sorgen der lokalen Bevölkerung um ihre Gesundheit, wenn sie das aus dem Fluss aufbereitete Wasser trinken. In den kleineren und größeren Städten wie Colatina, Galiléia oder Governador Valadares ist es immer wieder zu Protesten und Demonstrationen gegen die Behörden und Samarco gekommen, da das gelieferte Wasser nicht ausreicht. Mitte Mai 2016 hat die Marine angesichts des wachsenden Drucks aufgrund der Medienberichterstat-

tung ihre bis dato unveröffentlichten Wasserdaten schließlich freigegeben. Diese zeigen, dass sich im Meer, im Mündungsgebiet des Rio Doce, in 25 Meter Wassertiefe eine zwei Zentimeter große Schlammflache abgesetzt hat. Eine Todeszone, die sich über Hunderte Quadratkilometer erstrecken könnte, so genau weiß das niemand. Die Marinedaten bestätigen zudem die Befürchtungen der FischerInnen: Bei Arsen, Mangan, Selen und Blei liegen die Messwerte über den zulässigen Grenzwerten.

### **An der roten Brandung**

Das Fischerdorf Regência liegt direkt an der Mündung des Rio Doce. Eigentlich tummeln sich in der Brandung SurferInnen, eine von Brasiliens wichtigsten Schildkrötenschutzzonen befindet sich hier. FischerInnen fahren mit kleinen Booten auf den Fluss oder das Meer hinaus, um Wolfsbarsche, Meeräschen, Snooks, Buntbarsche, Tigersalmler oder Krebse zu fangen.

Das Meer bei Regência ist tiefrot. Erst fern am Horizont bricht sich das Licht im Wasser und lässt es dort wieder bläulich schimmern. Im kleinen Hafen liegen die Boote verwaist. Dort warnt ein Schild: »Gebiet vorübergehend fürs Baden ungeeignet.« Vorübergehend?

»Ich war sieben Jahre alt, als ich anfang zu fischen. Und nun das.« Seu Arnolton ringt um Worte. »Ich habe die Schlammwelle kommen sehen, ich war gerade mit dem Boot auf dem Fluss. Erst kam sie scheinbar langsam näher, und dann, ein paar Minuten später, war ich von ihr komplett umgeben.« Die Fische seien aus dem Wasser gesprungen und vor dem Schlamm geflohen, Richtung Meer. »Überlebt haben nur die auch an Salzwasser angepassten Fische. Alle anderen: tot.«

Zwei Boote sind am Horizont zu sehen. Zwei Fischer entnehmen Wasserproben, damit die vor Ort entsandten MitarbeiterInnen von Samarco die Qualität prüfen, erläutert an der kleinen Mole der Fischer Seu Zé do Sabino. Er und seine Frau Sônia sagen, kurz nachdem die Klärschlammwelle hier ankam, hätten sie viel zu tun zu gehabt. »Da haben wir für nicht wenig Geld die toten Fische für Samarco eingesammelt.« 150 Reais am Tag, umgerechnet 35 Euro, hätte Samarco bezahlt, berichtet der Mittfünfziger. »Eigentlich dürfte ich das ja nicht erzählen, aber einige von uns sagten, dass da ruhig vier, fünf solche Dammbüche kommen könnten, wenn sie dann jedesmal so ein gutes Auskommen haben.« Aber man müsse auch sehen, dass das Samarco-Geld doch wenigstens ein wenig Kaufkraft nach Regência gebracht habe. Zé zögert. Dann wird er nachdenklich und ergänzt, wie um sich zu entschuldigen. »Tourismus gibt es hier nicht mehr.« An etlichen

der Pousadas, den Hostels, hängen Verkaufsschilder. Viele kleine Geschäfte haben dichtgemacht.

Es trifft vor allem die Kleinen, sagt der Vorsitzende der Fischervereinigung von Espírito Santo, Manuel Bueno. Alle kennen ihn unter dem Namen Nego da Pesca. Er ist wütend. Denn ein Richter in Espírito Santo hat am Tag zuvor den Fischfang im Meer vor der Mündung des Rio Doce komplett verboten. »Das regt mich so auf!«, sagt Nego da Pesca. Die Fischerei ist in drei Munizipien untersagt: in Aracruz, Linhares und einem Teil von São Mateus. Und das Verbot reicht bis in die Gegenden mit einer Wassertiefe von 25 Metern. »Damit haben sie der Kleinfischerei den Fischfang verboten.« Denn die größeren Trawler können weiter aufs Meer hinausfahren, die kleinen nicht. »Und das Kurioseste ist: Im Fluss dürfen wir fischen, im Meer nicht.« Denn das Gericht hat sich nur der Frage gewidmet, ob der Fischfang im Meer weiterhin erlaubt sein sollte. Im Fluss galt zwar zwischenzeitlich auch ein Fisch- und Angelverbot, aber nicht wegen der Schlammwelle aus dem Bergwerk, sondern wegen der *piracema*. So heißt in Brasilien die Laichzeit der Fische von Oktober bis März, in der das Fischen verboten ist, um die Erholung der Bestände zu ermöglichen. Die *piracema* war im April 2016 zu Ende, also ist der Fischfang im Fluss nun wieder erlaubt. Hat ein Gericht sich mit dieser Frage befasst? »Nein«, sagt Nego da Pesca.

»Wir Fischer haben hier am Anfang zwei Sachen gemacht: Vor Ankunft der Schlammwelle haben wir die noch lebenden Fische eingefangen, um sie in Sicherheit zu bringen«, berichtet Lazaro Roldão. »Das war unsere Aktion Arche Noah.« Der junge Mann Anfang 20 erklärt, danach habe die Minengesellschaft Samarco die FischerInnen angestellt, um die verendeten Fische einzusammeln. Die habe Samarco vergraben lassen, er wisse aber nicht, wo. Er dachte zuerst, sie würden die Fische untersuchen, um zu verstehen, woran sie gestorben seien. »Als ich dann erfuhr, dass Samarco die Fische vergräbt, habe ich mich geweigert mitzumachen. Ich werde doch nicht das Essen meiner Familie beerdigen.« Und überhaupt: »Wir müssen doch wissen, was mit den Fischen nun los ist, woran sie gestorben sind.« Aber von niemandem bekämen sie klare Aussagen.

Die Firma Samarco brüstet sich damit, Tausenden von KleinfischerInnen eine Kreditkarte zur Verfügung gestellt zu haben. Mit dieser Karte erhalten diese und ihre Familien jeden Monat einen Mindestlohn in Höhe von umgerechnet 220 Euro. Hinzu kommt ein Aufschlag von 10% für Grundnahrungsmittel. Um diese Karte gibt es Streit. Denn nicht alle haben sie bekommen. In Regência haben von 80 Fischern 20 keine Karte erhalten.

»Verantwortlich war Samarco«, meint Seu Arnoilton. Er habe seinen Namen bereits im November 2015 registrieren lassen. Monatelang hielten ihn die von Samarco zur Ausgabe der Karten bestellten MitarbeiterInnen hin. Letzte Woche war er wieder da, und auf einmal fanden sie seinen Namen nicht mehr auf der Liste. »Und das, obwohl mich hier alle kennen«, sagt Seu Arnoilton.

Der Fischer Frango und seine Frau Itamar sind auch zornig. Den größten Groll hegen sie aber gegen die Fischervereinigung. Die habe im Auftrag der Samarco die Karten verteilt. Nicht alle, die Anspruch darauf haben, hätten eine bekommen. Einige aber, die nicht mal FischerInnen seien, hätten Karten bekommen. Er selbst hätte eigentlich Anspruch auf diese Unterstützung, aber die Vereinigung habe ihm mitgeteilt, seine Frau habe ja eine Anstellung im Heimatmuseum. Und die Karte von Samarco sei nur für diejenigen gedacht, die AlleinverdienerInnen sind.

Einig sind sich die FischerInnen von Regência trotz allen Streits in einer Sache: Sie müssen politischen Protest organisieren. Denn die Karte von Samarco gibt es nur so lange, wie sie genügend Proteste auf die Beine stellen können.

### **Am bittersüßen Fluss**

Hundert Kilometer weiter flussaufwärts. Der Rio Doce, der süße Fluss, spricht seinem Namen Hohn. Totes, rotes Brackwasser bestimmt das Bild. Seu Toninho und Dona Maria wohnen an diesem nun so bittersüßen Fluss, nahe Colatina. Seu Toninho ist Fischer, kann im Moment aber nicht auf den Fluss hinausfahren. Vor ein paar Tagen hat er sich die Hand verletzt, sie hat sich daraufhin entzündet. Er muss warten, bevor er wieder fischen gehen kann. »Bevor ich mich an der Hand verletzt habe, bin ich da rausgefahren, trotz all dieses Klärschlamm«, erzählt Seu Toninho. »Ich habe am Abend zuvor immer bei der Polizeidienststelle angerufen und gefragt, ob sie neue Informationen oder Anordnungen hätten. Sagte ihnen, ich nähme das Gespräch hier auf, zur Absicherung. Morgen fahre ich raus und fische.« Die Tonaufnahmen des Gesprächs will Seu Toninho für den Fall nutzen, dass irgendwer ihn verklagen sollte, falls er von dem von Toninho gekauften Fisch krank werde.

Ein paar wenige Fische seien da noch. Bei Weitem nicht mehr so viele wie zuvor, sagt Seu Toninho. »Die meisten Fische sind kurz nach Ankunft der Schlammwelle gestorben. Die haben alle nach Luft geschnappt, so wie bei totem, verfaultem Wasser«, berichtet er. Seine Fischzucht in einem

kleinen Teich zehn Meter oberhalb des Flusses musste er aufgeben. »Da waren 300 Kilo Fische drin, das Wasser hatte ich immer aus dem Fluss genommen«, erklärt Seu Toninho und zeigt, wo seine Pumpen sind. »Nach zehn Tagen waren alle tot. Ich musste unten den Abfluss aufmachen und alles in den Fluss ableiten.«

Auf der anderen Seite des Flusses hebt in der Ferne ein Rattern an. Es sind die Transportzüge von Vale, die das Eisenerz an den Hafen von Vitória bringen. Seine Nachbarin habe ein neugeborenes Baby, sagt Seu Toninho. Er habe erst vor ein paar Wochen erfahren, dass sie ihr Baby mit Wasser aus dem Fluss wusch. Sie hatte kein anderes. Das Baby habe am ganzen Körper Ausschlag gehabt. Jetzt nicht mehr, denn Seu Toninho schickt seinen Sohn täglich hinüber mit mehreren Gallonen Wasser aus dem kleinen Bach, der bei seinem Grundstück vorbeifließt. »Dieser kleine Bach mit frischem Wasser ist ein Segen«, sagt er. Und verweist auf die Menschen in Colatina flussabwärts oder in Governador Valadares flussaufwärts. »Die kriegen von den Wasserbetrieben das Wasser aus dem Fluss geliefert. Sie sagen, es sei gesäubert, aber dem traue ich nicht.« Will er bleiben? »Nein«, sagt Seu Toninho. Hier sei der Fluss tot, als Fischer könne er hier nicht mehr leben. Er sagt, er wolle hier alles verkaufen und mit seiner Familie nach Minas Gerais ziehen, wo er herstamme. Seine Frau sei von hier, der falle das wesentlich schwerer. »Aber ich denke, es geht nicht anders.«

Wenige Kilometer weiter flussaufwärts liegt die Stadt Baixo Guandu. Sie liegt am Rio Doce, aber es gibt hier einen kleinen Zufluss, dem die Stadt ihren Namen verdankt. An diesem Rio Guandu steht seit 40 Jahren ein altes verrostetes Sperrwerk, das schon lange nicht mehr im Betrieb ist. Aber das Wehr funktioniert noch, dort wird das Wasser zurückgehalten. Als wir hörten, dass da diese Schlammwelle aus Minas Gerais kommt, da haben wir sofort eine Krisensitzung gemacht«, berichtet Bürgermeister Neto Barros. »Wir haben rund 150 Leute zusammengerufen, aus dem öffentlichen Dienst und sehr viele Freiwillige. Wir haben einen Tag und eine ganze Nacht gearbeitet, den alten Fluss gereinigt, das Wehr ausgebessert, und wir haben eine neue Leitung gelegt, die das Wasser aus dem Fluss Guandu bezieht und diese Leitung zu unser Wasseraufbereitungsstation am Rio Doce geleitet.«

Er zeigt auf die Karte der Stadt, die in seinem Büro hängt und auf der die beiden Flüsse und die Straßenzüge verzeichnet sind, in denen die neue Leitung verlegt wurde. Ein *mutirão*, eine freiwillige Gemeinschaftsarbeit nennen sie das in Brasilien. Das alles haben sie unter enormem Zeitdruck

gemacht, denn die Schlammwelle kam stündlich näher. Sie riefen in den Städten flussaufwärts an und fragten: »Ist der Schlamm schon bei euch?« Der *mutirão* war erfolgreich. Kurz bevor die Schlammwelle ankam, legten sie in Baixo Guandu die Ventile um – und das Wasser aus dem Fluss Guandu versorgte von nun an die Wasseraufbereitungsstation.

Noch einige Kilometer weiter flussaufwärts hatten sie nicht die Möglichkeit, so ein *mutirão* zu organisieren. Nicht, weil sie nicht gewollt hätten oder nicht daran gedacht hätten. Sie hatten einfach nicht die Chance dazu. Dort bei den indigenen Krenak gibt es keinen anderen Fluss, aus dem sie alternativ ihre Wasserversorgung hätten bestreiten können.

Die Krenak leben und arbeiten auf 4.900 Hektar Indigenen Territoriums in Resplendor im Osten von Minas Gerais, nahe der Grenze zu Espírito Santo. Itamar Krenak und seine Mutter Dona Deja freuen sich über den Besuch. »Ach, ihr seid bestimmt die, wegen denen Kazike Pedro aus Piraquê-Açu bei uns anrief.« Dona Deja ruft ihren Onkel. »Euclides, hier ist Besuch aus Deutschland!« Sie grinst. »Mein Onkel Euclides mag Deutsche eigentlich nicht so sehr. Er musste im Zweiten Weltkrieg gegen sie kämpfen. Seither ist er nicht gut auf Deutsche zu sprechen.«

Senhor Euclides Krenak kommt aus dem Haus und freut sich über den Besuch, auch wenn er aus Deutschland kommt. Er ist 105 Jahre alt. Euclides geht langsam, vorsichtig, um nicht zu stürzen. Der Historikerin Claudia da Lama berichtet er über seine Erlebnisse. Claudia da Lama ist hier, um Interviews zu machen und um zu dokumentieren, wie es den Menschen am Fluss nach dem Dammbbruch geht, aber auch, wie es vorher war. Auch Itamar Krenak war einer ihrer Gesprächspartner. Seine Miene ist sehr ernst. »Ihr habt ja da unten den Fluss gesehen.« Der Fluss hat jetzt Niedrigwasser, in den Gesteinswölbungen haben sich die Reste des Januar-Hochwassers angesammelt. Es ist knallorange. Es wirkt eher wie eine bemalte Wand, ganz oben ein silbriger Schimmer. Auf der anderen Seite des Flusses wieder die Eisenerztransporte. »Mehrere Male die Stunde, tagein, tagaus, rattern die Züge hier durch«, berichtet Itamar. Eigentlich darf man sich hier gar nicht aufhalten. Denn der Minenbetreiber Samarco hat hier einen doppelten Drahtzaun zwischen dem Land der Krenak und dem Fluss gezogen. »Sie sagten, das Wasser sei gefährlich für uns«, berichtet weiter unten am Wasser Irani Krenak. »Das wissen wir. Aber wir wissen nicht, wie viele und welche Schadstoffe in dem Wasser sind.« Die Mittvierzigerin schaut auf den Fluss. Für die Krenak ist er zentraler Bezugspunkt, wirtschaftlich und kulturell. Sie nennen ihn seit alters her Watu Nek. »Wir Krenak sind trau-

rig, denn Watu Nek ist gestorben«, erläutert Itamar. Und er fragt, woher sie die Fische zum Essen bekommen sollen? Woher das Trinkwasser nehmen? Das Wasser bringe das *carro-pipa*, der Tankwagen. »Aber die Fische?«

Die Krenak wollen nach Rio de Janeiro. Um dort ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn im April treffen sich dort die Konzernchefs und -chefinnen der Vale, Miteigentümerin der Firma Samarco, auf der jährlichen Hauptversammlung. »Hoffe, wir sehen uns da«, verabschiedet sich Itamar Krenak.

### **Proteste auf der Hauptversammlung des Bergbaukonzerns Vale**

Einige Wochen später in Rio de Janeiro. Das Kloster der Schwestern von der Himmelfahrt liegt auf den Hügeln von Santa Teresa, unten breitet sich Rio aus. Der Blick streift die Christus-Statue auf dem Corcovado, die Favelas, das Maracanã-Stadion, die Guanabara-Bucht, die Zona Norte und die Weiten der Baixada Fluminense, am Horizont die Bergketten der Serra. Auf der anderen Seite des Gebäudes liegt eine Aula, die an einen Sportplatz grenzt. Eine fünfköpfige Gruppe macht dort im Schatten Capoeira-Übungen, die Sonne steht schon tief.

Drinnen in der Aula brüten zehn AktivistInnen über das weitere Vorgehen. Sie kommen aus Minas Gerais, Maranhão, Brasília, São Paulo und aus Rio de Janeiro. Es sind nur noch wenige Tage bis zur Aktionärsversammlung des Bergbaukonzerns Vale, dem die Bergbaufirma Samarco zur Hälfte gehört. Die AktivistInnen haben sich alle eine Aktie der Firma gekauft. Damit können sie auf der Versammlung reden und den Konzernchefs die Leviten lesen. Sie wollen gegen den Umgang der Firma mit dem Dammbau, über die Verantwortung der Vale reden. Die aus Maranhão angereisten AktivistInnen wollen über Carajás und die Folgen des Bergbaus für die AnrainerInnen sprechen. Die anderen kritisieren Vale für deren Geschäftspolitik und deren Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte. Vale ist weltweit tätig und erhielt 2012 bei der offenen Abstimmung für den von der Schweizer Nichtregierungsorganisation Erklärung von Bern ausgelobten Public Eye-Award die meisten Stimmen.<sup>4</sup> Dieser Negativ-Preis wird jährlich für »besonders üble Vergehen an Mensch und Umwelt« verliehen. Die Konzerne holen sich den Preis aber in der Regel nicht ab.

---

<sup>4</sup> Erklärung von Bern (EvB): Nominierte Firmen Public Eye Awards 2012, 1.1.2012, unter: [www.evb.ch/news/nominierte\\_firmen\\_public\\_eye\\_awards\\_2012/](http://www.evb.ch/news/nominierte_firmen_public_eye_awards_2012/).

Die AktivistInnen in der Aula sind wütend. Der Dambruch hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Aber sie arbeiten äußerst konzentriert. Die einzelnen Protestreden müssen aufeinander abgestimmt werden, es muss geklärt werden, wer sich wann auf der Aktionärsversammlung zu Wort meldet. Denn Redelisten gibt es nicht. Über jeden Tagesordnungspunkt wird einzeln abgestimmt. Bei der Stimmabgabe haben die AktivistInnen dann die Möglichkeit, ihr Abstimmungsverhalten zu begründen. Und dafür haben sie drei Minuten. Und für den Höhepunkt heben sie sich eine ganz besondere Überraschung auf.

Es ist der 25. April. Heute tagt in Rio de Janeiro, im Stadtviertel Barra da Tijuca, die Aktionärsversammlung von Vale. Zwei Handvoll AktionärInnen sind da – und die AktivistInnen, die sich durch den Kauf einer Aktie Rederecht auf der Versammlung verschafft haben. Nach mehreren kritischen Beiträgen und wiederholten Drohungen des Versammlungsleiters, ihnen das Mikrofon abzustellen, ließen die AktivistInnen die Überraschung aus dem Sack. Die Anwältin Raphaela Lopes von der Menschenrechtsorganisation Justiça Global aus Rio beantragte die Entlassung des Vorstands, des Aufsichtsrats und des Finanzbeirats. Sie erläuterte den anwesenden FirmenvertreterInnen, die sichtlich perplex waren, dass ihnen die Kontrolle über die Firma entglitten und der Umgang mit den Folgen des Dambruchs skandalös sei.

Das hatte es so bei Vale noch nicht gegeben. Entsprechend schmallippig reagierte das Konzernmanagement. Der Vorstandsvorsitzende weigerte sich, den Antrag entgegenzunehmen, er sei nicht Teil der Tagesordnung. Den AktivistInnen gelang es nach der Versammlung dennoch, den Antrag auf Entlassung des gesamten Führungspersonals ins offizielle Protokoll der Vale-Jahreshauptversammlung aufnehmen zu lassen. Immerhin.

Zeitgleich zur Aktionärsversammlung der Vale fand im Zentrum von Rio de Janeiro, am Largo da Carioca, ein Straßenprotest statt. Anwesend war auch Douglas Krenak, der aus Resplendor nach Rio gereist war. »Wasser ist Leben«, begann Douglas Krenak seinen Redebeitrag. »Und wir alle haben jetzt kein Wasser mehr. Der Watu Nek, der heilige Fluss, das war der Fluss, der uns Krenak Nahrung gegeben hat, der uns gesund gemacht hat, wenn wir krank wurden.« Watu Nek sei nun tot. »Unser Leben ist dadurch komplett zum Stillstand gekommen. Wegen dieser Art von Rohstoffausbeutung.«

Ein paar Hundert Kilometer weiter nördlich rattern noch immer die Züge schwerbeladen mit Eisenerz aus den Minen von Minas Gerais. Tag ein, tagaus.

### **Der Vertrag, der alles klären soll**

Einen Monat zuvor, Anfang März 2016, hatten die Firmen Samarco, Vale und BHP Billiton mit den zuständigen Behörden einen Vertrag unterzeichnet, der die Haftung für die Folgeschäden des Dammbrochs bei Mariana regeln soll. Gestaffelt auf zehn Jahre soll Samarco Entschädigungszahlungen in Höhe von umgerechnet bis zu 4,74 Milliarden Euro an eine Stiftung leisten. Davon unberührt bleiben die laufenden Strafermittlungen gegen führende ManagerInnen. Mit diesem Betrag sollen die Familienangehörigen der 19 durch die Schlammwelle Getöteten sowie diejenigen, deren Häuser, Ländereien und Güter durch die Schlammlawine zerstört wurden, entschädigt werden. Hinzu kommen aber Hunderttausende Menschen, die entlang der Flüsse Rio Gualaxo do Norte, Rio do Carmo und Rio Doce leben und deren Versorgung mit Trinkwasser und Wasser für die vieh- und landwirtschaftliche Nutzung durch die Flussverschmutzung unterbrochen wurde, ebenso wie Tausende KleinfischerInnen sowie die im Tourismus oder anderen Wirtschaftssektoren arbeitenden und vom Dammbroch und dessen Folgen betroffenen Menschen. Insgesamt wird von 3,5 Millionen Betroffenen ausgegangen, so die Zahlen eines brasilianischen Rückversicherers.<sup>5</sup> Teilweise werden monatliche Beihilfen gezahlt, teilweise werden die Folgeschäden wie Trinkwasserunterbrechung durch Wasserlieferung in Tankwagen ausgeglichen. Der Vertrag sieht zudem die Renaturierung der auf Hunderte Kilometer Länge zerstörten oder verseuchten Flussuferflächen vor.

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff sah diese Einigung als großen Erfolg an. Anlässlich der Vertragsunterzeichnung sagte sie den Medien, sie sei sich sicher, dass die Firmen »sich ihrer Verantwortung stellen« werden. Umweltministerin Izabella Teixeira gestand zwar ein, dass der Vertrag »ungewöhnlich« sei und es nun vor allem darum ginge, Glaubhaftigkeit zu erlangen. Der Gouverneur des flussabwärts betroffenen Bundesstaats Espírito Santo, Paulo Hartung, sagte, Ziel des Abkommen sei es, der Bevölkerung am Rio Doce einen Fluss zurückzugeben, der »besser als der alte« sei. Mit dem Vertrag ist den brasilianischen Behörden zumindest ansatzweise eine Neuerung gelungen, und zwar in Bezug auf die Haftbarmachung der für die Umweltkatastrophe verantwortlichen Firmen. Rechtlich haftet die Samarco nur mit ihrem Eigenkapital, die dahinterstehenden Eigentümerkonglomerate Vale und BHP haben jenseits dessen eigentlich keine Nachschusspflicht. So einfach kann die schöne Aktionärswelt sein: Profitabschöpfung

---

<sup>5</sup> Terra Brasis Resseguros: Terra Report. Edição Especial: Mariana, Mai 2016.

durch Dividenden ist theoretisch nach oben unbegrenzt, die Schadenshaftung nach unten praktischerweise begrenzt. In diesem Fall ist es jedoch gelungen, die Mutterkonzerne Vale und BHP Billiton dazu zu bringen, sich zur Übernahme von etwaigen Kosten bereit zu erklären, sollte die Tochtergesellschaft Samarco ihren Verpflichtungen nicht vollständig nachkommen können.

Damit, so Rouseff, sei Rechtssicherheit geschaffen worden. Sie versprach: »Es wird eine vollständige Wiederherstellung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Umwelt in dem von dem Disaster betroffenen Regionen geben, ohne irgendwelche finanziellen Beschränkungen. Bis auch der letzte Schaden vollständig behoben ist.«<sup>6</sup> In Paragraph 3 und 4 des Vertrags ist festgehalten: Sollten zusätzliche Mittel notwendig werden, um die Ausgangssituation im Katastrophen- und weiteren Einflussgebiet wiederherzustellen, so hat die Verursacherin, also die Samarco S.A., diese Leistungen zu übernehmen. Falls deren Eigenmittel dazu nicht ausreichen, so steht es in Paragraph 4, werden die Vale S.A. und BHP Billiton Brasil Ltda. die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

In der Tat ein juristisches Novum. Niemals zuvor wurden juristische Eigentümer von Aktiengesellschaften durch einen Vertrag haftbar gemacht. Es war der öffentliche und politische Druck, der zur Unterzeichnung dieses zu Recht als ungewöhnlich zu bezeichnenden Vertrags führte. Doch der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Sollten die zur Wiedergutmachung dieser massiven Umweltkatastrophe anfallenden Kosten die bisher eingeplanten knapp fünf Milliarden Euro übersteigen, so müssten Vale S.A. und BHP Billion Brasil Ltda. die entsprechend fehlenden Beträge nachschießen. Ruft man sich aber in Erinnerung, dass die (halbwegs zufriedenstellende) Säuberung des durch Industrieabwässer verunreinigten Rheins und die bescheidenen Ansätze zur Renaturierung von Deutschlands größtem Fluss in den vergangenen 50 Jahren um die 100 Milliarden Euro gekostet haben,<sup>7</sup> so weiß man ungefähr, was es finanziell bedeuten wird, will man der Bevölkerung entlang des Rio Doce tatsächlich einen Fluss zurückgeben, der »besser als der alte« ist. Bedenklich sollte außerdem stimmen: Der brasilianische Mutterkonzern von Samarco, Vale, musste kürzlich einen Mil-

---

<sup>6</sup> O Globo, 2.3.2016.

<sup>7</sup> So Klement Tockner, Direktor des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei, am 22. Januar 2016 auf dem »Flussfilmfest Berlin: Großes Kino für wilde Flüsse« in Berlin.

liardenverlust einräumen. Hinzu kommt, dass die BHP Billiton mit Hauptsitz im australischen Perth offenbar so schlau war, in den Vertragstext als verantwortliche Firma nicht die Mutterfirma, sondern die Tochterfirma in Brasilien, BHP Billiton Brasil Ltda. eintragen zu lassen. Ltda steht für »Limitada«, also eine Gesellschaft mit (nur) beschränkter Haftung.

### **Das beredte Schweigen der deutschen Rückversicherer**

Während entlang des Rio Doce 3,5 Millionen Menschen von prekärer Wasserversorgung betroffen sind, besteht aufseiten der Abnehmer des Erzrohstoffs der Samarco eine Mauer des Schweigens. »97% unseres Erzverkaufs erfolgt ins Ausland«, so Samarco auf ihrer Webseite. Konzerne in den USA, China, Japan, Europa und dem Nahen Osten sind demnach die Hauptabnehmer. Auf Europa entfällt ein Anteil von 20%.<sup>8</sup> Laut deutscher Außenhandelsstatistik zählt Samarco zu den Firmen, die Produkte im Gegenwert von über 50 Millionen Euro nach Deutschland einführen. Wie viel »über 50 Millionen Euro« genau heißt, darüber gibt die Statistik keine Auskunft. Auf den Webseiten der in Deutschland üblichen Verdächtigen, den Stahlkonzernen wie Thyssenkrupp oder Salzgitter, findet sich weder eine Kondolenzbotschaft noch Auskünfte darüber, wie man konkret die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette seiner Lieferanten überprüft und einhält.

»Audits kosten Geld, Ihr Geld, werte Aktionäre.« Dies hatte der Salzgitter-Chef Heinz Jörg Fuhrmann auf der Aktionärsversammlung 2015 in Braunschweig, angesprochen auf die Produktionsbedingungen bei ihren brasilianischen Erzzulieferern, gesagt. »Unsere Lieferanten sind alle ISO-zertifiziert«, erklärte Fuhrmann weiter. Dabei gehe es um die Normen ISO 9001 in Qualitätsfragen und ISO 1401 in Umweltfragen. Auf der Aktionärsversammlung 2016 erläuterte Fuhrmann auf Anfrage, von Samarco habe seine Firma nur im Jahre 2009 einige Hunderttausend Tonnen Erzpellets bezogen. Für Testzwecke. Danach nicht mehr. Thyssenkrupp seinerseits sagte, sie bezögen von Samarco keine Pellets. Aber in der Vergangenheit war das offenbar der Fall. Im Internet findet sich aber eine Präsentation von Samarco aus dem Jahre 2003, in der diese Thyssenkrupp zu ihren damaligen Kunden zählt.

Münchener Rück, Allianz und Hannover Rück – diese Firmen zählen zur Crème de la Crème der Versicherungsbranche. Als Konzerne mit Milliardenumsätzen bieten sie ihren Kunden gegen entsprechendes Geld Versi-

---

<sup>8</sup> Siehe hierzu die Rede von Igor Birindiba Batista.

cherungsschutz für so ziemlich alles an. Tritt ein Schadensfall ein, zahlt die Versicherung für den Schaden in zuvor vereinbarter Höhe. Da vor allem bei Großprojekten im Schadensfall die zu zahlenden Summen zunehmend größer werden, bündeln die Versicherungsfirmen ihre Schadenspolizen und lassen sich die entsprechenden Risiken rückversichern. Eine Rückversicherung ist also eine Versicherung für die Versicherung. Und die aus Deutschland stammenden Konzerne Münchener Rück, Allianz und Hannover Rück zählen zu den Weltmarktführern dieser Branche.

Der Anfang März 2016 zwischen Samarco, Vale und BHP Billiton mit den zuständigen Behörden geschlossene Vertrag geht von Schäden bis zu umgerechnet fünf Milliarden Euro aus. Früh kursierten Pressemeldungen, die Versicherungsgesellschaft Allianz aus München habe für den Damm Fundão des Minenbetreibers Samarco in Brasilien die Versicherung der Zivilschäden bei Dritten übernommen. Diesen Berichten zufolge sei die von der Allianz gezeichnete Police auf maximal 70 Millionen Reais (umgerechnet etwa 20 Millionen Euro) begrenzt,<sup>9</sup> manche sprechen von 70 Millionen US-Dollar.<sup>10</sup> Maximal 70 Millionen US-Dollar für Schäden, die höchstwahrscheinlich deutlich über die bislang kalkulierten fünf Milliarden Euro hinausgehen? Die Allianz wollte sich gegenüber Medien zu der vereinbarten Summe zunächst nicht äußern, ebenso wenig wie Samarco. Das erboste die Staatsanwaltschaft des von den Folgen des Dammbrochs hauptsächlich betroffenen Bundesstaats Espírito Santo derart, dass sie gerichtlich die Offenlegung der Versicherungspolizen einklagte. Der zuständige Richter am Landesgericht in Colatina drohte Samarco sogar mit einer Strafe von einer Million Reais für jeden Tag, den die Firma versäumt, die Polizen offenzulegen.<sup>11</sup> Wenige Tage später überreichten die AnwältInnen von Samarco dem zuständigen Gericht die Originaltexte der Versicherungspolizen und

---

<sup>9</sup> Bautzer, Tatiana/Alves, Aluísio: Insurers Could Pay Up to \$600M in Brazilian Dam Burst, 12.11.2015, unter: [www.carriermanagement.com/news/2015/11/12/147675.htm](http://www.carriermanagement.com/news/2015/11/12/147675.htm).

<sup>10</sup> Apólice: Seguradoras devem ter custo de US\$ 70 mi por acidente de Samarco em MG, 10.11.2015, unter: <http://revistaapolice.com.br/2015/11/seguradoras-devem-ter-custo-de-us-70-mi-por-acidente-de-samarco-em-mg/>.

<sup>11</sup> G1: Justiça do ES ordena que Samarco apresente apólices de seguro, 24.11.2015, unter: <http://g1.globo.com/espírito-santo/noticia/2015/11/justica-do-es-ordena-que-samarco-apresente-apolices-de-seguro.html>.

beantragten gleichzeitig die Geheimhaltung der Verträge.<sup>12</sup> Diese Geheimhaltung gilt bis heute.

Auch die Münchener Rück<sup>13</sup> ist, so verrät sie in ihrem Jahresbericht den AktionärInnen, an dem Rückversicherungskonsortium, das mit dem brasilianischen Minenbetreiber Samarco einen Vertrag abgeschlossen hat, beteiligt. Dort heißt es: »Die beiden mit Abstand größten Einzelschäden des Jahres waren die Explosionskatastrophe im Hafen von Tianjin in China (–175 Millionen €) sowie ein Dambruch in Brasilien (–156 Millionen €).«<sup>14</sup> Auch die Hannover Rück war involviert, listete sie doch auf ihrer Webseite unter der Rubrik »Großschäden« für das Jahr 2015 auf,<sup>15</sup> dass am 5. und 6. November 2015 in Brasilien ein »Sachschaden« entstanden sei, den die Hannover Rück mit 11,5 Millionen Euro entschädigen musste. Um Genaueres zu erfahren, müssen die Vorstände befragt werden.

Also bleibt nur, jeweils eine Aktie zu kaufen, und zwei Mal nach München und nach Hannover zu fahren, um dort auf den Jahreshauptversammlungen der Münchener Rück, der Allianz und der Hannover Rück das Rederecht zu nutzen, die Konzernchefs zu befragen und Antworten zu erhalten.

München, Ende April 2016. Tausende AktionärInnen strömen auf das Messegelände in die große Halle, um an der Jahreshauptversammlung des weltgrößten Rückversicherers teilzunehmen. Die Munich Re – oder Münchener Rückversicherung, wie sie vor ihrer Umbenennung hieß – wird wegen ihrer schieren Größe im Versicherungsgeschäft auch schon mal der »Weltversicherer« genannt.<sup>16</sup> Ob Fußball-WM, Olympische Spiele, Wolkkratzer, Brücken oder Monsterstaudämme – die Munich Re ist meist mit dabei. So auch beim Bergwerk-Deponie-Damm Fundão der Firma Samarco. Kurz nach neun Uhr am Morgen beginnt der Einlass. Nach Sicherheitskontrollen wie am Flughafen geht es an den Wortmeldetisch, um sich dort mit einem Redebeitrag anzumelden.

<sup>12</sup> EM, 2.12.2015, unter: [www.em.com.br/app/noticia/gerais/2015/12/02/interna\\_gerais,713658/samarco-cumpre-determinacao-da-justica-e-apresenta-apolices-de-seguros.shtml](http://www.em.com.br/app/noticia/gerais/2015/12/02/interna_gerais,713658/samarco-cumpre-determinacao-da-justica-e-apresenta-apolices-de-seguros.shtml).

<sup>13</sup> Im Folgenden wird an der alten, aber noch immer gültigen Eigenbezeichnung Münchener Rück beibehalten. Ausnahmen finden sich bei den Quellenverweisen.

<sup>14</sup> Münchener Rückversicherungsgesellschaft: Jahresbericht 2015, S. 78.

<sup>15</sup> Mittlerweile online ersetzt durch »Großschäden erstes Quartal 2016«. Siehe [www.hannover-rueck.de/189653/grossschaden](http://www.hannover-rueck.de/189653/grossschaden).

<sup>16</sup> Greenpeace Magazin, Ausgabe 3.11. unter: [www.greenpeace-magazin.de/der-weltversicherer](http://www.greenpeace-magazin.de/der-weltversicherer).

Es gibt keine Vorschrift, wie beim Tagesordnungspunkt offene Debatte die Reihenfolge die RednerInnen bestimmt wird. Die Versammlungsleitung, die der Vorsitz des Aufsichtsrats übernimmt, entscheidet aber auf den meisten Jahreshauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften meist nach zwei Kriterien: Je mehr Aktien, desto mehr Stimmrecht, desto bevorzugter in der Reihenfolge der RednerInnen.

Mit nur einer Aktie wären das also vergleichsweise ungünstige Startbedingungen, die bedeuten könnten, erst am späteren Nachmittag zur Rede aufgerufen zu werden, wenn die meisten AktionärInnen bereits bei Kaffee und Kuchen sitzen. Aber gerade deren ungeteilte Aufmerksamkeit ist wichtig, um den Konzernvorstand unter Druck zu setzen und halbwegs vernünftige Antworten herauszukitzeln. Denn kein Vorstand mag vor den eigenen AktionärInnen bloßgestellt werden, schon gar nicht vor mehreren Tausend.

Etlliche von denen, die nicht zur Aktionärsversammlung gehen, aber wollen, dass dort kritische Redebeiträge gehalten werden, übertragen ihr Stimm- und Rederecht beispielsweise dem Dachverband der Kritischen AktionärInnen aus Köln. Und dieser wiederum überträgt die Aktien derjenigen Person, die dort eine Rede halten will. So ist es nicht nur eine Aktie, sondern es sind mehrere Hundert, die da zusammenkommen. Das zweite Kriterium, das die Versammlungsleitung gern heranzieht, ist der Zeitpunkt der Anmeldung am Wortmeldetisch. Daher die Anmeldung um 9:05 Uhr am Morgen. Um zehn Uhr eröffnet die Hauptversammlung, rund andert-halb Stunden reden Vorstand und Aufsichtsrat, dann beginnt der Tagesordnungspunkt offene Debatte. Jede/r AktionärIn kann hier reden.

Das deutsche Aktiengesetz ist eigentlich recht eindeutig. Nach Paragraph § 131 Auskunftsrecht des Aktionärs ist jede Aktionärin und jeder Aktionär »auf Verlangen in der Hauptversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, soweit sie zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist. [...] Die Auskunft hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen. [...] Der Vorstand darf die Auskunft verweigern, soweit die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen.«<sup>17</sup> Dazu gehört auch, dass sich die Unternehmensvorstände oft mit dem Satz herausreden, dass sie zu konkreten Kundengeschäftsvorgängen grundsätzlich keine Aussagen treffen.

---

<sup>17</sup> Gesetzestext unter: <https://dejure.org/gesetze/AktG/131.html>.

Bei der offenen Debatte während der Hauptversammlung der Münchener Rück reden zuerst drei VertreterInnen der großen Aktionärs- und Investmentgesellschaften. Dann kann endlich die Fragerunde zur Mitverantwortung des »Weltversicherers« im Fall des weltweit schlimmsten Bergbaudammbruchs im November 2015 im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais beginnen.

Wie oft haben Fachleute im Auftrag der Münchener Rück vor dem Dammbruch bei Mariana den Damm Fundão vor Ort begutachtet, und auf welcher Basis wurde errechnet, dass in einem Schadensfall der Anteil der Münchener Rück 156 Millionen Euro betragen würde? Welchen Anteil am versicherten Gesamtschaden in Prozent deckt die Police ab? Deckt die Police der Münchener Rück den Schaden Dritter oder den entfallenen Gewinn der Minenbetreiberin Samarco? Hat sich niemals ein Techniker die Mühe gemacht, sich genauer das Tal anzuschauen, um zu bemerken, dass sich bei einem Unglück 62 Millionen Tonnen Giftschlamm – Gesetzen von Physik und Schwerkraft folgend – unweigerlich auf mehrere Hundert Kilometer ihren Weg bahnen würden? Hinzu kommt: Bei der Staatsanwaltschaft liegen die Aussagen von Ingenieuren vor, dass bereits vor Jahren auf die Gefahren eines Dammbruches hingewiesen wurde, den Hinweisen aber nicht nachgegangen wurde. Wie konnte es zu einer derart grob fahrlässigen Unterversicherung im Fall von Samarco kommen? Und hat die Münchener Rück aus dem Dammbruch bei Mariana irgendwelche Lehren gezogen? Wenn ja: welche konkret?<sup>18</sup>

Die Antworten des Vorstands hierzu fielen eher dürftig aus. Die Police, die die Münchener Rück als Teil des Rückversicherungskonsortiums abgeschlossen hat, decke zu einem Großteil die Erstattung der entgangenen Gewinne ab, die der Minenbetreiber Samarco durch den Betriebsausfall zu erleiden hatte, zu einem geringeren Teil auch die Sachschäden Dritter. Fachleute der Münchener Rück hätten vor Abschluss der Police sehr wohl den Damm begutachtet, und es sei sehr bedauerlich, was dort geschehen sei. Ein Dammbruch sei aber nicht absehbar gewesen.

Wenn das zutrifft: Warum hat dann Samarco überhaupt erst solch einen Vertrag abgeschlossen? Wie wir wissen, ist dies in Brasilien keine gesetz-

---

<sup>18</sup> Siehe hierzu Russau, Christian: Rede Münchener Rück AG, April 2016, unter: [http://kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden\\_2016/Rede\\_Christian\\_Russau\\_GegenStroemung-und-Kritische\\_Aktionaeere\\_MunichRe-April-2016.pdf#page=4](http://kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2016/Rede_Christian_Russau_GegenStroemung-und-Kritische_Aktionaeere_MunichRe-April-2016.pdf#page=4).

liche Verpflichtung. Und warum hat die Münchener Rück eine Rückversicherungspolice gegen einen potenziellen Dammbbruch über einen Bruchteil des bei dezidiertem Begutachtung doch weitaus größeren Schadensfalls gezeichnet?

Im Nachhinein, so die Münchener Rück, habe sich herausgestellt, dass nicht alles, was die Firma Samarco ihnen mitgeteilt habe, vollständig und lückenlos zutreffend gewesen sei. Es liefen diesbezüglich noch Prüfungen. Darüber hinaus bestimme die Höhe der Versicherungspolice der Kunde. »Und im Übrigen«, so der Vorstandsvorsitzende Nikolaus von Bomhardt, »seien Sie doch froh, dass wir das überhaupt versichert haben, sonst hätten die betroffenen Menschen dort nicht einen Pfennig!« Eine durchaus interessante Sichtweise. Vor allem, wenn man die Versicherungspolice genauer studiert.<sup>19</sup>

Der brasilianische Rückversicherer Terra Brasis Resseguros hat eine solche Analyse vorgenommen. Demnach belaufen sich die Schäden auf bis zu 26,2 Milliarden Reais, derzeit umgerechnet 6,83 Milliarden Euro. Die von den Versicherungen für die Schäden ausgezahlten Beträge betragen demnach 2,25 Milliarden Reais, das heißt 586 Millionen Euro. Dies entspricht also 8% des Gesamtschadens. Und von denen geht der Löwenanteil noch an Samarco selbst: zwei Milliarden Reais als Entschädigung für den Betriebsausfall. Samarco hat also vor allem sich selbst gegen etwaige Verluste durch einen Dammbbruch abgesichert. 250 Millionen Reais, 65 Millionen Euro, zahlen die Versicherer und Rückversicherer für direkte Schäden bei Dritten – und null Reais, null Euro, zahlen die Versicherer und Rückversicherer für Umweltschäden.<sup>20</sup>

680 Kilometer toter Fluss. FischerInnen ohne Auskommen. Menschen ohne Trinkwasser. Schadstoffe und Schwermetalle im Wasser. Und null Euro für die Betroffenen dieser Verseuchung. »Seien Sie doch froh, dass wir das überhaupt versichert haben, sonst hätten die betroffenen Menschen dort nicht einen Pfennig!« Genau das ist es. Nicht einen Pfennig.

»Hoffentlich Allianz versichert.« Die gleichen Fragen also eine Woche später, Anfang Mai 2016, wieder in München. Bereits die Antwort der Allianz-Geschäftsführung auf den zuvor eingereichten Antrag, der unter an-

---

<sup>19</sup> Röcker Netto, Oscar: Seguro cobre 8,3% dos danos de Mariana, estima Terra Brasis, 1.6.2016, unter: <http://riscosegurobrasil.com/materia/seguro-protege-menos-de-9-dos-danos-de-mariana-estima-terra-brasis/>.

<sup>20</sup> Terra Brasis Resseguros: Terra Report.

derem wegen der »grob fahrlässigen Unterversicherung«<sup>21</sup> des Dammes die Nichtentlastung des Vorstands forderte, ließ keine große Auskunftsbereitschaft erwarten. Dort hieß es: »Die Allianz ist Mitglied eines internationalen Rückversicherungskonsortiums, das für Sach- und Betriebsunterbrechungsschäden von Samarco infolge des Dammbrochs aufkommt, sowie Mitglied eines Haftpflichtversicherungskonsortiums. Die Allianz ist aber weder alleiniger Rückversicherer noch Führer eines Rückversicherungskonsortiums.«<sup>22</sup>

Immerhin hat die Allianz mittlerweile auf die jahrelange Kritik an ihrem Geschäftsgebaren dahingehend reagiert, dass sie »in den vergangenen Jahren 13 Sektoren identifiziert [hat], die hinsichtlich ihrer Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken besonders exponiert sind. Dazu zählen Sektoren wie der Bergbau, Staudämme, Infrastruktur, Öl und Gas, Nuklear sowie der Themenbereich Menschenrechte und auch Waffen.«<sup>23</sup> Für alle Sektoren und Themenbereiche habe die Allianz »detaillierte Kriterien entwickelt, nach denen wir seit 2014 jedes Geschäft prüfen. Um es konkret zu machen – bei Staudämmen zählen dazu die Umsiedlung von betroffenen Bewohnern, negative Einflüsse auf die Biodiversität oder auch die Arbeitssicherheit auf der Baustelle«.

Die Allianz hat auf der Aktionärsversammlung im Mai 2016 angekündigt, nach Ablauf des zweiten Quartals 2016 diese Kriterien öffentlich zu machen. Mehr Transparenz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn die Konkurrentin der Allianz, die Münchener Rück beispielsweise, weigert sich beharrlich, ihre Kriterien, in welchen Fällen sie ein umstrittenes Projekt versichert und wann nicht, offenzulegen. »Bloß keine Ausschlusskriterien, man will bei flexiblen Fall-zu-Fall-Entscheidungen bleiben und letztlich soll fast jedes Geschäft im Dialog mit dem Kunden noch absicherungsfähig bleiben«, so die Kritik der Menschenrechts- und Umweltaktivistin Barbara Happe von der Nichtregierungsorganisation *urgewald*.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Gegenanträge zur Allianz-Hauptversammlung und Antworten der Allianz-Geschäftsführung unter: [www.allianz.com/v\\_1461229852000/media/investor\\_relations/de/hauptversammlung/archiv\\_1999\\_2016/hv\\_2016/hv2016\\_gegenantraege.pdf#page=7](http://www.allianz.com/v_1461229852000/media/investor_relations/de/hauptversammlung/archiv_1999_2016/hv_2016/hv2016_gegenantraege.pdf#page=7).

<sup>22</sup> Ebd., S. 12.

<sup>23</sup> Allianz-Nachhaltigkeitsbericht 2015, unter: [www.allianz.com/de/presse/news/engagement/gesellschaft/160502\\_der-allianz-nachhaltigkeitsbericht-2015/](http://www.allianz.com/de/presse/news/engagement/gesellschaft/160502_der-allianz-nachhaltigkeitsbericht-2015/).

<sup>24</sup> Happe, Barbara: Bericht zur Aktionärsversammlung Münchener Rück, April 2016, unter: [www.urgewald.org/artikel/munich-re-gegen-reputationsschaeden](http://www.urgewald.org/artikel/munich-re-gegen-reputationsschaeden).

Wieder eine Woche später. Diesmal Hannover. Wieder das gleiche Frage-Antwort-Spiel. Diesmal bei der Hannover Rück. Deren Reaktion: Von einer »grob fahrlässigen Unterversicherung« könne keine Rede sein, es sei vielmehr den Versicherern zu verdanken, dass sie den Menschen ihre Schäden ersetzen.

In Brasiliens Nationalkongress wird derweil die am Morgen des Bergwerkdammbruchs ad acta gelegte Gesetzesinitiative über Dammbbruchversicherungen aus den Schubladen geholt und im politischen Machtpoker im Land debattiert. Die Menschen am nunmehr toten Fluss werden davon nichts mehr haben.



# Kapitel 6

## Abstauben in Rio de Janeiro

Rio, »cidade maravilhosa« – Rio, die wunderbare Stadt. Es hätte alles so schön werden sollen, wäre es nach den Plänen der Chefs von Thyssenkrupp gegangen. In Santa Cruz – in der Westzone und einem Hotspot der industriellen Entwicklung der Stadt, wo sich nahe der strategisch wichtigen Bucht von Sepetiba bereits mehrere Erzverladehäfen, ein Militärflughafen sowie die Werft, in der Brasiliens erstes Atom-U-Boot gebaut wird, befinden – würde das größte Stahlwerk Lateinamerikas entstehen: Thyssenkrupp Companhia Siderúrgica do Atlântico, kurz TKCSA genannt. In der Bauphase 2006 bis 2010 sollten hier bis zu 30.000 Menschen aus der Region eine Beschäftigung finden, langfristig sollten 3.500 bis 5.500 feste Arbeitsplätze geschaffen und ab 2010 jährlich etwa fünf Millionen Tonnen Stahlbrammen per Schiff in die USA und nach Deutschland geliefert werden. Damit ging das Versprechen einher, lokale Zuliefererfirmen zu stärken, was PolitikerInnen in der Stadt positive Nachrichten zu besten Sendezeiten beschert hätte. Auch deutsche Politprominenz wie der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zeigte sich gern auf der TKCSA-Baustelle. Schließlich hatte die Bundesregierung für eine Anlagenslieferung an das Stahlwerk durch eine Drittfirma aus Deutschland Exportkreditgarantien in Höhe von 200.000 Euro vergeben. Das Projekt war ihrer Ansicht nach »förderungswürdig und risikomäßig vertretbar«.<sup>1</sup>

Wie nebenbei sollte das neue Hüttenwerk am Zuckerhut für Thyssenkrupp all die in Deutschland aufkommenden Probleme<sup>2</sup> entschärfen: die zunehmenden EU-Auflagen, die Feinstaubbelastung zu reduzieren, die Vorgaben der neuen EU-Richtlinie für Energieeffizienz, den Energieverbrauch

---

<sup>1</sup> Russau, Christian: ThyssenKrupp-Stahlwerk in Rio de Janeiro: »In Deutschland hätten wir ein Vielfaches dieser Zeit gebraucht«, 10.3.2014, unter: <http://blogs.taz.de/latinorama/2014/03/10/thyssenkrupp-stahlwerk-in-rio-de-janeiro-in-deutschland-hatten-wir-ein-vielfaches-dieser-zeit-gebraucht/>.

<sup>2</sup> Zum Folgenden siehe Russau, Christian: Die ach so grüne Stahlschmelze in der cidade maravilhosa. Wie ThyssenKrupp und Rios Politiker Fischer, Anwohner und Umwelt in Rio verschaukeln – und das Ganze auch noch als »grün, grüner, am grünsten« verkauft wird, Juli 2012, unter: [http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/07/die-ach-so-gruene-Stahlschmelze\\_Christian-Russau.pdf](http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/07/die-ach-so-gruene-Stahlschmelze_Christian-Russau.pdf).

jährlich um 1,5% zu senken, die geplante Verknappung der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate, die von der Stahlindustrie beklagten EU-Benchmark-Werte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die steigenden Strompreise in Deutschland. Zudem stand zu befürchten, dass das öffentliche Unbehagen angesichts der Befreiung energieintensiver Betriebe in Deutschland von der EEG-Umlage (eingeführt zur Förderung von Erneuerbaren-Energie-Anlagen) wachsen und diese politische Entscheidung wieder rückgängig gemacht werden könnte. Ärgerlich aus Betriebssicht war ferner die im Heimatland geltende Bauvorschrift, wonach von der äußersten Emissionsquelle eines Stahlwerks (egal ob es sich dabei um den Schornstein eines Hochofens oder um die Abzugsdunsthäube der betriebseigenen Kantine handelt) bis zur nächsten Behausung ein Mindestabstand von 1.500 Metern eingehalten werden muss. All diese Auflagen konnten beim neuen Werk in Rio getrost vernachlässigt werden. Der damalige Abteilungsdirektor Umweltschutz bei Thyssenkrupp Steel, Gunnar Still, lobte 2009 die Schnelligkeit der brasilianischen Behörden bei der Baubewilligung. »In Deutschland hätten wir ein Vielfaches dieser Zeit gebraucht.«<sup>3</sup> Brasilien, Rio de Janeiro, Stadt am Zuckerhut: das neue El Dorado!

### **Das Stahlwerk und die FischerInnen**

Das Werk TKCSA orientiert sich angeblich an modernster Technologie und an höchsten Umweltstandards. Das Werk sei »bei Stahlwerks- und Umwelttechnologie auf dem neusten Stand der Technik und wird damit Maßstäbe setzen«, ließ Thyssenkrupp verlauten.<sup>4</sup> Und das Schmankerl oben drauf: Da giftige Gase von Kokerei und Hochofen zur Stromgewinnung mittels Gasturbinen verbrannt und die Rückwärme der Anlagen im Kraftwerk über Dampfturbinen weiterverwendet werden, sollten Teile des Stahlwerks als »Clean Development Mechanism«-Projekt beim United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) anerkannt werden. Dieser wird kurz als CDM-Mechanismus bezeichnet und soll Maßnahmen in Ländern des globalen Südens, die zu einer Reduzierung von Treibhausgasen beitragen, mit Zertifikaten auszeichnen, die wiederum mit nicht erreichten Einsparungen bei Emissionen in den Ländern des globalen Norden verrechnet werden. Ein grüner Mantel also für den Export schmutziger Industrie in die

---

<sup>3</sup> Zit. nach: Russau: ThyssenKrupp-Stahlwerk in Rio de Janeiro.

<sup>4</sup> So Thyssenkrupp in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem AWZ-Ausschuss des Deutschen Bundestags, 27. Januar 2010. Das Dokument liegt dem Autor vor.

Länder des globalen Südens. Schade nur, dass der vom UNFCCC abgesegnete »grüne Deal« im Rahmen des CDM-Mechanismus bei TKCSA aus unerklärlichen Gründen nicht funktionierte. Erschien auf der UNFCCC-Webseite das TKCSA-CDM-Projekt der Gasverbrennung und Abwärmenutzung bis 2011 als »beantragt«, so änderte sich der Status Mitte 2011 in »withdrawn« – zurückgezogen also. Auf wiederholte Fragen auf den Aktionärsversammlungen 2012 und 2013 gab der Thyssenkrupp-Vorstand jeweils nur ausweichende Antworten. Heute ist der Antrag auf Anerkennung der Emissionsminderung am TKCSA-Stahlwerk durch Abgas- und Abwärmenutzung im Nirwana der Behördenbewilligungen verschwunden. Und das ist nicht verwunderlich.

Der Multi aus Essen hatte in seiner Euphorie zwar die Rechnung mit den Wirten – dem Bürgermeister von Rio Janeiro, dem Gouverneur des Bundesstaates und dem damaligen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva – gemacht, aber ganz offensichtlich ohne die Bevölkerung von Santa Cruz. Die lokalen FischerInnen waren die ersten, die gegen das Stahlwerk protestierten, denn sie hatten bereits unter der Erweiterung der Hafenanlagen für das geplante Stahlwerk zu leiden. Mehrere Kilometer reicht der Pier von Thyssenkrupp in die Bucht von Sepetiba hinein. Während der Bauarbeiten war ein Großteil der Bucht für die FischerInnen gesperrt worden. Und dann wurden ihre Netze von Tag zu Tag leerer. Die Statistiken des Fischereiverbandes FAPESCA des Bundesstaates Rio de Janeiro sprechen eine klare Sprache: Die Fangmengen betragen heute nur noch maximal ein Fünftel der Ausbeute vor Beginn der Bauarbeiten.

Die FischerInnen sind sich sicher, dass bei der Ausbaggerung des Hafens die Sedimente aufgewirbelt wurden, sodass die an den Feststoffen sich anreichernden Schwermetalle wie Zink, Kadmium und Arsen wieder freigesetzt wurden. Diese hochtoxischen Stoffe stammen von der bereits in den 1980er Jahren pleite gegangenen Zinkfabrik Ingá Mercantil, auf deren heute brachliegendem Grundstück in den 1990er Jahren ein Damm gebrochen war. Damals waren unzählige Tonnen an Schwermetallen direkt in die Bucht gelangt. Fischfang war jahrelang nicht mehr möglich gewesen. Doch durch den Ablagerungsprozess war die Wasserqualität in der Bucht im Lauf der Jahre wieder besser geworden, so die Auskunft der FischerInnen.

Die Baggerarbeiten für den Tiefseehafen waren die wohl größte technische Herausforderung beim Bau des Stahlwerkkomplexes. Die Schwermetalle der geborstenen Zinkdeponie Ingá Mercantil, die seit Jahren im Grund sedimentiert waren, sollten fachgerecht entsorgt werden. An Land

wäre das zu teuer gewesen, also sollte eine Unterwasserdeponie angelegt werden. Im Zuge dieser Arbeiten sei ein großer Teil der giftigen Sedimente aufgewirbelt statt vergraben worden. Und dafür sei Thyssenkrupp verantwortlich, so die FischerInnen der Bucht von Sepetiba.

Das Unternehmen widerspricht diesem Vorwurf, die in der Bucht vorgefundenen mit Schwermetall verseuchten Sedimente seien unsachgemäß behandelt worden. Durch das angewandte Dekontaminierungsverfahren sei das entsprechende Material »in Schichten innerhalb unterirdischer Höhlen sicher gelagert [worden], ohne aufgewühlt zu werden«.<sup>5</sup> Der kontaminierte Aushub sei umweltschonend unter hohen Kosten nachhaltig versiegelt worden. Folgt man der Darstellung des niederländischen Unternehmens Royal Boskalis Westminster N.V., das die Aushub- und Verbringungsarbeiten ausgeführt hat, so erscheinen manche dieser Aussagen in einem etwas anderen Licht. So ist in dessen Projektbeschreibung für das sogenannte CDF-Dekontaminierungsverfahren in der Bucht von Sepetiba anstatt von »Höhlen« von »Gruben« die Rede. Die »nachhaltige Versiegelung« bestand nach Auskunft von Boskalis aus einer »Bedeckung mit zwei Metern sauberen Erdreichs«.<sup>6</sup> Boskalis betonte, dass während der Arbeiten »die Wasserqualität täglich an mehreren ausgewählten Standorten überprüft« worden sei. Die »wichtigsten überprüften Parameter« seien der Trübungsgrad, die Wassertemperatur und der Salzgehalt gewesen. Dass keine Aussagen über die Messung von Schwermetallen getroffen wurden, spricht Bände. Die Überprüfung der Wasserqualität obliegt eigentlich den Behörden – doch das Umweltamt Rio de Janeiros INEA hat im Dezember 2009 auf Anfrage erklärt, dass es diese Daten nicht selbst erhebt. Die Betreiber von TKCSA sammelten die Daten und reichten sie dann an das Umweltamt weiter. Der Thyssenkrupp-Konzernvorstand erläuterte dazu auf der Aktionärsversammlung 2010, dass brasilianische Fachfirmen im Auftrag von TKCSA diese Daten erheben – das Monitoring erfolge durch das Institut TuTech der Universität Hamburg-Harburg. Doch auch diese Daten wurden bislang nicht freigegeben, obwohl es diesbezüglich eine Anfrage aus dem Deutschen Bundestag gegeben hatte.

---

<sup>5</sup> Ebd., S. 5.

<sup>6</sup> Russau, Christian: »Ihr beutet das Erz aus – uns Fischern bleibt die Schlacke!« Konflikt um den Stahlwerksbau von ThyssenKrupp bei Rio de Janeiro, in: Brasilien Nachrichten. Nr. 141, Mai 2010, unter: [www.brasiliennachrichten.de/umwelt/90-ihr-beudet-das-erz-aus-uns-fischern-bleibt-die-schlacke](http://www.brasiliennachrichten.de/umwelt/90-ihr-beudet-das-erz-aus-uns-fischern-bleibt-die-schlacke).

Das gleiche Bild in Rio: Die INEA veröffentlicht auch keine Wasserdaten aus dem Einzugsbereich des Stahlwerks und Hafenkais, obwohl sie diese Daten haben. Trotz offizieller Anfrage vom Menschenrechtsausschuss des Landesparlaments von Rio de Janeiro wurden diese Daten zur Wasserqualität in der Bucht bis heute nicht freigegeben.

Thyssenkrupp wies ebenfalls den von FischerInnen und UmweltaktivistInnen geäußerten Vorwurf zurück, das Werk werde in einem Naturschutzgebiet gebaut: »Das Baugelände des Stahlwerks liegt nicht in einem Naturschutzgebiet.«<sup>7</sup> Und weiter erklärt Thyssenkrupp: »Unter generellem Naturschutz stehen nach brasilianischem Recht nur die mit Mangroven bewachsenen Küstenstreifen und die Flussufer.« Nun sind die Mangroven vor Ort unübersehbar. Durch den Mangrovenbewuchs ist das Gebiet automatisch ein Naturschutzgebiet, auch ohne das Aufstellen von Hinweisschildern vor Ort. 2005 hatte die Landesregierung noch ausdrücklich mit Bezug auf diesen Charakter die Besetzung und Besiedlung der Landlosenbewegung MST auf dem Gelände für illegal erklärt. 75 Familien, die dort gelebt und Kürbis, Salate, Bohnen und Gemüse für den Eigenverzehr angebaut hatten, wurden von der Polizei geräumt und umgesiedelt, weil sie sich in einem Naturschutzgebiet niedergelassen hatten. Doch als Thyssenkrupp kam und dort das Stahlwerk errichten wollte, galt für die Regierung das Naturschutzargument auf einmal nicht mehr.

Hinzu kommt, dass die Bucht seit dem Hafenausbau mehr und schneller versandet: Die Strömungen haben sich geändert und die FischerInnen müssen durch den Schlick zu ihren Booten staken. »Das habe ich ein paar Mal gemacht«, berichtet Fischer Pedro.<sup>8</sup> »Danach hatte ich sofort schlimmsten Ausschlag an den Beinen. Dort ist alles komplett verseucht!« Viel schwerwiegender ist für die Fischer aber das Verschwinden der Fische. »Thyssenkrupp hat genau an der Stelle die Hafeneinfahrt ausbaggern lassen, die wir Fischer seit Generationen schützen, weil dort die bevorzugten Laichgründe der Bucht sind.« Der Fischer Jaci wirkt traurig, er erzählt von seinen Zweifeln und Depressionen. Er zeigt hinaus auf den Kanal, wo hinten das Stahlwerk steht. »Sie haben in der Bucht ihren kilometerlangen Pier hingebaut, der zieht sich direkt durch das Mangrovegebiet und reicht bis weit dahinten ins Wasser, wo dann die ganz großen Schiffe anlegen. Da

---

<sup>7</sup> So Thyssenkrupp in der schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem AWZ-Ausschuss des Deutschen Bundestags, 27. Januar 2010, S. 3.

<sup>8</sup> Auf Wunsch des Fischers wurde sein Name geändert.

vorn aber«, erklärt Seu Jaci, »da war das Laichgebiet der Fische, da, ganz nahe an den Mangoven. Jetzt ist da der Pier des Stahlwerks.« Jaci schirmt seine Augen mit den Händen ab und deutet auf die Urubu, die Aas fressenden Rabengeier, die langsam durch die Hitze gleiten. »Die da warten schon auf uns«, sagt er.

»Wenn es noch irgendeine Umweltsauerei gibt, die es hier in der Westzone noch nicht gibt, könnt ihr sie ruhig herbringen, hier sind wir eh' schon fertig. Wir krepieren hier sowieso.« Der Fischer Jaci wirkt, als hätte er allen Mut verloren. »Ich habe eigentlich schon keine Lust mehr am Leben.« Früher hat er 150 Kilo Fisch an einem Tag aus dem Fluss gezogen. Meeräschen, Tigersalmmler, Bunt- oder Wolfsbarsche und Krebse. »Heute komme ich kaum mehr auf ein paar Kilo.«

Wer soll den Schaden ersetzen? Für die FischerInnen steht fest: der Verursacher des Problems, und das ist für sie Thyssenkrupp. Doch niemand von der Firma ließ mit sich reden. Mit 42 Fischerbooten haben sie 2008 ein Industrieschiff blockiert, das mit den Aushebungsarbeiten für den Hafenzugang beschäftigt war, und so die Bauarbeiten für mehrere Stunden unterbrochen. Erst dann erklärte sich ein Verantwortlicher der TKCSA zu Gesprächen bereit. Er kam mit einem Hubschrauber angeflogen und lud die protestierenden FischerInnen zu einem Gespräch auf das Werksgelände. »Aber was sie uns zeigten, war ein Video über das tolle, neue Stahlwerk – und wie schön alles werden würde. [...] Die zeigten so ein Werbevideo, da haben wir aus Protest das Treffen sofort abgebrochen«, so der Kleinfischer Luis Carlos Oliveira, der 2010 nach Deutschland gereist war, um den Protest gegen den Stahlriesen in die Heimat des Unternehmens zu tragen.

Nach dem Auftritt Oliveiras auf der Aktionärsversammlung von Thyssenkrupp im Januar 2010 gab es zahlreiche Medienberichte<sup>9</sup> und Fernsehdokumentationen zum Bau von TKCSA und dessen negativen sozialen und ökologischen Folgen. Das *Handelsblatt* sprach im Zusammenhang mit dem größten Stahlwerk Lateinamerikas von »Krisenwerk« und »Desaster«,<sup>10</sup> in

<sup>9</sup> Siehe die Liste der Veröffentlichungen zum Fall TKCSA auf Deutsch unter: [www.fdcl.org/2014/02/der-fall-tkcsa-das-thyssenkrupp-stahlwerk-in-rio-de-janeiro/](http://www.fdcl.org/2014/02/der-fall-tkcsa-das-thyssenkrupp-stahlwerk-in-rio-de-janeiro/).

<sup>10</sup> *Handelsblatt*, 30.1.2015, unter: [www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/in-brasilien-thyssenkrupp-wartet-auf-erlaubnis-fuer-krisenwerk/11306080.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/in-brasilien-thyssenkrupp-wartet-auf-erlaubnis-fuer-krisenwerk/11306080.html).

der *Wirtschaftswoche* war von »Schrott«,<sup>11</sup> im *Spiegel* von »Pfusch« die Rede.<sup>12</sup> Ein Imagedesaster für den Stahlkocher aus dem Ruhrgebiet.

Die KleinfischerInnen von der Bucht von Sepetiba – 70 Kilometer vom Stadtzentrum von Rio entfernt, aber immer noch Stadtgebiet von Rio –, diese FischerInnen waren die ersten, die protestierten. Gegen die Morddrohungen der Milizen, die nach ihrer Auffassung mutmaßlich als Werkschutz des Stahlwerks angestellt waren, gegen die Einbußen beim Fischfang, gegen die Verschmutzung der Bucht, gegen das überhebliche Auftreten der ManagerInnen aus Deutschland, die sie als FischerInnen nicht wahrnehmen wollten und denen es egal zu sein schien, wie ein/e KleinfischerIn vor Ort überleben kann. Aber dies war der wohl schwerwiegendste Fehler, den Thyssenkrupp beim Bau seines mittlerweile bis zu acht Milliarden Euro teuren Stahlwerks gemacht hat: die lokalen KleinfischerInnen nicht auf der Rechnung gehabt zu haben.

Die Stahlbosse aus dem Ruhrpott verweigern jeglichen Dialog mit ihnen – bis heute. Das aber könnte teuer werden für Thyssenkrupp. Laut Auskunft von Ekkehard Schulz – ehemaliger Vorstandsvorsitzender, der vor Jahren wegen des »Desasters« in Rio de Janeiro geschasst worden ist – belief sich die geforderte Entschädigungssumme der FischerInnen auf insgesamt 280 Millionen Euro (Angaben von 2011). Zins und Zinseszins sind darin noch nicht enthalten. Auch wenn die brasilianische Justiz nicht unbedingt für ihre Schnelligkeit bekannt ist, wird irgendwann einmal ein Urteil gesprochen werden, das auf diese Entschädigungsforderungen eingeht.

Das hat Thyssen in der Vergangenheit schon erfahren.<sup>13</sup> Eine brasilianische Tochterfirma hatte 1988 im Bundesstaat Rio de Janeiro ein ähnliches Umweltvergehen durch Gewässerverschmutzung begangen. Der Prozess gegen das Unternehmen, das Thyssen vor Jahren weiterverkauft hat, dauerte 22 Jahre. Ende 2010 wurde die Firma, mittlerweile unter anderem Namen und mit anderem Eigentümer, wegen der Umweltverschmutzung in erster Instanz verurteilt. Vielleicht spekulieren sie bei Thyssenkrupp ge-

---

<sup>11</sup> *Wirtschaftswoche*, 5.11.2011, unter: [www.wiwo.de/unternehmen/industrie/thyssen-krupp-stuerzt-ekkehard-schulz-ueber-amerika-desaster/5922412.html](http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/thyssen-krupp-stuerzt-ekkehard-schulz-ueber-amerika-desaster/5922412.html).

<sup>12</sup> *Spiegel Online*, 28.10.2013, unter: [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/pfusch-bei-werksbau-in-brasilien-thyssenkrupp-bekommt-schadensersatz-a-930368.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/pfusch-bei-werksbau-in-brasilien-thyssenkrupp-bekommt-schadensersatz-a-930368.html).

<sup>13</sup> Siehe Russau, Christian: Rede auf Thyssenkrupp Aktionärsversammlung am 20.1.2012 in Bochum, unter: [www.kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden\\_2012/Rede\\_Christian\\_Russau\\_ThyssenKrupp\\_HV\\_2012.pdf](http://www.kritischeaktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2012/Rede_Christian_Russau_ThyssenKrupp_HV_2012.pdf).

nau auf diese Langsamkeit der Justiz. Womöglich käme das den Firmenverantwortlichen ganz recht, denn vielleicht orientieren sich einige von ihnen an der in den letzten zwei Dekaden in Aktiengesellschaften so beliebt gewordenen Strategie, Rechtsstreitigkeiten hinauszuzögern und keine die Bilanz vermiesenden Rückstellungen auszuweisen. Soll sich doch später der neue Vorstand darum kümmern! Das schönt die Bilanz und sichert die eigenen Boni.

### **Der Staub und die AnwohnerInnen**

Mitte 2010 ist das Stahlwerk TKCSA in Betrieb gegangen. Recht bald nach der Eröffnung meldeten die lokalen Abendnachrichten, Staub aus dem Stahlwerk dringe in die Häuser der AnwohnerInnen. Einer der bekanntesten Journalisten Brasiliens, Ricardo Boechat, schimpfte in der meistgehörten Radiosendung von Rio de Janeiro (Bandnews FM): »Da wird mit viel Tamtam durch den Gouverneur und den Minister das Stahlwerk eröffnet! Da wird das groß willkommen geheißen, weil es Arbeitsplätze bringt! So eine Industrie ist willkommen im Austausch gegen Jobs und Steuern, aber nicht, wenn sie die Umwelt verschmutzt.« »Gibt es denn keine Filter dagegen? [...] Ich stelle persönlich die Aussage des Unternehmens infrage, dass sie die bestmögliche Technik verwenden. Wenn sie nicht die bestmögliche Technik verwenden, dann schließt das Ding sofort!«, forderte Boechat. Wie könne es sein, dass ein Land wie Deutschland, das so viel für den Umweltschutz tue, seine Industrie exportiere, die dann andere Länder verseuche. »Was für eine Barbarei! Eine deutsche Firma!«, schimpfte der Journalist, bevor er verächtlich hinzufügte: »Chucrute!« Chucrute bedeutet Sauerkraut.

Die AnwohnerInnen klagen seit Inbetriebnahme des ersten Hochofens des TKCSA über ungewöhnlichen Husten, vermehrte Allergien, Augenreizungen sowie über Schleimhaut- und Hautentzündungen. Meldungen sich häufender Krankheitsfälle und Krankenhausaufenthalte machen die Runde. »Jeden Tag muss ich vier, fünf Mal im ganzen Haus diesen Drecksstaub wegwischen – und ich komme aus dem Husten gar nicht mehr raus«, berichtet Seu Raimundo wütend. »Dieser Staub zerstört uns nach und nach. Mich. Meine Familie. Meine Nachbarn und Freunde.« Der Rentner wohnte sein Leben lang in Santa Cruz, sein kleines Haus liegt direkt gegenüber dem Stahlwerk. »Dieses Stahlwerk da, das produziert so viel Staub, die schleudern diesen Staub in mein Haus!« Seu Raimundo wohnt 250 Meter vom Stahlwerk entfernt. Je mehr er redet, desto wütender wirkt er, und gleichzeitig kämpft er mit den Tränen. »Habe ich das verdient, hier wie ein recht-

loser Sklave in Nebukadnezars Babylon zu leben?« Seu Raimundo geht jede Woche in eines der kleinen evangelikalen Gemeindehäuser, die es überall in Brasilien zuhauf gibt. Seine Rede ist voll von Beispielen aus dem Alten und dem Neuen Testament. Wie Hiob fühle er sich, aber wieso es denn gerade so ein Stahlwerkmonster sein müsse, dass ihm so zusetzt, fragt er.

Ähnlich äußert sich seine Nachbarin Andréa Lucynait. Auch sie fühlt sich im Stich gelassen. Bis 2006 die Bauplanungen begannen, so die Mitteldreißigerin, »war Santa Cruz eines der vielen Viertel am Rande der Stadt, im Grunde ein vergessener Ort. Seitdem erleben wir eine Situation des Terrors, hervorgerufen durch den Bau der TKCSA.« Mit Terror meint sie den Stahlwerkstaub, der täglich auf sie niederregnet. »Die haben da diese großen Werbeposter überall hingehängt mit dem Spruch: ›Wir denken die Zukunft des Stahls.‹ Ich denke nicht über die Zukunft des Stahls nach, ich denke an die Zukunft des Lebens. Stahl interessiert mich nicht.« Sie hustet. Und erklärt, dass in ihrer Umgebung jetzt alle husten und dass ihr das Angst macht. »Da gibt es all die Krankheitsfälle, die Krebsfälle hier – und es gibt keine umfassende Studie dazu, keinen Bericht, der das untersucht.«

Anfang Dezember 2010 reichte die Landesstaatsanwaltschaft Klage gegen die Betreiber der TKCSA ein. Die Verantwortlichen werden Umweltvergehen beschuldigt, auf Portugiesisch heißt es ein wenig deutlicher: *crime ambiental* (Umweltverbrechen). Die Staatsanwaltschaft kündigte zudem an, bei anhaltenden Verstößen gegen Umweltauflagen das Werk schließen zu lassen. Den Verantwortlichen drohen bis zu 19 Jahre Haft in dem noch immer laufenden Verfahren. Just in der Woche, als die Klage der Staatsanwaltschaft bekannt wurde, reiste einer der Angeklagten, der zuständige deutsche Bauleiter, nach Deutschland aus – um seine sicherlich wohlverdiente Rente zu beziehen.<sup>14</sup>

Etwa gleichzeitig wurde in Santa Cruz entgegen anderslautenden Behauptungen von Umweltamt und Umweltminister der zweite Hochofen des Stahlwerks hochgefahren. Dies war dem Unternehmen nur durch einen Erlass des damaligen Gouverneurs des Bundesstaates, Sérgio Cabral, möglich. Dieser hatte laut Medienberichten befürchtet, ThyssenKrupp würde ohne diese Genehmigung rund 800 seiner ArbeiterInnen entlassen.

---

<sup>14</sup> Russau, Christian: Anklage gegen ThyssenKrupp-Tochter erhoben. Deutschem Konzern werden in Brasilien massive Umweltverstöße vorgeworfen. Projektverantwortlichen drohen bis zu 19 Jahren Haft und weitere Sanktionen, 7.12.2010, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2010/12/17678/anklage-thyssenkrupp-brasilien>.

Kurz zuvor hatte das Umweltamt noch ein 60-tägiges Audit gefordert, das die Umweltverschmutzungen unabhängig untersuchen sollte, bevor der zweite Hochofen mit über 2,5 Millionen Tonnen Jahresproduktion in Betrieb hätte gehen dürfen.

Um die Genehmigung für das Hochfahren des zweiten Hochofens zu erhalten, wurden von der US-amerikanischen Consulting CH2M HILL in einem Kurzaudit die Auflagen dafür festgelegt. Demnach müsse sich die Menge der Roheisenproduktion der Hochöfen sowie die Nutzung der Notgruben an der Windrichtung orientieren. »Wenn die dokumentierte Windrichtung nach dem TKCSA-Komplex die Stadt von Santa Cruz ins Ziel nimmt, so muss TKCSA sofort die Roheisenabgussrate in die Notgruben auf ein Minimum reduzieren«, so das dem Autor vorliegende Dokument von CH2M HILL. Der offensichtliche Grund: Das Stahlwerk liegt einfach zu nah am Wohngebiet.<sup>15</sup> Ein laufender Betrieb von Hochofen, Sinteranlage und Stahlwerk, ausgerichtet nach der jeweiligen Windrichtung? Dass eine solche Auflage in der Praxis befolgt wird, daran glaubt in Santa Cruz, Sepetiba und Umgebung wohl niemand. Notgruben sind jedenfalls für Notfälle da, die sich nicht an der Windrichtung orientieren.

Mit der Inbetriebnahme des zweiten Hochofens traf die AnwohnerInnen die Dreckschleuder erneut mit voller Wucht. Eine Anwohnerin berichtete, dass nach dem Hochfahren des zweiten Hochofens die »Staubbelastung so schlimm wie nie« gewesen sei.<sup>16</sup> Die Häuser in der an das Stahlwerk angrenzenden Avenida João XXIII waren mit einer aus Metalloxiden bestehenden Staubschicht bedeckt. Das erzwang eine öffentliche Reaktion der Behörden, um die Bevölkerung zu beruhigen. Solange die Umweltprüfung nicht abgeschlossen sei, könne das Unternehmen TKCSA keine Betriebsgenehmigung erhalten, so der damalige Umweltminister Carlos Minc. Das Umweltamt INEA gab der Konzernleitung der Thyssenkrupp-Tochter in Rio de Janeiro nach diesem erneuten Vorfall zunächst eine Frist von 30 Tagen, um zu einer »definitiven« Lösung des Problems zu kommen. Die Betreiber der TKCSA mussten auf dem Betriebsgelände zudem Überwachungskameras installieren. Deren Bilder werden seitdem direkt ins Operationszentrum von INEA übertragen, um die Ordnungsmäßigkeit der Produktion

---

<sup>15</sup> Russau, Christian: ThyssenKrupp hat 30 Tage Frist zur »definitiven« Lösung der Luft- und Staubbelastung. Höhere Strafzahlung angedroht, 27.12.2010, unter: [www.enlazandoalternativas.org/spip.php?article898](http://www.enlazandoalternativas.org/spip.php?article898).

<sup>16</sup> Ebd.

zu überwachen. Die damalige Umweltministerin von Rio, Marilene Ramos, erklärte, dass dem Konzern wegen Wiederholungstat nun eine schärfere Strafe drohe. Zugleich äußerte sie grundsätzliche Zweifel an dem Standort: »Es ist nun erwiesen, dass so ein Werk nicht so nahe an einer Wohngegend, die sich dort schon zuvor befand, betrieben werden kann.«<sup>17</sup>

Das klang nach einer unmissverständlichen Positionierung der regionalen Umweltbehörde in dieser Angelegenheit. Trotzdem tauchen Zweifel an deren Unbestechlichkeit auf. Und dies hatte mit einer Anhörung im Deutschen Bundestag zu tun. Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hatte am 27. Januar 2010 beide Seiten – zum einen Thyssenkrupp, zum anderen brasilianische FischerInnen und NGO-RepräsentantInnen – geladen. Damals schickte Thyssenkrupp drei hochrangige Konzernvertreter sowie zwei Assistenten, während für die AnwohnerInnen der Kleinfischer Oliveira sowie Karina Kato von der NGO Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul (PACS) auftraten. Während der Anhörung überreichte ein Vertreter der Geschäftsleitung dem Ausschussvorsitzenden ein Dokument, mit dem Thyssenkrupp sämtliche seiner ergriffenen Umweltschutzmaßnahmen und »sozialen Wohltaten« in Rio de Janeiro seit Baubeginn 2006 dokumentieren wollte. Unter Punkt 8 sind dort auf drei Seiten von Thyssenkrupp finanzierte Sozial- und Kompensationsprojekte aufgelistet. Angeblich hat der Stahlkonzern dafür 73.197.175,08 Reais (damals umgerechnet 28.275.300 Euro) aufgewendet. Und siehe da: In dieser Liste taucht auch die »Feema's Head Office Reform« auf. Feema, so hieß die Umweltbehörde, bevor sie 2009 in INEA umbenannt wurde. Die Umweltbehörde von Rio de Janeiro hatte demnach von Thyssenkrupp, wie die Firma stolz in ihrem dem Bundestag überreichten Dokument angab, 4,6 Millionen brasilianische Reais (damals umgerechnet rund 2 Millionen Euro) für die Renovierung ihres Dienstsitzes erhalten.

Als diese Information Rio erreichte, brach ein Proteststurm los. Die Unabhängigkeit des Umweltamts INEA werde dadurch infrage gestellt, beklagten die Anwohner- und die Fischervereinigungen in einer gemeinsamen Erklärung. Nachdem das Thyssenkrupp-Dokument übersetzt und an die Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates Rio de Janeiro weitergeleitet worden war, nahm diese im Juni 2010 Ermittlungen auf, um zu klären, inwieweit sich der deutsche Stahlkonzern der versuchten illegalen Einfluss-

---

<sup>17</sup> Russau, Christian: Umweltamt von Rio kritisiert ThyssenKrupp, 30.12.2010, unter: <https://amerika21.de/meldung/2010/12/19075/rio-umweltamt-thyssenkrupp>.

nahme auf die Umweltbehörde schuldig gemacht hatte.<sup>18</sup> Auf der Aktionärsversammlung der Thyssenkrupp AG ein Jahr später im Januar 2011 antwortete der damalige Vorstandsvorsitzende Ekkehard Schulz auf Nachfrage, TKCSA habe diese Zahlungen an die Feema als Mitglied des Industrieverbandes von Rio de Janeiro geleistet. Alle Mitglieder des Verbandes hätten dies getan. Es habe keine direkte Beziehung bei dieser Spende bestanden. Die Bundesstaatsanwaltschaft von Rio de Janeiro wollte sich dieser Argumentation allerdings nicht anschließen und hält ihre Klage gegen TKCSA aufrecht.

Ein weiterer Vorfall zeigt, wie Thyssenkrupp beziehungsweise seine Tochtergesellschaft versuchen, sich unliebsame Kritik und Kontrollen vom Hals zu halten. MitarbeiterInnen der dem Gesundheitsministerium unterstellten Stiftung Fundação Oswaldo Cruz (FIOCRUZ) hatten im Zuge der öffentlich gewordenen Beschwerden 2011 die Empfehlung ausgesprochen, die dem Stahlwerkstaub ausgesetzten BewohnerInnen über Jahre hinweg medizinisch zu untersuchen und zu betreuen, um die Gesundheitsgefährdungen durch den Stahlwerkstaub abschätzen zu können. Das Management von TKCSA schritt ein und verklagte die WissenschaftlerInnen wegen Verleumdung. Als das Thema auch in Deutschland durch die Medien ging, zog es die Klage zurück und ließ sich auf eine außergerichtliche Einigung ein. Diese sah vor, dass der von Thyssenkrupp mit der Verleumdungsklage öffentlich angezeigte Wissenschaftler in der Werkzeitschrift der TKCSA eine Gegendarstellung abgeben durfte und die TKCSA sich zudem zu einer persönlichen Entschuldigung bei dem angesehenen Forscher verpflichtete.<sup>19</sup> Auch in diesem Fall ist es den Stahlbossen nicht gelungen, ihre KritikerInnen einfach mundtot zu machen.

### **Bis heute keine endgültige Betriebsgenehmigung**

Seit der Verabschiedung seiner neuen Verfassung im Jahr 1988 verfügt Brasilien über eine dezidierte Umweltgesetzgebung. Für jedes größere Bauvorhaben muss zuerst im Auftrag der interessierten Firma ein Umweltfolgentgutachten erstellt werden, bevor die zuständigen Landes- oder

---

<sup>18</sup> Russau, Christian: Brasilien: Staatsanwalt untersucht Vorgehen von Thyssen Krupp, 22.6.2010, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2010/jun/thyssen-826373-rio>.

<sup>19</sup> Russau, Christian: Thyssen Krupp zieht Klage gegen Wissenschaftler aus Rio zurück, 19.1.2012, unter: <https://amerika21.de/meldung/2012/01/45195/klage-thyssenkrupp-forscher>.

Bundesbehörden das dreistufige Genehmigungsverfahren in Gang setzen. Dieses sieht eine vorläufige Betriebsgenehmigung (*Licença Prévia*), eine Niederlassungserlaubnis (*Licença de Instalação*) und die endgültige Betriebsgenehmigung (*Licença de Operação*) vor. Das Verfahren verlangt darüber hinaus neben dem Beibringen von sämtlichen Bauplänen, weiteren Umweltfolgenabschätzungen sowie sozialen und Umweltkompensationsvereinbarungen noch die Abhaltung von öffentlichen Anhörungen. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, alle vom Bauvorhaben potenziell betroffenen Gemeinden und Personen zu konsultieren. Doch in der Praxis sieht es allzu oft nur augenscheinlich nach strikter Berücksichtigung nach Paragraphen aus: Zu Anhörungen wird geladen und den Anwesenden wird Rederecht eingeräumt, worauf technisch versierte SpezialistInnen bevorzugt detailliert antworten, was das Verständnis des Sachverhalts für die lokal betroffene Bevölkerung nicht vereinfacht. Mit der Anhörung selbst ist den gesetzlichen Anforderungen Genüge getan. Ohne dass den Betroffenen ein Vetorecht eingeräumt würde, kann das Bauvorhaben voranschreiten.

Es war Rio de Janeiros Umweltministerium unter Führung von Carlos Minc (einst Mitbegründer der brasilianischen Grünen, heute Mitglied der Arbeiterpartei), das ab Mitte der 2000er Jahre für eine flexibilisierte Handhabung der Umweltgesetzgebung sorgte, um den Unternehmen das Leben erklärtermaßen zu »erleichtern«. Als Minc im Mai 2008 Umweltminister in Brasília wurde, veranlasste er, dass zahlreiche staatliche Aufgaben und Kompetenzen, die zuvor unter Bundeshoheit fielen, wie die Begutachtung und Bewilligung von Bauprojekten, an die Landesbehörden übertragen wurden. Darüber hinaus verhalf er dem bereits Anfang der 1990er Jahre geschaffenen Rechtskonstrukt der *Termo de Ajuste de Conduta* (kurz TAC genannt und übersetzt »Durchführungsbestimmung für Produktionsabläufe«) ab 2008 zum gesamtbehördlichen Durchbruch. Diese TAC dienen dazu, die Bau- und Umweltgenehmigungen für Großprojekte zu flexibilisieren. Wenn also eine Firma wie TKCSA die eigentlich in den Genehmigungen vorgesehenen Baumaßnahmen und Betriebsabläufe nicht fristgerecht umsetzt, können die Behörden einen Sondervertrag, den TAC, mit der Firma unterzeichnen, der als eine Art Sondergenehmigung für den Bau- und Betriebsablauf den Betrieb auch ohne abgeschlossene Umsetzung der eigentlich vorgeschriebenen Auflagen ermöglicht. Die Firmen können also trotz Nichteinhalten von Auflagen und Verstreichen von Fristen mit den Landesbehörden solche TAC-Verträge aushandeln, die die Umsetzung der Auflagen zeitlich strecken und KritikerInnen zufolge gezielt abschwächen soll.

Eine von UmweltaktivistInnen erstellte Studie zeigt, wie diese TAC gezielt eingesetzt werden, um umstrittenen industriellen Großprojekten, die wie das Thyssenkrupp-Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba und die Reduc-Raffinerie an der Gunabara-Bucht in Rio de Janeiro massiv gegen staatliche Umweltauflagen verstoßen, einen Persilschein auszustellen.<sup>20</sup> Ein behördlich abgesegnetes Plazet, das sie niemals erhalten hätten, wenn sie das normale dreistufige Genehmigungsverfahren vollständig hätten durchlaufen müssen. KritikerInnen bezeichnen die TAC-Verträge daher zuweilen als »Fast-Food-Umweltgenehmigungsverfahren«.

Im Fall von Thyssenkrupp sah der Ablauf folgendermaßen aus: Die vorläufige Genehmigung für das TKCSA-Stahlwerk wurde 2006 mit Beginn der Bauarbeiten durch die Niederlassungs- und Baugenehmigung ersetzt. Letztere galt ab 2006, aber sie wurde nie durch eine Licença de Operação, also die endgültige Betriebsgenehmigung, ersetzt, weil TKCSA die gesetzlichen Auflagen bis heute nicht erfüllen konnte. Dafür hatten auch die wütenden Proteste der AnwohnerInnen gesorgt. Sie hatten die Staubbelastung in der Nähe des Stahlwerks zu einem Thema in den maßgeblichen Medien in Rio gemacht und somit Politik und Behörden massiv unter Druck gesetzt. 2012 stand Thyssenkrupp somit vor einem schwerwiegenden Problem. Die Licença de Instalação für das TKCSA-Werk drohte im März 2012 auszulaufen. Denn laut brasilianischer Gesetzgebung gilt eine solche maximal sechs Jahre. In diesem Zeitraum muss der Bauherr das Projekt fertiggestellt und die Licença de Operação erhalten haben. Das war Thyssenkrupp nicht gelungen.

Was also tun, fragten sich Anfang 2012 Politik, Behörden und Thyssenkrupp, als dem größten Stahlwerk Lateinamerikas mit seinen Tausenden von Arbeitsplätzen das Aus drohte? Die Lösung für die fehlende Betriebsgenehmigung bot auch hier die Unterzeichnung eines Termo de Ajuste de Conduta. Der im März 2012 von den Umweltbehörden des Bundesstaats Rio de Janeiro und TKCSA unterzeichnete TAC-Vertrag machte dem Konzern 134 Auflagen, wobei akribisch festgehalten war, welche Umbauten

---

<sup>20</sup> Nuñez Viégas u.a.: *Negociação e acordo ambiental – O Termo de Ajustamento de Conduta (TAC) como forma de tratamento dos conflitos ambientais*, Heinrich-Böll-Stiftung, Rio de Janeiro, Januar 2015, unter: <http://br.boell.org/pt-br/2015/01/12/negociacao-e-acordo-ambiental-o-termo-de-ajustamento-de-conduta-tac-como-forma-de>.

und technologischen Änderungen er binnen einer Frist von zwei Jahren umzusetzen hatte.<sup>21</sup> Bei Nichtbefolgung drohte die Schließung des Werkes.

Zwei Jahre vergingen, mithin auch zwei weitere Aktionärsversammlungen in Bochum, auf denen der Vorstand von Thyssenkrupp auf kritische Nachfragen stets antwortete, es gebe Fortschritte bei der Umsetzung der 134 Auflagen und die Geschäftsleitung sei sich sicher, bald die endgültige Betriebsgenehmigung von den Behörden zu erhalten. Doch im März 2014 musste der TAC-Vertrag noch einmal um zwei Jahre verlängert werden. Thyssenkrupp war dies augenscheinlich mittlerweile selbst peinlich, hieß es doch im Jahresbericht 2014 schon nicht mehr wie in den Jahren zuvor »vorläufige Betriebsgenehmigung«. Dort war nun die Rede von der »ergänzten behördlichen Vereinbarung«. Da blieb nur zu fragen,<sup>22</sup> was vor dem Hintergrund der brasilianischen Gesetzgebung denn der Unterschied sei zwischen »behördlicher Vereinbarung« und »ergänzter behördlicher Vereinbarung«? Wer ergänzt da was? Das eine wäre legal, eine behördliche Vereinbarung eben, das andere aber schrammt scharf an der Rechtsstaatlichkeit vorbei, wie der Name schon sagt: »ergänzte behördliche Vereinbarung«. Eben ein TAC-Vertrag. Im Jahresbericht 2014 des Konzerns hieß es dazu: »Mit den brasilianischen Umweltbehörden wurde eine ergänzte behördliche Vereinbarung zur Betriebserlaubnis unterzeichnet, die eine Laufzeit von 24 Monaten hat. In dieser Zeit werden von den Behörden empfohlene Maßnahmen und Verbesserungsvorschläge unabhängiger Prüfer umgesetzt.« Interessant, wie die Unternehmensleitung hier versucht hat, sich die Realität schön zu reden, handelte es sich ja nicht um »Verbesserungsvorschläge«, sondern um klare behördliche Auflagen und Verpflichtungen, bei deren Nichteinhaltung eine Betriebseinstellung droht. Doch auch diesmal wurde Thyssenkrupp ein weiterer Aufschub gewährt.

Eigentlich wäre am 16. April 2016 die Frist zur »Anpassung der Produktionsvorgänge« endgültig abgelaufen. Doch gestanden die Behörden in Rio de Janeiro Thyssenkrupp Anfang April – nur wenige Tage nach der Bekanntgabe, der deutsche Mutterkonzern werde den 27%-Anteil von Vale am Stahlwerk TKCSA zum symbolischen Preis von einem US-Dollar über-

---

<sup>21</sup> Alle TAC-Verträge und Fortschrittsberichte finden sich auf der Webseite der TKCSA unter: [www.thyssenkrupp-csa.com.br/prestacao-de-contas/termo-de-ajustamento-de-conduta/](http://www.thyssenkrupp-csa.com.br/prestacao-de-contas/termo-de-ajustamento-de-conduta/).

<sup>22</sup> Siehe Rede auf der Aktionärsversammlung von Thyssenkrupp 2015 unter: [www.kritische-aktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden\\_2015/Rede\\_Christian\\_Russau\\_ThyssenKrupp\\_HV\\_2015\\_aktuell.pdf](http://www.kritische-aktionaeere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2015/Rede_Christian_Russau_ThyssenKrupp_HV_2015_aktuell.pdf).

nehmen – erneut eine Ausnahmeregelung zu. Eine solche ist in Brasilien gesetzlich eigentlich nicht vorgesehen. Daher griffen die staatlichen Stellen diesmal zum Mittel einer Autorização Ambiental de Funcionamento (AAF), einer sogenannten Betriebsumweltgenehmigung, die für maximal 90 Tage erteilt werden kann. Thyssenkrupp habe bisher 95% der 134 Auflagen umgesetzt, hieß es, die verbleibenden 5% sollten in den folgenden drei Monaten erfüllt werden.

Das Landesumweltkontrollamt CECA musste jedoch Ende Juli 2016 eingestehen, dass Thyssenkrupp in diesem Zeitraum erneut den staatlichen Vorgaben nicht vollständig nachgekommen war. Für Karina Kato von der NGO PACS, die seit Jahren die AnwohnerInnen des Stahlwerks in ihrem Widerstand gegen den Giganten aus Deutschland unterstützt, war dies vorhersehbar. Wie sollte Thyssenkrupp etwas in 90 Tagen schaffen, das der Konzern in sechs Betriebsjahren nicht hinbekommen hatte? »Der Staub rieselt weiter auf die BewohnerInnen und Thyssenkrupp redet noch immer die Gesundheitsgefahren klein«, klagt auch Gabriel Strautman, der bei PACS ein gemeinsames Kampagnenprojekt von AnwohnerInnen und FischerInnen betreut. Zuletzt erhielten die Betreiber des TKCSA-Stahlwerks am 26. Juli 2016 noch einmal eine weitere »Gnadenfrist« von 60 Tagen. Eine inhaltliche Begründung für die erneute Verlängerung wurde nicht gegeben. Den Antrag auf eine weitere Fristverlängerung hatte übrigens nicht Thyssenkrupp selbst gestellt, sondern die Umweltbehörde von Rio de Janeiro. Nach Strautmann »ein nie dagewesener Vorgang«. Während die lokale Bevölkerung weiterhin vergeblich auf Antworten auf ihre drängenden Fragen nach den Gefahren für ihre Gesundheit und auf Entschädigung warte, habe die Umweltbehörde Rios dem Stahlwerk erneut einen Blankoscheck ausgestellt.

### **Die »bleischwere« Last des Stahlwerks**

»Das Stahlwerk TKCSA in Rio de Janeiro lastet bleischwer auf dem Konzern.« Dieses Zitat stammt von Heinrich Hiesinger, seit 2011 Vorstandsvorsitzender der Thyssenkrupp AG. Mit Blei kennt sich Thyssenkrupp ja bestens aus. Aber mit denjenigen, denen das Stahlwerk mit seinen ökologischen Verwerfungen die Lebensgrundlage zerstört hat und die mit allen möglichen Belastungen zu kämpfen haben, will die Konzernleitung immer noch nicht verhandeln. Dabei ist das, was die protestierenden AnwohnerInnen schon lange behaupten, mittlerweile wissenschaftlich belegt: TKCSA emittiert schwermetallhaltigen Staub in die Umgebung. In dem Stahlwerkstaub findet sich nicht, wie von Thyssenkrupp wiederholt behauptet, »nur Graphit«,

sondern auch »Zink, Silizium, Natrium, Mangan, Potassium, Kalzium, Aluminium, Vanadium, Titan, Schwefel, Phosphor, Nickel, Magnesium, Kupfer, Chrom, Kadmium, Blei«. Diese Informationen stammen aus einer Untersuchung des Secretaria de Estado do Ambiente (SEA), dem Landesumweltministerium, das 2012 eine Analyse des Stahlwerkstaubs vorgenommen hat. Das SEA bestätigte zudem, dass das ausgestoßene Pulver toxisch ist und Asthma, Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Beschwerden, Missbildungen und vorzeitiges Ableben bewirken kann.<sup>23</sup> Im Umfeld des Stahlwerks sei ein Anstieg an Beschwerden über Atemwegserkrankungen (Asthma, Bronchitis, Lungenerkrankungen), Hauterkrankungen (Ekzeme, Dermatitis und Dermatosen), Augenprobleme (Bindehautentzündungen), Erschöpfungszustände, Stress, erhöhten Bluthochdruck und Diabetes zu verzeichnen. Dies sei auf das erhöhte Staubpartikelmaterial in der Luft zurückzuführen.

Auch die deutsche Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international hat inzwischen zusammen mit dem PACS eine Studie zu den Folgen der vom TKCSA-Stahlwerk ausgehenden Umweltverschmutzungen erstellen lassen.<sup>24</sup> Diese enthält einen Überblick über die ökonomische, soziale und gesundheitliche Lage der in der Nähe des Werks ansässigen Bevölkerung. Demnach sind die direkt im Fall-out-Gebiet des Stahlwerkstaubs lebenden Menschen einer Reihe von erheblichen Gefährdungen ausgesetzt. Alle im Rahmen dieses Gesundheits-Mappings Befragten identifizierten als Ursache ihrer Krankheiten und Gesundheitsprobleme eine Quelle: das Stahlwerk TKCSA. Karina Kato vom PACS verweist in diesem Zusammenhang auf eine der letzten Ausgaben der Zeitschrift, die Thyssenkrupp für die Region Santa Cruz monatlich herausgibt und gratis in der Stadt verteilen lässt. Auf der Innenseite des Hochglanzmagazins steht: »Vorsicht bei Husten, der nicht aufhört.« Ein selbstkritischer Ratgeber, wie man sich im Falle von eingeatmetem Stahlwerkstaub verhalten soll? »Die Symptome ähneln denen einer gewöhnlichen Grippe, aber sie können etwas viel Ernstes sein: Tuberkulose«, lassen die Zeitungsredakteure im Namen von Thyssenkrupp verbreiten.

---

<sup>23</sup> Siehe die zusammenfassende Analyse der staatlichen FIOCRUZ. FIOCRUZ: Relatório reafirma correlação entre material expelido pela TKCSA e impactos na saúde, 11.12.2014, unter: <https://portal.fiocruz.br/pt-br/content/relatorio-reafirma-correlacao-entre-material-expelido-pela-tkcsa-e-impactos-na-saude>.

<sup>24</sup> Das Gesundheits-Mapping in deutschsprachiger Übersetzung ist auf der Webseite von medico international einsehbar. Siehe [www.medico.de/gesundheitsmapping-in-santa-cruz-14701/](http://www.medico.de/gesundheitsmapping-in-santa-cruz-14701/).

Da drängt sich die Frage auf: Wann endlich wird den Vorständen und Aufsichtsräten der Konzerne, die solche Werke betreiben, vorgeschrieben, mit ihren Familien selbst im Fall-out-Gebiet ihres Stahlwerkstaubs leben zu müssen? Warum treffen solche Umweltsünden immer nur diejenigen, die sich schlecht wehren können, diejenigen, die arm sind, diejenigen, die von der gesellschaftlichen Teilhabe und Macht weitgehend ausgeschlossen sind und weit weg von den Konzernzentralen dieser Welt leben?

Für die AnwohnerInnen hat sich das Stahlwerk in Santa Cruz jedenfalls als eine Katastrophe erwiesen. Für die FischerInnen auch. Sie kämpfen weiter. »Wir haben nichts zu verlieren«, so einer ihrer Sprecher. »Sie haben unsere Fischgründe zerstört, nun wollen sie unsere Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder zerstören.« Er fragt sich, warum die Deutschen das hier gebaut haben – und gibt gleich selbst die Antwort: »Weil sie in Deutschland zu hohe Umweltauflagen haben und diese dort nicht nur auf dem Papier existieren, sondern eingehalten werden müssen«, mutmaßt der Mittfünfziger. »Hier in Brasilien, da haben wir tolle Gesetze – aber eben meist nur auf dem Papier«.

Angesichts des nach wie vor täglich niedergehenden Stahlwerkstaubs stößt die Forderung, das Werk von Thyssenkrupp endlich zu schließen, auf immer größere Unterstützung. Für Thyssenkrupp wird die Luft in Rio zunehmend dünner. Unter den GegnerInnen des TKCSA sind inzwischen auch PolitikerInnen, die das Projekt lange Zeit mit viel Pathos und Geld in Form von Steuererleichterungen unterstützt haben. Im August 2016 wurde zudem bekannt,<sup>25</sup> dass die Staatsanwaltschaft des Bundesstaats Rio de Janeiro gegen Behörden und Gouverneur Klage erhebt, da sie ohne Rechtsgrundlage dem Stahlwerk Steuererleichterungen bewilligt hätten. Denn solche können nur Betriebe mit gültiger Betriebsgenehmigung erhalten. TKCSA hat aber seit sechs Jahren keine endgültige Betriebsgenehmigung erhalten. So distanzieren sich mehr und mehr PolitikerInnen von dem Skandalwerk. Angesichts des Stimmungsumschwungs in den Medien und in der Bevölkerung ist dies kein Wunder. Denn nach den Wahlen ist immer wieder vor den Wahlen. So redete sich etwa der Bürgermeister von Rio de Janeiro, Eduardo Paes, heraus: »Wenn ich damals, am Anfang des Entscheidungsprozesses, beteiligt gewesen wäre, hätte ich das wahrscheinlich nicht

---

<sup>25</sup> Ministério Público Rio de Janeiro: MPRJ abre inquérito para investigar concessões fiscais à TKCSA, 17.8.2016, unter: [www.mprj.mp.br/home/-/detalhe-noticia/visualizar/31413;jsessionid=Y4NirZ3TZU+u501w8rKF5Bxw.node1](http://www.mprj.mp.br/home/-/detalhe-noticia/visualizar/31413;jsessionid=Y4NirZ3TZU+u501w8rKF5Bxw.node1).

unterstützt.«<sup>26</sup> Die Sechs-Millionen-Stadt habe durch das Stahlwerk nun mehr Probleme als zuvor, weswegen er grundsätzlich eine »Industrie ohne Schloten« bevorzuge. Dazu passt: Die XXXI. Olympischen Sommerspiele, die zwischen dem 5. und 21. August 2016 in Rio de Janeiro stattfanden, sollten eigentlich als besonders »saubere und grüne Spiele« in die Geschichte eingehen. So zumindest hatte es das brasilianische Organisationskomitee dem IOC in seiner Bewerbung 2007 versprochen. Bis 2016 sollten die Kohlenstoffdioxid-Emissionen im Stadtgebiet um 16% gegenüber den Werten von 2005 und der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 2,3 Millionen Tonnen, das entspricht 20%, gesenkt werden.

Rio de Janeiro, »cidade maravilhosa«, die wunderbare Stadt. In Santa Cruz, in der lange vergessenen Westzone von Rio, wo das Durchschnittseinkommen der BewohnerInnen eines der niedrigsten in der Stadt ist, sollte durch die Hochöfen des deutschen Thyssenkrupp-Konzern vieles besser werden. Das Versprechen bestand nicht nur in neuen Arbeitsplätzen, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der Region sollte gestärkt werden. Heute stellt sich die Frage, was bleibt den EinwohnerInnen von Santa Cruz? Für Seu Raimundo ist die Sache klar, es gebe nur noch eine Lösung. Wegziehen müsse er. Er hat aber nicht das Geld, er will, dass die Stahlwerkbesitzer ihn entschädigen. Ähnlich sieht es der Rentner Seu Onéas: »Heute kann man hier nicht mehr leben. Damals war das hier eine Idylle, heute ist das Leben hier unerträglich. Alles vergiftet.« Seu Onéas ist wütend. Seine Tochter versucht ihn zu beruhigen, doch er fährt unbeirrt fort. »Es geht ja schon längst nicht mehr um mich«, erklärt er, »es geht um meine Töchter, die hier eigentlich noch viele Jahre leben sollten. Und jetzt ist hier dieser todbringende Staub.«

Die Anwohnerin Dona Rosimeri Almeida dagegen will auf keinen Fall wegziehen. »Ja, natürlich, schuld ist das Stahlwerk, keine Frage«, erklärt sie. »Aber wir waren zuerst hier! Die sind viel später gekommen, haben uns nie um Erlaubnis gefragt, und nun schleudern sie tagein, tagaus diesen Stahlwerkstaub auf uns. Die müssen ihr Werk nehmen und es woanders hinsetzen. Hier jedenfalls können die nicht bleiben!« Wenn die BesitzerInnen des Stahlwerks aus Deutschland kommen, sagt Dona Rosimeri, »na, dann baut es doch gefälligst dort wieder auf!« Sie zeigt den im Haus gesammel-

---

<sup>26</sup> Russau, Christian: Luft wird dünner für ThyssenKrupp-Stahlwerk in Rio, 14.5.2011, unter: <https://amerika21.de/nachrichten/2011/05/31315/thyssenkrupp-droht-das-aus>.

ten Staub, schüttet ihn in eine Schale. »Das ist das Ergebnis von wenigen Tagen. Sie fährt mit einem Magneten über die Schale. Der gesammelte Staub hebt ab und heftet sich an den Magneten. »Die vom Stahlwerk sagen, das sei doch nur Graphit, so wie in den Bleistiften aus der Schulzeit. Die würden nicht krankmachen. Aber wieso tragen dann die Arbeiter dort diese Masken? Und wir hier atmen dieses Zeug täglich ein.«

Seit Jahren prozessieren 5.763 lokale FischerInnen in mehreren Sammelklagen gegen Thyssenkrupp, verlangen Entschädigung für ihren Verdienstausschlag. Die Gerichtsverfahren werden sich wohl noch über Jahre hinziehen. Vielleicht wird in Zukunft nicht mehr Thyssenkrupp auf der anderen Seite im Gerichtssaal sitzen, denn der Mutterkonzern versucht seit Jahren verzweifelt, das Milliardengrab TKCSA abzustoßen. Um den Verkauf zu bewerkstelligen, braucht das Unternehmen aber die endgültige Betriebsgenehmigung von den Behörden. Diese verkündeten unterdessen bei der Eröffnung der Olympischen Spiele im August voller Stolz, das gesetzte Ziel der Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen erreicht zu haben. Wie kann das sein, mögen sich viele fragen, wenn im Stadtgebiet von Rio de Janeiro Lateinamerikas größtes Stahlwerk steht, das seit 2010 jedes Jahr über 5,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft ausstößt und Berechnungen der Umweltbehörden zufolge den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Stadt – Verkehr, Haushalte und Industrie zusammengerechnet – damit um 72% erhöht, statt, wie versprochen, um 16% zu senken? Ganz einfach. Das Thyssenkrupp-Stahlwerk fließt nicht in die amtlichen Berechnungen mit ein, da es eine »differenzierte Betrachtung« verlange, so die offizielle Auskunft.

Rio de Janeiro: »cidade maravilhosa«.

# Kapitel 7

## Die verdammten Flüsse Amazoniens

Entwicklung braucht neben Stahlwerken auch Strom, so das Mantra derjenigen, die Entwicklung als Wirtschaftswachstum plus Elektrifizierung um jeden Preis propagieren und keine alternative Sicht und Lebensweise – wie die von indigenen Völkern, von FlussanwohnerInnen oder anderen traditionellen, von Subsistenzwirtschaft lebenden Gemeinschaften – gelten lassen und bereit sind, gewachsene Lebenswelten und -gebiete gegen Barabfindung dem sogenannten Fortschritt zu opfern. In Brasilien witterten die Regierungen der letzten Jahrzehnte schon immer das große Geschäft mit Strom aus dem wasserreichen Amazonien, wo überdimensionierte Wasserkraftwerke Giga- um Terawatt produzieren sollen. Neben den bereits bestehenden Dämmen sollen nach den Plänen von Brasiliens Regierung in den kommenden Jahren weitere 60 Großstaudämme in Amazonien entstehen.<sup>1</sup> Die abzusehenden Folgen sind die Zwangsumsiedlung Zigtausender Menschen, die Zerstörung der Lebensgrundlage von immer mehr FischerInnen und FlussanwohnerInnen sowie die weitere Rodung tropischen Regenwalds im Zuge der Erschließung des Gebiets.

Belo Monte, der weltweit drittgrößte Staudamm, liegt am Xingu-Fluss im amazonischen Bundesstaat Pará und wird derzeit schrittweise in Betrieb genommen. Seit den ersten Projektentwürfen Mitte der 1980er Jahre, als das ganze Vorhaben noch unter dem Namen Kararaô lief, gab es massive Proteste von AnwohnerInnen, Indigenen und UmweltschützerInnen. Die Proteste waren so massiv, dass die Weltbank sich von dem Projekt distanzierte. Es galt damit als erledigt. Doch Anfang der 2000er Jahre wurden die Pläne wieder aus der Schublade geholt und das Vorhaben wurde auf zwei Staustufen reduziert und in Belo Monte, Schöner Berg, umbenannt. Es war vor allem die Regierung Lula, die das Projekt ab 2006 vorantrieb. 2011 war Baubeginn. Ende November 2015 erteilte Brasiliens Umweltbehörde Ibama dann die Genehmigung zur Flutung des umstrittenen Staure-

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu ausführlich Kleiber, Tina/Russau, Christian: Der Belo Monte-Staudamm und die Rolle europäischer Konzerne, Berlin 2014, unter: [www.gegenstroemung.org/web/blog/neues-dossier-der-belo-monte-staudamm-und-die-rolle-europaeischer-konzerne/](http://www.gegenstroemung.org/web/blog/neues-dossier-der-belo-monte-staudamm-und-die-rolle-europaeischer-konzerne/).

servoris im Amazonasgebiet. Die Flutungsphase des rund 500 Quadratkilometer großen Stausees begann im Dezember 2015 und war gegen Ende Februar 2016 abgeschlossen. Die erste Turbine wurde im Mai 2016 in Betrieb genommen. Aller Voraussicht nach wird Belo Monte bis 2019 mit 11 Gigawatt Nominalkapazität vollständig in Betrieb gehen.

### **Die rote Wand am Xingu**

Farne und Moose, vereinzelte Bromelien und Orchideen bedecken den Grund, Aronstabgewächse wie die Philodendren streiten mit Ölpalmen um die Fläche, verschlungene Lianen hangeln sich an den Borken der nur noch wenigen Jatobá- und Babaçu-Nussbäume entlang. Ab und an ragt hoch über allem die Castanheira, der Paranusbaum. Dann öffnet sich der Wald, weicht einer Wiese und die Wand kommt in den Blick. Eine rote Mauer, die selbst die Castanheiras überragen würde, gäbe es sie an der Stelle noch. Die Wand ist an dieser Stelle über 65 Meter hoch, die noch vorhandenen Bäume erreichen mit ihren Kronen hier 25 Meter. Die rote Farbe kommt von der heimischen Erde, die auf die Beton-, Geröll- und Sandschichten als oberste Schicht aufgetragen wurde, um den Oberflächenbewuchs mit heimischen Pflanzen zu ermöglichen.

Die Wand, das ist die schräg abfallende Fläche des Außendeichs mit der Nummer 6C. Er ist der höchste der Deiche hier. Er begrenzt die südliche Flanke des Staureservoirs von Belo Monte. Mit dem Staudammprojekt sollten neue Arbeitsplätze in die Gegend kommen und die Energieprobleme ganz Brasiliens gelöst werden. Nichts weniger war der Anspruch. KritikerInnen entgegen, der Strom gehe in die energieintensive Bergbauindustrie der Aluminium- und Eisenverhüttung im Norden Brasiliens, in Pará und Maranhão, damit diese Hütten dann in einer ersten Stufe verarbeitete Rohstoffe auf dem Weltmarkt gegen Devisen, seien es US-Dollar, Euro oder Renmimbi, feilbieten können. Belo Monte soll zudem den Strom in die weit entfernten Ballungszentren im Süden des Landes bringen. Hier in der Gegend um die 150.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt Altamira am Fluss Xingu werde der Strom jedenfalls nicht gebraucht – und auch nicht verbraucht.

Wenige Kilometer entfernt wieder ein halbwegs intaktes Waldstück, nachdem zuvor Rinderweiden an Ölpalmkulturen grenzten. Doch dann ist der Wald mit einem Mal wie mit einem scharfen Messer durchtrennt. Eine über hundert Meter breite Trasse wurde hier geschlagen, eine am Horizont sich verlierende Grasfläche. Hier stehen die Masten der Überlandleitung

gen Süden in vier Reihen nebeneinander, 300 Meter weiter zieht sich noch eine Trasse durch die Landschaft, auch gen Süden. Männer in den Overall einer Elektrofirma klettern an den Masten hoch und runter, schrauben, rufen sich etwas zu und wirken fröhlich. Sie haben ein festes Einkommen, werden nicht schlecht bezahlt für das Verlegen der Überlandleitung über mehrere Tausend Kilometer, immer gen Süden.

Zé Carlos gehört zu denen, die wenig lächeln. Er ist wütend wegen dem, was vor nicht allzu langer Zeit seiner *aldeia*, seinem indigenen Dorf, zugestoßen ist. Zé Carlos Arara ist der indigene Anführer, der Kazike der Terra Indígena Arara, die in der Volta Grande, einer rund 100 Kilometer langen natürlichen Flussschleife des Xingu liegt, flussabwärts der ersten Staustufe von Belo Monte, Pimental, und flussaufwärts des Hauptturbinenhauses. Als Abkürzung des Flusslaufes haben die Staudambetreiberin, das größtenteils aus staatlichen Energieversorgern zusammengesetzte Firmenkonsortium Norte Energia, und die Baufirmen einen kilometerlangen Kanal gezogen, der den Großteil des Flusswassers in das große Staureservoir leitet, das der Deich Nr. 6C sichert. Ende Februar 2016 war der sich zum Hauptwasserkraftwerk hin zuspitzende Stausee randvoll. Es hatte so viel geregnet, dass der Staubereich augenscheinlich schneller, als von den Ingenieurinnen geplant, volllief. Oder aber diese hatten sich gründlich verrechnet.

Im Dorf der Arara leben über 100 Menschen, und sie verfügen über Radiofunk, über den sie mit der Außenwelt kommunizieren. Immer morgens zwischen acht und elf Uhr sowie am Nachmittag gegen drei Uhr steht die Verbindung. Zé Carlos hat ein Handy, über das er, wenn er Empfang hat, meistens erreichbar ist. Ende Februar war er in der Stadt Altamira, einige Bootsstunden flussaufwärts, um Besorgungen für die *aldeia* zu machen. Da klingelte am Abend sein Handy, und ein Mitarbeiter von Norte Energia rief an, um ihm mitzuteilen, dass sie jetzt die Schleusentore bei der ersten Staustufe Pimental öffnen würden und dort viel Wasser in die Volta Grande ablassen würden, sodass der dortige Wasserstand rapide steigen werde. Ob er die AnwohnerInnen davon in Kenntnis setzen könne? »Ich sagte Norte Energia, ich bin jetzt in Altamira. Ich habe Norte Energia am Telefon gefragt: »Kann man das nicht morgen machen? Jetzt kann ich die *aldeia* nicht erreichen und meine Leute nicht warnen, wenn wir das Morgen am Vormittag machen, alles kein Problem.« Und die Antwort von Norte Energia: »Keine Chance. Wir müssen das jetzt machen.« Das gibt Zé Carlos Arara Mitte März 2016 in Altamira der Bundesanwältin Thais Santi zu Protokoll. Die Bundesstaatsanwältin ermittelt seit Jahren gegen die Betreiber-

und Baufirmen von Belo Monte, hat bereits mehrere Klagen gegen sie eingereicht. Gemeinsam mit ihren KollegInnen der Bundesstaatsanwaltschaft in Belém sowie den LandesstaatsanwältInnen des Bundesstaats Pará nehmen sie die Beschwerden der von Belo Monte betroffenen Bevölkerung auf, ermitteln und erheben Anklage vor Gericht, um die Rechte der Betroffenen zu schützen. Doch die Gerichte lassen sich meist reichlich Zeit.

Zé Carlos war nach dem Telefonat in höchster Aufregung. Die Schleusentore zu öffnen, ohne dass die BewohnerInnen der *aldeia* vorher gewarnt worden waren. Er war sehr unruhig, konnte nicht einschlafen. »Ich bin früh am Morgen aufgestanden und habe versucht rauszufinden, was denn nun passiert ist. Um acht Uhr am Morgen habe ich es dann geschafft, die *aldeia* per Radio zu erreichen. Die haben mir dann sofort erzählt, dass in der Nacht auf einmal all das Wasser den Fluss runterkam und vieles von den Fluten mitgerissen wurde. Boote, Motoren, Netze, alles, was da abgelegt worden war. Und was nicht mitgerissen wurde, wurde oftmals zerstört von den Wassermassen. Die Zementmischung zum Beispiel, komplett aufgeweicht und somit nutzlos.«

Die Menschen rannten in Panik davon. Sie dachten, der Damm sei gebrochen. Bei Pimental sind die umgebenden Deiche rund elf Meter hoch, weiter flussabwärts kommen die Deiche auf 50 und 60 Meter Höhe. Das geht bis zu den 65 Metern bei Deich Nummer 6C. Nicht auszumalen, was passieren würde, wenn hier ein Deich Risse aufweisen sollte. »Das zeigt ganz klar: Norte Energia handelt unverantwortlich!«, so Thaís Santi. »Die haben nicht den geringsten Notfallkommunikationsplan! Und das betrifft die ganze Volta Grande.« Die Bundesstaatsanwältin erklärt, dass es eine Vereinbarung gegeben habe, wonach man sofort nach der Versteigerung der Baulizenz für Belo Monte mit der Umsetzung des Plans zum Schutz der indigenen Bevölkerungen hätte beginnen müssen. Dieser wurde von der Indigenenbehörde Funai festgelegt und sieht für die indigenen Dörfer neben dem Bau von Schulen, Gesundheitsposten und Häusern sowie der Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten für die Indigenen die angemessene Konsultation und Beratung, Entschädigungen in Form von Konsumgütern sowie die Zusicherung vor, dass sich die Lebenssituation der Indigenen nicht verschlechtern dürfe. Am Rio Xingu gibt es laut diesem Schutzplan mehr als 30 indigene Dörfer und Territorien. Ein paar der Gebäude wurden gebaut, aber die ÄrztInnen fehlen. Die Indigenen bekamen Motorboote, aber zu wenig Benzin. Sie erhielten Mopeds, aber die Erdstraße ist bei Regen unbefahrbar. Sie erhielten Diesellaggre-

gate zur Stromproduktion, aber nicht genug Diesel. Dann wurde eine Überlandleitung gebaut, die Dörfer wurden an das Stromnetz angeschlossen, und als Erstes wurden Stromzähler installiert. Die Flachbildschirme laufen den ganzen Tag, da die Menschen nicht mehr fischen gehen können, und die Stromrechnungen können sie nicht bezahlen. Dass die Indigenen angemessen konsultiert und befragt werden, dass ihnen garantiert wurde, es würde ihnen mit dem Staudamm nicht schlechter als zuvor gehen, und dass den betroffenen Indigenen durch kulturelle Maßnahmen ihre Identität bewahrt werde, das stellen die KritikerInnen infrage. All das hätte eigentlich schon 2010 passieren müssen. »Aber bis heute wurde dahingehend rein gar nichts unternommen«, kritisiert die Bundesstaatsanwältin.

Was umgesetzt wurde, sind »Computer, Cars and Cash«. So kommentiert es Todd Southgate, ein kanadischer Dokumentarfilmer. Seit Jahren beobachtet er die mit dem Staudammprojekt Belo Monte zusammenhängenden Veränderungen in den *aldeias* der Volta Grande. Wo die Indigenen am Xingu zuvor fischten und sich selbst versorgen konnten, trinken sie nun gelieferte Softdrinks aus PET-Flaschen, schauen unterirdische Fernsehshows der Medienzentralen aus dem Süden des Landes und können Fisch meist nur noch essen, wenn sie in die Stadt fahren und dort im Supermarkt Tiefkühlfisch aus Südbrasilien, Thailand oder dem Nordatlantik kaufen. »Die vielfältige indigene Kultur am Xingu wurde durch Belo Monte in all ihren Facetten zerstört«, so Southgate.

Die neuen Bootsmotoren, die Autos, die Mopeds, das Benzin, die Flachbildschirme und die Computer, die die Staudambetreiberin Norte Energia an die verschiedenen indigenen Dörfer entlang des Xingu-Flusses als Entschädigungen für den Bau von Belo Monte verteilt hat, haben Zwietracht gesät. »Vorher waren wir hier 18 indigene Dörfer, dann kamen die vielen Geschenke von Norte Energia, und es gab Neid und Streit zwischen den verschiedenen Gruppen, sodass sich einige abgesondert haben«, sagt Gilliard Juruna, Kazike im kleinen Dorf Muratu. »Heute sind es 45 *aldeias*«, so Gilliard. Das alte Teile und Herrsche? »Ja«, sagt Gilliard, »das war die Strategie, sie wollten uns spalten, um unseren Widerstand zu schwächen.«

Thaís Santi spitzt den Vorwurf noch zu. »Meine Ermittlungen in dem Fall haben ergeben, dass die Auswirkungen des Staudammbaus nicht wie vorgeschrieben gemindert, sondern im Gegenteil sich verschärft haben. Die Untersuchungen aller Dokumente, Zeugen- und Betroffenenaussagen sowie selbst die Studien der Indigenenbehörde Funai ergeben das gleiche Bild: Bei Belo Monte handelt es sich um einen Ethnozid.« Durchgeführt

vom brasilianischen Staat und der Staudambetreiberin Norte Energia. Über die Zuwendungen würden Abhängigkeiten geschaffen und die Sozial- und Alltagsstruktur in den *aldeias* zerstört. »Was hier vorgeht, ist ein kompletter Umbruch des Lebenswandels, der Ernährung, der Arbeitswelt der Indigenen«, so Santi, die in São Bernardo do Campo südlich von São Paulo geboren wurde, in Curitiba in Südbrasilien aufwuchs und seit vier Jahren als Bundesstaatsanwältin in Altamira arbeitet. Sie hat 2015 wegen Ethnozid Klage bei Gericht gegen Belo Monte eingereicht. »Während ein Genozid die Völker physisch ermordet, tötet ein Ethnozid sie in ihrem Geist«, erklärt sie. Eine ganze Kultur und Lebensweise stehe hier auf dem Spiel.

Bevor sie als Bundesstaatsanwältin anfang, arbeitete sie als Universitätsprofessorin für Philosophie. Ihre Abschlussarbeit hat sie über Hannah Arendts Totalitarismustheorie verfasst. Mit ihren StudentInnen, so erzählt sie, habe sie oft diskutiert über eine Welt, in der alles möglich ist, eine Welt am Rande der Legalität, eine Welt des Terrors. Und das, sagt Thaís Santi, habe sie am Xingu vorgefunden. »Belo Monte ist ein Ethnozid in einer Welt, in der alles möglich ist.« Denn dieser Großstaudamm zeige die Extremseite eines als flexibel handhabbar verstandenen Rechts. Die Verletzung der Rechte der vom Staudammprojekt Belo Monte betroffenen Menschen sei ein Verfassungsbruch. Vor Gericht werde aber nicht mit dem Recht argumentiert, sondern mit der Kraft des Faktischen. »Die Staudambetreiberin entgegnete den Klagen mit dem Argument, wie viel schon für den Bau ausgegeben worden sei und wie viele BauarbeiterInnen bei Einstellung des Projekts ihren Job verlieren würden. [...] Dass der Bau von Belo Monte weiterging, das ist der Terror der Welt des Faktischen, in der alles möglich ist, in der das Recht keine Grenzen mehr setzt. Die Welt des ›Alles ist möglich‹ – das ist Belo Monte«, so Thaís Santi.

Mittlerweile haben verschiedene Bundesstaatsanwaltschaften insgesamt 25 Klagen gegen Belo Monte eingereicht. Einige hatten den Bau des Staudamms zwischenzeitlich stoppen können. Doch immer fand sich ein Richter am Obersten Gerichtshof in Brasília, der die Baustopps wieder aufhob und die Verfassungsklagen auf die lange Bank schob, ohne dass die in den Klagen erhobenen Vorwürfe juristisch bewertet worden wären. Ein rechtstaatliches Vorgehen wurde durch die Anwendung von Dekreten, die noch aus der Zeit der brasilianischen Militärdiktatur stammen, verhindert. Mit der sogenannten *suspensão de segurança*, dem Verweis auf ein »nationales Interesse«, können die Rechtsansprüche von Menschen wie Zé Carlos, Gilliard Juruna und ihren Nachbarn vernachlässigt werden. Das »nati-

onale Interesse« steht über dem Interesse der lokalen Bevölkerung an den Ufern des Xingu-Flusses. Vielleicht werden in einigen Jahren die anhängigen Gerichtsprozesse zum Abschluss gebracht und die Rechtsbrüche durch die Betreiber von Belo Monte juristisch sanktioniert werden. Aber dann ist der Staudamm schon lange in Betrieb, produziert Elektrizität im »nationalen Interesse« und ein Rückbau ist durch die Kraft des Faktischen auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Den betroffenen Indigenen hilft das nicht weiter.

Der Alkoholismus habe stark zugenommen, berichtet Leiliane Juruna. »Die Männer sind früher zum Fischen raus, schon ganz früh, heute stehen viele von ihnen spät auf, und der Kater ist ihnen anzusehen«, klagt Bel, wie sie von allen genannt wird. Sie ist zusammen mit Gilliard Juruna Kazikin von Muratu, dem kleinen Dorf in der Terra Indígena Paquiçamba. Selten nur noch kämen die Männer mit Beute nach Hause. Die Fische seien in der Gegend sehr rar geworden, seit sie den Damm hochgezogen haben. Anfang 2016 gab die Umweltbehörde Ibama bekannt, dass durch den Bau von Belo Monte 16 Tonnen Fisch in der Region verendet seien.<sup>2</sup>

### **Besuch der UN-Sonderberichtsteratterin**

Mitte März 2016 besucht Victoria Tauli-Corpuz, die Sonderberichtsteratterin der Vereinten Nationen für die Rechte indigener Völker, während einer Rundreise auch Muratu. Sie soll am Morgen gegen neun, halb zehn Uhr mit ihrem Tross eintreffen, um von den DorfbewohnerInnen direkt zu erfahren, welche Folgen Belo Monte für das indigene Leben in der Region hat. Bel und Gilliard betrachten sorgenvoll den verhangenen Himmel und diskutieren mit den anderen, ob die UN-Sonderberichtsteratterin auf dem Flughafen in Altamira unter diesen Witterungsbedingungen überhaupt wird landen können. Dann ziehen sie sich zurück, sie müssen sich noch bemalen, den traditionellen Federschmuck anlegen und sich auf das für eine Stunde angesetzte Gespräch vorbereiten. Eine Stunde nur, aber nach dem Besuch in Muratu steht für Tauli-Corpuz noch ein Gespräch mit der Konzernleitung von Norte Energia an.

Der Regen wird stärker. Auf der Erde bilden sich Rinnsale, die rotbraunen Xingu fließen. Dann kommt die Nachricht, dass das Flugzeug mit der Sonderberichtsteratterin in Altamira tatsächlich nicht landen konnte, son-

---

<sup>2</sup> Ibama: Ibama multa Norte Energia em R\$ 35 milhões por mortandade de peixes em Belo Monte, 15.4.2016, unter: [www.ibama.gov.br/publicadas/ibama-multa-norte-energia-em-r-35-milhoes-por-mortandade-de-peixes-em-belo-monte](http://www.ibama.gov.br/publicadas/ibama-multa-norte-energia-em-r-35-milhoes-por-mortandade-de-peixes-em-belo-monte).

dern nach Belém weiterfliegen musste. Dort charterten ihre MitarbeiterInnen ein kleines Flugzeug, um doch noch den Termin mit der indigenen Bevölkerung der Region wahrnehmen zu können. Vier Stunden und viele Liter Regen später erreicht Tauli-Carpuz mit ihrer Autokolonne das Dorf. Drei Polizeifahrzeuge mit schwerbewaffneten Beamten vorneweg, zwei hinter den Allradwagen mit den RepräsentantInnen der Vereinten Nationen. Die PolizistInnen springen behände aus den Wagen, postieren sich im Halbkreis um die Autos und halten die Schnellfeuerwaffen vor der Brust gekreuzt. Die Wartenden nehmen jedoch demonstrativ keinerlei Notiz von ihnen. Bel und Gilliard Juruna gehen direkt auf Victoria Tauli-Corpuz zu, durchschreiten dabei selbstbewusst die Reihen der Polizei. Die UN-Sonderberichtstellerin begrüßt sie mit einer herzlichen Umarmung. Daraufhin zieht der Polizeikommandeur seine Leute ab und erklärt, dass hier Polizeianwesenheit wohl nicht vonnöten sei und sie sich weiter unten ans Ufer hinsetzen würden und nicht beabsichtigten, das Treffen zu stören. Es ginge ja »nur um präventive Sicherheit«.

An die 50 Personen versammeln sich unter dem nach allen Seiten offenen Reetdach am oberen Ende der *aldeia*. Die DolmetscherInnen verteilen an die aus Muratu und den umgebenden *aldeias* Paquiçamba und Furo Seco Angereisten Headsets, damit sie dem Gespräch folgen und sich an ihm beteiligen können. Nach der Begrüßung aller Anwesenden stellt sich Tauli-Corpuz vor: »Ich bin Indígena und komme aus einer Bergregion auf den Philippinen, wo in den 1970er und 1980er Jahren ein großes Wasserkraftwerk 300.000 Indigene bedrohte.« Trotz des damals noch herrschenden Ausnahmezustands im Land hätten die Indigenen sich organisiert und zur Wehr gesetzt, »um zu verhindern, dass unsere angestammten Ländereien und unsere Reisfelder unter Wasser begraben werden«. Trotz der Androhung von Tod und Folter hätten sie damals entschlossen Widerstand geleistet und ihren Kampf gewonnen. »Wir zwangen die Weltbank zum Ausstieg, und die Regierung musste das Projekt 1986 einstellen. Das wollte ich euch erzählen.«

Dann hört sie geduldig den Anwesenden zu. Ihre MitarbeiterInnen schauen derweil besorgt auf die Uhr wegen des engen Terminplans. Das Gespräch mit Norte Energia wurde bereits abgesagt. Tauli-Corpuz will lieber hören, was die Indigenen zu sagen haben. Bel Juruna und Gilliard berichten von ihrer Situation, von den vielen »Geschenken« der Firma, von den Folgen des neuen Konsums, von den vielen toten Fischen, vom stetig wechselnden Wasserstand des Xingu, je nach Öffnen und Schließen der

Schleusen. Sie berichten davon, wie ihr Leben sich geändert hat, davon, dass Norte Energia ihnen Strom gebracht hat, aber sie nun die horrenden Stromrechnungen nicht zahlen können. Sie berichten von den Anhörungen, die Norte Energia durchgeführt hat, und wie wenig sie dort mitreden durften. Mitentscheiden schon gar nicht.

Vor allem das beunruhigt Victoria Tauli-Corpuz. Denn es gibt Vorschriften, wonach die indigenen Gemeinschaften bei allen Großprojekten, die sie und ihr Land betreffen, angehört werden müssen. Das schreibt die brasilianische Verfassung und die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vor. Brasilien hat diese Konvention 2002 unterzeichnet und 2004 ratifiziert. Dabei geht es um die Frage nach der sogenannten freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) der Indigenen zu solchen Projekten. So soll die Zustimmung der betroffenen Indigenen in den Anhörungen ohne Zwang, vor Beginn der Projekte und unter Offenlegung aller Informationen erfolgen. Die Regierung in Brasília behauptet, es hätten hinreichend Anhörungen stattgefunden, zudem würden durch den Staudamm keine indigenen Territorien überschwemmt, Indigene seien von daher »nicht betroffen«. Die Bundesstaatsanwaltschaft sieht das ganz anders. Die bisherigen Anhörungen seien nicht ausreichend angekündigt und oft mit massivem Polizeiaufgebot durchgeführt worden, was die Betroffenen eingeschüchtert habe. Zudem schreibe die ILO-Konvention 169 nicht bloß die Anhörung der Indigenen vor, sondern fordere deren Zustimmung. In der ILO-Konvention heißt es in Artikel 6, Satz 1: »Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens haben die Regierungen a) die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden.« In Artikel 6, Satz 2 heißt es weiter: »Die in Anwendung dieses Übereinkommens vorgenommenen Konsultationen sind in gutem Glauben und in einer den Umständen entsprechenden Form mit dem Ziel durchzuführen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen.«<sup>3</sup>

Außerdem, so argumentiert die Bundesstaatsanwaltschaft, seien sehr wohl Indigene betroffen: Denn nach Inbetriebnahme von Belo Monte werde der Flusslauf auf hundert Kilometer Länge, eben in der sogenannten Großen Flussschleife des Xingu, bis zu 80% weniger Wasser führen. Und

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu Kleiber/Russau: Der Belo Monte-Staudamm, S. 12.

der Fluss sei für die Indigenen nicht nur Nahrungsmittellieferant, sondern Trinkwasserquelle, Transportweg und natürlicher Kühlschrank in einem. Wenn ihr Territorium auch nicht überschwemmt werde, so beeinträchtige die weitgehende Trockenlegung des Flusslaufes das Leben der Indigenen unmittelbar, und deswegen sei die Einhaltung der FPIC unabdinglich. Die Bundesstaatsanwaltschaft bezeichnete den Bau des Staudamms Belo Monte daher als einen »Angriff auf die brasilianische Verfassung«.<sup>4</sup>

Auf diese Klagen der Bundesstaatsanwaltschaft bezieht sich auch Victoria Tauli-Corpuz, nachdem sie sich die Reden der Indigenen trotz ihres engen Terminplans geduldig und interessiert angehört hat. Und sie erwähnt die Klage der Staatsanwältin Thaís Santi zum Ethnozid an den Indigenen durch Belo Monte. »Was hier geschieht, ist nicht nur ein physischer Angriff, sondern ein Angriff auf eure Kultur«, sagt sie. Zustimmendes Raunen unter dem Reetdach. »Wenn ihr eure kulturelle Identität verliert, dann ist eure Identität als Indigene in ihrer Existenz bedroht.« Und sie macht den AnwohnerInnen des Staudammprojekts Mut: »Was ihr macht, wenn ihr protestiert, ist richtig, denn ihr verteidigt damit alle künftigen Generationen hier.« Ihre MitarbeiterInnen erinnern Tauli-Corpuz an den komplett aus den Fugen geratenen Terminplan. Sie deutet an, dass sie noch länger bleiben und mit den betroffenen Indigenen reden will. Die Zeichen des Polizeikommandeurs sind dann aber doch zu eindeutig. Vor Sonnenuntergang müssen sie wieder in der Stadt sein, das sei von höchster Stelle der Vereinten Nationen so angeordnet. Nach Einbruch der Dunkelheit keine Fahrten mehr durch Dschungelgebiete. Und nun fühlen sich die PolizistInnen augenscheinlich wieder in ihrem Element. Mit vor der Brust gekreuzten Gewehren sichern sie den Abgang der UN-Sonderberichterstatteerin. Mit röhrenden Motoren fährt die Autokolonne den Hügel zur Erdstraße hinauf, die Polizeiwagen vor und hinter den UN-Mietwagen, mit rotblinkenden Signallichtern verschwinden sie im spätnachmittäglichen Grün des Regenwalds am Xingu.

### **Die permanente Missachtung der lokalen Bevölkerung**

Anderthalb Monate später, 5. Mai 2016. Am Xingu-Fluss, hinter der großen Flussschleife der Volta Grande. »Dieses Werk ist so groß wie dieses Volk. Es ist großartig. Es ist ein großartiges Werk. Das ist die beste Art, Belo Monte zu beschreiben: großartig.« Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff war an

---

<sup>4</sup> Ebd., S. 16.

diesem Tage zur feierlichen Inbetriebnahme der ersten Turbine des riesigen Staudammprojekts geladen. Kaum angekommen auf dem Flughafen in Altamira, war sie mit dem Helikopter über Belo Monte geflogen. Nach Abschluss ihrer Lobesrede blieb sie keine Minute länger als nötig. Sie erwarteten noch viele Termine in diesen für Brasilien turbulenten Tagen.

Wahrscheinlich hätte es sich für die Präsidentin gelohnt, sich nicht nur mit VertreterInnen der Betreiberfirma beklatschen zu lassen, sondern auch mit der Bevölkerung entlang des Xingu zu sprechen und ihnen zuzuhören. Dann hätte sie die andere Seite dieser »großartigen« Geschichte erfahren können: von den mehr als 20.000 (Regierungsangaben) oder 40.000 (Angaben der GegnerInnen des Projekts) Zwangsumgesiedelten und ihren derzeitigen Lebensumständen, von denjenigen, die nun am Stadtrand von Altamira leben müssen, wo es keinen Bus und keine Arbeit gibt. Sie hätte die Beklemmung in den monotonen Reihenfertighäusern wahrnehmen können. Sie hätte einen Eindruck von der Verzweiflung der ZierfischerInnen bekommen, deren Geschäft zu 80% eingebrochen ist. Sie hätte erfahren können, was es für eine Stadt bedeutet, wenn sich binnen weniger Jahre die Bevölkerung in etwa verdoppelt und man noch immer über kein funktionierendes Abwassersystem verfügt. Sie hätte sich die Erzählungen der Indigenen anhören können, die statt wie zuvor von und mit der Natur zu leben nun großzügige Essenspakete und Konsumgüter als Entschädigungen für den Verlust ihrer ursprünglichen Flusslandschaft erhalten. Vielleicht hätte ihr jemand auch empfohlen, einmal mit den ÄrztInnen und den Krankenschwestern der Region zu reden, die infolge veränderter Ernährungsgewohnheiten über immer mehr Fälle von Diabetes und Bluthochdruck unter der lokalen Bevölkerung berichten können sowie von der sexuellen Gewalt, die seit Beginn des Bau von Belo Monte in der Stadt Altamira deutlich zugenommen hat. All dies hat Dilma Rousseff nicht getan. Sie zog es vor, den Staudamm als »großartig« abzufeiern und gleich darauf wieder abzufliegen.

Sicherlich: Viele andere Sorgen plagten sie in diesen Tagen vor der zweiten Phase des »kalten Putsches« gegen ihre Präsidentschaft, aber den BewohnerInnen am Xingu kam dieses Verhalten doch allzu bekannt vor. Sie werfen Rousseff seit Jahren vor, sich nicht weiter für die Belange und Sichtweisen der von Umweltproblemen betroffenen lokalen Bevölkerung im Amazonasgebiet zu interessieren. Vor diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, warum die wichtigste Widerstandsbewegung gegen Belo Monte, das Movimento Xingu Vivo para Sempre, wenige Tage vor dem Impeachment im Senat einen Offenen Brief veröffentlicht hat. In diesem wird Rous-

seff in aller Deutlichkeit ihre Doppelmoral vorgeworfen. »Du bist in unser Territorium gekommen, um ein auf Korruption basierendes Bauwerk zu eröffnen. Ein Bauwerk, mit dem sich deine ehemaligen Regierungskollegen (und deine heutigen Feinde) auf kriminelle Art bereichert haben. Du hast unsere Leben teuer verkauft an die Kanailen, die heute auf das chinesische Porzellan spucken, von dem sie das aßen, was du ihnen servierdest, während wir hungerten und froren. Was für eine Art Mensch empfindet immensen Stolz über so etwas? Heute sagst du, Dilma, »ich bin Opfer einer Ungerechtigkeit«, und beklagst illegale Praktiken, die dich treffen. Aber du selbst hast mit Hohn auf Dutzende von juristischen Klagen gegen Belo Monte reagiert, unter anderem auch auf eine der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, an die du dich nun wendest, weil du dich in deiner Macht bedrängt fühlst. Du redest von einem Putsch im Kongress gegen deine Person, aber hast dafür gesorgt, dass all unsere bescheidenen Möglichkeiten zur Verteidigung vor Gericht schlichtweg annulliert wurden, dadurch dass die Generalstaatsanwaltschaft entschied, die nebulöse *suspensão de segurança* anzuwenden. Wenn wir dich und uns vergleichen, haben wir keinen Zweifel, wem mehr Rechte aberkannt wurden. Heute bist du, Dilma, über unseren Fluss geflogen, aber offensichtlich hast du den Geruch von Hunderten Tonnen toter Fische, die dein Wasserkraftwerk täglich produziert, nicht wahrgenommen [...]. Du hast dich darauf beschränkt, Torheiten über Umweltschutz von dir zu geben.«

Trotz des offensichtlich tiefen Unverständnisses, dass Dilma Rousseff den Anliegen vieler sozialer Bewegungen seit Jahren entgegenbringt, haben diese dennoch immer wieder auf den Rechtsstaat und demokratische Teilhabe gesetzt, nicht zuletzt in der Zeit, als das Abgeordnetenhaus und auch der Senat in Brasilien die Absetzung der Präsidentin in die Wege leiteten. Zu spät hat Dilma erkannt, dass sie sich mit den falschen Leuten eingelassen hat. Diejenigen, denen sie eigentlich hätte vertrauen können, vertrauen müssen, die hat sie Jahre zuvor durch ihre kompromisslose Politik in Bezug auf Amazonien vor den Kopf gestoßen. Dennoch haben viele bis zuletzt für den Verbleib Dilmas an der Spitze der von der Arbeiterpartei geführten Regierung gekämpft. Und das nicht, weil sie ihre Politik in Amazonien nun doch gutgeheißen hätten, sondern schlicht deswegen, weil sie Demokraten und daher gegen Putsche sind.

### **Belo Monte und die Frage nach der Mitverantwortung**

Bislang haben sich alle Befürchtungen hinsichtlich der negativen Konsequenzen von Belo Monte für Mensch und Natur als zutreffend erwiesen. Die bisherigen Ergebnisse: bis zu 40.000 zwangsumgesiedelte Menschen, deren Ersatzhäuser nicht dem versprochenen Standard entsprechen und abseits von Verkehrsanbindungen und möglichen Arbeitsplätzen liegen. Ein nicht fertiggestelltes Abwassersystem in der Stadt Altamira, sodass bei Hochwasserrückstau aus dem Fluss Xingu eine Kloake zu werden droht. Grassierende Arbeitslosigkeit, zu wenige Krankenhäuser und Schulen für die Bevölkerung, die in den letzten Jahren explosionsartig gewachsen ist. Altamira droht zuweilen ins soziale Chaos abzudriften. Tonnen toter Fische, die in den vergangenen Monaten aus dem Xingu geholt wurden, dar-bende Klein- und ZierfischerInnen, die Angst um ihre berufliche Zukunft haben. Indigene Dörfer, die darunter leiden, dass die gerichtlich angeordneten Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen, die eigentlich die Vorbedingung für den Baubeginn 2011 gewesen waren, gar nicht oder nur unzulänglich umgesetzt wurden.

In Brasilien wollten diejenigen, die die politische Verantwortung für den Bau von Belo Monte tragen und die Wirtschaftsausrichtung des Landes bestimmen, lange Zeit nichts von den Warnungen der vielen KritikerInnen hören. Sie wischten sie weg mit dem Argument, Indigene seien »Entwicklungshemmnisse« (so der damalige Präsident Lula), oder mit der Behauptung, die gegen Belo Monte opponierenden Indigenen und UmweltaktivistInnen seien aus dem Ausland gesteuert (so Aldo Rebelo, der zunächst Sport-, dann Wissenschafts- und dann Verteidigungsminister Brasiliens war).

Dabei hatte im Jahr 2009 ein 40-köpfiges Team von WissenschaftlerInnen von Universitäten aus ganz Brasilien das Projekt Belo Monte ausführlich unter die Lupe genommen. Sie wollten sich ein unabhängiges Bild machen, denn die einzige Umweltfolgenstudie stammte von den Projektbetreibern selbst. Ihr Fazit: Der Bau von Belo Monte sei nicht sinnvoll, nicht wirtschaftlich. Die AutorInnen wiesen auf die sozialen Folgen und Konsequenzen für die Umwelt hin.<sup>5</sup>

Während in Brasilien die lokal betroffenen Indigenen, die FlussanwohnerInnen gemeinsam mit der Widerstandsbewegung Xingu Vivo para Sem-

---

<sup>5</sup> Painel de especialistas: Análise Crítica do Estudo de Impacto Ambiental do Aproveitamento Hidrelétrico de Belo Monte, Belém, 29.10.2009, unter: [www.socio-ambiental.org/banco\\_imagens/pdfs/Belo\\_Monte\\_Painel\\_especialistas\\_EIA.pdf](http://www.socio-ambiental.org/banco_imagens/pdfs/Belo_Monte_Painel_especialistas_EIA.pdf).

pre, unterstützt von zahlreichen Umweltorganisationen und AktivistInnen aus ganz Brasilien gegen Belo Monte protestierten, haben sich auch im Ausland AktivistInnen zusammengefunden. NGOs wie International Rivers und Amazon Watch aus den USA, Planète Amazone aus Frankreich und das Belo-Monte-Netzwerk aus Deutschland hatten sich zusammengetan, um die Anliegen lokaler Gruppen im Amazonasgebiet zu unterstützen. Mit einer gemeinsamen Kampagne verfolgten sie das Ziel, die Mitverantwortung von nicht brasilianischen Firmen an den Umweltverbrechen herauszustellen und die Unternehmensleitungen direkt mit den Vorwürfen zu Belo Monte zu konfrontieren. Während Amazon Watch und International Rivers auf den Hauptversammlungen von beispielsweise General Electric protestierten und Planète Amazone gegen die französischen Konzerne Engie (früher GDF Suez) und EDF vorging, konzentrieren sich die AktivistInnen aus Deutschland seit 2013 auf den Turbinenhersteller VoithHydro, ein Joint-Venture von Voith und Siemens, auf Siemens selbst sowie auf die Unternehmen, die als Versicherer von Belo Monte fungieren. Höhepunkt dieser internationalen Kampagne war der gemeinsame Auftritt von AktivistInnen aus Brasilien, USA, Frankreich und Deutschland auf der Jahreshauptversammlung von Siemens im Januar 2014.<sup>6</sup>

So direkt auf die Vorwürfe angesprochen, müssen die Konzernchefs reagieren. Die Geschäftsleitung von Voith reagierte, nachdem Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen am 20. Juni 2012 – während in Rio de Janeiro der Rio-Plus-20-Nachhaltigkeitsgipfel eröffnet wurde – vor dem Werkstor von Voith im 46.000 EinwohnerInnen zählenden Städtchen Heidenheim protestiert und Informationsmaterialien an die verdutzten MitarbeiterInnen verteilt hatten. Als bloßer Zulieferer sei Voith »für viele Aspekte der Diskussion nicht der richtige Adressat«, hieß es in einem Antwortschreiben an die Initiative GegenStrömung,<sup>7</sup> die für menschenrechtskonformes sowie sozial- und umweltverträgliches Handeln deutscher Akteure bei deren Auslandsaktivitäten eintritt. Außerdem sei man bei Voith »der Auffassung, dass die Vorteile für Klimaschutz und zuverlässige Stromversorgung die Nachteile, die mit großen Infrastrukturvorhaben wie diesem durch Ein-

---

<sup>6</sup> Siehe die Protestreden, Gegenanträge und Pressemitteilungen vom Januar 2014 auf der Aktionärsversammlung von Siemens unter: [www.kritischeaktionaeere.de/siemens.html](http://www.kritischeaktionaeere.de/siemens.html).

<sup>7</sup> Voith Hydro: Antwortschreiben an GegenStrömung, 19.12.2012.

griffe in das Ökosystem und die Auswirkungen auf die vor Ort lebenden Menschen einhergehen, überwiegen«. <sup>8</sup>

Auch Siemens – das einen 35%igen-Anteil an dem mit Voith gemeinsam geführten Joint-Venture VoithHydro hält – sah sich auf den Aktionärshauptversammlungen der vergangenen Jahre immer wieder öffentlicher Kritik wegen seiner Beteiligung am Staudammprojekt Belo Monte ausgesetzt. 2013 erkletterten AktivistInnen der Organisation Robin Wood die Münchener Olympiahalle und befestigten dort weithin sichtbar ein Protestbanner, <sup>9</sup> vor dem Eingang begrüßten VertreterInnen des Aktionsbündnisses zu Belo Monte die AktionärInnen mit Flugblättern und Transparenten mit dem Motto »Kein Profit auf Kosten des Amazonas und der dort lebenden Menschen«. »Belo Monte ist der Todesstoß ins Herz der indigenen Völker am Xingu«, ließ der katholische Bischof von Altamira, Dom Erwin Kräutler, in seiner Ansprache an die AktionärInnen mitteilen. Kräutlers Rede wurde von einer Vertreterin des Bündnisses verlesen. Auch wenn europäische Firmen mit »diesem Wahnsinnsprojekt astronomische Gewinne« machten, sei dadurch Belo Monte noch lange nicht ethisch vertretbar, so Kräutler, der 2010 den Right Livelihood Award, den sogenannten alternativen Nobelpreis, für seinen Einsatz für Menschenrechte in der Xingu-Region erhalten hat. »Jede Firma, die sich an Belo Monte beteiligt, zeichnet mitverantwortlich für diese Menschenrechts- und Umweltkatastrophe«, empörte sich der Bischof. Die Rechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen durch das Staudammprojekt Belo Monte im amazonischen Bundesstaat Pará müssten ein Ende haben, so das Aktionsbündnis. Es fordert Siemens schon seit Längerem dazu auf, »aus dem Projekt auszusteigen«. Auch ein Unternehmen wie Siemens müsse sich an internationale Umwelt- und Menschenrechtsstandards halten. So müssten im Konzern endlich Strukturen etabliert werden, die eine Beteiligung an zerstörerischen Projekten wie Belo Monte in Zukunft ausschließen. Das Aktionsbündnis übergab im Anschluss an seine Rede dem Aufsichtsratsvorsitzenden Gerhard Cromme

---

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Stumberger, Rudolf: Proteste gegen Staudamm-Bau. Siemens-Hauptversammlung in München von Kritischen Aktionären heimgesucht, in: Neues Deutschland, 24.1.2013, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/810828.proteste-gegen-staudamm-bau.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/810828.proteste-gegen-staudamm-bau.html).

eine Liste mit 40.000 Unterschriften, die sich gegen die an Belo Monte beteiligten europäischen Konzerne richten.<sup>10</sup>

Im Januar 2014 war der Kreis der gegen die Siemens-Beteiligung am Belo-Monte-Staudamm protestierenden Gruppen noch größer geworden. Aus Brasilien war Mônica Soares Brito vom Bündnis Xingu Vivo para Sempre angereist, aus Europa und den USA waren AktivistInnen von Amazon Watch und Planète Amazone gekommen, um zu zeigen, dass die internationale Kampagne weiterging und man bereit war, weiterhin Druck auf die beteiligten Konzerne auszuüben. In den Jahren 2015 und 2016 war Belo Monte erneut Thema auf der Siemens-Aktionärsversammlung. 2016 äußerte sich Greenpeace zu Siemens' weltweiter Beteiligung an umweltzerstörenden Wasserkraftprojekten. Die Konzernspitze reagierte stets ausweichend auf die Vorwürfe. Siemens sei nie Teil des Konsortiums, das den Belo-Monte-Staudamm gebaut hat, gewesen, außerdem halte das Unternehmen nur eine Minderheitsbeteiligung von 35% an VoithHydro und sei deshalb nicht der richtige Ansprechpartner für die Kritik. Das Handelsgesetzbuch aber widerspricht dieser Aussage von Siemens. § 311 Abs.1 HGB definiert, dass ab einem Stimmrechtsanteil von 20% am Beteiligungsunternehmen sehr wohl von einem maßgeblichen Einfluss auszugehen ist.<sup>11</sup>

### **Die oft unterschätzte Rolle der Versicherer**

Auch die deutschen Versicherungsunternehmen, die von der Kampagne ins Visier genommen wurden, reagierten zunächst nur defensiv. Dabei handelt es sich um die Allianz und erneut die Münchener Rückversicherung. Die Allianz hatte Ende 2011 5% der Versicherungssumme der kompletten Baukosten des Staudammprojekts von rund acht Milliarden Euro übernommen und diese gegen Risiken versichert. Damit deckte die Allianz laut Berechnung der im Belo-Monte-Netzwerk zusammengeschlossenen Organisationen Baurisiken im Wert von umgerechnet 400 Millionen Euro ab. Das Netzwerk sieht darin einen Verstoß gegen die von der Allianz selbst so hochgelobten Nachhaltigkeitskriterien. Die Münchener Rück wiederum ist 2012 wegen der Rückversicherung von 25% des Staudamms Belo Monte

---

<sup>10</sup> Siehe hierzu die Petitionskampagne der Organisation Rettet den Regenwald e.V. aus Hamburg unter: [www.regenwald.org/aktion/876/belo-monte-euer-profit-zerstoert-unser-leben](http://www.regenwald.org/aktion/876/belo-monte-euer-profit-zerstoert-unser-leben).

<sup>11</sup> Siehe § 311 Abs.1 HGB des Handelsgesetzbuchs unter: <http://handelsgesetzbuch.net/paragraph-311>.

aus dem Nachhaltigkeitsindex Global Challenges Index »wegen Umweltverstößen« ausgeschlossen worden.<sup>12</sup>

Während am Xingu-Fluss im brasilianischen Amazonasgebiet über 150 Indigene – Angehörige der Gemeinschaft Munduruku – eine der zentralen Baustellen für das umstrittene Staudammprojekt besetzt hielten, sprach Verena Glass von der Widerstandsbewegung Xingu Vivo para Sempre in der bayerischen Landeshauptstadt München zu 3.500 AktionärInnen des Versicherungskonzerns Allianz. Das war im Mai 2013. Sie bezeichnete in ihrer Rede »Belo Monte als massiven Eingriff in das Leben Tausender Menschen in einer der artenreichsten Regionen der Welt«. Sie berichtete von der verzweiferten Lage der Menschen vor Ort sowie von den vom Betreiberkonsortium und von der brasilianischen Bundesregierung begangenen Rechtsverstößen im Zusammenhang mit dem Bau von Belo Monte. Die Antwort der Unternehmensleitung war wenig überraschend: Die mit solchen Großprojekten wie Belo Monte einhergehenden Probleme würden aufgewogen durch die Vorteile klimaschonender Energieproduktion. Außerdem sei Brasilien ein Rechtsstaat, und da die Regierung und Behörden das Projekt genehmigt hätten, habe nichts gegen eine Beteiligung als Versicherer gesprochen. Dass die Allianz von der Rechtsstaatlichkeit Brasiliens selbst nicht immer ganz überzeugt ist, hat sich in einem anderen Fall gezeigt. Das Unternehmen ist nämlich auch Teil eines Verbundes, das den Bau des Staudamms Jirau am Rio Madeira im brasilianischen Bundesstaat Rondônia versichert hatte. Bei Jirau war es 2011 zu massiven Protesten wegen menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen und miserabler Entlohnung gekommen. Der Sachschaden infolge der Proteste belief sich umgerechnet auf 550 Millionen US-Dollar, die der Versicherungsverbund nicht zahlen wollte und deshalb den Fall vor ein internationales Schiedsgericht in Großbritannien verlegte.<sup>13</sup> Im Fall von Belo Monte wird von der Allianz immer auf die Rechtsstaatlichkeit in Brasilien verwiesen, im Fall von Jirau wollte man sich wohl lieber nicht darauf verlassen.

---

<sup>12</sup> GXINDEX: Munich Re wegen Umweltverstoß ausgeschlossen, 8.3.2012, unter: <http://gcindex.boersenag.de/de/news.php>.

<sup>13</sup> Russau, Christian: Hoffentlich Allianz versichert... und mit privatem Schiedsgericht doppelt abgesichert! Ganz ohne Verträge im TTIP-Style: Wie Versicherer und Rückversicherer juristischen Streit zwischen Großbritannien und Brasilien säen, 10.9.2015, unter: [www.gegenstroemung.org/web/blog/hoffentlich-allianz-versichert-und-mit-privatem-schiedsgericht-doppelt-abgesichert/](http://www.gegenstroemung.org/web/blog/hoffentlich-allianz-versichert-und-mit-privatem-schiedsgericht-doppelt-abgesichert/)

Doch es gibt bei der Allianz erste Hinweise, dass im Konzern ein Umdenken stattfindet und man bereit ist, sich intensiver mit Fragen von Nachhaltigkeit und Menschenrechten zu beschäftigen und sich entsprechende Kriterien für die geschäftliche Zusammenarbeit zu geben. Wie sagte es der vormalige Vorstandsvorsitzende der Allianz, Michael Diekmann? »Es ist wie so oft im Leben: Wenn man mit sich selbst zufrieden ist, kommt die Überraschung, dass alle anderen das nicht genauso sehen.«<sup>14</sup> Laut Diekmann sei die Allianz lange Zeit stolz gewesen auf ihre Haltung zur Klimapolitik, aber durch die Kritik von kritischen AktionärInnen und NGOs sei das Unternehmen dazu gebracht worden, seine Positionen zu überdenken. »Die erste spontane Reaktion auf unserer Seite war defensiv. Aber dann wurde uns schnell klar, dass wir trotz allen ehrlichen Bemühens vielleicht etwas zu opportunistisch unterwegs waren.«<sup>15</sup> Das Ergebnis: Seit 2012 erfolge eine grundlegende Überarbeitung der ESG-Kriterien, also der Kriterien für Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung. Deren Veröffentlichung war für Beginn des dritten Quartals 2016 angekündigt.

Auch die Münchener Rückversicherungsgesellschaft wurde wegen ihrer Beteiligung an Belo Monte 2013 bis 2016 regelmäßig auf ihren Aktionärsversammlungen kritisiert. Das Unternehmen hat ein Viertel der Rückversicherungssumme<sup>16</sup> für den Bau von Belo Monte und die Führungsrolle im Rückversicherungskonsortium übernommen und erhielt dafür umgerechnet 15,5 Millionen Euro an Prämien über einen Zeitraum von vier Jahren.<sup>17</sup> Die gesamte Rückversicherung von Belo Monte betraf die Bauphase von rund neun Jahren und deckte damals die anvisierten Gesamtkosten von umgerechnet 7,6 Milliarden Euro ab.

Das erste Mal wurde die Münchener Rück auf ihrer Jahreshauptversammlung im April 2013 direkt mit Vorwürfen von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen konfrontiert. Damals verwies der Vorstandsvorsitzende Nikolaus von Bomhard ähnlich wie die Geschäftsführung der Allianz auf die

---

<sup>14</sup> Fromme, Herbert: Grüner Wandel. Passend zum 125. Firmengeburtstag gibt sich die Allianz selbstkritisch und bekennt sich zum lange unterschätzten Thema Klimaschutz. Auch Konzernkritiker werden gelobt, in: Süddeutsche Zeitung, 22.4.2015, unter: [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/allianz-gruener-wandel-1.2446791](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/allianz-gruener-wandel-1.2446791).

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Valor Econômico, 11.7.2011, unter: [www.valor.com.br/arquivo/897629/bb-mapfre-lidera-seguro-de-belo-monte](http://www.valor.com.br/arquivo/897629/bb-mapfre-lidera-seguro-de-belo-monte).

<sup>17</sup> Valor Econômico, 15.6.2011, unter: [www.valor.com.br/arquivo/893273/munich-lidera-resseguro-de-belo-monte](http://www.valor.com.br/arquivo/893273/munich-lidera-resseguro-de-belo-monte).

Rechtsstaatlichkeit sowie auf die strenge Umweltgesetzgebung Brasiliens. Zudem hätte sich sein Unternehmen auf die eigene Risikobewertung verlassen und an die im Jahr 2000 verabschiedeten Leitlinien der Weltstaudammkommission (World Commission on Dams/WCD) gehalten. Diese Kommission war 1998 als Reaktion auf die massiven Proteste gegen Großstaudämme in zahlreichen Ländern – von Indien über Brasilien bis zu afrikanischen Staaten – von der Weltbank und der International Union for the Conservation of Nature (IUCN) initiiert worden. An der Erarbeitung der Leitlinien der WCD waren Staudambauer, -betreiber und -zulieferer beteiligt gewesen, unter den teilnehmenden Institutionen fanden sich aber beispielsweise keine privaten Banken und keine Versicherer. Während also für Staudambauer, -betreiber und -zulieferer die Vorgaben der WCD quasi bindend sind, ist das bei den Banken und Versicherungsunternehmen nicht der Fall. Und dies ist wohl der entscheidende Punkt, warum der Vorstandsvorsitzende von Bomhard so leichthin sagen konnte, seine Firma halte sich an die WCD-Leitlinien. Da die Münchener Rück das Abkommen der WCD nicht unterzeichnet hat, muss sie diesbezüglich auch keinen Bericht erstatten und wird auch nicht diesbezüglich geprüft.

Versicherer und Rückversicherer setzen gern auf ihre eigenen Leitlinien und nutzen diese als Aushängeschild, um damit eine »nachhaltige Geschäftspraxis« zu belegen. Seit 2002 müssen bei der Münchener Rück Investments in Aktien und Anleihen »bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen«, 2005 wurden »konzernweit verbindliche« General Investment Guidelines eingeführt. Im April 2006 unterzeichnete die Münchener Rück als erstes deutsches Unternehmen die UN-Principles for Responsible Investment (PRI). Die PRI dienen der Münchener Rück dabei als »Leitlinie für [die] Anlagestrategie, um Aspekte der Ökologie, gesellschaftlichen Verantwortung und guten Unternehmensführung (sogenannte Environmental, Social und Governance Aspects) verstärkt [im] Investmentprozess zu verankern«.<sup>18</sup> Dabei sollen diese Prinzipien nicht auf alle Geschäftstätigkeiten angewendet werden: »80% der Investments von Münchener Rück in Aktien, Unternehmens- und Staatsanleihen müssen Nachhaltigkeitskriterien erfüllen.«<sup>19</sup> Was bedeutet dies aber wohl für die anderen 20%?

---

<sup>18</sup> Münchener Rück: Nachhaltige Kapitalanlagen von Munich Re, unter: [www.munichre.com/de/group/focus/climate-change/strategic-approach/asset-management/index.html](http://www.munichre.com/de/group/focus/climate-change/strategic-approach/asset-management/index.html).

<sup>19</sup> Tobias Grimm (Münchener Rück): Erneuerbare Energien – Investitionen in Anlagen, Hessischer Fördertag – Eltville, 21.9.2011.

Bei der Münchener Rück geht es um Anlageentscheidungen in Höhe von mehr als 250 Milliarden Euro, die ihre Vermögensverwalterin, die MEAG, betreut. Die MEAG orientiert sich dabei laut eigenen Aussagen am Dow Jones Sustainability World Group Index, am FTSE4Good, am Advanced Sustainable Performance Index, an der Rating-Agentur Sustainalytics und oekom research.<sup>20</sup> Interessanterweise war es oekom research, die zusammen mit der Börse Hannover den Nachhaltigkeitsindex Global Challenges Index (GCX) entwickelt haben, aus dem die Münchener Rück eben wegen ihres Engagements im Zusammenhang mit Belo Monte rausgeflogen ist.

Dabei lenken die PRI von einem für die Versicherungswirtschaft zentralen Punkt ab: Sie gelten lediglich für Kapitalanlagen und nicht für den Bereich der hauptsächlichen Geschäftstätigkeit der Konzerne: den Bereich der (Rück-)Versicherungen. Für das Kerngeschäft der Münchener Rück, also der Erst- und Rückversicherung, gelten als ESG-Leitlinie – neben dem vagen Selbstverpflichtungsprinzip des UN-Global Compact<sup>21</sup> – die Principles for Sustainable Insurance (PSI), also die Prinzipien für nachhaltige Versicherungen. Diese sind wie die PRI Teil der UNEP Finance Initiative und wurden im Rahmen des Rio+20-Prozesses für die Versicherungswirtschaft entwickelt. Den vier PSI-Prinzipien zufolge sollen ESG-Aspekte 1) in die Arbeit eingebunden, 2) das Bewusstsein dafür geschärft und 3) gesellschaftsübergreifend gefördert werden sowie 4) diesbezügliche Transparenz und Berichterstattung erfolgen. Nur: Das sind wiederum nur sehr allgemein gehaltene Absichtserklärungen, denen von KritikerInnen vorgeworfen wird, sie seien viel zu vage und damit wirkungslos.

Es stellt sich zudem die Frage nach der Kohärenz und Sinnhaftigkeit all dieser Selbstverpflichtungsansätze. Die Münchener Rück hat die UN-Principles for Sustainable Insurance (PSI) ebenso unterzeichnet wie ihr Branchenkonkurrent Swiss Re. Damit unterliegen also beide denselben Richtlinien. Wie kann es dann aber sein, dass die Swiss Re schon 2010/2011 entschieden hat: »Am Belo-Monte-Damm haben wir uns nicht beteiligt, weil er inakzeptable Auswirkungen auf das Ökosystem und vor allem auf die indi-

---

<sup>20</sup> So die Münchener Rück über das Management ihrer Kapitalanlagen, bis Ende 2015, einsehbar unter: [www.munichre.com/corporate-responsibility/de/management/responsibility-in-business/management/index.html](http://www.munichre.com/corporate-responsibility/de/management/responsibility-in-business/management/index.html).

<sup>21</sup> Die Leitlinien und Prinzipien des UN-Global Compact können eingesehen werden unter: [www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org).

gene Bevölkerung hat«?<sup>22</sup> Ist es so, dass die Münchener die PSI-Kriterien einfach nicht richtig verstanden haben, oder kann jedes Unternehmen in sie hineininterpretieren, was ihm gerade in den Kram passt? Am Beispiel der Staudämme lässt sich zeigen, wie fatal die Unverbindlichkeit und Auslegungsfreiheit dieser Selbstverpflichtungen und Leitlinien ist. Der Boom beim Bau von Großstaudämmen hält an: in Brasilien, Kolumbien, Peru, Indien, Kongo, China, Türkei, im Balkan, in Malaysia, Laos und vielen anderen Ländern. Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei schätzt, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten weltweit 3.700 neue Staudämme gebaut werden.<sup>23</sup> UmweltschützerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen sehen eine Korrelation zwischen der zunehmenden Zahl an Staudämmen und einem Anstieg bei grundlegenden Menschenrechtsverletzungen in den betroffenen Regionen.

Schnell rücken die Geldgeber ins Blickfeld, wenn es um die Errichtung solcher Bauwerke geht, denn »ohne Finanzierung kein Staudambau« – so lautet die landläufige Einschätzung. Doch vor der Frage nach der Finanzierung des Baus und des Betriebs wird bei Großprojekten aller Art meist zuerst noch etwas anderes geklärt: die Frage der Versicherung. Denn keine der geldgebenden Finanzinstitutionen will im Schadensfall auf den Kosten allein sitzen bleiben. Das wird von AktivistInnen gegen Großprojekte häufig übersehen. In den meisten Fällen werden Kreditverträge erst abgeschlossen, wenn zuvor die Versicherungsfrage geklärt ist. Dies war zum Beispiel beim Staudammprojekt Jirau am Madeira-Fluss in Amazonien nahe der brasilianisch-bolivianischen Grenze der Fall. Hier wurden zuerst die Verträge über die Rückversicherung unterzeichnet, auf ihren inhaltlichen Vorgaben basierend dann die Versicherungsverträge. Bekannt wurde dieses Vorgehen nur durch den Gerichtsstreit zwischen den Versicherern und den Baufirmen des Jirau-Staudamms.<sup>24</sup> Daher rührt die bedeutsame Rolle der Rückversicherer.

Zudem beschränken sich Versicherer und Rückversicherer nicht auf das Versicherungsgeschäft im engeren Sinne, sondern wirken mit an den zur Vertragsreife zu entwickelnden Finanzierungsmodellen. Ein Beispiel hier-

---

<sup>22</sup> Spöndli, Markus: Wer macht mit bei der Infrastrukturorgie?, in: WOZ 15/2016, 14.4.2016, unter: [www.woz.ch/-6ab9](http://www.woz.ch/-6ab9).

<sup>23</sup> Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB): Global boom in hydropower expected this decade, 24.10.2014, unter: [www.igb-berlin.de/press\\_releases\\_details/items/global-boom-in-hydropower-expected-this-decade.html](http://www.igb-berlin.de/press_releases_details/items/global-boom-in-hydropower-expected-this-decade.html).

<sup>24</sup> Siehe Russau: Hoffentlich Allianz versichert.

für ist das Wasserkraftwerk Bujagali Hydroelectric Power Project an den gleichnamigen Wasserfällen in Uganda. »Das Bujagali Hydroelectric Power Plant in Uganda ist ein Riesenprojekt. Munich Re war von Beginn an involviert, um die Finanzierung sicherzustellen. Dank der Munich Re als verlässlicher Partner konnte der Bau des Projekts beginnen.«<sup>25</sup> Da zeigt sich dann das ganze Gewicht des »Weltversicherers« Münchener Rück.

### Grüne Staudämme?

Das erste Mal, so heißt es in einer Unternehmenspräsentation, warnte die Münchener Rückversicherung schon 1973 »vor dem Klimawandel«.<sup>26</sup> Und wie die Weltbank angesichts des Klimawandels jüngst eine Kehrtwende in Sachen Großstaudämmen vollzogen hat,<sup>27</sup> so haben auch die Münchener den Klimawandel als Bedrohung erkannt – und ziehen aus dieser Erkenntnis aber ganz erstaunliche Schlüsse. »Als Risikoträger müssen wir wahrlich nicht fürchten, dass der Welt die Risiken ausgehen: Globalisierte und eng vernetzte Ökonomien, komplexe Technologien, demografische Veränderungen und Naturgefahren erzeugen eine hohe Nachfrage nach Versicherungsschutz«, so Nikolaus von Bomhard auf der Aktionärsversammlung der Münchener Rück 2014.<sup>28</sup> Mit anderen Worten also: Klimarisiken bringen Umsatz und so auch Gewinn für (Rück-)Versicherer. Dazu passt dann das an gleicher Stelle genannte Mantra des Vorstandsvorsitzenden: »Unsere besondere Lösungsorientierung wird in dem Anspruch der Rückversicherung, not if, but how, auf den Punkt gebracht.«

Nicht Ob, sondern schlicht Wie scheint die Anwendung der Geschäftsmaxime der Münchener Rück in praktischen Fragen vermeintlich umweltschonender erneuerbaren Energien wie der Wasserkraft zu sein. Bedrohungen durch den Klimawandel werden vermehrt an erster Stelle genannt,

---

<sup>25</sup> So verrät es die Münchener Rück auf ihrer Facebook-Seite unter Careers at Münchener Rück: [www.facebook.com/munichre.careers/posts/752603241453325](http://www.facebook.com/munichre.careers/posts/752603241453325).

<sup>26</sup> Grimm: Erneuerbare Energien.

<sup>27</sup> Bosshard, Peter: The World Bank is bringing back big, bad dams. A renewed focus on mega-dams will make matters worse in Africa and benefit companies, not people, in: The Guardian, 16.7.2013.

<sup>28</sup> Zitat aus der Rede von Nikolaus von Bomhard, wiedergegeben durch die Münchener Rück in einer Pressemitteilung vom 30. April 2014. Siehe Münchener Rück: Munich Re schüttet mehr als 1,25 Mrd. € an Aktionäre aus, 30.4.2014, unter: [www.munichre.com/de/media-relations/publications/press-releases/2014/2014-04-30-press-release/index.html](http://www.munichre.com/de/media-relations/publications/press-releases/2014/2014-04-30-press-release/index.html).

um das eigene Engagement bei in der Öffentlichkeit kritisierten Projekten wie Großstaudämmen zu rechtfertigen. Bereits 2009 gestand die Münchener Rück öffentlich ein, dass »egal wie effizient und wie groß Wasserkraftprojekte sind, sie haben immer große Auswirkungen auf die Umwelt. Natürliche Flusslandschaften werden in Mitleidenschaft gezogen, die Habitate von Menschen, die Fauna und Flora werden verändert«. Aber gerade diese Schwierigkeiten, denen sich das Hydropower-Business gegenübersehe, würden »nicht nur vielversprechendes Finanzpotenzial« in Aussicht stellen, »sondern auch eine enorme Nachfrage nach Versicherung, die die Münchener Rück mit ihren Kapazitäten in Deckung nehmen kann. Mit vielen Jahren der Erfahrung der mit Wasserkraft verbundenen Risiken in Brasilien oder andernorts weltweit kann die Münchener Rück dazu beitragen, die Nutzung der Wasserkraft sicher und nachhaltig zu machen und dadurch weitere CO<sub>2</sub>-Emissionen künftig zu verhindern.«<sup>29</sup>

Da drängt sich der Verdacht auf, dass die Bedrohung durch den Klimawandel dafür herhalten muss, um andere Umwelterstörungen und Menschenrechtsverletzungen zu beschönigen. Menschenrechte als Kollateralschäden? Vorstandsvorsitzender von Bomhard erklärte auf der Aktionärsversammlung 2013,<sup>30</sup> der Staudamm Belo Monte in Brasilien sei zwar ein »Monsterprojekt«, aber angesichts des Klimawandels, so wiederholte er es auch 2014, würden »die Vorteile klimafreundlicher Energieproduktion die Nachteile überwiegen«.<sup>31</sup> Er sagte dies, obwohl längst wissenschaftliche Studien vorliegen, die auf die verheerenden Methan- oder Stickoxidbilanzen von Staudämmen vor allem in tropischen Regionen hinweisen.<sup>32</sup> Forscher wie Phillip Fearnside haben vorausgesagt, dass der Staudamm Belo Monte in den ersten zehn Betriebsjahren mehr Treibhaus-

---

<sup>29</sup> Munich Re: Munich Re Newables: Our contribution to a low-carbon energy supply, München 2009, unter: [www.munichre.com/site/touch-publications/get/documents\\_E178227533/mr/assetpool.shared/Documents/5\\_Touch/\\_Publications/302-05955\\_en.pdf#page=41](http://www.munichre.com/site/touch-publications/get/documents_E178227533/mr/assetpool.shared/Documents/5_Touch/_Publications/302-05955_en.pdf#page=41).

<sup>30</sup> Jahreshauptversammlung der Münchener Rück am 25.4.2013 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Eigenes Protokoll.

<sup>31</sup> Jahreshauptversammlung der Münchener Rück am 30.4.2014 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Eigenes Protokoll.

<sup>32</sup> Fearnside, Philip: Greenhouse Gas Emissions from a Hydroelectric Reservoir (Brazil's Tucuruí Dam) and the Energy Policy Impactions, in: *Water Air and Soil Pollution* 133(1), S. 69-96, Januar 2002, unter: [www.researchgate.net/publication/226151950\\_](http://www.researchgate.net/publication/226151950_)

gase produzieren werde als ganz São Paulo zusammen, da die im Wasser versenkte Biomasse unter Sauerstoffabschluss langsam zu Methan verrottet, das 22 Mal klimaschädlicher als  $\text{CO}_2$  ist.<sup>33</sup> Doch das ficht die Münchener Rück nicht weiter an. Auf der Aktionärsversammlung im Mai 2016 erklärte von Bomhard, angesprochen auf diese Forschungserkenntnisse, es handele sich dabei um eine wissenschaftliche Minderheitenposition. Die Münchener Rück würde in ihren Analysen den 95% der WissenschaftlerInnen vertrauen, die sagten, Staudämme seien klimaschonende Energieproduzenten. Auf die Frage, woher die Münchener Rück diese Prozentzahlen nimmt, blieb von Bomhard die Antwort schuldig.

Es verwundert dann auch nicht, dass die Münchener Rück seit Jahren lautstark akklamiert: »Let the water flow!«<sup>34</sup> Sie meint damit aber nicht frei fließende Flüsse, sondern die Kanalisierung der Flüsse durch Turbinen, um Generatoren anzutreiben. So ist es nur konsequent, dass die Münchener Rück weltweit bei einer Reihe von Großstaudammprojekten, darunter äußerst umstrittene, als Rückversicherin aktiv ist. Die Münchener Rück hat auf wiederholte Nachfrage seitens kritischer AktionärInnen genauere Angaben zu den von ihr in Versicherung genommenen Großstaudämme aus Gründen der »Kundenvertraulichkeit« abgelehnt.<sup>35</sup> Die Öffentlichkeit erfährt über deren Geschäftsbeziehungen meist dann etwas, wenn es größere Unfälle und Katastrophen oder massive Proteste gibt. Dies war der Fall beim Wasserwerk Bujagali in Uganda, beim Sajano-Schuschensker-Stausee, dem Pumpspeicherwerk Zagorsk PSP-2 in Russland, Hidrosogamoso in Kolumbien und den Staudammprojekten Teles Pires, Santo Antonio und eben Belo Monte in Brasilien.

Doch manchmal fällt auch den Konzernvorständen keinerlei Rechtfertigung mehr für ihr eigenes Verhalten ein. So geschehen auf der Aktionärs-

---

Greenhouse\_Gas\_Emissions\_from\_a\_Hydroelectric\_Reservoir\_Brazil%27s\_Tucuruí\_Dam\_and\_the\_Energy\_Policy\_Impactions.

<sup>33</sup> Russau, Christian: Wissenschaftler: Belo Monte wird in den ersten 10 Betriebsjahren mehr Treibhausgase produzieren als ganz São Paulo. Der Wissenschaftler Phillip Fearnside warnt erneut vor dem Irrtum, Großstaudämme in Amazonien seien klimaschonend, 18.9.2015, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/belo-monte/wissenschaftler-belo-monte-wird-in-den-ersten-10-betriebsjahren-mehr-treibhausgase-produzieren-als-ganz-sao-paulo](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/belo-monte/wissenschaftler-belo-monte-wird-in-den-ersten-10-betriebsjahren-mehr-treibhausgase-produzieren-als-ganz-sao-paulo).

<sup>34</sup> Munich Re: Munich Re Newables: Our contribution, S. 37.

<sup>35</sup> Die Allianz ihrerseits bezifferte auf der Hauptversammlung 2015 die Gesamtzahl der 2014 versicherten Großstaudämm auf 89.

versammlung 2015 in München. Zunächst mussten sich die Vorstände den Vorwurf der Doppelmoral gefallen lassen, in Bayern würde sich die Münchener Rück für die Renaturierung der Isar einsetzen, in Amazonien helfe sie aber mit, die Flüsse mit Staudämmen kaputt zu machen. Und dann war es Verena Glass vom brasilianischen Movimento Xingu Vivo para Sempre, die zur Hauptversammlung angereist war, vorbehalten, die entscheidende Frage zu stellen: »Am Teles Pires haben die Baufirmen einen riesigen Wasserfall gesprengt: Dieser Wasserfall heißt Sete Quedas. Für die Indigenen Kayabi, Apyaka und Munduruku ist Sete Quedas ihr heiligster Ort. Wie würden Sie reagieren, wenn eine Baufirma daherkommt und die Münchener Frauenkirche mit Bulldozern einreißt?« Der Vorstandsvorsitzende von Bomhard hatte darauf keine Antwort.



# Kapitel 8

## In der Giftfalle

Brasilien ist in mehrfacher Hinsicht Exportweltmeister. Laut Statistiken der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen führt es die Liste bei der Produktion und Ausfuhr von Zucker, Kaffee und Orangensaft an.<sup>1</sup> Auch bei Geflügel und auf Zuckerrohr basierendem Ethanol liegt es auf Platz eins, bei Soja und Rindfleisch auf Rang zwei und bei Getreide an dritter Stelle. Die Agrarwirtschaft zeichnet für ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts Brasiliens verantwortlich, aber ganze 40% der Ausfuhr des Landes entfallen auf landwirtschaftliche Produkte. Deutschland ist nach China, den USA und Argentinien der viertgrößte Handelspartner.<sup>2</sup> Während Deutschland vorwiegend Industriegüter nach Brasilien exportiert, liefert Brasilien neben Rohstoffen wie Erzen vor allem Agrarprodukte. Beim Export brasilianischer Güter nach Deutschland machen neuesten Zahlen zufolge agrar- und viehwirtschaftliche Produkte einen Anteil von 46,6% aus.<sup>3</sup> Deutschland importiert mengenmäßig vor allem Soja, Kaffeebohnen, Tee, Zucker, Ethanol, Palmöl, Zellulose, Rindfleisch, Orangensaft, Tabak und Baumwolle.

Rosige Aussichten für Agrarkonzerne und für den Staat aufgrund von sprudelnden Steuer- und Lizenzeinnahmen und schwarzen Zahlen für die Handelsbilanz. In den wirtschaftlichen Boomzeiten der Jahre 2004 bis 2012 waren es vor allem die landwirtschaftlichen Güter, die – neben dem Eisenerz – die Exportbilanz dominierten. Seit Brasilien 2014 in die wirtschaftliche Rezession rutschte, gelang es der Landwirtschaft als einzigem

---

<sup>1</sup> Siehe die FAO-Statistiken zu Brasilien unter: <http://faostat.fao.org/site/339/default.aspx>.

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2016, S. 2.

<sup>3</sup> Diese 46,6% teilen sich auf wie folgt: Kaffee und Tee 24,5%, Abfall und Überreste der Lebensmittelindustrie 11,9%, Samen, Ölfrüchte, Getreide und Saatgut 3,5%, Fleisch und genießbare Schlachtnebenerzeugnisse 2,6%, Tabak und verarbeitete Tabakersatzstoffe 2,0% und Zubereitungen von Fleisch, Fischen oder Krebstieren 1,9%. Siehe bilaterale Handelsstatistik Brasilien-Deutschland unter: [http://sistemas.mre.gov.br/kitweb/datafiles/Berlin/de/file/2016%20compl%20statistiken%20-%20Handelsbeziehungen\(1\).pdf](http://sistemas.mre.gov.br/kitweb/datafiles/Berlin/de/file/2016%20compl%20statistiken%20-%20Handelsbeziehungen(1).pdf).

Wirtschaftssektor trotz sinkender Weltmarktpreise den Gesamtwert der produzierten landwirtschaftlichen Güter um 1,8% zu erhöhen.<sup>4</sup>

Und dieser Landwirtschaftssektor ist dazu ein gutes Geschäft für die internationale Pflanzenschutzmittelindustrie. Industrielle monokulturelle Landwirtschaft basiert nämlich auf massivem Pestizid- und Herbizid-Einsatz. Berechnet man die Menge des jedes Jahr auf Brasiliens Äcker versprühten Pflanzengifts in Bezug auf die Einwohnerzahl runter, kämen auf jede und jeden im Land 5,2 Liter.<sup>5</sup> Brasilien ist seit 2008 der weltgrößte Verbraucher von Agrargiften. 2009 wurden im Land erstmals eine Milliarde Liter Pestizide und Herbizide in der expandierenden Landwirtschaft auf die Äcker ausgebracht, Tendenz steigend. Das hat Folgen. 2011 wurde in der Boom-Zone von Brasiliens Sojalandwirtschaft im Bundesstaat Mato Grosso eine Universitätsstudie zu Pestizidrückständen in der Muttermilch durchgeführt.<sup>6</sup> Bei allen untersuchten Frauen wurden in der Muttermilch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln nachgewiesen. Teilweise fanden sich Rückstände von bis zu sechs verschiedenen Agrarchemikalien, darunter auch DDE (Dichlordiphenyldichlorethen), ein Abbauprodukt des eigentlich auch in Brasilien seit Jahren verbotenen DDT. In ihrer letzten umfassenden Studie aus dem Jahr 2013 zu Agrargiften in Lebensmitteln hat die nationale Behörde für Gesundheitsüberwachung mit Sitz in Brasília, Anvisa, bei einem Drittel erhebliche Rückstände gefunden und diesen Zustand als »nicht zufriedenstellend« eingestuft.<sup>7</sup> WissenschaftlerInnen der Universität von São Paulo errechneten jüngst, dass in den vergangenen sieben

---

<sup>4</sup> Portal Brasil: PIB do agronegócio cresceu 1,8% em 2015. Segundo o IBGE, crescimento do setor se deve sobretudo ao desempenho da agricultura, 3.3.2016, unter: [www.brasil.gov.br/economia-e-emprego/2016/03/pib-do-agronegocio-cresceu-1-8-em-2015](http://www.brasil.gov.br/economia-e-emprego/2016/03/pib-do-agronegocio-cresceu-1-8-em-2015).

<sup>5</sup> Peres, João: Um atlas de nossa agricultura envenenada, 6.7.2016, unter: [www.abong.org.br/biblioteca.php?id=9482&it=9844](http://www.abong.org.br/biblioteca.php?id=9482&it=9844).

<sup>6</sup> Russau, Christian: Studie: Agrargifte in Muttermilch im Bundesstaat Mato Grosso, 1.4.2011, unter: <https://amerika21.de/meldung/2011/04/27412/agrargifte-muttermilch>.

<sup>7</sup> Russau, Christian: »Es kann kein Zurück zur Feldhacke geben«, sagt der Forschungschef von BASF-Brasilien über die neu entfachte Glyphosat-Verbotdiskussion, 13.7.2015, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/es-kann-kein-zurueck-zur-feldhacke-geben-sagt-der-brasilien-chef-von-basf-ueber-die-neu-entfachte-glyphosat-verbotsdiskussion](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/es-kann-kein-zurueck-zur-feldhacke-geben-sagt-der-brasilien-chef-von-basf-ueber-die-neu-entfachte-glyphosat-verbotsdiskussion).

Jahren 1,25 Millionen Menschen in Brasilien Vergiftungen durch Pestizide und Herbizide davongetragen haben.<sup>8</sup>

Auch in eines der weltweit größten unterirdischen Süßwasserreservoirs sind mittlerweile Pestizid-, Insektizid- und Herbizid-Rückstände diffundiert.<sup>9</sup> In Brasiliens Süden erstreckt sich im Untergrund das Aquifer Guaraní mit einer Fläche von 1,2 Millionen Quadratkilometern. Das Wassereinzugsgebiet des Aquifer Guaraní liegt im Großbecken des Paraná, dessen Zuflussgebiete in Paraguay, Argentinien, Uruguay und Brasilien liegen. Im Norden reicht es weit bis in die Cerrado-Region Brasiliens hinein.<sup>10</sup> Nachdem Anfang der 2000er Jahre dort Rückstände von Agrargiftstoffen festgestellt worden waren, legten die Regierungen der vier Länder einen gemeinsamen Aktionsplan auf, um der Verschmutzung des Grundwassersystems durch Chemie und Pestizide entgegenzuwirken sowie um die ungezügelte Grundwasserentnahme zu regeln und zu kontrollieren. Seit 2003 existiert ein entsprechendes Programm mit finanzieller Unterstützung der Weltbank.<sup>11</sup> Doch die Ausbringung von Agrargiften hat im Zuge des massiven Sojabooms in der letzten Dekade noch zugenommen. Dies sind keine beruhigenden Aussichten für die Grundwasserspeicher der Region.

Das auch in Brasilien meistbenutzte Herbizid ist das von Monsanto hergestellte Glyphosat. 180.000 Tonnen des Pflanzengifts werden jährlich in Brasilien versprüht.<sup>12</sup> Allein in der Sojaproduktion des Landes sind es ungefähr 31 Millionen Hektar, auf die das Herbizid regelmäßig ausgebracht wird. Im März 2015 hatte die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der medizinischen Fachzeit-

---

<sup>8</sup> Siehe Zusammenfassung der USP-Studie unter: [www.abong.org.br/biblioteca.php?id=9482&it=9844](http://www.abong.org.br/biblioteca.php?id=9482&it=9844).

<sup>9</sup> ABC Color: Pesticidas pueden contaminar el interior del Acuífero Guaraní, 11.12.2002, unter: [www.abc.com.py/edicion-impresa/economia/pesticidas-pueden-contaminar-el-interior-del-acuifero-guarani-676313.html](http://www.abc.com.py/edicion-impresa/economia/pesticidas-pueden-contaminar-el-interior-del-acuifero-guarani-676313.html).

<sup>10</sup> 20,9% des Aquifer Guaraní gehören zu Argentinien, 67,6% zu Brasilien, 8,0% zu Paraguay und 3,3% zu Uruguay.

<sup>11</sup> ANA: Guaraní Aquifer: Strategic Action Program (SAP). Argentina, Brazil, Paraguay, Uruguay, 2009, unter: [www.ana.gov.br/bibliotecavirtual/arquivos/20100223172013\\_PEA\\_GUARANI\\_Ing.pdf](http://www.ana.gov.br/bibliotecavirtual/arquivos/20100223172013_PEA_GUARANI_Ing.pdf).

<sup>12</sup> Weissheimer, Marco: Uso de agrotóxicos no Brasil mais que dobra em 10 anos, diz IBGE, 20.6.2015, unter: [www.sul21.com.br/jornal/uso-de-agrotoxicos-no-brasil-mais-que-dobra-em-10-anos-diz-ibge/](http://www.sul21.com.br/jornal/uso-de-agrotoxicos-no-brasil-mais-que-dobra-em-10-anos-diz-ibge/).

schrift *The Lancet*<sup>13</sup> auf neueste Erkenntnisse verwiesen, wonach Glyphosat bei Menschen »wahrscheinlich krebserzeugend« ist. Danach hatte sich in Brasilien die Bundesstaatsanwaltschaft eingeschaltet und die für Verbraucherschutz zuständige Behörde Anvisa angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass das Glyphosat vom brasilianischen Markt verschwindet.<sup>14</sup> Die Reaktionen der Pestizid-Industrie und des Agro-Business folgten prompt: Brasilien müsse dann in Zukunft statt Getreide zu exportieren dieses importieren, Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft seien in Gefahr und überhaupt drohe nichts weniger als eine weltweite Ernährungskrise, wenn dieses allseitig anwendbare Agrargift verboten würde.

### **Pestizidproduktion bei BASF in Brasilien**

Auch bei der brasilianischen Tochtergesellschaft des deutschen Chemie- und Agrarproduktriesen BASF zeigte man sich äußerst besorgt – um den profitträchtigen Wachstumsmarkt der Pflanzenschutzmittel. BASF teilt sich mit einer Handvoll Konzernen wie Syngenta, Monsanto, DuPont, Dow Chemical, ChemChina und seinem deutschen Konkurrenten Bayer den Weltmarkt für Pflanzenschutzmittel und Saatgut auf. Die Marktmonopolisierung der Branche schreitet rapide voran, seit einigen Monaten macht sie vermehrt mit gegenseitigen Übernahmeangeboten Schlagzeilen.

Der Forschungsdirektor von BASF Brasilien, Ademar De Geroni, wies angesichts der neu entfachten Debatte um die Krebsgefahr von Glyphosatprodukten die Verbotsforderungen entschieden zurück. Sollte Glyphosat vom Markt genommen werden, würde das ernsthafte Schäden für die gesamte Wirtschaft in Brasilien nach sich ziehen, so De Geroni gegenüber der Zeitschrift *Globo rural*.<sup>15</sup> Weil dann schadhafter Beiwuchs nicht mehr effizient bekämpft werden könne, würde dies zu einem drastischen Rückgang bei der Produktivität von bis zu 40% führen. »Das würde viele Äcker brachliegen lassen.« Seine Schlussfolgerung: »Es kann kein Zurück zur Feldhacke geben«.

<sup>13</sup> Guyton, Kathryn Z. u.a.: Carcinogenicity of tetrachlorvinphos, parathion, malathion, diazinon, and glyphosate, 20.3.2015, unter: [www.thelancet.com/journals/lanonc/article/PIIS1470-2045%2815%2970134-8/fulltext](http://www.thelancet.com/journals/lanonc/article/PIIS1470-2045%2815%2970134-8/fulltext).

<sup>14</sup> Revista Globo Rural, 20.4.2015, unter: <http://revistagloborural.globo.com/Noticias/Agricultura/noticia/2015/04/mpf-reforca-pedido-para-banir-glifosato.html>.

<sup>15</sup> Revista Globo Rural, 20.6.2015, unter: <http://revistagloborural.globo.com/Noticias/Agricultura/Soja/noticia/2015/06/nao-tem-como-voltar-para-capinacao-diz-gerente-da-basf-sobre-herbicidas.html>.

Aber welche Folgen kann die Produktion von Pestiziden und Herbiziden haben? Ein Beispiel ist die Gefährdung von Umwelt und Mensch in der direkten Umgebung eines Pestizidwerks. Vor wenigen Jahren ist der deutsche Chemiekonzern BASF zusammen mit dem Erdölkonzern Shell von einem brasilianischen Arbeitsgericht in dritter Instanz zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 1,1 Milliarden Reais (damals – im April 2011 – umgerechnet 480 Millionen Euro) wegen der Verseuchung von Umwelt, ArbeiterInnen und AnwohnerInnen des Werks Paulínia im Bundesstaat São Paulo mit Pestiziden verurteilt worden.<sup>16</sup> Die Meldung hatte alle anderen Wirtschaftsnachrichten überstrahlt. Vielleicht, weil kaum jemand die Möglichkeit in Betracht gezogen hatte, dass es irgendwann einmal zu solch einer Verurteilung kommen würde.

BASF und Shell waren früher einmal die Betreiber der Chemiefabrik Paulínia, die bis 2002 Pflanzenschutzmittel für Brasiliens boomende Landwirtschaft herstellte. In den 1970er Jahren war Shell die Eigentümerin, 1995 erwarb dann der US-Konzern American Cyanamid das Werk, im Jahr 2000 übernahm BASF die rund 100 Kilometer von São Paulo entfernt gelegene Produktionsstätte. ArbeiterInnen und AnwohnerInnen beklagten, sie seien durch die Chemikalien vergiftet und das Grundwasser sei verseucht worden. Es ist mit krebserregenden Stoffen durchsetzt. Nach Angaben der ArbeiterInnen kam es zu mindestens 61 Todesfällen sowie zu vermehrten Fällen von Krebs, Herz-Kreislauf- und anderen Erkrankungen unter ArbeiterInnen und auch unter den AnwohnerInnen. In dem Werk wurden teils hochgiftige Stoffe wie Aldrin, Endrin und Dieldrin produziert. Allein die im Erdreich der Fabrik gefundenen Werte des Pestizids Aldrin überstiegen die Richtwerte um das 860-fache. Aldrin ist ein Insektizid, das gegen Termiten oder Heuschrecken eingesetzt wurde. Seit 2004 ist es weltweit verboten.

BASF verwies im Jahresbericht 2011 unter der Rubrik »Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und -verfahren« auf Einzelklagen und eine Sammelklage »wegen erlittener und drohender Gesundheitsschäden früherer Mitarbeiter (einschließlich Fremdfirmenmitarbeiter), deren Angehöriger und Abkömmlinge«.<sup>17</sup> Wegen der drohenden Kosten für Schadensersatz und Schmerzensgeld hatte BASF am 30. März 2011 Klage gegen Shell eingereicht. Das

---

<sup>16</sup> Russau, Christian: BASF: 480 Millionen Euro Entschädigung für Arbeiter, 7.4.2011, unter: <https://amerika21.de/meldung/2011/04/27707/basf-entschaedigung-gericht>.

<sup>17</sup> BASF: Jahresbericht 2011, unter: <http://bericht.basf.com/2011/de/anhang/erlaeuterungenzurbilanz/anmerkung24.html>.

Unternehmen hatte gefordert, Shell müsse BASF sämtliche Kosten für Schäden, »die auf die von Shell verursachten Verunreinigungen des Standorts Paulínia zurückzuführen sind«, ersetzen.<sup>18</sup> Denn BASF habe ja die Verseuchung der Fabrikumgebung und des Grundwassers nicht verursacht.

Letztlich half BASF diese Argumentation nicht. Denn als neue Eigentümerin war BASF laut Ansicht des Gerichts genauso verantwortlich wie Shell. Und auch die Rechtsbeistände der Konzerne rieten irgendwann zu einem Vergleich. So stimmten dann 2013 BASF und Shell dem Schiedsspruch des Obersten Arbeitsgerichts in Brasilien zu. Demnach erklärten sich Shell und BASF bereit, eine Kollektiventschädigung in Höhe von 200 Millionen Reais (damals umgerechnet 78,5 Millionen Euro) sowie individuelle Entschädigungszahlungen für 1.068 gesundheitlich geschädigte ArbeiterInnen und deren Angehörige in Höhe von durchschnittlich 360.000 Reais (damals umgerechnet 141.000 Euro), zuzüglich Inflationsanpassung und Zinsen, zu leisten. Zusätzlich sollen die beiden Konzerne die medizinische Versorgung der betroffenen ArbeiterInnen lebenslang bezahlen.

War das BASF eine Lehre? Vieles spricht dagegen. Noch während des laufenden Gerichtsprozesses wegen der Umweltverschmutzungen des Werks Paulínia war es im März 2010 in einer anderen Pestizidfabrik von BASF in Guaratinguetá (ebenfalls im Bundesstaat São Paulo) zu einem handfesten Skandal gekommen. Die BeamtInnen der nationalen Behörde für Gesundheitsüberwachung Anvisa hatten die Fabrik mit Unterstützung der Bundespolizei untersucht, waren aber vonseiten der Geschäftsleitung dabei massiv behindert worden: »Während unsere Kontrolleure in der Fabrik waren, wurde das Licht abgestellt, wurden die Maschinen angehalten, und die Verantwortlichen weigerten sich, unsere Formulare gegenzuzeichnen«, beschwerte sich der damalige Direktor der Anvisa, José Agenor Álvares. Das Ergebnis der Untersuchung: 800.000 Liter beschlagnahmte Herbizide und Pestizide, darunter das von BASF am meisten in Brasilien verkaufte Produkt, das gegen Pilzbefall wirkende Opera. Des Weiteren stellten die Kontrolleure fest, dass die Firma abgelaufene oder ohne Produktionsdatum versehene Wirkstoffe verwendet hatte. Vorgeschriebene Produktionskontrollen konnte sie demnach auch nicht belegen.<sup>19</sup> Ein Jahr später, 2011, erwisch-

---

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Pinho, Angela: Anvisa interdita 800 mil litros de agrotóxicos da Basf em SP, 9.3.2010, unter: [www.ihu.unisinos.br/noticias/30515-anvisa-interdita-800-mil-litros-de-agrotoxicos-da-basf-em-sp](http://www.ihu.unisinos.br/noticias/30515-anvisa-interdita-800-mil-litros-de-agrotoxicos-da-basf-em-sp).

ten die Kontrolleure der Anvisa BASF erneut. BASF hatte einem Industriekunden Pflanzenschutzmittel mit falschen Produktionsdaten geliefert.<sup>20</sup>

Alles nur Fehltritte eines sonst durchaus den eigenen Nachhaltigkeitskriterien folgenden Konzerns, der seinen Unternehmenszweck definiert als »We create chemistry for a sustainable future«?<sup>21</sup> Ein genauerer Blick auf das Produktportfolio von BASF in Brasilien offenbart Erstaunliches, was Pestizide und Herbizide angeht. Und das Gleiche trifft auch auf den zweiten großen deutschen Pflanzenschutzmittelhersteller, Bayer, zu.

### Die Doppelmoral von BASF und Bayer

BASF Brasilien bewirbt auf der Unternehmens-Webseite die von ihr zum käuflichen Erwerb angebotenen Produkte und klärt auf Unterseiten über deren Inhaltsstoffe auf.<sup>22</sup> Unterzieht man die dort aufgelisteten chemischen Wirkstoffe einem Cross-Check mit der EU-Pestizid-Database,<sup>23</sup> dann ergibt sich folgendes Bild: BASF vertreibt in Brasilien Pflanzenschutzmittel (Herbizide, Insektizide und Wachstumsregler) mit folgenden in der EU unzulässigen Wirkstoffen: Imazethapyr, Tepraloxymid, Imazapyr, Saflufenacil, Imazapic, Sethoxydim, Flufenoxuron, Chlorfenapyr und Cyanamide.

Auf die Bitte um eine Stellungnahme, antwortete BASF wie folgt: »Bei den von Ihnen benannten Wirkstoffen unseres Portfolios handelt es sich um in der EU nicht registrierte Wirkstoffe. Eine Ausnahme ist der Wirkstoff Tepraloxymid; dieses Herbizid ist beispielsweise in Deutschland zugelassen. Grundsätzlich ist das Produktportfolio der BASF im Bereich Agricultural Solutions jeweils auf den regionalen Markt zugeschnitten: Unterschiedliche klimatische oder agronomische Bedingungen bringen unterschiedliche Bedürfnisse bei der landwirtschaftlichen Produktion mit sich. So gibt es u.a. regionalspezifische Arten von Schadinsekten oder Unkräutern, die im europäischen Raum nicht vorkommen (z.B. Brown Plant Hopper). Auch handelt es sich teilweise um Produkte für Pflanzen, die aufgrund von klimatischen Bedingungen z.B. nicht in Deutschland angebaut werden (wie Reis,

---

<sup>20</sup> Amaral, Vanessa: Anvisa autua Basf por reaproveitar lotes de agrotóxicos vendidos, 19.8.2011, unter: <http://antigo.mst.org.br/node/12310>.

<sup>21</sup> BASF: Nachhaltigkeit bei BASF. Chemie, die verbindet – für eine nachhaltige Zukunft, unter: [www.basf.com/de/de/company/sustainability.html](http://www.basf.com/de/de/company/sustainability.html).

<sup>22</sup> Siehe die Webseite mit Produktpalette von BASF in Brasilien unter: [www.agro.basf.com.br/agr/ms/apbrazil/pt\\_BR/content/APBrazil/solutions/index](http://www.agro.basf.com.br/agr/ms/apbrazil/pt_BR/content/APBrazil/solutions/index).

<sup>23</sup> Siehe die EU-Pestizid-Database unter: <http://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/eu-pesticides-database/public/?event=activesubstance.selection&language=EN>.

Bananen, Tee etc.). Aus diesem Grund kann das Produktangebot von Region zu Region abweichen.«<sup>24</sup>

Also alles eine Frage des regionalen Zuschnitts auf die jeweilige Agrarproduktpalette? Interessanterweise argumentiert Bayer recht ähnlich.

Auch Bayer ist dem gleichen Prozedere wie zuvor BASF unterzogen worden. Webseiten-Cross-Check und eine Anfrage per E-Mail an die Geschäftsleitung. Das Ergebnis: Der Pharmakonzern vertreibt in Brasilien Pflanzenschutzmittel (Fungizide, Herbizide, Insektizide und Wachstumsregler) mit folgenden in der EU unzulässigen Wirkstoffen: Carbendazim, Cyclanilide, Disulfoton, Ethiprole, Ethoxysulfuron, Ioxynil, Thidiazuron und Thiodicarb.<sup>25</sup>

Die Antwort von Bayer im Wortlaut: »Vielen Dank für Ihre Anfrage und die Möglichkeit zur Stellungnahme. – Zuerst möchten wir darauf hinweisen, dass Bayer in allen Ländern, in denen das Unternehmen tätig ist, ausschließlich Pflanzenschutzmittel vertreibt, die im jeweiligen Land behördlich zugelassen und bei sachgemäßem Umgang sicher sind für den Anwender, den Verbraucher und die Umwelt. – Allerdings bestehen zwischen den einzelnen Ländern deutliche Unterschiede, was die lokal angebauten Kulturen, Böden, Vegetationszonen, Anbau- und Klimabedingungen sowie das Auftreten von Schadinsekten, Unkräutern und Pflanzenkrankheiten angeht. Gerade in tropischen Ländern – das gilt für Südamerika genauso wie für Afrika und Asien – gibt es eine Vielzahl von Krankheiten und Schädlingen, die jeweils nur dort vorkommen. – Dies lässt sich am Beispiel Brasilien sehr gut erklären. Die von Ihnen zur Verfügung gestellte Liste enthält Wirkstoffe, die die Basis für Pflanzenschutzmittel sind, die in wichtigen Anbaukulturen wie Kaffee, Reis oder Zuckerrohr eingesetzt werden – alles Pflanzen, die in Europa kaum heimisch sind oder dort nur in sehr geringem Maße angebaut werden. Daher hat Bayer – auch aus wirtschaftlichen Gründen – für diese Mittel keine Zulassung in europäischen Ländern beantragt. – Wir würden uns freuen, wenn Sie diese Informationen in Ihrer Veröffentlichung berücksichtigen würden.«<sup>26</sup>

BASF und Bayer argumentieren, die genannten Inhaltsstoffe seien in der EU bloß nicht registriert, eine interessante Umschreibung für in der EU verbotene Mittel. Mit dieser doch recht findigen Argumentation von Bayer und BASF erklärt sich dann auch, warum auf der EU-Webseite mit

---

<sup>24</sup> Antwort-E-Mail von BASF an den Autor vom 21. Januar 2016.

<sup>25</sup> Siehe [www.cropscience.bayer.com.br/site/home.fss](http://www.cropscience.bayer.com.br/site/home.fss).

<sup>26</sup> Antwort-E-Mail von Bayer an den Autor vom 27. Januar 2016.

der Pesticide-Database<sup>27</sup> hinter den Wirkstoffen nicht »verboten«, sondern »nicht zugelassen« steht. Aber warum sind diese Wirkstoffe in der EU denn nun nicht zugelassen? Auf der von kritischen AktivistInnen seit 2009 erstellten PAN-HHP-Liste<sup>28</sup> von 2015, also der Liste, die sich den *highly hazardous pesticides* widmet, wird das beispielsweise auf Brasiliens Orangenplantagen eingesetzte Carbendazim als erbgutschädigend und reproduktionstoxisch definiert. Das von konzernkritischen AktivistInnen geführte Netzwerk der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) weist seit Jahren mit Nachdruck auf die negativen Auswirkungen von Carbendazim hin: »Giftig für Wasserorganismen«, »Kann das Kind im Mutterleib schädigen«, »Kann vererbare Schäden verursachen« – so lauten einige Warnhinweise für das Fungizid Carbendazim<sup>29</sup>, die die CBG aus verschiedenen behördlichen und wissenschaftlichen Begutachtungen weltweit zusammengetragen hat. Auch Disulfoton wird auf der PAN-HHP-Liste als mit hoher akuter Toxizität nach der WHO-Kategorie 1a gelistet, die WHO stuft Disulfoton als »extremely hazardous« ein.<sup>30</sup> Disulfoton ist zum Beispiel Bestandteil des Bayer-Pflanzenschutzmittels Baysiston, der Nummer eins auf dem brasilianischen Markt für Kaffeepflanzenschutzmittel. Kommt man mit Baysiston in direkten Kontakt, kann das tödlich sein, wie sich in Brasilien Ende der 1990er Jahre zeigte, als sich mehr als 30 Kaffeebäuerinnen und -bauern vergiftet hatten, zwölf davon tödlich.

»Landarbeiterorganisationen schätz[t]en die Zahl der gesundheitlich Geschädigten sogar auf mehrere Hundert. Umweltverbände sprechen außerdem von schweren ökologischen Schäden, die Umweltweltschutz-Organisation Associação Mineira de Defesa do Ambiente (AMDA) hat Bayer in seine »Dirty List« der zehn gefährlichsten Unternehmen aufgenommen«, berichtete die CBG. Der Grund: Die Betroffenen hatten ohne ausreichend Schutzkleidung das Bayer-Pflanzenschutzmittel Baysiston im Kaffeeanbau eingesetzt und sich dabei vergiftet. Die Todesfälle bewogen den Staatsanwalt Eduardo Nepomuceno im Jahr 1999, Bayer zu verklagen. »In diesem

---

<sup>27</sup> Siehe die EU-Pestizid-Database unter: <http://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/eu-pesticides-database/public/?event=activesubstance.selection&language=EN>.

<sup>28</sup> Siehe die Zusammenstellung bei PAN-Germany unter: [www.pan-germany.org/gbr/project\\_work/highly\\_hazardous\\_pesticides.html](http://www.pan-germany.org/gbr/project_work/highly_hazardous_pesticides.html).

<sup>29</sup> CBG: USA: Orangensaft mit Bayer-Pestizid Carbendazim belastet, 13.1.2012, unter: [www.cbgnetwork.org/4222.html](http://www.cbgnetwork.org/4222.html).

<sup>30</sup> Siehe Disulfoton in der PAN Pesticides Database unter: [www.pesticideinfo.org/Detail\\_Chemical.jsp?Rec\\_Id=PC33305](http://www.pesticideinfo.org/Detail_Chemical.jsp?Rec_Id=PC33305).

Zivilprozess um Schadensersatz ist die Firma Bayer die Hauptverantwortliche, weil sie das Produkt auf den Markt bringt«, erklärte der Staatsanwalt damals. Bayer wies zwar die Vorwürfe zurück, zahlte aber dennoch – freiwillig, wie betont wurde – damals umgerechnet rund 70.000 Euro im Rahmen einer außergerichtlichen Einigung. »Ein gewisses Unrechtsbewusstsein scheint also durchaus vorhanden« gewesen zu sein, so das damalige Fazit der Coordination gegen Bayer-Gefahren.<sup>31</sup>

Neben solch toxischen Inhaltsstoffen der höchsten Gefahrenklasse finden sich auch sogenannte Klasse-II-Pestizide, die gefährlich und giftig sind. Ioxynil beispielsweise wird laut PAN-HHP-Liste unter Bezugnahme auf die EU-Kategorisierung als hormonstörende Substanz eingestuft.<sup>32</sup> Thiodicarb, Chlorfenapyr und Imazethapyr werden laut PAN-HHP als »hochtoxisch für Bienen« und Thiodicarb wird bei der US-Umweltbehörde EPA zusätzlich noch als möglich krebserregend gelistet. Thiodicarb, das in Brasilien im Bayer-Produkt Larvin 800 WG<sup>33</sup> steckt, wird eingesetzt bei der Behandlung von Baumwolle, Soja und Mais – letzteres klingt nicht sehr nach einer »in Europa kaum heimischen Pflanze«. Larvin ist laut WHO ein Klasse-II-Pestizid,<sup>34</sup> früher wurde der Wirkstoff aber unter Klasse I gelistet. Da Wirkstoffe nicht so einfach ihre chemisch-toxischen Eigenschaften ändern, wäre es denkbar, dass Bayer die Konzentration verringert hat. Bayer do Brasil selbst räumt in den auch online zur Verfügung gestellten Sicherheitshinweisen ein, dass Larvin nach toxikologischer Klassifikation »extrem giftig« und die Umweltschadenswirkung »gefährlich« ist, sodass empfohlen wird, Larvin nur zwei Mal pro Acker und Saison einzusetzen und nicht bei einer Temperatur von mehr als 27 Grad Celsius.<sup>35</sup> Klingt auch nicht gerade sehr europa-untypisch. Warum also ist dieses Mittel in der EU nicht zugelassen? In den USA wurde Thiodicarb wegen des Verdachts auf Krebserregung die

---

<sup>31</sup> Mimkes, Philipp: Kaffeeanbau mit tödlichen Nebenwirkungen: Staatsanwalt ermittelt gegen Bayer, in: Sozialistische Zeitung, Nr. 4, 8.2.1999, S. 10, unter: [www.die-welt-ist-keine-ware.de/vsp/soz/990410.htm](http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/vsp/soz/990410.htm).

<sup>32</sup> Siehe Ioxynil in der PAN Pesticides Database unter: [www.pesticideinfo.org/Detail\\_Chemical.jsp?Rec\\_Id=PC33032](http://www.pesticideinfo.org/Detail_Chemical.jsp?Rec_Id=PC33032).

<sup>33</sup> Siehe Bayer-Produktbeschreibung LARVIN 800 WG ® – [Insectida].

<sup>34</sup> Siehe Thiodicarb in der PAN Pesticides Database, unter: [www.pesticideinfo.org/Detail\\_Chemical.jsp?Rec\\_Id=PC34586](http://www.pesticideinfo.org/Detail_Chemical.jsp?Rec_Id=PC34586).

<sup>35</sup> Siehe Bayer-Produktbeschreibung LARVIN 800 WG ® – [Insectida].

Zulassung entzogen.<sup>36</sup> Zu guter Letzt sammelt sich das von BASF in Brasilien vertriebene Flufenoxuron laut der PAN-HHP-Liste in der Umwelt an und ist dabei hochtoxisch für Wasserorganismen.

Viele Gründe also, warum Pestizide, Herbizide, Insektizide und Fungizide mit solchen giftigen und gefährlichen Wirkstoffen verboten sein sollten. Die deutschen Pharmariesen BASF und Bayer wollen jedoch glauben machen, dass diese auf dem europäischen Markt vor allem deshalb nicht erlaubt sind, weil die Pflanzenschutzmittelhersteller für diese Mittel schlicht keine Zulassung in der EU beantragt haben – wohlgermerkt »aus wirtschaftlichen Gründen«, weil es keinen Sinn mache, dies zu tun, wenn diese Wirkstoffe nur für Agrarprodukte wie Reis, Zuckerrohr oder Kaffee in eher tropischen Regionen Verwendung finden. In ihrer Antwort machen BASF und Bayer jedenfalls nicht viel Aufhebens von Toxizität und Gefahren. Solange es in Brasilien nicht verboten ist, werden diese Stoffe dort von Konzernen wie BASF und Bayer vertrieben.

Was also legal ist, so scheint es, kann auch gemacht werden. Dies räumte Bayer schon Ende der 1980er Jahre ein. 1988 sagte der damalige Vorstandsvorsitzende von Bayer, Hermann J. Strenger: »In der Tat haben wir zum Beispiel in Brasilien nicht Gesetze wie in der Bundesrepublik.« Dennoch sah er bei seiner Firma keine Doppelmoral walten, denn er ergänzte: »Aber wir stellen bei unseren Investitionen in Brasilien oder Indien, in den USA oder in Japan die gleichen Anforderungen wie hier.«<sup>37</sup> 28 Jahre später, verkauft Bayer in Brasilien noch immer – genau wie BASF – Pestizide, Herbizide, Insektizide und Fungizide, die in Europa verboten sind. Also doch eine Doppelmoral.

### **»Se é Bayer é bom« – Wenn es von Bayer ist, dann ist es gut ...**

Auf der Semana da Arte Moderna 1922 in São Paulo, so ist überliefert, erfand der Bibliothekar, Journalist, Poet, Komponist, Humorist und Werbetexter Bastos Tigre das Motto Se é Bayer é bom (Wenn es von Bayer ist, dann ist es gut). Kaum ein Werbespruch ist in ganz Lateinamerika so bekannt geworden. Se é Bayer é bom – doch ist es das wirklich?

<sup>36</sup> Whalen, Joanne: Larvin Insecticide Cancelled, 3.4.2014, unter: <https://extension.udel.edu/weeklycropupdate/?p=6603>.

<sup>37</sup> »Wir können nicht einfach auf Gift verzichten«, Interview mit Bayer-Chef Hermann J. Strenger, in: Der Spiegel 51/1988, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531711.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531711.html).

79 Jahre später, im Jahr 2001, griff die Coordination gegen Bayer-Gefahren aus Köln den Spruch von 1922 auf und änderte ihn ab: »Wenn es von Bayer ist, ist es Gift.«<sup>38</sup> Kurz zuvor hatte Greenpeace eine Studie zu den Umweltsünden von Bayers größtem Werk in Lateinamerika, in Belford Roxo in der Baixada Fluminense von Rio de Janeiro, herausgebracht.<sup>39</sup> Im Werk in Belford Roxo stellt Bayer unter anderem Kunststoffe, Pestizide, Insektizide und Herbizide sowie Gerbstoffe für die Lederindustrie, Farbstoffe und weitere Chemikalien her. Entlang des 1,9 Millionen Quadratmeter großen Werkgeländes zieht der Fluss Sarapuí seine gemächliche Bahn. Die von Greenpeace beauftragten WissenschaftlerInnen hatten stromaufwärts und -abwärts Wasser- und Sedimentproben entnommen, direkt von der Einleitungsstelle der Abwässer, die aus dem Bayer-Werk in den Sarapuí strömen, sowie in der Umgebung der zum Werk gehörenden Müllverbrennungsanlage und Mülldeponie. Die Untersuchung der Proben hatte das Biologische Institut an der University of Exeter in Großbritannien durchgeführt mit den folgenden besorgniserregenden Ergebnissen: Der Zink-Wert lag bei 1.884 Milligramm pro Kilogramm (mg/kg), der Mangan-Wert bei 1.048 mg/kg und der Kupfer-Wert bei 1.115 mg/kg, bei Quecksilber wurden 22 mg/kg gemessen. Die Werte lagen damit bis um das Sechsfache bzw. 20-, 30- und 800-fache über der für diese Stoffe sonst üblichen Hintergrundbelastung, urteilte die Coordination gegen Bayer-Gefahren nach Analyse des Greenpeace-Berichts.<sup>40</sup> Der Wert für Quecksilber in der Nähe der Mülldeponie lag laut Greenpeace-Analyse bei einer Höchstkonzentration von 244 mg/kg, dem 12.000-fachen des normalen Wertes bei unverschmutztem Erdreich.<sup>41</sup> In der Sedimentprobe aus dem Fluss fanden sich laut Greenpeace chlorierte Benzole, krebserregende organische Chlorverbindungen wie PCB sowie DDT-Derivate, in der Abwasserprobe des Belford-Roxo-Werks wurden Benzenamine, Benzole und Benzolsäureamid gefunden. Die Sedimentanalyse der Industriedeponie wies laut Greenpeace eine hohe Kontamination durch Schwermetalle und eine Vielzahl organischer Schadstoffe

---

<sup>38</sup> Pehrke, Jan: »Wenn es von BAYER ist, ist es Gift«, in: Stichwort Bayer, Ausgabe 2/2001, unter: [www.cbgnetwork.org/Ubersicht/Zeitschrift\\_SWB/SWB\\_2001/SWB\\_02\\_01/Bayer\\_Brasilien/bayer\\_brasilien.html](http://www.cbgnetwork.org/Ubersicht/Zeitschrift_SWB/SWB_2001/SWB_02_01/Bayer_Brasilien/bayer_brasilien.html).

<sup>39</sup> Greenpeace: Poluição por metais e compostos orgânicos associada à unidade da Bayer em Belford Roxo, Rio de Janeiro 2000, unter: [www.greenpeace.org/brasil/PageFiles/4950/bayer\\_relatorio.pdf](http://www.greenpeace.org/brasil/PageFiles/4950/bayer_relatorio.pdf).

<sup>40</sup> Pehrke: »Wenn es von BAYER ist, ist es Gift.«

<sup>41</sup> Ebd., S. 16.

wie PCBs, chlorierte Benzole und halogenierte Benzenamine auf.<sup>42</sup> Die Untersuchungen hatten, so die Umweltorganisation, gezeigt, dass die »Verfahren zur Behandlung der im Werk bei Bayer anfallenden Reststoffe im Hinblick auf die Absonderung der Schwermetalle nicht effizient sind. Dies führt zu einer Kontamination des Wassers und der Sedimente des Flusses durch Schwermetalle.«<sup>43</sup>

Bayer reagierte und ließ selbst in den Jahren 2001 und 2002 drei unabhängige Untersuchungen der Abwässer seines Werkes in Belford Roxo vornehmen, laut denen die Schadstoffbelastungen unter den gesetzlichen Grenzwerten lagen. Danach stellte die Geschäftsleitung die Untersuchungsmethoden des Greenpeace-Labors infrage. Greenpeace konterte: »Es muss aber berücksichtigt werden, dass Bayers Untersuchungen sich auf die Abwasseranalyse beschränkten; die Chemiker nahmen keine Proben kontaminierter Sedimente. Die Schadstoffe, die Greenpeace in den Sedimenten fand, waren toxisch, schwer abbaubar und bioakkumulativ. Demnach erfordern sie weitere Aufmerksamkeit und müssen in Verbindung zu ihrer Quelle untersucht werden.«<sup>44</sup> Laut Greenpeace konnte Bayer die Kontaminationsquelle nicht benennen. »Die Firma leugnet den entstandenen Umweltschaden und fühlt sich für eine Sanierung und Kompensation nicht verantwortlich. Die Verbrennungsanlage ist nach wie vor in Funktion und verbrennt die Abfälle anderer Firmen. Ein internationales Instrument, das die Verantwortung und verbindliche Haftung von Unternehmen regelt, würde der lokalen Gemeinschaft in Brasilien dabei helfen, Gerechtigkeit direkt von Bayers Firmenzentrale zu fordern.«<sup>45</sup>

Nach Erscheinen des Greenpeace-Berichts kam die Coordination gegen Bayer-Gefahren zu dem Schluss, dass Bayer »offenbar aber doch zu doppelten Standards bei den Umweltschutz-Vorrichtungen« neige. Die Greenpeace-Studie weise nach, in welchem Umfang Global Player wie Bayer die niedrigeren Umweltstandards ärmerer Länder als Standortvorteil für sich ausnutzen und so Menschen, Tiere und die Umwelt gefährden würden.

---

<sup>42</sup> Siehe hierzu die deutschsprachige Zusammenfassung in Greenpeace: Umweltverbrechen multinationaler Konzerne. Zur Notwendigkeit einer internationalen Übereinkunft zur Unternehmensverantwortung, Amsterdam 2002, S. 26, unter: [www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/umweltverbrechen\\_multinationaler\\_konzerne\\_1.pdf#page=26](http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/umweltverbrechen_multinationaler_konzerne_1.pdf#page=26).

<sup>43</sup> Ebd., S. 16.

<sup>44</sup> Ebd., S. 26.

<sup>45</sup> Ebd., S. 27.

»Wenn es von Bayer ist, ist es Gift«, müsste es deshalb sinnigerweise in Brasilien heißen«, urteilte die Organisation.<sup>46</sup>

Dies sah wohl die brasilianische Bundesstaatsanwältin ähnlich, als sie deshalb im Jahr 2009 eine Klageschrift einreichte, in der sie für die Industrieabwässerklärungsanlage von Bayer im Belford Roxo-Werk den Entzug der Betriebsgenehmigung forderte, wie dem Bericht über Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen in der Region von Belford Roxo, erstellt von der dem Gesundheitsministerium unterstellten Stiftung Fundação Oswaldo Cruz (FIOCRUZ), aus dem Jahr 2009 zu entnehmen ist.<sup>47</sup> Der gleiche FIOCRUZ-Bericht zitiert auch die Untersuchung der Umgebung des Bayer-Werks in Belford Roxo, die die Umweltbehörde von Rio nach den Vorwürfen von Greenpeace vornahm: Die Greenpeace-Vorwürfe wurden bestätigt, »gleichwohl wurde nichts unternommen, um diesen Zustand zu ändern«, so die FIOCRUZ.<sup>48</sup>

Es bedarf immer öffentlichen Drucks, bis sich etwas ändert. Als Bayer Ende 1982 das Ende der Dünnsäureverklappung in der Nordsee verkündete, galt dies als großer Erfolg des jahrelangen Protestes und der Kampagnen von Umweltschützern wie der CBG, Greenpeace und lokalen Bürgerinitiativen, die den Konzern dazu gezwungen hatten. Fehlt der Druck auf die Konzerne oder ist er, wie beispielsweise in Brasilien, bei den Anrainern des Bayer-Werks geringer als in Leverkusen, dann handeln sie nicht. Das zeigte sich 1982. Auf der Pressekonferenz von Bayer, auf der der Konzern das Ende der Dünnsäureverklappung verkündete, meldete sich Axel Köhler-Schnura von der CBG zu Wort und wies den Bayer-Vorstand vor den anwesenden JournalistInnen zurecht, dass dies nicht stimme, denn Bayer verklappe ja in seinem brasilianischen Werk in Belford Roxo weiterhin Dünnsäure. Selten war die Doppelmoral offensichtlicher.

Nach dem neuesten zugänglichen Umweltgutachten, das im Auftrag der Umweltbehörde des Bundesstaats Rio de Janeiro (INEA) erstellt wurde, verklappt Bayer noch heute Industrieabwässer in den Fluss Sarapuí, die Messwerte zeigten aber Werte unterhalb, im März 2009 jedoch bei Zink

---

<sup>46</sup> Pehrke »Wenn es von BAYER ist, ist es Gift.«

<sup>47</sup> FIOCRUZ: Mapa de conflitos envolvendo injustiça ambiental e saúde no Brasil, 3.12.2009, unter: [www.conflitoambiental.iciict.fiocruz.br/index.php?pag=ficha&cod=118](http://www.conflitoambiental.iciict.fiocruz.br/index.php?pag=ficha&cod=118).

<sup>48</sup> Ebd.

und im April 2009 bei Kupfer oberhalb der Grenzwerte, so der Bericht.<sup>49</sup> Im Grundwasser unter Teilen des Werksgeländes liegen dem Bericht zufolge die Werte von Chrom, Benzol, Kobalt und Nickel über den Grenzwerten.<sup>50</sup> Im Grundwasser unter dem Deponiegelände lagen demnach die Werte von Barium, Cadmium, Blei, Eisen, Mangan, Nickel, Vanadium, Zink, Aluminium, Chrom und Kobalt über den Grenzwerten.<sup>51</sup> Der Bericht attestierte aber, dass diese Grundwasserschichten keine Beeinträchtigung der Wasserqualität des Flusses Sarapuí darstellen.

Der Gefährdung des Sarapuí ist im Juli 2016 die Tageszeitung *O Globo* noch einmal auf den Grund gegangen und hat bei Bayer in Belford Roxo nachgefragt, warum noch immer Industrieabwässer aus dem Werk in den Sarapuí abgelassen wurden, »wie unsere Reporterin feststellte. Zur Verteidigung sagte die Firma, sie versuche die Menge an Abwässern zu reduzieren.« Doch die Reporterin von *O Globo* kam zu einem anderen Schluss: »Es genügt, sich die Webseite der Firma nur ein wenig anzuschauen, um festzustellen, dass es dort nicht an einem Mangel an Geld für Investitionen liegt, um dort das Problem zu beenden (nicht nur zu minimieren). Vielleicht ist es wirklich ein Mangel an Interesse oder ein Mangel an Regulierung.«<sup>52</sup> Es ist wohl beides. Es bedarf immer öffentlichen Drucks und Protests, der diesen Misstand durchbricht.

---

<sup>49</sup> Managing Risk: Bayer S.A. Relatório de Auditoria Ambiental de Controle e Acompanhamento 2011, DZ-056.R3, 5.4.2012, S. 85.

<sup>50</sup> Ebd., S. 122f.

<sup>51</sup> Ebd., S. 124.

<sup>52</sup> Gonzalez, Amelia: Baía de Guanabara, a vergonha nossa de cada dia, in: *O Globo*, 13.7.2016, unter: <http://g1.globo.com/natureza/blog/nova-etica-social/post/baia-de-guanabara-vergonha-nossa-de-cada-dia.html>.



# Kapitel 9

## Ackern für den Weltmarkt

Es ist Donnerstag, der 11. August 2016. Während bei den XXXI. Olympischen Sommerspielen in Rio de Janeiro AthletInnen aus aller Welt um die Medaillen kämpfen, versammelt sich 1.150 Kilometer weiter nordwestlich eine Menschentraube vor dem Gebäude der Deutschen Botschaft in Brasília und skandiert Sprechchöre. 200 Indigene von den Gemeinschaften Pataxó Hã Hã Hãe, Tupinambá, Kaingang, Guarani M'bya, Gavião, Gamela, Krikati, Macuxi, Mura, Kambeba und Maraguá sowie Quilombolas und KleinfischerInnen aus ganz Brasilien haben sich hier versammelt. Ihr Anliegen: »Wir sind zur Botschaft Deutschlands gekommen, um unsere Ansicht kundzutun, dass Deutschland durch seine Importe von Produkten des brasilianischen Agro-Business mitschuldig daran ist, dass dieser Wirtschaftssektor aggressiv unsere Rechte missachtet und gewalttätig gegen unsere Anführer und unser Leben vorgeht.« Dies steht in dem offenen Brief, den sie an diesem Tag den BotschaftsvertreterInnen übergeben. »Wir fordern, dass Deutschland unseren Kampf um Achtung unserer Rechte unterstützt«, sagt der indigene Kazike Nailton Pataxó Hã Hã Hãe, als sie von einem Botschaftsvertreter im Inneren des Gebäudes empfangen werden.<sup>1</sup> Ähnliche Aktionen hatten Indigene im Juli 2016 vor den Botschaften Russlands, Chinas, der USA, Kanadas und Frankreichs durchgeführt.<sup>2</sup>

»Die indigenen Territorien sind nach wie vor nicht ausgewiesen, das Land wird weiterhin durch die Landtitelfälscher geraubt, und das bringt uns viele Probleme und macht uns sehr traurig«, so Nailton Pataxó während der Kundgebung vor der Deutschen Botschaft. In Brasilien werden diejenigen, die sich durch Korruption und Bestechung illegal Landtitel besorgen, als *grileiros*, Landtitelfälscher, bezeichnet. Demgegenüber leben noch heute Hunderttausende Indigene, die auf die rechtliche Anerkennung und Ausweisung ihres traditionellen Territoriums warten, in provi-

---

<sup>1</sup> CIMI: Indígenas, quilombolas e pescadores pedem à Alemanha que não importe produtos de quem agride suas vidas e territórios, 11.8.2016, unter: [www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo\\_id=8864&action=read](http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8864&action=read).

<sup>2</sup> CIMI: Indígenas pedem que países suspendam importação de commodities brasileiras, 5.7.2016, unter: [http://cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo\\_id=8805&action=read](http://cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8805&action=read).

sorischen Camps und Elendssiedlungen. Die Indigenen Territorien werden vom Staat durch den Prozess der Demarkation (Ausweisung) und Homologation (rechtliche Verabschiedung) konstituiert. Eigentlich garantiert die brasilianische Verfassung von 1988, dass die noch nicht ausgewiesenen Indigenen Territorien binnen fünf Jahren demarkiert werden sollten. Der Prozess hätte also bis 1993 abgeschlossen werden sollen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Die Folge für die Indigenen: »Viele von uns sterben, weil ihre Ernährung nicht gesichert ist«, sagt Nailton Pataxó. Ohne Zugang zu Land mangelt es den Betroffenen an Möglichkeiten, ihre Ernährung durch Anbau und Ernte zu sichern. Hinzu kommt die Gewalt auf dem Land. »Allein gegen die Guarani Kaiowá haben bewaffnete Milizen im Auftrag von Großfarmern in weniger als einem Jahr 30 Anschläge ausgeübt. Es kam zu illegalen Räumungen. [...] Laut Angaben der Landpastorale CPT hat das Agro-Business allein in [den ersten acht Monaten von] 2016 39 Bauern ermorden lassen«, klagt der auch im Internet veröffentlichte offene Brief an.<sup>3</sup> »Wir bitten den Botschafter, dass er die Regierung Deutschlands über unseren Besuch und unsere Beweggründe und Ängste in Kenntnis setzt«, heißt es weiter in dem Schreiben. Die Indigenen machen folgenden Vorschlag: Die Deutsche Botschaft solle Vertreter des Agro-Business, der wichtigsten deutschen Importeure sowie der brasilianischen Parlamentarierfraktion des Agro-Business<sup>4</sup> zu einem Gespräch laden, um mit ihnen über die Besorgnis der deutschen Regierung hinsichtlich der Verletzung der Rechte der indigenen und traditionellen Völker Brasiliens durch das Agro-Business zu sprechen. »Außerdem schlagen wir vor«, so der Brief, »dass Deutschland den brasilianischen Unternehmen eine Überprüfung und Suspendierung der Export- und Importverträge für Rohstoffe aus Brasilien androht, um uns Indigenen dabei zu helfen, die zum Schutz unserer Völker, unserer Anführer und unserer Rechte unerlässlichen und dringenden Änderungen des Geschäftsgebarens und Vorgehens in diesen Exportsektoren durchzusetzen. Wir würden eine solche Initiative dahingehend interpretieren, dass

<sup>3</sup> Der offene Brief ist in voller Länge einsehbar unter: [http://cimi.org.br/pub/doc/carta-embAlemanha\\_08-2016.pdf](http://cimi.org.br/pub/doc/carta-embAlemanha_08-2016.pdf).

<sup>4</sup> Im brasilianischen Nationalkongress gibt es neben den Fraktionen der Parteien die Fraktionen zentraler gesellschaftlicher Interessengruppen. Letztere sind weniger formal, aber basieren letztlich auf einem stärkeren Interessenzusammenhalt als die in Brasilien vergleichsweise schwachen politischen Parteien. Die drei großen Fraktionen sind: Bala, Bíblia, Boi (Blei, Bibel, Bulle), also die Fraktionen der Waffenlobby, der Evangelikalen und der Großfarmer.

Deutschland nicht länger bereit ist, sich an der Ermordung unserer Anführer mitschuldig zu machen.«

Bei dem Protest vor und in der Deutschen Botschaft ist auch Iracema Kaingang, Anführerin der Indigenen Kaingang von der Terra Indígena Borboleta im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul, zugegen.<sup>5</sup> Ihr Anliegen ist der Protest gegen die zunehmende Zerstörung ihrer ökologischen Lebensgrundlagen. »Das Soja, das sie dort anpflanzen, da gibt es was, was wir als großen Vogel [Flugzeug] bezeichnen, der dort dieses Pulver rauswirft und das auf unser Wasser fällt, das vergiftet uns. Ich arbeite mit meinen Teemischungen, meiner Medizin. Sie heilen uns, aber sie wirken nicht gegen dieses Gift da«, klagt sie die Pestizide versprühenden GroßfarmerInnen an. »Ihr also, die ihr diese Typen doch kennt, wir appellieren an euch wegen unseres Lebens. Wir lieben das Leben sehr. Wir kämpfen für unsere Kinder.«<sup>6</sup> Während in Rio de Janeiro AthletInnen aus aller Welt um olympische Medaillen kämpfen, kämpfen indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften in Brasilien oft um ihr Leben.

### Das Desaster der industriellen Landwirtschaft

Die Praxis der industriellen Agrarwirtschaft hat verheerende Konsequenzen, sei es in Brasilien, in Deutschland<sup>7</sup> oder anderswo. Denn BefürworterInnen einer industriellen monokulturellen Landwirtschaft – basie-

<sup>5</sup> Siehe hierzu auch Canes, Michelle: Povos tradicionais protestam na Embaixada da Alemanha por produção sustentável, 11.8.2016, unter: <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2016-08/povos-tradicionais-protestam-na-embaixada-da-alemanha-por-producao-sustentavel>.

<sup>6</sup> CIMI: Indígenas, quilombolas e pescadores pedem à Alemanha que não importe produtos de quem agride suas vidas e territórios, 11.8.2016, unter: [www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo\\_id=8864&action=read](http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8864&action=read).

<sup>7</sup> Erinnert sei daran, dass der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Arbeitsverhältnisse in den Schlachthöfen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens als »nah an organisierter Kriminalität, 'ne Schande für unser Land« bezeichnet hat, aber einräumen musste, dass diese Art der modernen Sklaverei legal ist. Siehe Hoffmann, Andreas/Hoidn-Borchers, Andreas: Ausbeutung in der Fleischindustrie: Moderne Sklaverei. In der Fleischindustrie werden Beschäftigte brutal ausgebeutet. Möglich wird das durch ein Hintertürchen in einem Gesetz. Die SPD will dagegen vorgehen – agiert jedoch vorsichtig, in: Stern Online, 25.7.2015, unter: [www.stern.de/wirtschaft/news/fleischindustrie--ausbeutung-durch-werkvertraege-gleicht-moderner-sklaverei-6358056.html](http://www.stern.de/wirtschaft/news/fleischindustrie--ausbeutung-durch-werkvertraege-gleicht-moderner-sklaverei-6358056.html). Siehe hierzu auch Kaiser, Susanne: Flüchtlinge: Europas neue Sklaven. Um zu überleben, arbeiten Flüchtlinge in Europa unter schlimmsten Bedingungen zum Nutzen der Agrarindustrie. Gewerkschaften warnen vor moderner Sklaverei,

rend auf Arbeitslöhnen entlang des Existenzminimums, unter massivem Agrargift- und Düngereinsatz, der die Böden auslaugt, unter Anwendung von Pflanz- und Erntemethoden, die kostengünstig sind, aber Erosion und Bodenabrieb erhöhen, die Grundwasser und Gewässer verschmutzen, Biodiversität und Artenvielfalt verhindern und uniformisierte Kulturlandschaften schaffen – müssen sich die Frage gefallen lassen, ob der Ursprung der Produkte sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist, egal ob das Agrarprodukt aus Brandenburg oder Brasilien kommt.

Die industrielle Landwirtschaft ist auch in Brasilien alles andere als eine Idylle, nicht zuletzt für die dort Beschäftigten. So leiden zum Beispiel die ApfelsinenpflückerInnen unter extrem niedrigen Löhnen und unzuverlässiger Bezahlung, unter Arbeitszeiten von bis zu zwölf Stunden ohne Pause, unter der Abhängigkeit von dubiosen Mittelsmännern und unter ihrem schutzlosen Ausgeliefertsein gegenüber gesundheitsgefährdenden Pestiziden. Dies geht unter anderem aus einer Studie der Christlichen Initiative Romero aus Münster und Global 2000 aus Wien hervor, die die Lieferkette des Orangensafts vom Anbau der Früchte über die Ernte, die Verarbeitung und den Export bis hin zum Verkauf in deutschen Supermarktketten wie Aldi, Lidl oder Kaufland verfolgt hat.<sup>8</sup>

Die Arbeitsbedingungen in der Rindfleischindustrie, die stark durch Leiharbeit geprägt ist, sind ebenso katastrophal.<sup>9</sup> Auf den Fazendas Brasiliens, auf denen mit 200 Millionen Tieren die weltweit größte Rinderherde grasht,<sup>10</sup> herrschen oft sklavenähnliche Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnisse.<sup>11</sup> Eine Greenpeace-Studie hat vor einigen Jahren aufgedeckt, dass bei Aldi, Lidl und anderen Fleisch von »illegalen« Farmen aus Amazonien verkauft wurde und dass BMW und Adidas in der Produktion Leder aus dubiosen

---

in: Die Zeit Online, 26.10.2015, unter: [www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/fluechtlinge-ausbeutung](http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/fluechtlinge-ausbeutung).

<sup>8</sup> Christliche Initiative Romero e.V./Global2000: Orangensaft-Produktion missachtet Arbeitsrechte und ökologische Standards, Berlin 2015.

<sup>9</sup> Siehe den auf dem Dok-Leipzig-Filmfestival 2011 ausgezeichneten Dokumentarfilm von Repórter Brasil »Carne, osso«, unter: <http://carneosso.reporterbrasil.org.br/o-filme/>.

<sup>10</sup> Siehe die Zusammenstellung der britischen Investmentberatung 4 You Property Partners PLC unter: [www.4property.uk.com/brazil/main-agricultural-products-and-exports/](http://www.4property.uk.com/brazil/main-agricultural-products-and-exports/).

<sup>11</sup> Siehe die Sklavenarbeitsliste unter: <http://reporterbrasil.org.br/listasuja/resultado.php>.

brasilianischen Viehbeständen verwendeten.<sup>12</sup> Viele Kaffeebäuerinnen und -bauern in Brasilien leiden unter Vergiftungen, hervorgerufen durch Pestizid-, Herbizid- und Insektizid-Einsatz. Brasilien ist für Deutschlands der wichtigste Kaffeelieferant. 2014 und 2015 exportierte Brasilien insgesamt je 36 Millionen Säcke à 60 Kilogramm.<sup>13</sup> Nach Deutschland gingen 2015 davon 375.473 Tonnen Kaffee, was 6,25 Millionen Säcken entspricht.<sup>14</sup>

### Die Folgen des Sojabooms

Mit einem Erlös von 27 Milliarden US-Dollar war Soja im Jahr 2015 das einnahmenträchtigste Exportprodukt Brasiliens.<sup>15</sup> Unter dem Problem der massiven Verwendung von giftigen Chemikalien in der Landwirtschaft und deren Folgen haben auch die ArbeiterInnen auf den Sojaplantagen sowie deren AnwohnerInnen zu leiden. Zu den größten Abnehmern von Brasiliens Soja und verarbeiteten Produkten wie Sojaschrot, -kuchen und -öl zählen China, die Niederlande, Frankreich und Spanien. Deutschland lag mit Einfuhren von 21,8 Millionen Tonnen in den Jahren 2001 bis 2010 auf Platz fünf.<sup>16</sup> Während China vor allem ganze Sojabohnen importiert, sind die europäischen Länder vornehmlich an Sojakuchen interessiert. Sojaprodukte landen zum Beispiel massenhaft in deutschen Tiermastanstalten als Proteinzufuhr und ermöglichen so das billige Schweineschnitzel auf dem Teller der VerbraucherInnen.<sup>17</sup>

---

<sup>12</sup> Dilger, Gerhard: Greenpeace-Report zu Amazonas-Rindern: »Schmutziges Fleisch« bei Aldi und Lidl, in: die tageszeitung, 2.6.2009.

<sup>13</sup> Siehe die Tabelle »Exportmenge der führenden Exportländer von Kaffee weltweit in den Jahren 2012 bis 2014 (in 1.000 Säcken à 60 Kilogramm)« unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/157683/umfrage/laender-nach-kaffee-exporten-im-maerz-2010/>.

<sup>14</sup> Statista: Wichtigste Lieferländer für Kaffeeimporte nach Deutschland nach Importmenge im Jahr 2015 (in Tonnen), 2016, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152075/umfrage/import-von-rohkaffee-aus-ausgewaehnten-laendern-nach-deutschland/>.

<sup>15</sup> Ministério da Agricultura: Balança Comercial 2015, unter: [www.agricultura.gov.br/internacional/indicadores-e-estatisticas/balanca-comercial](http://www.agricultura.gov.br/internacional/indicadores-e-estatisticas/balanca-comercial).

<sup>16</sup> WWF: Produção e exportação de soja brasileira e o Cerrado 2001–2010, 2012, S. 17.

<sup>17</sup> Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es in Deutschland im Jahr 2015 39,6 Millionen Legehennen, 27,5 Millionen Schweine, 12,6 Millionen Rinder und 1,6 Millionen Schafe.

UmweltaktivistInnen stellten ab dem Jahr 2000 eine massive Ausweitung der Sojaproduktion vor allem in Amazonien fest. Damit geriet Amazonien einmal mehr in einen bereits bekannten Teufelskreis: Der steigenden Weltmarktnachfrage folgt eine neue wirtschaftliche Boomphase mit allen möglichen ökologischen und sozialen Verwerfungen, wie etwa bei der Gummigewinnung Anfang des 20. Jahrhunderts oder bei der Abholzung der Tropenwälder und der Ausweitung von Rinderfarmen in den 1960er und 1970er Jahren. Um dem entgegenzuwirken, schlossen im Juli 2006 Zwischenhändler und Verarbeiter auf der einen und die Umweltbehörden sowie NGOs wie Greenpeace, der WWF und die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) auf der anderen Seite das sogenannte Soja-Moratorium. In dem 2016 verlängerten Moratorium verpflichtet sich der Zusammenschluss der Ölmühlen ABIOVE und der Verband der Exporteure ANEC, kein Soja mehr zu kaufen (oder dessen Kauf zu finanzieren), für dessen Anbau nach einem festgelegten Stichtag (dem 24. Juli 2006) Flächen in Amazonien gerodet worden sind. Das Moratorium lieferte zunächst beeindruckende Ergebnisse: So ist der Sojaanbau in Amazonien mittlerweile seit Jahren nur noch für 0,25% aller Rodungen verantwortlich.<sup>18</sup> Ist das als Erfolg zu werten?

Leider nur zum Teil. Denn neueste Untersuchungen deuten darauf hin, dass dieser Rückgang in Amazonien zu einer Ausweitung des Sojaanbaus anderswo, nämlich in der Zentralregion, in der Trocken- und Halbsavanne des brasilianischen Cerrado geführt hat.<sup>19</sup> Nach Amazonien stellt der Cerrado das zweitgrößte Biom<sup>20</sup> Südamerikas dar und umfasst mit seinen etwas mehr als zwei Millionen Quadratkilometern 22% der Landesfläche Brasiliens. Inzwischen wird von WissenschaftlerInnen und Umweltgruppen eindringlich gefordert, das Soja-Moratorium auch auf die Flächen des Cerrado auszuweiten.

Doch gegenwärtig herrscht in der Politik Brasiliens eher ein gegenteiliges Interesse vor. Der nördliche Cerrado – also die Region der Bundes-

---

<sup>18</sup> Rudorff, Bernardo Friedrich Theodor u.a.: The Soy Moratorium in the Amazon Biome Monitored by Remote Sensing Images, in: Remote Sensing 3/2011, S. 185-202.

<sup>19</sup> Gibbs, Holly u.a.: Brazil's Soy Moratorium, in: Science, Nr. 6220, 23.1.2015, S. 377-378.

<sup>20</sup> Brasilien hat sechs große Landschaftsökosysteme (Biome): den tropischen Regenwald Amazoniens, die Trockensavanne des Cerrado, den atlantischen Regenwald, die Trockensteppe der Caatinga, die Grassteppe der Pampa und das Feucht- und Sumpfbereich des Pantanal.

staaten Maranhão, Tocantins, Piauí und Bahia, kurz Matopiba<sup>21</sup> – steht im Fokus einer neuen Inwertsetzungsstrategie. Im Juni 2015 hatte die damalige Agrarministerin Kátia Abreu – selbst Großgrundbesitzerin, der 2010 von WaldschützerInnen die zweifelhafte Auszeichnung »Goldene Ketten-säge« verliehen worden ist – eine Art Masterplan für die wirtschaftliche Entwicklung der 73 Millionen Hektar umfassenden Mapitoba-Region vorgestellt. In Kooperation mit der staatlichen Agrarforschungsagentur Embrapa soll die agroindustrielle Produktion dort in den nächsten Jahren erheblich ausgebaut werden.<sup>22</sup>

Die Landpastorale Comissão Pastoral da Terra (CPT) warnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich vor der Zunahme von Landkonflikten. Nach ihren Angaben fanden im Zeitraum zwischen 2005 und 2014 von den brasilienweit 11.338 Landkonflikten 39% im Cerrado und 38% in Amazonien statt.<sup>23</sup> »Diese Expansion und die Öffnung für das Finanzkapital durch die Regierung werden den freien Zugriff des Agro-Business nur noch erhöhen und die dort lebende Bevölkerung noch mehr ausquetschen«, befürchtet Isolete Wichinieski von der CPT. Die Pastorale spricht sich ausdrücklich gegen die Umsetzung des Regierungsplans für die Matopiba-Region aus.<sup>24</sup>

Hinzu kommt ein Rebound-Effekt: Die in den vergangenen Jahren verzeichnete Ausweitung des Sojaanbaus im Cerrado wirkt offensichtlich auf Amazonien zurück. Denn die Transportmöglichkeiten per LKW aus den zentralen Sojaanbauregionen wie Mato Grosso zu den Häfen – so vertreten es gebetsmühlenhaft die Sojabarone – seien begrenzt. Als Lösung sehen Industrie und Regierung die Nutzung von Wasserwegen. Und hier rückt die Tapajós-Region in den Fokus der Aufmerksamkeit. Dort, am Fluss Tapajós und seinen beiden Zuflüssen Juruena und Teles Pires sind mehr als ein Dutzend Staudämme geplant, die auch mittels Wasserstraßen und Schleusen den Hotspot der brasilianischen Agrarindustrie in Mato Grosso

---

<sup>21</sup> Es gibt hierfür zwei Akronyme: Matopiba und Mapitoba.

<sup>22</sup> Embrapa: Sistema de Planejamento Territorial Estratégico para a Região do MATOPIBA (MAPA), 2015, unter: [www.embrapa.br/gite/projetos/matopiba/plano.html](http://www.embrapa.br/gite/projetos/matopiba/plano.html).

<sup>23</sup> CPT: Conflitos no Campo 2015, Goiânia, April 2016, S. 199, unter: [www.cptnacional.org.br/index.php/component/jdownloads/send/41-conflitos-no-campo-brasil-publicacao/14019-conflitos-no-campo-brasil-2015](http://www.cptnacional.org.br/index.php/component/jdownloads/send/41-conflitos-no-campo-brasil-publicacao/14019-conflitos-no-campo-brasil-2015).

<sup>24</sup> Silva, Mauro: Em nome do lucro, Kátia Abreu e cia decretam a extinção do Cerrado, 18.6.2015, unter: [www.mst.org.br/2015/06/18/em-nome-do-lucro-katia-abreu-e-cia-decretam-a-extincao-do-cerrado-brasileiro.html](http://www.mst.org.br/2015/06/18/em-nome-do-lucro-katia-abreu-e-cia-decretam-a-extincao-do-cerrado-brasileiro.html).

und der Cerrado-Region mit dem Amazonas per Schiff verbinden und somit den leichteren Anschluss an den Weltmarkt gewährleisten sollen. In der Tapajós-Region sind es vor allem die FlussanwohnerInnen, Kleinbäuerinnen und -bauern sowie das indigene Volk der Munduruku, die gegen diese Staudammkomplexe und den Bau der Wasserstraßen protestieren. So schlägt die Ausweitung agroindustrieller Weltmarktzurichtung ganzer Regionen wie des Cerrados auch auf Amazonien zurück.

### **Erosion und Verdunstung im Cerrado**

Die industrielle Landwirtschaft hat außerdem weitreichende Folgen für die Qualität der Böden und den Wasserhaushalt der Region. Das Beispiel der Monokultur Eukalyptus macht das besonders deutlich. Laut dem brasilianischen Forstinformationssystem SNIF hat sich die Anbaufläche von Eukalyptus in Brasilien zwischen 2006 und 2014 von 3,8 auf 6,9 Millionen Hektar erhöht, das heißt nahezu verdoppelt.<sup>25</sup> Tendenz weiter steigend. Eukalyptus wächst vergleichsweise schnell. Ein Hektar Eukalyptus-Plantage produziert im Schnitt jedes Jahr 44 Kubikmeter Holz. Durch gezielte Züchtung (nun gibt es in Brasilien auch die ersten gentechnisch veränderten Eukalyptus-Bäume) gelang die Verkürzung des Wachstumszyklus. Genügte bislang sieben Jahre, bis gerodet werden konnte, so ist dieser Wert auf fünf Jahre gesunken.<sup>26</sup>

Eukalyptus verbraucht sehr viel Wasser, zieht mit seinen tief reichenden Wurzeln das Grundwasser ab und laugt die Böden stark aus, sodass enorme Mengen an Düngemitteln nötig sind, um die Wachstumsziele einzuhalten. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen hat sich bereits Anfang der 1990er Jahre mit den ökologischen Folgen von Eukalyptus-Kulturen befasst und ist zu dem Ergebnis gelangt, dass diese eine besonders schnelle Bodenauslaugung nach sich ziehen.<sup>27</sup> Man versucht dem auf Eukalyptus-Plantagen mit erhöhtem Düngereinsatz sowie einer ständigen Erhöhung des Pestizid- und Herbizid-Verbrauchs entgegenzuwirken. In Brasilien kommt hier vor allem das glyphosathaltige Scout von Monsanto, das Termiten-Insektizid Evidence von Bayer, das

<sup>25</sup> Zahlen nach O Globo, 5.11.2015.

<sup>26</sup> Betters, David R./Wright, Lynn L./Couto, Laércio: Short rotation woody crop plantations in Brazil and the United States, in: Biomass and Energy 1/1991, S. 305-316.

<sup>27</sup> FAO: Bio-physical and Environmental Impacts of Eucalyptus Plantations, in: Regional Expert consultation on Eucalyptus, 4.–8. Oktober 1993, Bangkok, unter: [www.fao.org/docrep/005/ac777e/ac777e0a.htm](http://www.fao.org/docrep/005/ac777e/ac777e0a.htm).

Ameisen-Insektizid Atta-mex sowie das Herbizid Fordor von Bayer Crop Sciences zum Einsatz.<sup>28</sup>

Der Wissenschaftler Paulo Tarso Sanches Oliveira hat die Folgen der sich wandelnden Landnutzung im Cerrado untersucht, wo bereits ein Viertel aller brasilianischen Rinder herkommt und ein Viertel des Getreides und Sojas angebaut wird.<sup>29</sup> Bei Rodungsflächen ursprünglicher Cerrado-Vegetation und agroindustrieller Landnutzungsänderung sieht der Wissenschaftler Zunahmen der Verdunstungsraten zwischen 4 und 20%. In einer auf das Wasser so dringend angewiesenen Region wie dem Cerrado bedeutet dies einen massiven Verlust an Wasser. Hinzu komme, so der Wissenschaftler, dass durch die durch Monokulturen veränderte Bodenstruktur mehr Regenwasser nicht einsickert, sondern oberflächlich abfließt. Dort konstatiert Sanches Oliveira Erhöhungen um das bis zu Zwanzigfache des ursprünglichen Wertes bei endemischer Vegetation. Die Werte für Veränderungen der Bodenerosionsrate infolge agroindustrieller Landnutzungsänderungen und die dadurch resultierende Veränderung der Bodenstruktur beziffert Tarso Sanches Oliveira noch höher: auf den Faktor 10 bis 100.<sup>30</sup>

Was hat das für Konsequenzen? Der Trockenwald des Cerrado zeichnet sich durch eine besondere Charakteristik aus: Zweidrittel der Biomasse der Bäume befindet sich im Erdreich. Deshalb wird der Cerrado auch als ein »auf dem Kopf stehender Wald« bezeichnet. Das im Wurzelwerk gespeicherte Wasser dringt von dort unter anderem in die unterirdischen Aquifere vor. Dieses im Gleichgewicht befindliche Ökosystem ist zunehmend in Gefahr und droht zu kippen. Altair Sales Barbosa, Wissenschaftler an der Universität PUC Goiás, gilt als einer der besten Kenner des Cerrado und seiner einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt. Er macht auf die Unumkehrbarkeit aufmerksam: Sobald eine Landschaft wie der Cerrado einmal der kommerziellen Nutzung durch eine Großflächen benötigende Massenvieh- und Landwirtschaft – Eukalyptus-Plantagen für die Zellstoff-

---

<sup>28</sup> Siehe hierzu beispielhaft Bureau Veritas Certification: Relatório de auditoria principal. Empresa auditada: TTG Brasil Investimentos Florestais LTDA, 2012.

<sup>29</sup> WWF: Produção e exportação de soja brasileira e o Cerrado 2001–2010, 2012, S. 10.

<sup>30</sup> Tarso Sanches Oliveira, Paulo/Nearing, Mark A./Wendland, Edson Cezar: Runoff and soil erosion for an undisturbed tropical woodland in the Brazilian Cerrado, Wien 2015; Tarso Sanches Oliveira, Paulo u.a.: Trends in water balance components across the Brazilian Cerrado, in: Water Resources Research 9/2014, unter: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/2013WR015202/abstract>.

produktion und die Holzkohlegewinnung für Stahlwerke sowie Soja- und Zuckerproduktion – preisgegeben ist, seien die Auswirkungen nicht mehr aufzuhalten. Dadurch verändere sich die ganze Flora und Fauna, die Landschaft und die Böden und somit auch der Wasserhaushalt in der Region und den darunterliegenden Aquiferen. Denn durch die eingeführten Pflanzen, die in den neuen Monokulturen angebaut werden, verändert sich die Bodenstruktur. »So verändert man die Bodenqualität, aber man beeinträchtigt auch die Grundwasser führenden Schichten«, erklärt Altair Sales Barbosa.<sup>31</sup> Pflanzen wie Soja und Mais haben nur oberflächiges Wurzelwerk. »Wenn es regnet, dann dringt das Wasser nicht mehr ein, wie es sollte.« Der Oberflächenabfluss steigt – die Folge sind zerstörerische Überschwemmungen bei Regen und Wassermangel in den Speicherschichten der Böden. »Im Laufe der Zeit reduziert sich der Grundwasserspiegel, das wiederum beeinträchtigt die Aquifere, die so Jahr für Jahr kleiner werden«, beklagt Barbosa. Im Cerrado sei es die ursprüngliche Vegetation, die den Wasserhaushalt der ganzen Region regelt. »Die ursprüngliche Vegetation hat Pflanzen, die mit einem Drittel ihrer Form über dem Erdrich sichtbar sind, und mit Zweidritteln im Untergrund. Das bedeutet ein extrem komplexes Wurzelsystem. Wenn also der Regen fällt, nimmt das Wurzelsystem das Wasser auf und speist damit dann das Grundwasser, das das tiefer gelegene Aquifer speist«, sagt Sales Barbosa.

Diese dramatischen Verschiebungen im Wasserhaushalt des Cerrado sind für ganz Brasilien von immenser Tragweite. Wegen seiner geografisch zentralen Lage und wegen seiner schieren Größe ist die Cerrado-Region der Regenfilter Brasiliens: Zehn der zwölf wichtigsten Wassereinzugsgebiete des Landes haben im Cerrado ihren Ursprung und beziehen einen Großteil ihres Wassers aus den Cerrado-Zuflüssen. Bei den nach Amazonien abfließenden Tocantins-Flüssen sind es 65%, der Rio São Francisco, die Lebensader des semiariden Nordostens, erhält 57% seiner Zuflüsse aus dem Cerrado, bei den gen Süden ausgerichteten Rio Paraguay, Rio Paraná und Rio Parnaíba liegt dieser Wert noch bei rund 50%.<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> Dias, Elder: Com Cerrado extinto água no Brasil secará. Entrevista com Altair Sales Barbosa, in: *Jornal Opção*, 6.10.2014, unter: [www.jornalopcao.com.br/entrevistas/o-cerrado-esta-extinto-e-isso-leva-ao-fim-dos-rios-e-dos-reservatorios-de-agua-16970/](http://www.jornalopcao.com.br/entrevistas/o-cerrado-esta-extinto-e-isso-leva-ao-fim-dos-rios-e-dos-reservatorios-de-agua-16970/).

<sup>32</sup> IHU: Alterações do balanço hídrico no Cerrado podem afetar importantes setores da economia brasileira. Entrevista especial com Paulo Tarso Sanches Oliveira, in: *Instituto Humanitas Unisinos*, 26.2.2015, unter: [www.ihu.unisinos.br/entrevistas/540205-alter](http://www.ihu.unisinos.br/entrevistas/540205-alter)

### Die bedrohten fliegenden Flüsse Amazoniens

Wie groß das Problem ist, zeigen folgende Zahlen: Brasiliens Südosten hat 2002 bis 2015 pro Jahr 56 Billionen Liter Wasser verloren. Das hat ein bei der NASA beschäftigter brasilianischer Hydrologe namens Augusto Getirana mithilfe von zwei parallel geschalteten Satelliten herausgefunden. Dies entspräche jedes Jahr, wie die Tageszeitung *O Globo* errechnete, der Wassermenge von zwei vollen Stauseen des Wasserkraftwerks Itaipus, des zweitgrößten Staudamms der Welt oder 43 Stauseen der Größe von Cantareira, São Paulos größtem Trinkwasserreservoir, das 8,8 Millionen Menschen mit Wasser versorgt. Der ohnehin schon immer semiaride brasilianische Nordosten verlor laut Getirana im gleichen Zeitraum 49 Billionen Liter Wasser.<sup>33</sup>

Woran liegt das? Es scheint, als habe der Ausverkauf Amazoniens in Form der Ausdehnung der industriellen Agrarwirtschaft, der Abholzung der Tropenwälder und des Baus von immer mehr Staudämmen für die Stromproduktion die Fähigkeit des Regenwalds reduziert, »fliegende Flüsse« hervorzubringen. Der Begriff der *flying rivers* wurde von José Antonio Marengo Orsini geprägt, einem Meteorologen, der für das brasilianische Institut für Raumforschung INPE arbeitet und Mitglied des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist. Marengo und seine über 50 IPCC-KollegInnen aus acht Ländern haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Untersuchung in Amazonien durchgeführt, um die vorherrschenden Luftströmungen je nach Jahreszeit nachzuvollziehen. Dafür ließen sie 700 mit Sensoren ausgestattete Ballone starten. Das Ergebnis: In den Sommermonaten driften die in Amazonien durch Evaporation entstehenden Wolken in einer Höhe von unter 3.000 Metern und mit einer Geschwindigkeit von durchschnittlich 50 Kilometern pro Stunde zunächst gen Westen, wo sie an den Anden geblockt und dann gen Süden abgelenkt werden – bevor sie über dem Südosten und Süden Brasiliens, über Uruguay, Paraguay und dem Norden Argentiniens sich abregnen. »Diese Strömungen sind wie fliegende Flüsse, die Feuchtigkeit vom Norden nach Süden tragen«, erklärte damals José Marengo. Seine Forschungskollegin Carolina Vera von der Universität von Buenos Aires ergänzte: »Besonders im Sommer, da sind diese Luftströme eine der Hauptsachen für die starken Regenfälle.« Denn die nach Süden

---

acoes-do-balanco-hidrico-no-cerrado-podem-afetar-importantes-setores-da-economia-brasileira-entrevista-especial-com-paulo-tarso-sanches-oliveira.

<sup>33</sup> *O Globo*, 5.11.2015.

treibenden Wolken erhöhten dort die Luftfeuchtigkeit um 20-30%, in einigen Fällen gar um 60%.<sup>34</sup>

Der Wissenschaftler Antonio Nobre, ebenfalls am INPE beschäftigt, hat die These von den »fliegenden Flüssen Amazoniens« weiterverfolgt und sich gefragt, was passiert, wenn das System durch Eingriffe kippt. Er erklärte den Zusammenhang der Wasserknappheit im Süden mit der Rodung Amazoniens: In Amazonien verdunsten jeden Tag 20 Milliarden Tonnen Wasser.<sup>35</sup> Zum Vergleich: Der größte Fluss der Welt, der Amazonas, speist täglich 19 Milliarden Tonnen Wasser in den Atlantik. Im amazonischen Regenwald bietet das vielschichtige, in die Höhe von bis zu 40 Meter reichende Blattwerk auf einem Quadratmeter Regenwaldboden das Acht- bis Zehnfache an potenzieller Verdunstungsfläche. Während ein Baum bis zu 300 Liter Wasser je Tag verdunsten könne, so sind es bei Weideland nur etwa ein Achtel dieses Werts, so Nobre. Der Begriff der »fliegenden Flüsse Amazoniens« bezeichnet demnach den Vorgang der täglichen Verdunstung von 20 Milliarden Tonnen Wasser zu Wolken durch Amazoniens Blattwerk, von denen sich die Hälfte noch in Amazonien abregnet, während die andere gen Westen zieht und unter anderem für Niederschläge über dem Großraum São Paulo sorgt. Wird die Verdunstung in Amazonien durch die weitere Inwertsetzung der Region, sprich durch fortgesetzte Rodung und noch mehr industrielle Landwirtschaft, gemindert, so reduziert dies auch die Regenfälle im besonders dicht besiedelten Süden und Südosten des Landes.

In den letzten 40 Jahren wurden in Amazonien im Durchschnitt drei Millionen Bäume je Tag gefällt, das ergibt die erschreckende Gesamtzahl von 42 Milliarden Bäumen.<sup>36</sup> Versiegen die fliegenden Flüsse Amazoniens, so könnten die Millionenmetropolen São Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte, aber auch Nordargentinien ebenso wie Uruguay und Paraguay bald auf dem Trockenen sitzen. Bereits 2014/15 wurde der Südosten Brasiliens mit einer Gesamtbevölkerung von 77 Millionen Menschen von einer mas-

---

<sup>34</sup> Fapesp: Revista Pesquisa, Fapesp, August 2005, unter: <http://revistapesquisa.fapesp.br/2005/08/01/o-mapa-dos-ventos/>.

<sup>35</sup> Chiaretti, Daniela: Sem chuva da Amazônia, SP vira deserto. Entrevista com Antonio Nobre, pesquisador do Inpe, in: Valor Econômico, 12.1.2009.

<sup>36</sup> Nobre, Antônio D.: O Futuro Climático da Amazônia. Relatório de Avaliação Científica, São José dos Campos – SP, Edição ARA, CCST-INPE und INPA, 2014, S. 30, unter: [www.ccst.inpe.br/wp-content/uploads/2014/10/Futuro-Climatico-da-Amazonia.pdf](http://www.ccst.inpe.br/wp-content/uploads/2014/10/Futuro-Climatico-da-Amazonia.pdf).

siven Dürre heimgesucht, der schlimmsten seit 80 Jahren.<sup>37</sup> Sollte sich der Trend bestätigen, dann droht dem neuen Trockendreieck von São Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte mittelfristig die Versteppung – mit allen ökologischen sozial explosiven Konsequenzen. Und währenddessen importieren wir hier in Deutschland bedenkenlos Massen von Produkten, zu deren Produktion große Mengen an Wasser verbraucht wurden. Um ein Kilo Kaffee zu produzieren, bedarf es rund 21.000 Liter Wasser. Bei einem Kilo Rindfleisch liegt der Wert bei rund 17.100, bei einem Kilo Soja bei rund 1.650 und bei einem Kilo Papier immer noch bei 324 Liter.<sup>38</sup>

### **Landkonzentration und Landkonflikte: Gewalt und Markt**

In Mato Grosso und Mato Grosso do Sul liegt das Herz der boomenden Zuckerrohr- und Ethanol-Produktion. Auch hier breitet sich der Sojaanbau und die Viehzucht immer weiter aus. Seit 1988, also nunmehr fast 30 Jahren, warten über 40.000 Indigene aus der Gemeinschaft Guarani-Kaiowá auf die versprochene Umsetzung der Demarkation ihrer traditionellen Territorien.<sup>39</sup> Während die Guarani-Kaiowá in notdürftigen Zeltlagern entlang der Bundesstraßen leben müssen und ständig bedroht werden,<sup>40</sup> importieren Länder wie Deutschland eifrig Soja für ihre vielen Schweinemastanlagen, Ethanol für die Massen von Pkws und Rindfleisch für die Tiefkühlfächer in den Supermärkten.

Der Indigenenmissionsrat der katholischen Bischöfe Brasiliens (Conselho Indigenista Missionário/CIMI) unterstützt daher seit 2015 einen Boykott agrarwirtschaftlicher Produkte aus Mato Grosso do Sul. Er fordert dazu auf, »das Soja aus Mato Grosso do Sul nicht zu kaufen und nicht zu essen«. Die Boykott-BefürworterInnen argumentieren, das Agro-Business nutze 35 Millionen Hektar Land und 21 Millionen Rinder weideten auf 20 Millionen

---

<sup>37</sup> Siehe Lateinamerika Nachrichten, Nr. 489, März 2015, unter: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=fliegende-fluesse-umgestuelpte-waelder-und-die-trockene-stadt>.

<sup>38</sup> Siehe Erklärung zu virtuelles Wasser unter: [www.oeko-fair.de/index.php/cat/1039/title/Was\\_ist\\_virtuelles\\_Wasser](http://www.oeko-fair.de/index.php/cat/1039/title/Was_ist_virtuelles_Wasser) sowie <http://waterfootprint.org/en/resources/interactive-tools/product-gallery/>.

<sup>39</sup> Russau, Christian: Ab durch die Röhre, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 439, Januar 2011.

<sup>40</sup> Mehr Informationen zu den Guarani-Kaiowá und ihrem Kampf um das Recht auf Land findet man auf der Webseite der Berliner FIAN-Gruppe unter: [www.fian-berlin.de/fallararbeit/](http://www.fian-berlin.de/fallararbeit/).

Hektar Land in Mato Grosso do Sul, während die 46.000 Guarani-Kaiowá, Terena und Kadiwéu auf nur 35.000 Hektar Land leben müssten. »Das indigene Land in Mato Grosso do Sul wurde zu Weideland und deswegen sterben die Guarani-Kaiowá, Terena und Kadiwéu.« An dem Soja aus Mato Grosso do Sul haften Blut indigener Kinder, so die Kampagnenwebseite.<sup>41</sup>

Im Jahr 2015 wurden in Brasilien 49 Menschen im Zuge von Landkonflikten getötet, deutlich mehr als in den zurückliegenden zehn Jahren.<sup>42</sup> Neben Kleinbauern, Fischerfamilien und FlussanwohnerInnen sind vor allem traditionelle Völker und Gemeinschaften sowie die Quilombolas (die Nachkommen entfloherer SklavInnen) die unmittelbaren Opfer des zunehmend aggressiven Landgrabblings vonseiten des Agro- und Minen-Business. Und nicht selten stehen am Rande der Zäune, die die Viehweiden, Sojafarmen oder Eukalyptus-Plantagen umgeben, Pistoleiros, die eine Annäherung an das Land des Großgrundbesitzers auf jeden Fall zu verhindern trachten. »Im Herzen Brasiliens [liegt] ein bäuerliches Paradies. Dann merkt [der Reporter], dass er in einer Hölle ohne Recht und Gesetz gelandet ist«, so eine aktuelle Reportage der Wochenzeitschrift *Die Zeit* aus dem Bundesstaat Mato Grosso. »Großfarmer mit Rinderherden, Ernterobotern und Sprühflugzeugen hatten sich die Landstücke der Regierung längst unter den Nagel gerissen. In vielen Fällen einfach so, ohne rechtliche Grundlage. Sie haben Ländereien eingezäunt und bewirtschaftet und folgen der Erfahrung: Die Mühlen der brasilianischen Justiz mahlen außerordentlich lange. Richter und Politiker kommen armen Menschen selten zu Hilfe.«<sup>43</sup>

Wo Pistoleiros nichts ausrichten können, greifen GroßfarmerInnen auch gern mal zur Giftwaffe. Am 3. Juli 2009 kam es im Bundesstaat Espírito Santo zu einem gezielten Angriff per Kleinflugzeug auf Kleinbäuerinnen und -bauern. Dabei sollen 18 Menschen durch Chemikalien vergiftet worden sein. Zudem soll eine Frau infolge der Vergiftung eine Fehlgeburt erlitten haben. Laut Aussage des damaligen Sprechers der Landlosenbewe-

<sup>41</sup> Fórum Unitário dos Movimentos Sociais e Sindicais do Campo e da Cidade: Por que pedimos o Boicote ao Agronegócio do Mato Grosso do Sul?, 16.10.2015, unter: [www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&action=read&id=8415](http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&action=read&id=8415).

<sup>42</sup> Pontes, Felipe: Número de mortes por conflitos no campo em 2015 é o maior em 12 anos, 7.1.2016, unter: <http://agenciabrasil.ebc.com.br/direitos-humanos/noticia/2016-01/numero-de-mortes-por-conflitos-no-campo-em-2015-e-o-maior-em-12>.

<sup>43</sup> Fischermann, Thomas: Giftgasattacke im Bauerndorf, in: *Die Zeit*, 13.5.2016, unter: [www.zeit.de/gesellschaft/2016-05/landraub-brasilien-bauernsiedlung-grossfarmer-kampf](http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-05/landraub-brasilien-bauernsiedlung-grossfarmer-kampf).

gung MST im Bundesstaat Espírito Santo, Marco Antônio Carolino, setzte der Großgrundbesitzer die Pestizide direkt und gezielt als Waffe ein, um Menschen von einem 14 Hektar großen Gebiet, das diese besetzt hatten, zu vertreiben. Das Gelände ist Teil einer 1.300 Hektar großen Farm, die von der nationalen Agrarreformbehörde Incra im Jahre 2009 wegen Unproduktivität enteignet wurde, um das Land an besitzlose Kleinbauern zu verteilen. Der Besitzer wehrt sich seither juristisch gegen die von der Verfassung vorgesehene produktive Nutzung des Landes und schreckte am Ende nicht einmal vor einem brutalen Giftgasangriff zurück.<sup>44</sup> Ähnliches geschah 2013. In Mato Grosso ließen GroßfarmerInnen, so berichtete *Die Zeit*, »tonnenweise Pflanzenschutzmittel« mit einem Flugzeug über einer Wohnsiedlung auskippen. Neben Hautschäden und Atemnot mussten die BewohnerInnen feststellen, dass in den folgenden sechs Monaten in der Gegend nichts mehr wuchs: »Kein Mais, keine Bananen, kein Maniok, keine Limonen. Die Kleinbauern der Siedlung mussten zu Kreuze kriechen: Sie arbeiteten einige Zeit lang wieder als Tagelöhner auf den nahen Großbetrieben.«<sup>45</sup>

Diese physische Gewalt von Pistoleiros oder die genannten Giftgasattacken sind die eine Seite des gut organisierten Landgrabblings. Auf der anderen Seite bedarf es oft nicht einmal einer Androhung physischer Gewalt, um die vielen Landlosen in Brasilien weiter auszugrenzen. Der Markt erledigt das meist für die GroßgrundbesitzerInnen und Firmen viel eleganter: nämlich über rasant steigende Bodenpreise.

### **Legaler Diebstahl: Landgrabbing**

WissenschaftlerInnen der Universität von Brasília haben in Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Agrarministerium für den Zeitraum von 2002 bis 2013 einen durchschnittlichen Preisanstieg der landwirtschaftlich genutzten Bodenflächen in ländlichen Regionen um 308% und einen Durchschnittspreis von 10.619,77 Reais (2013 etwa 3.300 Euro) je Hektar Land errechnet.<sup>46</sup> Die Studie machte dafür die in diesem Zeitraum drastisch gestiegene Weltmarktnachfrage nach Produkten wie Soja, Mais, Kaffee, Zucker und Orangensaft verantwortlich. Aber auch die Ausweitung der

---

<sup>44</sup> Russau, Christian: Großfarmer greift Landlose mit Agrarchemikalien an, 18.7.2012, unter: <https://amerika21.de/meldung/2012/07/53389/farmer-angriff-landlose>.

<sup>45</sup> Fischermann: Giftgasattacke im Bauerndorf.

<sup>46</sup> Valor Econômico, 3.3.2015

Eukalyptus-Plantagen und die extensive Weidewirtschaft hätten dazu beigetragen. Den höchsten Anstieg der Bodenpreise verzeichnete der brasilianische Mittlere Westen mit einem durchschnittlichen Anstieg um 444%. In Amazonien hatten die Landpreise dem Bericht zufolge im gleichen Zeitraum um 383% zugelegt.<sup>47</sup>

Das sich heute im Zuge der Vielfachkrise (Finanz-, Wirtschafts-, Ökologiekrise etc.) für Kapitalanleger als vermeintlicher Rettungsanker abzeichnende Landgrabbing ist für Kleinbäuerinnen und -bauern, Landlose, Indigene, Quilombolas und andere traditionelle Gemeinschaften eines der größten Probleme der Gegenwart. Und die dafür Verantwortlichen sind nicht nur die brasilianischen Kapitaleigner, sondern auch transnational agierende Firmen und Fonds.

Im November 2015 erregte eine Studie zu Landgrabbing in Brasilien durch kanadische, US-amerikanische und schwedische Pensionsfonds<sup>48</sup> die Gemüter, selbst die *New York Times* widmete der Studie einen langen Bericht.<sup>49</sup> Die NGOs Rede Social de Justiça e Direitos Humanos,<sup>50</sup> GRAIN,<sup>51</sup> Inter Pares<sup>52</sup> und Solidarity Sweden–Latin America<sup>53</sup> hatten Daten verschiedener Pensionsfonds analysiert und waren dabei auf Landkäufe in Höhe von Hunderten von Millionen US-Dollar gestoßen. Dabei geht es um Flächen zum Anbau von Cash Crops wie Zuckerrohr, Soja oder Eukalyptus in Brasilien. Die NGOs warnten eindringlich vor den sozialen und ökologischen Folgen dieser beispielsweise im Auftrag gewerkschaftlicher Pensionsfonds von LehrerInnen getätigten Investments.<sup>54</sup>

Doch auch in Deutschland beteiligt man sich am Landgrabbing in Brasilien. Der weltgrößte Rückversicherer, die Münchener Rück, bestätigte auf ihrer Aktionärsversammlung am 23. April 2015, weltweit (Besitz-)Anteile

---

<sup>47</sup> Russau, Christian: Landgrabbing befördert auch in Brasilien die Bodenpreise, 3.3.2015, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/landgrabbing-befoerdert-auch-in-brasilien-die-bodenpreise](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/landgrabbing-befoerdert-auch-in-brasilien-die-bodenpreise).

<sup>48</sup> Siehe die Studie von Grain u.a. unter: [www.grain.org/article/entries/5336-foreign-pension-funds-and-land-grabbing-in-brazil](http://www.grain.org/article/entries/5336-foreign-pension-funds-and-land-grabbing-in-brazil).

<sup>49</sup> New York Times, 17.11.2015, unter: [www.nytimes.com/2015/11/17/world/america/tiaa-cref-us-investment-giant-accused-of-land-grabs-in-brazil.html](http://www.nytimes.com/2015/11/17/world/america/tiaa-cref-us-investment-giant-accused-of-land-grabs-in-brazil.html).

<sup>50</sup> Siehe die Webseite von Rede Social unter: [www.social.org.br/](http://www.social.org.br/).

<sup>51</sup> Siehe die Webseite von Grain unter: [www.grain.org/](http://www.grain.org/).

<sup>52</sup> Siehe die Webseite von Interpares unter: <http://interpares.ca/>.

<sup>53</sup> Siehe die Webseite von Solidarity Sweden – Latin America unter: <http://latin-amerikagrupperna.se>.

<sup>54</sup> Siehe die Studie von Grain u.a.

an Landflächen in Höhe von 100.000 Hektar zu haben: 32% in Nordamerika, 44% in Asien, Ozeanien und Australien, 16% in Südamerika, in Afrika 5% und 3% in Europa. An Eukalyptus-Plantagen in Brasilien beispielsweise, so die Aussage der Münchener, halte der Konzern Anteile von insgesamt 15.000 Hektar.<sup>55</sup> Auf weitere Nachfrage verwies die Konzernleitung auf Verschwiegenheitsabmachungen mit den Geschäftspartnern. Ein Blick in den Jahresbericht 2015 verrät jedoch,<sup>56</sup> dass die Münchener Rück eine 43%ige Beteiligung an der in der Steuerfluchtose Cayman Islands beheimateten RMS Forest Growth International L.P. hält. Diese hat in Brasilien eine Tochtergesellschaft, die RMS do Brasil Administração de Florestas Ltda mit Sitz im südbrasilianischen Curitiba, die selbst Plantagen betreibt oder diese im Auftrag Dritter verwaltet,<sup>57</sup> beispielsweise für das unter derselben Firmenadresse firmierende Unternehmen Donnet Participações S.A. Letzteres wiederum gehört zu 99% dem kanadischen Ontario Teachers Pension Plan.<sup>58</sup> Den RentnerInnen im globalen Norden wird mit diesem Investment eine sichere Rendite versprochen.

Auch die Fondsgesellschaft der Deutschen Bank DWS hat ihre KundInnen an Brasiliens Eukalyptus-Boom beteiligen wollen. Die DWS platzierte im Mai und Juni 2009 zwei geschlossene Fonds in Höhe von zusammen 27 Millionen US-Dollar, deren Ziel es ist, »mittelbar an den Investitionen in Wälder und andere Bereiche der Holzwirtschaft des Phaunos Timber Fund Limited (PFT) zu partizipieren«. Laut Prospektunterlagen sollte das maximale Platzierungsvolumen bis zu 650 Millionen US-Dollar betragen.<sup>59</sup> Die Finanzkrise hat die Summe allerdings deutlich schrumpfen lassen. Phaunos Timber ist ein in der Steuerfluchtose Guernsey beheimateter sogenannter

---

<sup>55</sup> Siehe KoBra: »Wie würden Sie reagieren, wenn eine Baufirma daherkommt und die Münchener Frauenkirche mit Bulldozern einreißt?«, 28.4.2015, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/belo-monte/wie-wuerden-sie-reagieren-wenn-eine-baufirma-daher-kommt-und-die-muenchener-frauenkirche-mit-bulldozern-einreisst](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/belo-monte/wie-wuerden-sie-reagieren-wenn-eine-baufirma-daher-kommt-und-die-muenchener-frauenkirche-mit-bulldozern-einreisst).

<sup>56</sup> Siehe Münchener Rückversicherungsgesellschaft, Geschäftsbericht 2015, S. 56, unter: [www.munichre.com/site/corporate/get/params\\_E-1058882183/1165947/302-08844\\_de.pdf#page](http://www.munichre.com/site/corporate/get/params_E-1058882183/1165947/302-08844_de.pdf#page).

<sup>57</sup> Siehe Diário PR: Com. Ind. e Serviços, 11.6.2014, unter: [www.radaroficial.com.br/d/6600454926499840](http://www.radaroficial.com.br/d/6600454926499840).

<sup>58</sup> Siehe Webseite des Ontario Teachers Pension Plan unter: [www.otpp.com/](http://www.otpp.com/).

<sup>59</sup> Siehe Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH: DWS ACCESS Global Timber. Ihr Zugang zu einem der ältesten Rohstoffmärkte der Welt, Frankfurt a.M. 2008.

Wald- oder Timberfonds, der in vermeintlich »grüne« Geldanlagen wie Eukalyptus-Plantagen investiert.<sup>60</sup> Der Phaunos Timber Fund besitzt in Brasilien im Norden des Bundesstaats Minas Gerais 19.000 Hektar auf Eukalyptus-Plantagen.<sup>61</sup> »Der Hauptmarkt für Mata Mineiras Eukalyptus-Bäume ist der brasilianische Holzkohlemarkt, der wiederum für die Herstellung von Roheisen benötigt wird«, heißt es beim Phaunos Timber Fund.<sup>62</sup> Eukalyptus-Monokulturen für die Produktion von »grünem« Eisen und Stahl – ist das nachhaltig?

Brasiliens Eukalyptus wird klassischerweise in der Zellstoff- und Papierproduktion oder bei der Herstellung von Holzkohle verwendet. Während Holzkohle in der Eisenverhüttung und in Stahlwerken verfeuert wird, exportiert Brasilien massenhaft Eukalyptus-Derivate vor allem nach Europa, China und in die USA.<sup>63</sup> 20% der deutschen Zelluloseimporte kommen aus Brasilien, derzeit sind das 900.000 Tonnen jährlich.<sup>64</sup> In Brasilien werden aus Eukalyptus, der in kurzen vierjährigen Zyklen heranwächst, auch vermehrt Holzpellets oder Holzhackschnitzel für Biomasse-Brenner für Europas Blockheizkraftwerke hergestellt – Europas Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2009 macht es möglich.<sup>65</sup>

Und auch auf dem brasilianischen Pellet-Markt für den Export nach Europa mischen Konzerne aus Deutschland mit, wenn auch indirekt. Die Landesbank Baden-Württemberg LBBW hat Brasiliens größte Pellet-Fabrik in Rio Grande do Sul mitfinanziert.<sup>66</sup> Aus der Fabrik sollen jedes Jahr 350.000

<sup>60</sup> Siehe die Webseite von Phaunos Timber unter: [www.phaunostimber.com/](http://www.phaunostimber.com/).

<sup>61</sup> Besitzerin ist die Firma Mata Mineira Investimentos Florestais Ltda, eine 100%ige Tochtergesellschaft, die 2010 die Firma Vale do Jequitinhonha Silvicultura e Participações Ltda dem brasilianischen Zellstoffgiganten Suzano abkaufte und somit Eigentümerin der Plantagen wurde. Siehe Phaunos Timber: Mata Mineira, unter: [www.phaunostimber.com/investment-profiles/mata-mineira/](http://www.phaunostimber.com/investment-profiles/mata-mineira/).

<sup>62</sup> Phaunos Timber: Mata Mineira.

<sup>63</sup> 2010 im Wert von 51,8 Milliarden Reais (damals umgerechnet 12,6 Milliarden Euro). Siehe Réporter Brasil: Deserto verde: Os impactos do cultivo de eucalipto e pinus no Brasil, 2011, S. 3.

<sup>64</sup> FUGE-NewsAusgabe 2/2015, 1.7.2015, unter: <https://fuge-hamm.org/2015/07/01/fuge-news-ausgabe-02-2015/>.

<sup>65</sup> Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.4.2009, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:DE:PDF>.

<sup>66</sup> Woodbizforum: TANAC got BNDS' approval for the Rio Grande's wood pellet plant project financing, 17.8.2015, unter: [www.woodbizforum.com/tanac-got-bnds-approval-for-the-rio-grandes-wood-pellet-plant-project-financing/](http://www.woodbizforum.com/tanac-got-bnds-approval-for-the-rio-grandes-wood-pellet-plant-project-financing/).

Tonnen Pellets an den britischen Energiekonzern Drax geliefert werden, der die Pellets verstromen will.<sup>67</sup> Als Rohstoff für die Pellet-Produktion wird Akazienholz eingesetzt. In der Umgebung des Werks in Rio Grande do Sul existieren rund 170.000 Hektar Akazienwälder, die nach und nach abgeholzt und dann zur Stromproduktion verwendet werden sollen. Weitere denkbare Nutzungsfelder für Eukalyptus-Derivate sind die Verwendung als Biokohle im Bodenzusatz oder als Zellulose-Kraftstoff für Autos. Die Eukalyptus-Plantagen dienen aber nicht nur der Rohstoffgewinnung für die Industrie, sondern werden gleichzeitig auch als »gepflanzte Wälder« in Wert gesetzt.<sup>68</sup> So können Eukalyptus-Plantagen zunehmend auch als Klimaschutzprojekte registriert werden, das erlaubt zum Beispiel der sogenannte Clean Development Mechanism (CDM) der Vereinten Nationen.<sup>69</sup> Eukalyptus-Plantagen werden auch über die Forst-Zertifizierung des in Bonn beheimateten Forest Stewardship Council (FSC) als nachhaltig ausgewiesen.

So zweifelhaft die Nachhaltigkeit von Eukalyptus-Monokulturen ist, so skandalös ist die soziale Dimension dieser »grünen Wüsten«. In Minas Gerais und Espírito Santo raubte die brasilianische Militärdiktatur den traditionellen Gemeinschaften ihr gemeinschaftlich genutztes Allmendeland,<sup>70</sup> um es im Rahmen ihrer Modernisierungsbestrebungen aus- und inländischen Eukalyptus-Farmern zu übertragen. Den im Norden von Minas Gerais lebenden Kleinbäuerinnen und -bauern wurde ihr Gemeindeland, wo sie Ackerbau und Viehzucht betrieben, in den 1960er und 1970er Jahren de facto also vom Staat gestohlen. Ebenso erging es den indigenen Völkern der Tupinambá in Südbahia und den Tupinikim und Guarani in Espírito Santo. Dieser staatlich organisierte Raub ging deswegen so einfach vonstatten, da Allmendeland in der Regel traditionell kollektiv genutzt wird und keine Landtitel existieren. Heutzutage – mittlerweile haben die Be-

---

<sup>67</sup> Biofuelwatch: End support for Drax power station: stop harmful subsidies for biomass 22.4.2015, unter: [www.biofuelwatch.org.uk/wp-content/uploads/DECC-open-letter-biomass-coal-april-2015.pdf](http://www.biofuelwatch.org.uk/wp-content/uploads/DECC-open-letter-biomass-coal-april-2015.pdf).

<sup>68</sup> Siehe hierzu den kritischen Beitrag von Carbon Market Watch unter: <http://carbonmarketwatch.org/category/sustainable-development/forestry-land-use-projects/>.

<sup>69</sup> Siehe hierzu die Webseite des UNFCCC unter: <http://unfccc.int/>.

<sup>70</sup> Oliveira, Claudia Luz de/Dayrell, Carlos Alberto/D'Angelis Filho, João Silveira: Unsichtbare Wirtschaftsformen traditioneller Gemeinschaften im Norden von Minas Gerais, in: Gawora, Dieter u.a. (Hrsg.): Traditionelle Völker und Gemeinschaften in Brasilien, Kassel 2011, S. 69-85, unter: [www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-150-5.volltext.frei.pdf](http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-150-5.volltext.frei.pdf).

sitzerInnen mehrmals gewechselt – ist eines der wichtigsten Charakteristika dieser Eukalyptus-Monokulturen, dass sie von Sicherheitspersonal aufs Strengste bewacht werden, damit niemand dieser mittellosen Kleinbäuerinnen und -bauern und Indigenen die Plantagen betreten kann. Die Gefahr von »Diebstahl« sei zu groß. »Diebstahl« ist es für PlantagenbesitzerInnen, wenn Kleinbäuerinnen und -bauern sich dringend benötigtes Brennholz suchen.

Traurige Berühmtheit erlangte im Februar 2007 der Fall von Antônio Joaquim dos Santos, der eine FSC-zertifizierte Eukalyptus-Plantage in der Gemeinde Canabrava in der Region Bocaiúva im Norden von Minas Gerais betrat, rund 200 Kilometer nördlich der Landeshauptstadt Belo Horizonte. Mutmaßlich, um Brennholz zu sammeln. Zwei Wachmänner des Plantagenbesitzers, des französischen Konzerns Vallourec-Mannesmann, nahmen ihn fest, fesselten ihn und folterten ihn vor den Augen seiner Tochter zu Tode. Die strafrechtliche Verfolgung des Mordes ist bis heute nicht abgeschlossen, und es besteht die Gefahr der Straflosigkeit, da der Gerichtsprozess immer weiter verschleppt wird. Das Unternehmen Vallourec-Mannesmann wurde nie belangt, aufgrund internationaler Proteste verzichtete es nach dem Mord von sich aus auf die FSC-Zertifizierung. Nach einer Fusion mit der französischen Vallourec-Gruppe hieß der Eukalyptus anbauende Zweig des Unternehmens zunächst V&M Florestal und seit 2013 nur noch Vallourec Florestal. Vallourec Florestal besitzt derzeit 233.000 Hektar Land in Brasilien, obwohl transnationale Unternehmen laut der Verfassung von 1988 nur 6.600 Hektar Land besitzen dürfen.<sup>71</sup>

Reden wir also über »Diebstahl«. Diebstahl ist es, wenn Kleinbäuerinnen und -bauern oder traditionellen Gemeinschaften ihr Wald vom Staat oder einem Konzern weggenommen wird. Es war ihr Wald, aus dem sie sich seit Generationen zum Überleben mit dem Nötigsten versorgten wie eben mit Brennholz oder Früchten oder durchs Jagen oder Fischen. Von einem Tag auf den anderen wird alles gerodet und der »nachhaltige Forstinvestment-Konzern« aus dem Ausland pflanzt umweltschädliche, aber enorm schnell wachsende Eukalyptus-Monokulturen an, zerstört die Biodiversität des Waldes, laugt den Boden aus, versprüht Pestizide, beutet den Grundwasserspiegel aus, sperrt das Gelände obendrein mit Maschendrahtzaun

---

<sup>71</sup> Siehe hierzu Thomas, Wiebke: »Eine große grüne Wüste.« Eukalyptusplantagen in Brasilien sind die kommerziellen Wälder der Bioökonomie, in: Lateinamerika Nachrichten, Dossier 13: Green Grabbing, Nr. 498, Dezember 2015, S. 30-34.

ab und positioniert überall bewaffnete Sicherheitsleute. Das ist das, was vor Ort als Diebstahl wahrgenommen wird, während die meisten Kleinbäuerinnen und -bauern um ihr Überleben kämpfen.<sup>72</sup>

### Amazonische Landnahmen

Landgrabbing ist kein neues Phänomen. Im Mai 1978 machten in Brasilien und Deutschland Nachrichten die Runde, wonach die deutsche Computerfirma Nixdorf in Amazonien Kleinbäuerinnen und -bauern von ihrem Land vertreibe, um groß in die Produktion und den Handel von Mahagoniholz einzusteigen.<sup>73</sup> Was war geschehen?

Nixdorf hatte 1977 von der Firma Companhia Agropecuária São Salomão im Süden des Bundesstaats Pará 50.000 Hektar Land erworben. Die Landpastorale CPT der Region Tocantins und Araguaia ließ aber Anfang Mai 1978 verlautbaren, dass Nixdorf die auf dem Gelände teilweise seit mehr als 20 Jahren lebenden 300 Siedlerfamilien gerichtlich räumen lassen wolle. Daraufhin erklärte Nixdorf, um einem offenen Konflikt aus dem Weg zu gehen, die als LandbesetzerInnen angesehenen Kleinbäuerinnen und -bauern auszahlen zu wollen. Das Ergebnis war, dass jede Nacht mehr und mehr LandbesetzerInnen ein kleines Stück Land rodeten und als ihres deklarierten.

Auf 30.000 Hektar sollten die Mahagoni- und anderen Bäume für die Holzwirtschaft genutzt werden, auf 17.000 Hektar wollte Nixdorf Rinder grasen lassen. Alles für den Export für den stetig wachsenden Weltmarkt. Das Ganze ging gründlich schief. Die Nixdorf-Zentrale in Paderborn zog die Reißleine und verordnete einen Stopp für das »Ablassprogramm« auf der Fazenda. Die westdeutschen Computerbauer wollten keine Landbesetzung in Brasilien finanzieren, so das damalige Resümee des *Spiegel*.<sup>74</sup>

Zur Erschließung Amazoniens durch Großfarmen wurden schon immer Arbeitskräfte benötigt. Diese werden in Amazonien bis heute zu einem Großteil über das sogenannte Gato-System angeworben. Der Gato (Arbeitsvermittler) lockt durch Versprechungen ArbeiterInnen aus entfernten Regionen an. In entlegenen ländlichen Gebieten gelten solche Versprechungen meist wenig. Häufig kommt es zu Schuldknechtschaft und sklavenarbeitsähnlichen Strukturen. Pistoleiros üben den entsprechenden Druck aus,

---

<sup>72</sup> Siehe hierzu Russau, Christian: Rede auf der Münchener Rück-Hauptversammlung, April 2015, unter: [www.kritischeaktionaere.de/fileadmin/Dokumente/Reden\\_2015/Rede\\_Christian\\_Russau\\_Kritische\\_Aktionaere\\_MunichRe-April-2015.pdf](http://www.kritischeaktionaere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2015/Rede_Christian_Russau_Kritische_Aktionaere_MunichRe-April-2015.pdf).

<sup>73</sup> Brasilien Nachrichten, Nr. 24, Mai 1978, S. 23.

<sup>74</sup> Der Spiegel 42/1983.

damit sich die Arbeitskräfte weder zur Wehr setzen noch fliehen.<sup>75</sup> Schätzungen zufolge gab es in Brasilien zwischen 1970 und 1993 um die 85.000 Menschen in Sklavenarbeit oder sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen.<sup>76</sup>

Die Sklaverei wurde in Brasilien bereits 1888 offiziell abgeschafft, aber auch danach existierte sie in verschiedenen Ausprägungen weiter.<sup>77</sup> Im sogenannten Colonato-System der Kaffee-Fazendas von São Paulo wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit staatlicher Unterstützung MigrantInnen aus Europa und Asien angeworben. Aufgrund der hohen Unkosten für die Reise und die Verpflegung endeten die Betroffenen auf den Fazendas meist in Schuldknechtschaft. Während Amazoniens Kautschuk-Boom Anfang des 20. Jahrhunderts wurden viele Menschen aus dem brasilianischen Nordosten als *seringueiros* zum Zapfen von Gummi geholt. Auch sie endeten meist als Schuldknechte.<sup>78</sup>

Ab den 1960er Jahren stand Amazonien im Fokus der wirtschaftspolitischen Entwicklung. Dazu erfolgte zunächst die Subsumtion von 60% des brasilianischen Territoriums unter die Definition des sogenannten *Amazônia Legal*.<sup>79</sup> Unterstützt durch Fördermittel im Rahmen der Gesetzespakete *Operação Amazônia*<sup>80</sup> sowie durch die dadurch ermöglichte Einrichtung der Entwicklungsbehörde für Amazonien, der *Superintendência do Desenvolvimento da Amazônia* (Sudam), wurde Amazonien ab 1966 unter Militärpräsident Humberto Castelo Branco in größerem Umfang erschlossen, vor allem durch riesige Fazendas. Das ging zunächst eher schleppend voran. Die 1972 durch Militärpräsident Emílio Médici eingeweihte *Transamazônica* schuf die für die Erschließung des Gebiets benötigte Infrastruktur. Eine weitere Unsicherheit für nationale und internationale Investoren stellten die Guerilla-Aktivitäten in der Region dar. Ab 1972 fing das Mili-

---

<sup>75</sup> ILO: *Perfil dos Principais Atores Envolvidos no Trabalho Escravo Rural no Brasil*, Brasília 2011, S. 14f., unter: [www.oitbrasil.org.br/sites/default/files/topic/gender/pub/perfil%20atores%20trabalho%20escravo%20rural\\_632.pdf](http://www.oitbrasil.org.br/sites/default/files/topic/gender/pub/perfil%20atores%20trabalho%20escravo%20rural_632.pdf).

<sup>76</sup> Ebd., S. 14.

<sup>77</sup> Kunath, Wolfgang: *Firmen behandeln Arbeiter wie Sklaven*, 6.1.2012, unter: [www.fr-online.de/wirtschaft/brasilien-firmen-behandeln-arbeiter-wie-sklaven,1472780,11395474.html](http://www.fr-online.de/wirtschaft/brasilien-firmen-behandeln-arbeiter-wie-sklaven,1472780,11395474.html).

<sup>78</sup> Ebd., S. 13f.

<sup>79</sup> Siehe die Definition des Rechtsgebiets *Amazônia Legal* unter: [www.ibge.gov.br/home/geociencias/geografia/amazonialegal.shtm?c=2](http://www.ibge.gov.br/home/geociencias/geografia/amazonialegal.shtm?c=2).

<sup>80</sup> Gesetz 5.122/66 resultierte in der Gründung der *Banco da Amazônia*, Gesetz 5.173/66 schuf die Behörde *Sudam* und Gesetz 5.174/66 regelte die Steueranreize für die Region des *Amazônia Legal*.

tär an, die kommunistische Araguaia-Guerilla anzugreifen. 1973 und 1974 wurde die Guerilla zerschlagen, deren Mitglieder gefoltert, erschossen und verscharrt. Aber um das Ziel der investorengestützten Urbarmachung Amazoniens durch die Sudam vollends in die Wege zu leiten, musste ein stärkerer Anreiz geschaffen werden. Das Mittel: Unternehmen konnten ihre Steuern, statt sie an den Fiskus abzuführen, mit ihren Investitionen in beispielsweise Rinderfarmen in Amazonien verrechnen. Für jeden investierten Cruzeiro gab es drei Cruzeiros als Zuschuss von der Sudam obendrauf.

Daraufhin brach ein Landrausch aus. Investoren erwarben derart viele Landtitel, dass die *grileiros*, die Fälscher von Landtiteln, damals das Geschäft ihres Lebens machten. Für die lokalen Kleinbäuerinnen und -bauern bedeutete dies eine permanente Kriegssituation, bedrängt von Pistoleiros und verschiedenen um das Land streitenden Fraktionen. Bis die Regierung in Brasília bemerkte: »Um Kapitalien zu den Schätzen von Carajas zu leiten und um die Rohstoffe herum Industrie aufzubauen, waren Ruhe und Ordnung erforderlich. Wildwest in Ostamazonien – das vertrug sich nicht mit hohen Investitionen«, so das Resümee des *Spiegel*.<sup>81</sup> Die brasilianische Bundesregierung entsandte daraufhin 750 Beamte in das 4,5 Millionen Hektar umfassende Gebiet von Araguaia und Tocantins, die Privatkriege unterbinden und für ein investorenfreundliches Klima sorgen sollten. Und die Unternehmen kamen. So auch Volkswagen do Brasil.

### Die Volkswagen-Fazenda am Rio Cristalino

Im Rahmen des staatlichen Geldsegens für die Erschließung Amazoniens – »aus eins mach vier«<sup>82</sup> – wurde ein zuvor nahezu unberührtes Waldgebiet von 3,8 Millionen Hektar in Viehweiden verwandelt. Unter den internationalen Investoren befanden sich Konzerne wie der französische Glashersteller Saint-Gobain oder der US-amerikanische Chemieriese DuPont. Aber wer das Interesse der Öffentlichkeit anzog, war Volkswagen.

»Willkommen im Marlboro-Land, scheint diese Fazenda am Rio Cristalino im Einzugsgebiet des Araguaia fortwährend zu grüßen, und auch der Mann mit dem Gauchohut, der mich im schicken Geländegefährt durch das 139.392 Hektar große Besitztum fährt, könnte einer Zigarettenreklame entspringen sein. Berittene Cowboys treiben herrliche Herden aus meterhohem Gras, worin sie eben noch völlig verschwunden waren, vor den offenen

---

<sup>81</sup> Barth, Ariane: Aufbruch zur letzten Grenze, in: *Der Spiegel*, 3.10.1983.

<sup>82</sup> Ebd.

Wagen, und wir fahren hindurch, durch diesen Western von Dreidimensionalität. Natürlich bin ich beeindruckt, und das ist Sinn der ausgeklügelten Show für besondere Gäste. Schließlich komme ich aus dem Land der VW-Aktionäre, und die Fazenda gehört VW do Brasil.« So sah es damals die Reporterin des *Spiegel*.<sup>83</sup>

Bereits 1974, also noch während der Militärdiktatur, hatte Volkswagen mit Unterstützung der brasilianischen Entwicklungsbehörde auf einer Fläche von der Hälfte des Saarlandes eine Rinderfarm in Amazonien gekauft. Brasiliens Militärregierung versprach sich von dem Deal, den Kauf von Land dort staatlich zu subventionieren, nichts weniger als die wirtschaftliche Erschließung der Region. VW sah das etwas nüchterner. Im Deutschen Bundestag gab es dazu eine Anhörung, auf der ein Konzernvertreter eingestand: »Wir tun das natürlich nicht nur aus einer rein ethischen Verantwortung, sondern wir tun es in erster Linie deshalb, weil wir dadurch eine Reihe von Vorteilen bei der Gewinnbesteuerung haben.«<sup>84</sup> 1974 lag der Anteil von VW do Brasil laut Geschäftsbericht am brasilianischen Automobilmarkt bei 50%, 1975 bei 54%.<sup>85</sup> Mit 2.630 Millionen Cruzeiros war VW do Brasil 1975 der größte Steuerzahler in Brasilien.<sup>86</sup>

VW hatte vor, bereits ab 1981 mit dem Schlachten zu beginnen, in einem angegliederten Schlachthaus, das als ein Joint-Venture zu 20% VW do Brasil, zu 29% dem deutschen Fleischverarbeiter Atlas Handel sowie zu 51% regionalen Firmen gehörte. Bis 1983 sollten 110.000 Rinder auf der Fazenda weiden. Dafür sollten 40% der Fazenda, insgesamt 70.000 Hektar Wald gerodet werden. »Mit dem Cristalino-Flugzeug, auf dem auch der Name des Geldgebers Sudam steht, war ich eingeflogen und im Cristalino-Gästehaus komfortabel untergekommen. Hängemattenromantik, Jaguarfelle an den Wänden, leichte Musik aus den HiFi-Boxen, dazwischen Schreie der Papageien«, berichtete die *Spiegel*-Korrespondentin Ariane Barth weiter über ihren Besuch auf der VW-Fazenda.<sup>87</sup> Doch dann fielen der Korrespondentin diejenigen auf, die dort die 70.000 Hektar Wald roden sollten. Jährlich waren auf der VW-Fazenda zwischen 600 und 1.000 ArbeiterInnen mit dem Roden des Waldes beschäftigt. Diese ArbeiterInnen wurden, wie die

---

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> Zit. nach: Brasilien Nachrichten: VW do Brasil. Entwicklungshilfe im besten Sinne? November 1978, S. 71.

<sup>85</sup> VW do Brasil: Bericht für das Geschäftsjahr 1975. Zit. nach: Ebd., S. 129.

<sup>86</sup> Ebd., S. 135.

<sup>87</sup> Barth: Aufbruch zur letzten Grenze.

katholische Landpastoral CPT im Mai 1983 aufdeckte, durch die beschriebenen Gato-Arbeitsverhältnisse in Schuldknechtschaft und unter miserablen Arbeits- und Wohnbedingungen auf der Fazenda gehalten. Und die Journalistin wurde nachdenklich. »Die 800 Waldarbeiter auf Cristalino leben außerhalb der sozialen Infrastruktur, wie sie für die Angestellten in den netten Ziegelhäuschen mit Licht und fließend Wasser geschaffen wurde. Es ist üblich, dass sich die Unterschicht Amazoniens, Menschen, zu schwach für den Kampf eines Posseiros, zu dumpf für ein geordnetes Leben mit Arbeitsbuch, an ›Gatos‹ verkaufen, und diese ›Katzen‹ wiederum verkaufen ein Stück Rodungsleistung. So hat VW mit den Leiharbeitern nichts zu schaffen. Für sie sind die Gatos zuständig. Manche aus dieser Zunft haben den finsternen Ruf von Sklaventreibern, andere wiederum gelten, obwohl sie Profit aus der Menschenverleihung schlagen, als Retter derjenigen, die zu untüchtig sind für den Lebenskampf unter den schwierigen Bedingungen Amazoniens.«<sup>88</sup>

So einfach geht das also. Der Reporterin aus Deutschland kam zwar die Assoziation zu »Sklaventreibern«, aber mit den LeiharbeiterInnen hatte der Konzern aus Deutschland »nichts zu schaffen«, weil das Arbeitsverhältnis ja über Dritte geregelt wurde. So konnte man sich der Verantwortung für Sklavenarbeit simpel entledigen. Der Historiker Antoine Acker, der sich ebenfalls mit der VW-Fazenda befasst hat, sah seinerseits eigentlich auch »nichts spezifisch Neues im Fall von VW. Das System der Schuldknechtschaft, das die *gatos* der [VW-Farm] CVRC betraf, war in die Arbeitsbeziehungen Amazoniens eingeschrieben. Diese betraf hunderttausende Seringueiros seit dem ersten Gummizyklus in Amazonien«. Demnach hatte das Gato-System dank des Markteinbruchs der Gummipreise in den 1920er Jahren an Bedeutung verloren, war während des Zweiten Weltkriegs temporär wieder wichtiger geworden und hatte vor allem ab Ende der 1960er Jahre aufgrund der starken Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Rinderfarmen Amazoniens einen neuen Höhepunkt erlebt. Dass das Gato-System in Amazonien Wirtschaftszyklen unterliegt, ist keine Frage. Überraschend ist aber schon die saloppe Quintessenz der Untersuchung: Die Fazenda VW sei »auf keinen Fall die erste oder die einzige« gewesen, die sich bei der Arbeitsvermittlung auf Gatos gestützt habe. Es sei also »diskutierenswert«, ob die Automobilfirma direkt verantwortlich gewesen sei für die vielen Fälle von Zwangsarbeit im Zusammenhang mit ihrer Fazenda. Weil es in Amazonien

---

<sup>88</sup> Ebd.

das Gato-Arbeitssystem mit seiner Schuldknechtschaft und seinen sklavenarbeitsähnlichen Zwangsverhältnissen schon immer gebe, sei VW do Brasil dafür nicht verantwortlich und könne daran getrost partizipieren?

Für den Historiker Acker ist VW do Brasil wegen seiner Größe und Bekanntheit eher selbst ein Opfer geworden. In einem politisch-wirtschaftlichen Klima, bestimmt durch sich ausbreitende Landkonflikte, sei die Fazenda von VW das ideale Angriffsziel für brasilianische NationalistInnen gewesen. »Da VW eine multinationale Firma mit großer Sichtbarkeit war, blieb dieser Angriff nicht beschränkt auf die brasilianischen Grenzen, sondern erregte auch großen Widerhall im Ausland.«<sup>89</sup>

Trug VW nun Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der von Drittfirmen auf seiner Farm in Amazonien zu Schuldknechtschaft und Zwangsarbeit Gedrängten oder nicht? Wer hat am Ende der »Dienstleistungskette« von der Zwangsarbeit profitiert? Kann der Vorwurf der Sklavenarbeit mit dem bloßen Verweis abgetan werden, VW sei ja weder »die erste« noch »die einzige« Firma gewesen, die sich Gatos bedient habe? Handelte es sich um eine weltmarktinduzierte und nachfragebestimmte Wiederbelebung eines ohnehin in der Region gleichsam unwiderbringlich eingeschriebenen Systems? Wenn dem so wäre, warum ahnten die seit 1953 so erfolgreich in Brasilien aktiven VW-Manager nichts von der Möglichkeit, dass die lokalen Vermittler von Arbeitskräften mit inakzeptablen Mitteln voringen? Naivität oder Ignoranz? Oder war es doch wieder Kalkül? Wenn eine Drittfirma dazwischengeschaltet wird, ist dann nur diese zur Verantwortung zu ziehen? Am Ende erfolgte die Historikerabsolution durch den Verweis auf den international sichtbaren Multi Volkswagen als »ideales Angriffsziel«. Eine solche Argumentation ist recht beliebt und erfolgreich. Sie arbeitet mit dem Narrativ, die Großen seien ja eigentlich das Opfer.

Heutzutage reagieren die Konzerne auf Vorwürfe von Zwangsarbeit in ihrer Lieferkette in der Regel »betroffen«. Sie bedauern dies zutiefst und verweisen gern auf die gute Arbeit der Polizei, der Behörden und Gerichte, die solche kriminellen Machenschaften aufdecken. Meist unternehmen sie aber nichts Substanzielles, um sicherzustellen, dass diese in Zukunft verhindert werden. Zumindest trauen sich Konzerne heutzutage nur noch selten, auf erwiesene Fälle von Sklavenarbeit in ihrem wirtschaftlichen

---

<sup>89</sup> Siehe Acker, Antoine: »O maior incêndio do planeta«: como a Volkswagen e o regime militar brasileiro acidentalmente ajudaram a transformar a Amazônia em uma arena política global, in: Revista Brasileira de História, Nr. 68, 2014, S. 26ff.

Einflussgebiet mit der früher gängigen Entschuldigung zu reagieren, solche Zwangsverhältnisse seien in der entsprechenden Region halt normal. Heute nutzen sie meist die Ausrede: »Wir haben nichts gewusst.« Und ducken sich so weg.

Im Fall der VW-Fazenda in Amazonien ist zumindest eine Sache unbestritten: Hier formierte sich – und das war damals ein Novum bei solchen Kampagnen – ein äußerst effektiver Widerstand über Grenzen hinweg. Denn die Landpastorale CPT schloss sich, nachdem sie von der Zwangsarbeit auf der VW-Fazenda erfahren hatte, schnell mit anderen Initiativen zusammen. Zunächst setzte sie GewerkschafterInnen aus São Paulo davon in Kenntnis, danach deren KollegInnen in der Bundesrepublik. Daraufhin entstanden Solidaritätsaktionen sowohl in Brasilien als auch in Deutschland.<sup>90</sup> Insofern war die Kampagne zur Aufklärung der Vorfälle auf der Fazenda von Volkswagen in Amazonien eines der ersten Beispiele für eine erfolgreiche transnationale Netzwerkarbeit kirchlicher, gewerkschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Gruppen.

### **Sklavenarbeit – in Brasilien noch immer präsent**

In Brasilien gibt es bis heute noch immer Fälle von Sklavenarbeit oder sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen.<sup>91</sup> Laut jüngsten Schätzungen des Global Slavery Index der Walk Free Foundation arbeiten weltweit 45,8 Millionen Menschen in Sklavenarbeit oder sklavenarbeitsähnlichen Zwangsverhältnissen.<sup>92</sup> Der Walk Free Foundation zufolge sollen das in Brasilien im Jahr 2014 155.000 Menschen gewesen sein.<sup>93</sup>

Über das brasilianische Informationsfreiheitsgesetz ist es Anfang Juni 2016 der Journalistenorganisation Repórter Brasil gelungen, die neueste Liste der Unternehmen und Personen zu erhalten, die rechtskräftig verurteilt wurden, weil sie Menschen zu Sklavenarbeit gezwungen oder in sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen gehalten haben. Dies ist die mittlerweile vierte Liste dieser Art in den vergangenen 13 Jahren. Zwischen 2003 und

---

<sup>90</sup> Buclet, Benjamin: Entre tecnologia e escravidão: a aventura da Volkswagen na Amazônia, in: Revista do Programa de Pós-Graduação em Serviço Social da PUC – Rio: »O Social em Questão«, Nr. 13, 2005.

<sup>91</sup> Kunath: Firmen behandeln Arbeiter wie Sklaven.

<sup>92</sup> Siehe den Global Slavery Index unter: [www.globalslaveryindex.org/](http://www.globalslaveryindex.org/).

<sup>93</sup> Verdélio, Andreia: Escravidão moderna atinge 45,8 milhões de pessoas no mundo, 30.5.2016, unter: <http://agenciabrasil.ebc.com.br/direitos-humanos/noticia/2016-05/escravidao-moderna-atinge-458-milhoes-de-pessoas-no-mundo>.

2014 war die Liste immer vom brasilianischen Arbeitsministerium veröffentlicht worden. Im Dezember 2014 aber hatte der Oberste Gerichtshof die Veröffentlichung der Liste untersagt. Knapp zwei Jahre schwelte der diesbezügliche Rechtsstreit. VertreterInnen der Großgrundbesitzer ebenso wie die RechtsanwältInnen von zahlreichen Firmen wollten die Veröffentlichung der »dreckigen Liste« verhindern. Im Mai 2016 wurde die Veröffentlichungssperre aufgehoben. Doch das Arbeitsministerium publizierte die Liste dennoch nicht. Es hieß, das Ministerium habe die Daten nicht. So entschied sich Repórter Brasil, sich auf das brasilianische Informationsfreiheitsgesetz – das Gesetz 12.527 aus dem Jahre 2011<sup>94</sup> – zu beziehen und eine entsprechende Anfrage einzureichen. Daraufhin erhielt die Organisation die angeforderten Informationen, die das Arbeitsministerium zusammen mit dem Nationalinstitut für die Abschaffung der Sklavenarbeit InPACTO zusammengestellt hat. Repórter Brasil veröffentlichte diese Liste auf ihrer Webseite.<sup>95</sup> Sie umfasst 349 Namen von Personen und Firmen, die rechtskräftig verurteilt worden sind, weil sie Menschen wie Sklaven behandelt oder in sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen gehalten haben.<sup>96</sup>

Im Jahr 2015 hat das brasilianische Arbeitsministerium nach eigenen Angaben 936 Menschen aus sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen befreit.<sup>97</sup> Die Sondereinheiten des Ministeriums zur Aufdeckung von sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen führten im Zeitraum Januar bis Mitte Dezember 2015 insgesamt 125 Einsätze in 229 Betrieben durch. Bei diesen Vor-Ort-Inspektionen wurden insgesamt 6.826 Arbeitende überprüft. In 936 Fällen stellten die Behörden sklavenarbeitsähnliche Verhältnisse fest. Das Arbeitsministerium teilte zudem mit, dass die befreiten Betroffenen in der Mehr-

---

<sup>94</sup> Presidência da República, Casa Civil, Subchefia para Assuntos Jurídicos: Lei Nr 12.527, 18.11.2011, unter: [www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/\\_ato2011-2014/2011/lei/l12527.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_ato2011-2014/2011/lei/l12527.htm).

<sup>95</sup> Sakamoto, Leonardo: »Lista de Transparência« traz 349 nomes flagrados por trabalho escravo, 6.6.2016, unter: <http://reporterbrasil.org.br/2016/06/lista-de-transparencia-traz-349-nomes-flagrados-por-trabalho-escravo/>.

<sup>96</sup> Eigentlich beinhaltet die Liste 350 Namen, doch der Name eines Täters wird derzeit noch unter Verschluss gehalten, da dieser in Berufung gegangen ist und eine Veröffentlichungssperre seines Namens gerichtlich durchsetzen konnte.

<sup>97</sup> Russau, Christian: Im Jahr 2015 wurden in Brasilien 936 Menschen aus sklavenarbeitsähnlichen Verhältnissen befreit, 4.1.2016, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/im-jahr-2015-wurden-in-brasilien-936-menschen-aus-sklavenarbeitsaehnlichen-verhaeltnissen-befreit](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/im-jahr-2015-wurden-in-brasilien-936-menschen-aus-sklavenarbeitsaehnlichen-verhaeltnissen-befreit).

zahl jung und männlich sind, eine geringe Schulbildung aufweisen und aus einem anderen Teil des Landes zugezogen waren.

All dies ist in Brasilien kein Geheimnis. Einer repräsentativen Umfrage zufolge geben 70% der BrasilianerInnen an, sie wüssten, dass in ihrem Land Sklavenarbeit existiert.<sup>98</sup> Statistiken des brasilianischen Arbeitsministeriums sowie Analysen der Internationalen Arbeitsorganisation<sup>99</sup> zufolge ist dies vor allem im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in der Agrarprodukte weiterverarbeitenden Industrie und in der Textilindustrie der Fall.<sup>100</sup> Dabei zeigen sich geografisch sehr deutliche Unterschiede. In den Städten ist das Baugewerbe das Hauptproblem, im Großraum São Paulo zusätzlich die Textilindustrie, wo sehr viele MigrantInnen zu überaus ausbeuterischen Konditionen arbeiten. Im landwirtschaftlichen Bereich stechen die Zuckerrohr-Fazendas und die Viehwirtschaft, im Besonderen die Rinderzucht, negativ hervor. Auch die Eukalyptusholz-Köhlerei nimmt hier eine traurige Spitzenposition ein.

Der Straftatbestand der Ausbeutung von Menschen über Sklavenarbeit oder sklavenarbeitsähnliche Verhältnisse ist in Artikel 149 des brasilianischen Gesetzbuches definiert. Mindestens eines der folgenden Kriterien muss erfüllt sein: Zwangsarbeit, ein Arbeitspensum, das die Menschen überanstrengt, Lohnsklaverei, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen.<sup>101</sup> Es gibt in Brasilien derzeit eine Reihe von Gesetzesinitiativen aus dem Milieu der Großgrund-, Farm- und FirmenbesitzerInnen, die die Gesetzeslage dahingehend ändern wollen, dass erst nach letztinstanzlicher gerichtlicher Entscheidung die Namen verurteilter Firmen und/oder Personen öffentlich genannt werden dürfen und dass in Zukunft nur noch die Definition des »Zwangs«, also der »Unfreiheit«, aber nicht mehr die anderen drei Kriterien – überdurchschnittlich anstrengendes Arbeitspensum, Lohnsklaverei,

---

<sup>98</sup> Sakamoto, Leonardo: País sabe que escraviza, mas não a gravidade do problema, diz pesquisa, 28.12.2015, unter: <http://blogdosakamoto.blogosfera.uol.com.br/2015/12/28/pais-sabe-que-escraviza-mas-nao-a-gravidade-do-problema-diz-pesquisa/>.

<sup>99</sup> ILO: Perfil dos principais atores envolvidos no trabalho escravo rural no Brasil, 2011, unter: [www.oitbrasil.org.br/content/perfil-dos-principais-atores-envolvidos-no-trabalho-escravo-rural-no-brasil](http://www.oitbrasil.org.br/content/perfil-dos-principais-atores-envolvidos-no-trabalho-escravo-rural-no-brasil).

<sup>100</sup> Souza, Nivaldo: Construção lidera casos de trabalho análogo à escravidão, 15.5.2014, unter: <http://economia.estadao.com.br/noticias/geral,construcao-lidera-casos-de-trabalho-analogo-a-escravidao,185004e>.

<sup>101</sup> Siehe die Zusammenfassung des Artikels 149 mit Erklärungen unter: <http://escravonempensar.org.br/sobre-o-projeto/o-trabalho-escravo-no-brasil/>.

menschenunwürdige Arbeitsbedingungen –, zur Beurteilung des Straftatbestands herangezogen werden sollen.<sup>102</sup>

Leonardo Sakamoto von Repórter Brasil berichtete im Mai 2016 in Genf über Sklavenarbeit in Brasilien. »Heute ist die Anwendung von Sklavenarbeit ein Mittel, um wettbewerbsfähig zu bleiben«, so Sakamoto. Über die immer schwerer zu identifizierenden Produktionsketten sind letztlich alle KonsumentInnen von im Alltag verwendeten Produkten mit dem Problem der Sklavenarbeit konfrontiert. »Wir alle sind mit Sklavenarbeit verbunden. Wir sind verbunden über den Konsum. Ein hier verkauftes Auto wurde in Detroit gebaut mit Stahl, der mit Holzkohle aus unseren Feldern in Amazonien hergestellt wurde, die wahrscheinlich mit Sklavenarbeit im Zusammenhang steht.« Laut Sakamoto hat Repórter Brasil seit dem Jahr 2003 in Brasilien 700 Produktionsketten identifiziert, in denen Formen von Zwangsarbeit zum Einsatz kommen. Beteiligt seien neben »Hundertern von brasilianischen auch multinationale Firmen«. Sklavenarbeit und sklavenarbeitsähnliche Beziehungen, so Sakamoto, dies sei der »Rohstoff unserer Autos, unserer Gebäude, unserer Mode«.<sup>103</sup> Unser gedankenloser Konsum tritt die Menschenrechte mit Füßen.

---

<sup>102</sup> Greenpeace: Sklaverei in Brasilien. Brasilianisches Arbeitsministerium veröffentlicht Schwarze Liste über Sklaverei: 609 Betriebe und Farmer lassen Menschen unter sklavenähnlichen Zuständen auf ihren Ländereien arbeiten, 15.7.2014, unter: [www.greenpeace.de/themen/sklaverei-brasilien](http://www.greenpeace.de/themen/sklaverei-brasilien).

<sup>103</sup> UNO: Estamos todos conectados ao trabalho escravo contemporâneo, diz brasileiro em evento na ONU, 18.5.2016, unter: <https://nacoesunidas.org/estamos-todos-conectados-ao-trabalho-escravo-contemporaneo-diz-brasileiro-em-evento-na-onu/>.

# Kapitel 10

## Wir können auch anders!

Sklavenarbeit im Bergbau, bei der Hochseefischerei oder in der Agrar- und Viehwirtschaft, Zwangsumsiedlungen infolge von gefluteten Stauseen oder des Baus anderer Mega-Infrastrukturprojekte, verseuchte Trinkwasserbestände durch Industrie- und Minenanlagen, einstürzende oder brennende Textilfabriken – die Liste der Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen im Rahmen wirtschaftlicher Aktivitäten ist lang. Ebenso lang ist die Liste der multinationalen Konzerne, die in ihrem Einflussbereich nicht hinreichend dafür Sorge tragen, dass solche Vergehen gegen Mensch und Natur effektiv bekämpft werden. Allzu oft wird Verantwortung auf andere abgeschoben und das Argument der wachsenden Komplexität von transnationalen Produktionsprozessen zur Entlastung ins Feld geführt – meist fehlt auch nicht der Hinweis auf das Problem der zusätzlichen Kosten und der gefährdeten Wettbewerbsfähigkeit. Die Interessen und Bedürfnisse der Opfer von Menschenrechts- und Umweltverstößen bleiben dabei viel zu oft auf der Strecke.

Wirtschaft und Politik haben auf die Kritik und den Protest von Menschenrechts- und Umweltgruppen bislang mit der Entwicklung von mehr oder minder unverbindlichen Leitlinien und selbstregulierenden Systemansätzen reagiert. Diese Ansätze der freiwilligen Selbstverpflichtungen sind Teil des sogenannten Soft Law und dienen dergestalt letztlich der Vermeidung von Hard Law – gesetzlichen Regeln, Vorschriften unter Berücksichtigung von juristischer Haftbarmachung der Konzerne.

### **Das Soft Law ist am Ende**

Der seit 2000 existierende UN Global Compact, dem sich inzwischen 8.300 Unternehmen und mehr als 4.500 zivilgesellschaftliche Gruppen, Forschungseinrichtungen, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände und selbst Städte angeschlossen haben, gilt als die »weltweit größte und wichtigste Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung«.<sup>1</sup> Daneben haben etliche Branchen noch ihre eigenen Selbstverpflichtungen aufgestellt. Bei-

---

<sup>1</sup> Siehe die Webseite des UN-Global Compact unter: [www.globalcompact.de/](http://www.globalcompact.de/).

spielsweise hat sich der Bankensektor die sogenannten Äquator-Prinzipien<sup>2</sup> als Leitlinien für nachhaltiges und sozial verantwortungsvolles Handeln gegeben, vergleichbare Standards zur Selbstkontrolle finden die Versicherer und Rückversicherer in den UN-Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment (UN-PRI)<sup>3</sup> sowie in den UN-Prinzipien für nachhaltige Versicherungen (UN-PSI),<sup>4</sup> mit deren Unterzeichnung sich etliche der Marktführer aus der Finanz- und Versicherungswirtschaft – darunter auch die in diesem Buch kritisierten wie die Münchener Rückversicherung oder die Allianz AG – inzwischen schmücken. Damit verpflichten sich diese, Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekte (internationales Kürzel: ESG) bei all ihren Geschäftsaktivitäten zu beachten. All diesen Initiativen ist eines gemeinsam: Als Teil der Agenda der sogenannten Corporate Social Responsibility *appellieren* sie alle an die soziale Verantwortung der Unternehmen *jenseits gesetzlicher Verpflichtungen* und definieren vergleichsweise *schwache Mindeststandards*, über deren Einhaltung die beteiligten Unternehmen in ihren jährlichen Berichten *selbst Auskunft* geben, ohne dass es Überprüfungsmöglichkeiten von außen gäbe – von der Möglichkeit der Haftbarmachung ganz zu schweigen. All diese Ansätze sind in der Praxis weit entfernt davon, einen wirksamen Beitrag zum besseren Schutz von Menschenrechten und der natürlichen Umwelt zu leisten.

Einen Schritt weiter gingen die im Juni 2011 im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen angenommenen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.<sup>5</sup> Diese verlangen von Staaten, Betroffene vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, die von Unternehmen begangen werden, verlangen von Unternehmen, Menschenrechte zu respektieren, und sehen die Staaten in der Pflicht, effektive Rechtsmittel für die Betroffenen bereitzustellen. Die UN-Prinzipien weisen zumindest in die richtige Richtung. Denn sie definieren die potenzielle Mittäterschaft von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen: »Unter nichtjuristischen Gesichtspunkten können Wirtschaftsunternehmen als »Mittäter« an den Handlungen anderer Parteien betrachtet werden, wenn es etwa den Anschein hat, dass sie

---

<sup>2</sup> Siehe die Webseite der Equator-Principles unter: [www.equator-principles.com/](http://www.equator-principles.com/).

<sup>3</sup> Siehe die Webseite der UN-Prinzipien für nachhaltiges Investieren UN-PRI unter: [www.unpri.org/about-pri/the-six-principles/?mealingua\\_lang\\_id=17](http://www.unpri.org/about-pri/the-six-principles/?mealingua_lang_id=17).

<sup>4</sup> Siehe die Webseite der UN-Prinzipien für nachhaltiges Versichern UN-PSI unter: [www.unepfi.org/psi/the-principles/](http://www.unepfi.org/psi/the-principles/).

<sup>5</sup> Siehe die Zusammenfassung unter: [www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR\\_EN.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf).

von einer von dieser Partei verübten Verletzung profitieren.«<sup>6</sup> Es handelt sich um eine Andeutung von Weiterentwicklung des internationalen Völkerrechts hin zu einer bindenden Haftbarmachung der Konzerne für das Handeln entlang der ganzen transnationalen Produktionskette, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Abnehmer am Ende der Kette von den vorherrschenden Produktionsbedingungen Kenntnis haben, diese billigend in Kauf nehmen und so letztlich davon profitieren. »Derzeit ist soziale Verantwortung ein Wettbewerbsnachteil, skrupellose Marktteilnehmer profitieren«, urteilt eine im Auftrag von Amnesty International, Brot für die Welt, Germanwatch und Oxfam herausgegebene Studie vom März 2016.<sup>7</sup> Viele NGOs und AktivistInnen haben daher die Verabschiedung der UN-Leitprinzipien als Fortschritt begrüßt, doch bleiben auch sie letztlich ein nur stumpfes Schwert, solange sie für die Betroffenen keine Handhabe zur faktischen Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche bieten. Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverbrechen, die in Verbindung mit dem Handeln transnational agierender Konzerne stehen, haben nach wie vor in der Regel mit vielfachen Schwierigkeiten zu kämpfen: darunter eine häufig schwach ausgeprägte Rechtsstaatlichkeit in den Ländern, in denen sie leben, komplexe Konzern- und Machtstrukturen sowie unzählige praktische und finanzielle Hürden, die eine Einklagbarkeit von Rechtsansprüchen be- oder gar verhindern.<sup>8</sup>

Um sicherzustellen, dass Konzerne sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte in ihrem wirtschaftlichen Einflussgebiet einsetzen und damit ihren unternehmerischen Sorgfaltspflichten nachkommen, braucht es verbindliche Regeln und Gesetze, die international gültig sind: eine Gesetzgebung,

---

<sup>6</sup> Kommentar 17: Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen »Schutz, Achtung und Abhilfe«, Geschäftsstelle Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN), c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Juni 2014, unter: [www.globalcompact.de/sites/default/files/themen/publikation/leitprinzipien\\_fuer\\_wirtschaft\\_und\\_menschenrechte\\_2.\\_auflage.pdf](http://www.globalcompact.de/sites/default/files/themen/publikation/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte_2._auflage.pdf).

<sup>7</sup> Klinger, Remo u.a.: Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen im deutschen Recht, hrsg. v. Amnesty International u.a., Berlin 2016, S. 8, unter: <https://germanwatch.org/de/download/14745.pdf>.

<sup>8</sup> Chaplier, Jerome: Towards a legally binding instrument on Business and Human Rights, 2.9.2015, unter: <http://business-humanrights.org/sites/default/files/documents/ECCJ%20at%20SD%20Event%20Towards%20a%20Legally%20Binding%20Instrument.pdf>.

die den Opfern von Menschenrechtsverletzungen auch im Mutterland der betreffenden Firma Klagemöglichkeiten einräumt, eine Gesetzgebung, die im Zuwiderhandeln gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten (Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Mittel zur Verhinderung von Vergehen) eine vorsätzliche Straftat sieht; eine Gesetzgebung, die die Unternehmen als solche juristisch zur Verantwortung ziehen kann.

Es braucht also endlich völkerrechtlich bindende Bestimmungen, mit denen transnational agierende Konzerne für ihr Handeln haftbar gemacht werden können. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen reichen dazu nicht aus. Das Soft Law ist am Ende. Das hat die Vergangenheit bewiesen. Selbst eine Studie im Auftrag der EU-Kommission, die in 17 Ländern die Wirkung freiwilliger Maßnahmen von Unternehmen in den Bereichen Umwelt und Arbeitsstandards untersucht hat, kam zu dem Schluss: Die Wirksamkeit von freiwilligen Corporate-Social-Responsibility-Maßnahmen ist als sehr gering zu bewerten. Daher sei dringend mehr gesetzliche Regulierung notwendig.<sup>9</sup>

### **Unternehmen müssen haften!**

Den Ansatz der Corporate Social Responsibility wollen Menschenrechts- und Umweltgruppen seit Langem durch eine wirkliche Corporate Accountability (Rechenschaftspflicht von Unternehmen) ersetzen. Das heißt, sie fordern rechtsverbindliche und einklagbare Normen und Regeln ein, mit denen wirtschaftliche Akteure, vor allem die mächtigen Multis, bei Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen oder Verstößen gegen ihre Sorgfaltspflicht sanktioniert und zur Wiedergutmachung verpflichtet werden können.<sup>10</sup> Auch auf UN-Ebene wird seit Jahren darum gerungen, diese Lücke zu schließen. Inzwischen wurde eine zwischenstaatliche Gruppe des UN-Menschenrechtsrates eingerichtet, die bis 2017 ein Grundlagenabkommen über ein internationales, juristisch bindendes Instrument bezüg-

---

<sup>9</sup> Siehe IMPACT-Projekt: Executive Summary. Headline findings, insights & recommendations for policy makers, business & stakeholders, September 2013, unter: [http://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/impact\\_-\\_executive\\_summary\\_-\\_final\\_version\\_15.9.2013.pdf](http://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/impact_-_executive_summary_-_final_version_15.9.2013.pdf).

<sup>10</sup> Martens, Jens/Seitz, Karolin: Auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln. Der »Treaty-Prozess« bei den Vereinten Nationen über ein internationales Menschenrechtsabkommen zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen, hrsg. vom Global Policy Forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung New York City, Berlin/New York 2016.

lich transnationaler Konzerne und Menschenrechte aushandeln soll. Im Juli 2015 wurden hierzu VertreterInnen von mehr als 60 Staaten und rund 200 zwischenstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie internationale ExpertInnen angehört.

Es gibt noch viel Uneinigkeit hinsichtlich der Kriterien, auf denen der künftige Vertrag beruhen soll, seiner Anwendungs- und Zuständigkeitsbereiche sowie der Mechanismen der Wiedergutmachung für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen seitens transnationaler Unternehmen. Übrigens: Der Exportweltmeister Deutschland ist nicht dabei. Die deutsche Regierung boykottiert zusammen mit den anderen im UN-Menschenrechtsrat vertretenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Südkorea und den USA diese Verhandlungen. Die 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte seien ausreichend, heißt es zur Begründung.

Der Weg hin zu einem rechtsverbindlichen Instrument für die Festschreibung der grenzüberschreitenden Verantwortung von Unternehmen ist zweifelsohne noch lang und steinig. Bis es auf UN-Ebene einen für die Konzerne bindenden Vertrag geben wird, der Ernst macht mit der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht, wird wohl noch einige Zeit ins Land gehen. Dasselbe gilt für ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland.

### **Straffähige Rechtssubjekte: Das Beispiel Siemens**

Brasilien hat Gesetze, die im Fall der Haftbarmachung und Bestrafung von Firmen deutlich weiterreichen als beispielsweise in Deutschland. Seit 2014 sind in São Paulo Gerichtsverfahren gegen insgesamt 15 Firmen anhängig, denen die Bildung des sogenannten U-Bahn-Kartells vorgeworfen wird. Die Staatsanwaltschaft des Bundesstaats São Paulo fordert von den angeklagten Unternehmen (Siemens Ltda, Alstom Brasil Ltda, CAF Brasil Ltda, TTrans, Bombardier Ltda, MGE Ltda, Mitsu & CO Brasil S.A., Temoinsa do Brasil Ltda, Tejofran Ltda und MPE) Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe. Sie wirft ihnen vor, im Zeitraum 2000 bis 2002 bei Ausschreibungsverfahren für die Wartung von U-Bahn-Zügen der Stadt von São Paulo unzulässige Absprachen getroffen und bei Verträgen in Höhe von insgesamt rund 100 Millionen Euro einen Kartellaufschlag von 30% erhoben zu haben. Laut der Anklage hatten sich die Firmen vorab darüber verständigt, absichtlich Formfehler in ihre Bewerbungen einzubauen, um den vorher festgelegten »Gewinnern« der Ausschreibungen den Zuschlag zu ermöglichen. Als drittes Kartellvergehen wird die Abmachung aufgeführt, dass

nach den Ausschreibungen keine Einsprüche der offiziell im Gebotsverfahren unterlegenen Bieter erfolgen sollten.<sup>11</sup>

Der zuständige Staatsanwalt in São Paulo, Marcelo Milani, wirft der brasilianischen Niederlassung von Siemens zudem vor, nicht hinlänglich bei der Aufklärung der Sachverhalte zu kooperieren. Er will Klarheit über die unlängst in Luxemburg entdeckten Geheimkonten von Siemens und fordert außerdem die gerichtliche Schließung von Siemens Brasilien. »Siemens, in Komplizenschaft mit anderen Firmen, ergattert seit 2000 auf betrügerische Art und Weise Aufträge der öffentlichen Hand. Eine Firma, die wiederholt zum Mittel des Betrugs greift, darf in Brasilien nicht weiter operieren. Siemens ist in Brasilien illegal tätig und deshalb muss seine Niederlassung geschlossen werden. Das brasilianische Unternehmensrecht sieht genau diese Möglichkeit vor.«<sup>12</sup> Eine durchaus bedenkenswerte Argumentation, wonach einer Firma vorgeworfen wird, ein Verbrechen wiederholt begangen und dabei unzulässige Absprachen bandenmäßig mit anderen getroffen zu haben. Dabei handelt es sich eigentlich um einen klassischen Fall von organisierter Kriminalität.

Interessanterweise ist dies eine Argumentation, die auch in Deutschland in den Debatten um die Einführung eines Unternehmensstrafrechts eine Rolle spielt. Im Entwurf des nordrhein-westfälischen Justizministeriums vom November 2013 für ein Gesetz zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortung von Unternehmen in Deutschland wird unter § 12 »Verbandsauflösung« ausgeführt: »Ist eine Straftat im Sinne des § 2 Absatz 1 dieses Gesetzes beharrlich wiederholt worden und lässt die Gesamtwürdigung der Tatumstände und der Organisation des Verbandes die Gefahr erkennen, dass bei Fortbestand des Verbandes dessen Entscheidungsträger weiter erhebliche rechtswidrige Zuwiderhandlungen der bezeichneten Art begehen werden, kann das Gericht die Auflösung des Verbandes anordnen, soweit diese nach bürgerlichem Recht vorgesehen ist.« Ein Un-

---

<sup>11</sup> Russau, Christian: Ermittlungen gegen São Paulos U-Bahn-Kartell verschärft. Staatsanwaltschaft fordert Millionen-Entschädigungen wegen Kartellabsprachen und Auflösung von Firmen in Brasilien. Auch Siemens betroffen, 6.12.2014, unter: <https://amerika21.de/2014/12/109797/siemens-schliessen>.

<sup>12</sup> Russau, Christian: »Siemens ist in Brasilien illegal tätig und muss deshalb aufgelöst werden.« Interview mit Marcelo Milani von der Landesstaatsanwaltschaft von São Paulo über Kartellabsprachen und wiederholten Betrug seitens Siemens Brasilien im Zusammenhang mit dem U- und Regionalbahnsystem von São Paulo, 2.3.2016, unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/201e-siemens-ist-in-brasilien-illegal-taetig-und-muss-deshalb-aufgeloeset-werden201c](http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/201e-siemens-ist-in-brasilien-illegal-taetig-und-muss-deshalb-aufgeloeset-werden201c).

ternehmen also, das wiederholt kriminell tätig ist, könnte demnach in Zukunft auch in Deutschland aufgelöst werden.

In Brasilien wäre solch ein hartes Durchgreifen – in der Theorie – schon jetzt möglich, in der Praxis wohl eher nicht. Denn hierzu fehlt meist der politische Wille. Ein Beispiel hierfür ist der bisherige Fortgang der Siemens-Korruptionsaffäre. Die Siemens-Generalniederlassung in Brasilien war 2009 von einem brasilianischen Gericht rechtskräftig verurteilt worden. Siemens-MitarbeiterInnen waren für schuldig befunden worden, bei Ausschreibungen der brasilianischen Post und Telekom im Zeitraum 1999 bis 2005 Schmiergelder bezahlt zu haben, um an die Aufträge zu gelangen. Das Urteil sah zudem einen Ausschluss von Siemens in Brasilien von sämtlichen Staatsaufträgen für die nächsten fünf Jahre vor. Dagegen erhob der Konzern Einspruch. Siemens argumentierte, dieser Bann müsse rückgängig gemacht werden, um »Schaden von der brasilianischen Gesellschaft abzuwenden«. Aufgrund seiner marktführenden Rolle in der Medizintechnik beeinträchtigte ein Ausschluss von Siemens das brasilianische Gesundheitswesen. Denn Siemens hat im Bereich bildführender Geräte in der Medizintechnik in Brasilien einen sehr hohen Marktanteil. Nach Angaben des Unternehmens stammen 30% aller Geräte wie Computer- und Magnetresonanztomografen in Brasilien von Siemens. So drohten etwa die öffentlichen Krankenhäuser in einen Notstand zu geraten, wenn Siemens-MitarbeiterInnen keine Wartungen mehr durchführen könnten. 2010 gab ein Richter der Beschwerde der Tochtergesellschaft des Münchener Konzerns statt und hob den Bann auf. Dagegen erhob die Staatsanwaltschaft Widerspruch, und so zieht sich der Fall seit 2010 hin. In den Jahren 2013 und 2014 wurde der Bannspruch gegen Siemens jeweils wieder von einem Gericht bestätigt, solange, bis der Konzern von einem anderen Richter wieder davon befreit wurde. Siemens wurde niemals von den Bestechungsvorwürfen an sich freigesprochen, aber immer wieder finden sich Richter in Brasilien, die sich die Argumentation des Konzerns zu eigen machen und behaupten, ohne Siemens würde die öffentliche Gesundheitsversorgung in Brasilien zusammenbrechen.<sup>13</sup> Also darf Siemens in Brasilien weiterhin an Staatsaufträgen teilnehmen.

---

<sup>13</sup> Russau, Christian: Marktmacht in Brasilien schützt Siemens vor Strafe. Gericht setzt Fünfjahresbann von Staatsaufträgen wieder aus, allerdings noch immer ohne Freispruch in der Sache, 20.8.2015, unter: <https://amerika21.de/2015/08/126694/siemens-marktmacht-strafe>.

Ein Unternehmensstrafrecht ist also immer nur so effektiv, wie der herrschende politische Willen es zulässt. Selbst wenn irgendwann einmal in Deutschland ein Unternehmensstrafrecht eingeführt werden sollte: Schwer vorstellbar auch hier, dass ein Gericht für wiederholte bandenmäßig durchgeführte Wirtschaftsverbrechen die Maximalstrafe, nämlich die Auflösung, verhängen würde, wenn es sich bei dem Missetäter um ein wirtschaftliches Schwergewicht handeln würde. Einige Rechtsgüter gelten dann doch immer noch mehr als andere.

### **Konzernkritik ist immer Herrschaftskritik**

Umso wichtiger ist es, dass GewerkschafterInnen und zivilgesellschaftliche Gruppen zusammen mit den Betroffenen auf Missstände und Rechtsverstöße aufmerksam machen, über Öffentlichkeitsarbeit Druck aufbauen und die Konzernleitungen zur Rede stellen, sei es in den Medien, auf Veranstaltungen, auf der Straße, in den Betrieben, vor und auf Aktionärsversammlungen. Es geht um Widerstand. Widerstand gegen rücksichtsloses Unternehmenshandeln, das direkt für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen verantwortlich ist oder diese aufgrund seiner Profitinteressen billigend in Kauf nimmt. Es geht auch um Widerstand gegen die Lobbyarbeit der Konzerne auf der Politikebene, die die Regeln der Kontrolle über das Konzernhandeln in ihrem Sinne als *corporate-friendly*-Agenda zu beeinflussen trachtet. Dazu braucht es Vernetzung.

Hierfür gibt es viele Mut machende historische Beispiele, wie die Proteste in den Jahren 1976 bis 1980 gegen das deutsch-brasilianische Atomabkommen, als erstmals »MenschenrechtsverteidigerInnen, progressive Kirchenmitglieder und UmweltaktivistInnen an einem politischen Strang zogen«,<sup>14</sup> oder der Zusammenschluss der katholischen Landpastorale CPT mit brasilianischen GewerkschafterInnen, die im Mai 1983 in Brasília zu einer Pressekonferenz mit einem von der VW-Fazenda Cristalino in Amazonien geflohenem Arbeiter luden, der über die dortigen sklavenarbeitsähnlichen Verhältnisse berichtete. Daraufhin schlossen sich der Kampagne gegen die Geschäftspraxis des Volkswagenkonzerns in Brasilien, die medial eine große mediale Aufmerksamkeit erzielte,<sup>15</sup> Gewerkschafts-, Solida-

<sup>14</sup> Füllgraf, Frederico: Der Atomdeal und die Ungehorsamen, 6.3.2014, unter: <http://blogs.taz.de/latinorama/2014/03/06/der-atomdeal-und-die-ungehorsamen/>.

<sup>15</sup> Siehe Acker, Antoine: »O maior incêndio do planeta«: como a Volkswagen e o regime militar brasileiro acidentalmente ajudaram a transformar a Amazônia em uma arena política global, in: Revista Brasileira de História, Nr. 68, 2014, S. 32.

ritäts- und Menschenrechtsgruppen aus Deutschland an.<sup>16</sup> VW musste daraufhin seine Fazenda dichtmachen und verkaufen. Ein riesiger Erfolg eines der ersten transnationalen Bündnisse, bestehend aus kirchlichen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, in denen internationale Solidarität einen zentralen Stellenwert hatte.

Um praktische Solidarität ging es auch den MenschenrechtsaktivistInnen, die in den 1960er und 1970er Jahren in der Bundesrepublik den aus Brasilien Geflohenen mit Rat und Tat zur Seite standen, in einer Zeit, als bundesdeutsche Behörden diesen die Ausweisung androhten, mit der Begründung, ihre Einreise sei illegal erfolgt. Etliche über Chile, Mexiko und Belgien vor der brasilianischen Militärdiktatur Geflohene lebten damals in der Bundesrepublik ohne gültigen Pass, da ihnen die brasilianische Botschaft dessen Verlängerung verweigerte. Sie mussten damit das durchleben, was Hannah Arendt als den Verlust des »Rechts, Rechte zu haben«, beschrieben hat. Erst durch das Engagement und den unermüdlichen Einsatz von Menschen wie Pastor Heinz Dressel gelang es vielen BrasilianerInnen, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden, Deutsch zu lernen, ein Studium aufzunehmen und hier eine zweite Heimat zu finden.<sup>17</sup> Dressel wurde später vom Bundesstaat São Paulo mit dem Ipiranga-Orden und in Buenos Aires mit dem Orden de Mayo für sein besonderes Engagement ausgezeichnet. In Chile erhielt er für seinen Einsatz für die Menschenrechte einen nach dem chilenischen Unabhängigkeitskämpfer Bernardo O'Higgins benannten Orden.<sup>18</sup>

Von großer Bedeutung war und ist darüber hinaus die gewerkschaftliche Solidaritätsarbeit. 1984 reisten GewerkschaftsvertreterInnen aus der wichtigsten brasilianischen Industrieregion im Süden São Paulos mithilfe kirchlicher Organisationen erstmals in die Bundesrepublik Deutsch-

---

<sup>16</sup> Volkswagen. In einer Randgesellschaft. Im unwegsamen Amazonas-Urwald wollte VW do Brasil eine Musterfarm errichten. Es ging gründlich daneben, VW will seine Rinder wieder loswerden, in: Der Spiegel 46/1986, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520853.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520853.html).

<sup>17</sup> Siehe Russau, Christian: Putsch, Folter, Flucht – und dann Schikane. In den 1970er Jahren flüchteten Brasilianer\_innen auch in die Bundesrepublik Deutschland. Hier trafen sie auf Behördenschikane – aber auch auf Solidarität, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 478, April 2014, unter: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=putsch-folter-flucht-und-dann-schikane>.

<sup>18</sup> Silvério, Ciete: Serra concede Ordem do Ipiranga ao teólogo Heinz Dressel, 3.9.2007, unter: <http://heinz-dressel.de/menschenrechte/serra-concede-ordem-do-ipuranga-ao-teologo-heinz-dressel/>.

land, um dort die Standorte der Mutterkonzerne der brasilianischen Niederlassungen von Volkswagen, Mercedes und Opel zu besuchen und mit ihren KollegInnen zu sprechen. Vor allem bei Mercedes in Mannheim gab es einen sehr intensiven Austausch, der zur Gründung des bis heute aktiven »Arbeitskreises Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften« führte, angeschlossen an den DGB Mannheim. Seit Mitte der 1980er Jahre finden jährliche Treffen in Brasilien oder Deutschland statt. Ein Ergebnis des Austausches war die Idee, eine Kampagne zu starten, um in Brasilien nach Vorbild des deutschen Betriebsrats die Einführung einer Fabrikkommission zu fordern. In Brasilien gibt es kein Betriebsverfassungsgesetz, sodass eine Fabrikkommission eine Neuheit darstellte. In Brasilien kam es bei Mercedes zu Streiks, um diese Forderung durchzusetzen. Aus Deutschland gab es Unterstützung von der Mannheimer Betriebsbasis, dem Daimler-Gesamtbetriebsrat und der IG Metall, sodass es durch diesen grenzüberschreitenden Druck auf die Konzernführung den brasilianischen ArbeiterInnen am Ende tatsächlich gelang, bei Mercedes in São Bernardo do Campo als erstem Betrieb in Brasilien eine Fabrikkommission einzuführen.

Ein weiterer Höhepunkt dieser gewerkschaftlichen Zusammenarbeit an der Basis war der symbolische Streik der ArbeiterInnen in São Bernardo do Campo im Mai 2002, den sie in Solidarität mit einem Tarifikampf in Deutschland durchführten.<sup>19</sup> »Wir werden es nicht akzeptieren, gegen unsere Brüder und Schwestern in Deutschland ausgespielt zu werden. Wir werden deshalb einen Solidaritätsstreik von mindestens einer halben Stunde zu Beginn der Frühschicht am 6. Mai in São Bernardo und am 7. Mai in Juiz de Fora durchführen. Darüber hinaus stehen wir für euch bereit, wenn ihr weitere Solidaritätsaktionen benötigt.« Dieses Schreiben aus Brasilien hat damals selbst die KollegInnen bei DaimlerChrysler verblüfft.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Russau, Christian: »Solidaritätsarbeit läuft nicht mehr auf einer Einbahnstraße.« Interview mit drei GewerkschafterInnen zur gewerkschaftlichen Solidarität an der Basis zwischen Mannheim und São Paulo, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 495/496, September/Oktober 2015, unter: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=solidaritaetsarbeit-laeuft-nicht-mehr-auf-einer-einbahnstrasse>; Köhnen, Heiner: Die Daimler-Koordination, in: Zeitschrift LuXemburg 3-4/2013, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/die-daimler-koordination/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-daimler-koordination/).

<sup>20</sup> Thomsen, Sigrid: Solidarität mit den Deutschen. DGB-Arbeitskreis treibt Austausch mit Brasilien bei Mercedes und BASF voran, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/DGB Bildungswerk (Hrsg.): Gewerkschaftspolitik. Worin unsere Stärke besteht – Weltweite Kooperationen in Zeiten der Globalisierung, Berlin/Düsseldorf 2006, S. 32.

Solidarität muss also keine »Einbahnstraße« sein. Für alte GewerkschaftsaktivistInnen wie Angela Hidding und Fritz Stahl aus Mannheim oder Fritz Hofmann aus Ludwigshafen, die das Solidaritätsbündnis zwischen Brasilien und Deutschland mit aufgebaut haben, ist im Rückblick klar, dass es am Anfang »noch eine Art Gefälle von Deutschland nach Brasilien [gab], nach dem Motto: ›Wir müssen denen helfen!‹« Heute ist den Beteiligten klar, dass es ein gemeinsamer Kampf ist, der auf Augenhöhe geführt werden muss. Bei internationaler Solidaritätsarbeit und Vernetzung gehe es in gleichem Maße um Inhalt wie um Form, sagen Stahl und Hidding, die seit 1984 den regelmäßigen Austausch mit KollegInnen aus Mercedes-Werken in Deutschland und Brasilien organisieren. Der 82-jährige Fritz Stahl, einst Vertrauensmann im Mannheimer Mercedes-Werk, wurde von den brasilianischen KollegInnen als »gewerkschaftlicher Botschafter« geehrt und ist noch heute aktiv in der Solidarität an der Basis zwischen Mannheim und São Bernardo do Campo. Fritz Hofmann war 1990 erstmals in Brasilien im Rahmen eines Austauschs von Beschäftigten multinationaler Konzerne und arbeitet im 1999 gegründeten »Arbeitnehmer-Netzwerk von BASF-Beschäftigten Südamerikas« mit. »Natürlich haben wir keine Massenbewegung ausgelöst«, so seine Einschätzung. »Das Auf und Ab solcher Arbeit hängt immer auch von Initiativen einzelner Personen ab.«<sup>21</sup> Aber der Austausch diene stets auch als Antrieb für das eigene Handeln. »Mich hat der Mut und die Motivation der brasilianischen KollegInnen immer ganz besonders inspiriert«, erklärt Hofmann. »Das hat mir dann geholfen, auch hier immer wieder weiterzumachen und nicht aufzugeben. Denn unsere Freunde und Partner auf der brasilianischen Seite, zumindest die ältere Generation, waren die Leute, die die Militärdiktatur niedergekämpft und die die neuen Parteien und Gewerkschaften aufgebaut haben. Sie haben wirklich die Erfahrung gemacht, dass eine andere Welt möglich ist. Und dieses Gefühl haben sie uns immer wieder vermittelt.«

Das Wichtigste sei gewesen, so Stahl, Hidding und Hofmann, sich kennenzulernen und auszutauschen, sich zu informieren, sich in schwierigen Situationen gegenseitig zu unterstützen, voneinander zu lernen sowie gemeinsam die Lage zu analysieren und gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie man dem Versuch der Konzerne, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, entgegenwirken und Arbeitsbedingungen der KollegInnen ver-

---

<sup>21</sup> Siehe Russau: Solidaritätsarbeit; Köhnen: Die Daimler-Koordination.

bessern kann.<sup>22</sup> Hidding, Stahl und Hofmann waren aber auch von Anfang an an dem Austausch und der Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen interessiert. Anfang der 1990er Jahre ist schließlich die Kooperation Brasilien (KoBra) als Netzwerkstelle aus den vielfältigen Brasilien-Solidaritätsgruppen in Deutschland hervorgegangen. »Unsere Arbeit war ja auch immer angeregt und motiviert durch die Mitarbeit in den Zusammenhängen beispielsweise von KoBra«, so Hofmann, »auch wenn wir als Gewerkschafter dort eher die Exoten sind«. Jedes Jahr trifft sich die an Brasilien interessierte Menschenrechts-, Umwelt- und Solidaritätsszene zur von KoBra organisierten Tagung des Runden Tisches Brasilien, an der jedes Mal bis zu 120 Personen aus Brasilien und Deutschland teilnehmen. Die Verteidigung von Menschenrechten in ihrer unteilbaren Vielfalt, das stand von Anfang an im Zentrum der Arbeit von KoBra und der in ihrem Umfeld entwickelten praktischen Solidaritätsarbeit.

Auf einer Tagung im Frühjahr 2015 lud KoBra zu einem Rückblick auf ihre fast 25-jährige Geschichte ein und stellte die Frage, was internationale Solidarität zwischen Brasilien und Deutschland heute eigentlich noch ausmacht. Auch dort war man sich einig, dass dabei eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zentral ist sowie die gleichzeitige Reflektion über deren Inhalt und Form. Solidaritätsarbeit ohne Offenlegung und Abbau von oft unbewussten Herrschaftsstrukturen verbleibe im »paternalistischen Hilfsge-  
stus«, lautete das Fazit der Teilnehmenden.<sup>23</sup>

So kann aus Widerstand, Vernetzung und Solidarität, gepaart mit einer gehörigen Portion Selbstreflektion und -organisation sowie Eigeninitiative, ein gemeinsamer Kampf auf Augenhöhe und mit Respekt gegen vermeintlich übermächtige Gegner wie Politik oder Konzerne werden. Das Handeln der Konzerne zu überwachen, ihre Lobbystrukturen und ihren großen Einfluss auf die Politik offenzulegen, die im wirtschaftlichen Einflussgebiet der Konzerne auftretenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen publik zu machen und die Konzerne dafür öffentlich zur Rede zu stellen und zur Verantwortung zu ziehen, all das ist Teil von Konzernkritik. Diese sollte auch immer verstanden und praktiziert werden als Herrschaftskritik. Denn Konzernkritik muss immer auch Herrschaftskritik sein – oder sie ist keine Kritik.

---

<sup>22</sup> Russau: Solidaritätsarbeit.

<sup>23</sup> Siehe hierzu das Protokoll der KoBra-Frühjahrstagung vom 14. bis 19. April 2015 in der Kommune Niederkaufungen unter: [www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/mv-2015](http://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/mv-2015).

Seit fast 50 Jahren leistet medico international Hilfe für Menschen in Not und arbeitet an der Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung. 1997 wurde die von medico initiierte Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In Solidarität mit den Ausgegrenzten und Marginalisierten im globalen Süden setzt sich medico für menschenwürdige Lebensverhältnisse ein, die ein Höchstmaß an Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit ermöglichen. Das Ziel ist, Armut, Not und Gewalt nicht nur zu lindern, sondern ihre Ursachen zu erkennen und zu überwinden. Denn die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen.

In Lateinamerika ist medico seit Jahrzehnten aktiv, in Brasilien seit 20 Jahren. Immer an der Seite derer, die um ihre Rechte kämpfen: Für das Recht aller auf Gesundheit und gegen krank machende Verhältnisse. Während der Amtszeiten von Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff ging es medico auch darum, den »progressiven Regierungen« den Spiegel vorzuhalten. Denn die Armut konnte die Arbeiterpartei mit Umverteilungen zwar stark reduzieren, das wirtschaftliche Entwicklungsmodell aber setzte sie wie ihre Vorgänger gegen den Widerstand vor allem indigener Bewegungen durch: Die Arbeiterpartei setzte auf Großprojekte wie Staudämme, Häfen und Flughäfen, extensiven Sojaanbau und den Raubbau von Rohstoffen. Die gesundheitlichen Folgen dieser Politik sind für die betroffene Bevölkerung verheerend. Dank langer Kämpfe der Gesundheitsbewegung ist das Recht auf kostenfreien Zugang zu Gesundheit zwar in der Verfassung verankert. Mit dem Sistema Único de Saude (SUS), dem einheitlichen Gesundheitssystem, gibt es auch ein öffentliches Instrument zur Umsetzung. Dennoch steht das SUS unter dem Druck staatlich subventionierter privater Krankenversicherungen. Die Arbeiterpartei hat daran nichts geändert – wie sie auch die lange versprochene Agrarreform nie umgesetzt hat.

Die im Buch erwähnten medico-Partner, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen, kämpfen gegen eine Wirtschaftspolitik, die dem Recht auf Gesundheit diametral entgegensteht. Justiça nos Trilhos und die Umweltbewegung Paulo Jackson wehren sich im Norden und Osten des Landes gegen die Folgen des Extraktivismus in den Abbauregionen und entlang der Transportstrecken. Das Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul (PACS) unterstützt Menschen in Rio de Janeiro, die sich gegen die Verschmutzung durch das größte Stahlwerk Lateinamerikas (TKCSA) wehren. Die Gesundheitsbewegung Centro Brasileiro de Estudos de Saúde (cebes) verteidigt das öffentliche Gesundheitssystem gegen die staatlich geförderte Konkurrenz der privaten Krankenversicherungen und die Landlosenbewegung, das Movimento dos Sem Terra (MST), streitet mit anderen sozialen Akteuren wie der Recht-auf-Stadt-Bewegung oder Via Campesina für eine politische Transformation zugunsten der Ausgeschlossenen.

Nach der Absetzung von Dilma Rousseff und der Rückkehr einer alten, korrupten und neoliberalen Elite in die Regierung steigt der Druck auf die medico-Partner und ihre Erfolge der letzten Jahrzehnte. Umso wichtiger ist die Unterstützung ihrer Arbeit.

# Für die Globalen Sozialen Rechte

Aus der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung São Paulo



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

Seit 2003 ist das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo aktiv. Wir arbeiten nicht nur mit Partnern in Brasilien zusammen, sondern auch im Cono Sur, also in Paraguay, Uruguay, Argentinien und Chile. Im Dezember 2015 wurde das Verbindungsbüro in Buenos Aires eröffnet. Von dort aus soll künftig die Arbeit in den spanischsprachigen Ländern koordiniert werden.

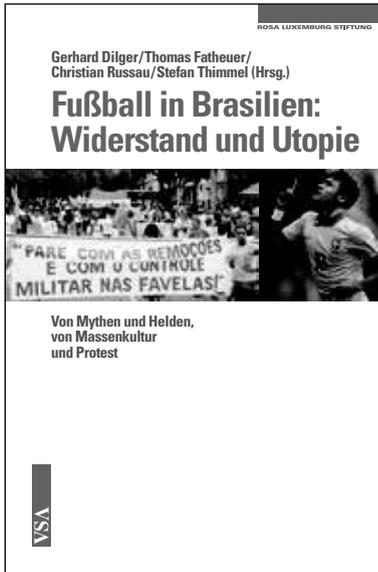
Den Rahmen für unsere Arbeit liefert das Konzept der Globalen Sozialen Rechte. Im Geiste Rosa Luxemburgs propagieren wir eine globale Revolution für eine gerechte Verteilung des Reichtums, eine grundlegende und strukturelle Veränderung der Produktionsweisen und der Eigentumsverhältnisse auf der Basis von Demokratie, Buen Vivir, Commons und der Garantie von politischen, sozialen und kulturellen Rechten sowie den Rechten der Natur. Antikapitalistische, antikoloniale und antipatriarchale Ansätze nehmen wir dabei ebenfalls auf.

In Brasilien arbeiten wir nicht nur mit der Landlosenbewegung MST, der NGO Institut für Alternativen im Cono Sur (PACS) in Rio de Janeiro und dem Netzwerk Justiça nos Trilhos (Gerechtigkeit auf Schienen) in Amazonien zusammen, sondern auch mit einer Vielzahl weiterer Gruppen, etwa den Bildungsvereinen FASE, NPC oder Ação Educativa, Wohnungslosenbewegungen in Salvador da Bahia, Belo Horizonte oder São Paulo sowie linkskatholischen Organisationen wie CIMI (Indigenenmissionsrat), CPT (Landseelsorge) und CPM (MigrantInnenseelsorge). Auch zur Perseu-Abramo-Stiftung der Arbeiterpartei PT bestehen langjährige freundschaftliche Beziehungen.

Schließlich organisieren wir auch eigene Workshops, Seminare, Abendveranstaltungen und Publikationen. Als Teil des internationalistischen Netzwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung leisten wir unseren Beitrag dazu, in Lateinamerika eine linke Streit- und Diskussionskultur zu befördern.

Auf der viersprachigen Webseite **[www.rosaluxspba.org](http://www.rosaluxspba.org)** präsentieren wir einen Ausschnitt unserer Aktivitäten und jener unserer Partner, bieten Publikationen zum Download an und liefern aktuell Hintergrundinformationen zu Entwicklungen in Brasilien und im Cono Sur. Zugleich ist die Webseite ein Angebot an LeserInnen aus unserer Region, die sich für internationale Debatten in Europa – und nicht nur dort – interessieren.

# VSA: Entwicklungen in Lateinamerika



Gerhard Dilger/Thomas Fatheuer/  
Christian Russau/Stefan Thimmel (Hrsg.)  
**Fußball in Brasilien:  
Widerstand und Utopie**  
Von Mythen und Helden, von Massenkultur  
und Protest | Eine Veröffentlichung der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
240 Seiten | mit Farbfotos | € 16.80  
ISBN 978-3-89965-595-7  
Die Herausgeber tragen gemeinsam mit  
vielen anderen AutorInnen Aspekte des  
brasilianischen Fußballs und des Fußballs  
weltweit zusammen. Mit der Zuspitzung  
auf Widerstand und Utopie wurden andere  
Blickwinkel auf die WM 2014 eröffnet.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



Ulrich Brand (Hrsg.)  
**Lateinamerikas Linke**  
Ende des progressiven Zyklus?  
Eine Flugschrift  
120 Seiten | € 11.00  
ISBN 978-3-89965-700-5  
Rechte Wahlsiege in Argentinien und Vene-  
zuela, die brasilianische und bolivianische  
Regierung unter Druck. Gibt es noch linke  
Perspektiven in Lateinamerika? Und was  
brachten die bisherigen Versuche, auf dem  
Subkontinent eine andere Politik umzuset-  
zen? Ulrich Brand hat ExpertInnen vor Ort  
befragt und stellt die aktuellen Debatten  
dar. Ein Beitrag geht der Frage nach, was  
die europäische Linke von den jüngsten  
Erfahrungen lernen kann. »Die aktuelle  
Krise und der Rechtsschwenk sind damit zu  
erklären, dass die notwendige Demokrati-  
sierung der Gesellschaft aus dem Blickfeld  
geriet, ebenso wie der Aufbau unab-  
hängiger Medien. Die Rechte kritisierte  
staatliche Gängelung, präsentierte sich als  
liberal und traf so einen weitverbreiteten  
Unmut.« (Uli Brand in der SZ)

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

**VSA:**

# VSA: Globalisierungskritik konkret



Ulrich Brand  
Helen Schwenken  
Joscha Wullweber (Hrsg.)

## Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern

Das Projekt  
Kritische Wissenschaft

VSA:



Franz Segbers  
Simon Wiesgickl (Hrsg.)

## »Diese Wirtschaft tötet« Papst Franziskus



Kirchen gemeinsam  
gegen Kapitalismus

VSA:

In Kooperation mit  
Publik-Forum

Ulrich Brand/Helen Schwenken/  
Joscha Wullweber (Hrsg.)

### Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern

Das Projekt Kritische Wissenschaft

340 Seiten | € 24.80

ISBN 978-3-89965-724-1

Mit Beiträgen von Elmar Altvater,  
Hans-Jürgen Burchardt, Gülay Caglar,  
Alexander Gallas, Christoph Görg, Frank  
Hoffer, Bob Jessop, Friederike Habermann,  
Hansjörg Herr, Boy Lühje, Gerd Steffens,  
Ngai-Ling Sum, Eddie Webster, Christa  
Wicherich, Brigitte Young u.v.a.m.

Franz Segbers/Simon Wiesgickl (Hrsg.)

### »Diese Wirtschaft tötet«

(Papst Franziskus)

Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus

Eine Veröffentlichung der

Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation  
mit Publik-Forum

256 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-656-5

Viele Glaubensgemeinschaften sind sich  
einig: Mit dem derzeitigen kapitalistischen  
System, das weltweit dramatische  
Ungleichheiten produziert, kann es so nicht  
weitergehen. In diesem Buch sind erstmals  
in deutscher Sprache die profiliertesten  
Autoren innerhalb dieser neuen weltweiten  
Ökumene versammelt. Sie markieren den  
breiten und hierzulande kaum bekannten  
Konsens der Kirchen über die tödlichen  
Grundstrukturen des Kapitalismus.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

VSA:

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)